

JOHANNES KEPLER UNIVERSITÄT LINZ
Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

HOME SWEET HOME

**Verein Wohnplattform: Maßnahmen gegen
Wohnungslosigkeit**

Diplomarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades Mag.^arer.soc.oec.
im Diplomstudium Sozialwirtschaft

Eingereicht bei
Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Irene Dyk

vorgelegt von
Claudia Decsy
Petra Pongratz

Linz, Januar 2006

Danksagung

Wir danken herzlichst Mag. Harald Mayerhofer und Hubert Mittermayr vom Verein Wohnplattform für die Bereitschaft, Informationen aus ihrer Tätigkeit preiszugeben und stets als zuverlässige Ansprechpartner zur Verfügung gestanden zu haben.

Weiters gebührt sämtlichen VertreterInnen gemeinnütziger Wohnbauträger und Sozialeinrichtungen sowie aktuellen KlientInnen besonderer Dank, die sich aus Interesse an unserer Studie bereit erklärten, als InterviewpartnerInnen zu agieren.

Unserer Diplomarbeitbetreuerin, Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Irene Dyk, danken wir dafür, uns stets unterstützend zur Seite gestanden zu haben und dennoch den nötigen Spielraum für eigene Ideen und Herangehensweisen offen gelassen zu haben.

Unseren Eltern, Ilse und Gustav Decsy und Susanne Pongratz, die uns das Studium erst ermöglicht haben und mit Interesse daran teilgenommen haben, kommt unser größter Dank zu.

Eidesstattliche Erklärung

Wir erklären an Eides statt, dass wir die vorliegende Diplom- bzw. Magisterarbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt bzw. die wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht haben.

Linz, im Jänner 2006

Claudia Decsy

Petra Pongratz

INHALTSVERZEICHNIS

1. ZIELSETZUNG	12
2. WOHNEN	13
2.1 Begriffserklärungen.....	13
2.2 Die Bedeutung einer eigenen Wohnung.....	15
2.3 Wohnbedürfnisse.....	16
2.4 Recht auf Wohnen	19
3. WOHNUNGSLOSIGKEIT	22
3.1 Begriffsbestimmungen	22
3.1.1 Nichtsesshaftigkeit	22
3.1.2 Obdachlosigkeit.....	24
3.1.3 Wohnungslosigkeit.....	25
3.2 Ursachen der Wohnungslosigkeit.....	28
3.3 Erklärungsansätze.....	29
3.3.1 Sozialökologisches Modell	30
3.3.2 Konzept der Lebenslage	34
3.3.3 Identitätsverlust und Desintegration.....	36
3.3.4 Die Multidimensionalität des Problems	37
3.4 Wohnungslose als gesellschaftliche Randgruppen	38
3.5 Von Wohnungslosigkeit Betroffene.....	41
3.5.1 Arbeitslose Menschen	42
3.5.2 Von Krankheit Betroffene.....	45
3.5.3 Von Armut betroffene bzw. gefährdete Personengruppen.....	52
3.5.4 Frauen.....	55
3.5.5 Haftentlassene	59
3.5.6 Menschen mit Beeinträchtigungen.....	61
3.5.7 MigrantInnen.....	68
3.5.8 Bereits delogierte Personen.....	75
3.5.9 Familien.....	77
3.5.10 Jugendliche.....	81
3.5.11 Ältere Menschen	84
3.5.12 Verschuldete Menschen	91

4. WOHNUNGSLOSENHILFE IN OBERÖSTERREICH	96
4.1 Delogierungsprävention	97
4.2 Niederschwellige Noteinrichtungen	98
4.3 Sozialberatung und Sozialbetreuung	99
4.4 Wohnbetreuung	100
4.5 Wohnungsbereitstellung und Vermittlung in reguläre Wohnversorgung	101
4.6 Weiterführende Hilfsangebote	101
5. DER VEREIN WOHNPLATTFORM	102
5.1 Gründungsgeschichte	102
5.2 Tätigkeitsfelder und Zielsetzungen	104
5.3 Wohnraumbeschaffung durch Kooperation	105
5.3.1 Das Projekt der Schader-Stiftung	106
5.3.2 Die Vorgehensweise des Vereins Wohnplattform	108
5.3.2.1 KooperationspartnerInnen	109
a. Gemeinnützige Wohnbauträger und Gemeinden	109
b. Betreuungseinrichtungen	111
ba) Aids- Hilfe Oberösterreich	113
bb) ARGE für Obdachlose	114
bc) EXIT- sozial	116
bd) Frauenhäuser	116
be) NEUSTART	117
bf) pro mente Oberösterreich	118
bg) Proba	118
bh) Soziale Initiative	119
bi) Sozialverein B37	119
bj) Sozialzentrum Vöcklabruck	121
bk) Verein allein mit dem Kind	122
bl) Verein für prophylaktische Sozialarbeit	122
bm) Verein für Sachwalterschaft und Patientenanzwaltschaft	123
bn) Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit	123
bo) Verein Hilfe für Kinder und Eltern	124
bp) Verein I.S.I.	125
bq) Verein Jugend und Freizeit	125
br) Verein SOS- Menschenrechte	126

bs) Verein Substanz.....	126
bt) Verein Wohnen, WOST Steyr	127
bu) Caritas, WEGE Wels	127
bv) Magistrat Linz, Amt für Jugend & Freizeit	127
bw) Sozialpädagogisches Zentrum Gleink.....	128
bx) Fachabteilung für Jugendangelegenheiten, Jugendamt Steyr	128
c. KlientInnen	128
d. Land Oberösterreich	131
6. METHODE.....	132
6.1 Grundzüge qualitativer Forschung	132
6.2 Grundzüge quantitativer Forschung	134
6.3 Durchführung der Untersuchung.....	136
6.3.1 Qualitative Befragung	136
6.3.2 Schriftliche Befragung	138
6.3.3 Auszählung.....	140
7. AUSWERTUNG.....	142
7.1 Auswertung qualitative Befragung.....	142
7.1.1 Aktuelle Probleme am oberösterreichischen Wohnungsmarkt	144
7.1.2 Leistbarkeit des Wohnens	148
7.1.3 Von Wohnungslosigkeit Betroffene.....	155
7.1.4 Übergreifende Zusammenarbeit zur sozialen Wohnraumversorgung.....	158
7.1.5 Voraussetzungen für eine übergreifende Zusammenarbeit.....	162
7.1.6 Zielsetzungen der Zusammenarbeit	165
7.1.7 Funktionsweise der Kooperation mit der Wohnplattform.....	167
7.1.8 Kriterien der Wohnungsvergabe	172
7.1.9 Auswahl der KlientInnen	172
7.1.10 Betreuungsfrequenz und –inhalte.....	175
7.1.11 Probleme in der Wohnversorgung bzw. -betreuung.....	176
7.1.12 Wohnversorgung und -betreuung von MigrantInnen.....	180
7.1.13 Einschätzung der Reaktionen der Nachbarschaft.....	186
7.1.14 Ablauf des Untermietverhältnisses.....	189
7.2 Auswertung der schriftlichen Befragung	192
7.2.1 Demographische Daten der Befragten	194
7.2.2 Gründe der Wohnungslosigkeit.....	197

7.2.3 Sozialarbeiterische Tätigkeit	199
7.2.4 Das Angebot des Vereins Wohnplattform	204
7.2.4.1 Bewertung des Angebots.....	204
7.2.4.2 Veränderung der Lebenssituation.....	206
7.2.5 Aussicht auf eine Wohnung	220
7.3 Auszählung ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen	222
8. ZUSAMMENFÜHRUNG DER ERGEBNISSE.....	227
8.1 Gründe der Wohnungslosigkeit.....	227
8.2 Bewertung der sozialarbeiterischen Tätigkeit	228
8.3 Bewertung der Kooperation	229
8.4 Bewertung des Angebotes der Wohnplattform	231
9. ABSCHLIESSENDE EMPFEHLUNGEN	233
9.1 Probleme am oberösterreichischen Wohnungsmarkt.....	233
9.2 Verbesserungsvorschläge für das Angebot der Wohnplattform	236
10. STELLUNGNAHME DES VEREINS WOHNPLATTFORM.....	239
11. QUELLENVERZEICHNIS	243
ANHANG	259
Anhang 1: Interviewleitfaden gemeinnützige Wohnbauträger	259
Anhang 2: Interviewleitfaden Betreuungseinrichtungen.....	260
Anhang 3: Fragebogen aktuelle Wohnplattform- KlientInnen	261

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Bedürfnispyramide nach Maslow	17
Abb. 2: Modellskizze der Problemstellung	31
Abb. 3: Arbeitslosenquoten der Bundesländer. Februar 2005	42
Abb. 4: Kreislauf	45
Abb. 5: Teufelskreis zwischen Armut und psychischen Erkrankungen	50
Abb. 6: Veränderte Krankenstandsursachen 1991- 2001	51
Abb. 7: Wohn- Situation nach dem Frauenhaus. Jahr 2001	58
Abb. 8: Akut Wohnungslose nach Altersgruppen und Geschlecht. Juli 2005 Linz	59
Abb. 9: Inländer/Ausländer in Linz. 01.01.2004	68
Abb.10: Rechtsform der Wohnung/des Hauses	71
Abb.11: Häufigkeit der Wohnmängel	74
Abb.12: Demographische Alterung in Oberösterreich	84
Abb.13: Wohnbedürfnisse	86
Abb.14: Wohnen in der Zukunft	90
Abb.15: Ursachen der Verschuldung/Überschuldung	93
Abb.16: Höhe der Verschuldung	94
Abb.17: Darstellung der Kooperation	109
Abb.18: Annuitätenentwicklung Wohnbauförderung 1993	145
Abb.19: Vergleich Wohnbauförderung Alt- Neu	146
Abb.20: Personengruppen mit erschwertem Zugang zu leistbarem Wohnraum	152
Abb.21: Von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen	156
Abb.22: Befragte differenziert nach Geschlecht	194
Abb.23: Betreuungseinrichtungen	197
Abb.24: Gründe der Wohnungslosigkeit	198
Abb.25: Wichtigkeit der sozialarbeiterischen Betreuung	199
Abb.26: Inhalte der Betreuung	201
Abb.27: Betreuungsfrequenz	202
Abb.28: Verbesserungsnotwendigkeit	203
Abb.29: Verbesserungsvorschläge der Betreuung	203
Abb.30: Bewertung des Angebotes des Vereins Wohnplattform	205
Abb.31: Veränderung der Lebenssituation seit dem Aufenthalt in einer Wohnplattform- Wohnung	206

Abb.32: Einschätzung der Lebenssituation ohne dem Verein Wohnplattform	207
Abb.33: Menschlicher Umgang	209
Abb.34: Gewinnung an Selbstsicherheit	209
Abb.35: Verbesserung der Haushaltsführung	210
Abb.36: Verbesserung des Gesundheitszustandes	211
Abb.37: Verbesserung im Umgang mit Geld	211
Abb.38: Besserer Umgang mit Freizeit	212
Abb.39: Besserer Umgang mit Geld	213
Abb.40: Erlernen von Selbständigkeit	213
Abb.41: (Re-)Integration in die Gesellschaft	214
Abb.42: Sinnhaftigkeit des Lebens	215
Abb.43: Verbesserung der Arbeitsplatzsituation	215
Abb.44: Geregelter Tagesablauf	217
Abb.45: Besserer Kontakt zur Familie	218
Abb.46: Verbesserungsvorschläge für den Verein Wohnplattform	219
Abb.47: Aussicht auf eine Wohnung	220
Abb.48: Aussicht auf eine Wohnung differenziert nach Geschlecht und Dauer der Inanspruchnahme einer Wohnplattform- Wohnung	221
Abb.49: Wohnoptionen nach WPF- Wohnung	222
Abb.50: Wohnsituation ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen	224
Abb.51: Wohnsituation ehemaliger weiblicher Wohnplattform- Klientinnen	225
Abb.52: Wohnsituation ehemaliger männlicher Wohnplattform- Klienten	225

TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 1: Kategorien der Wohnungslosigkeit in OÖ. Jahr 2000	27
Tab. 2: Arbeitslosigkeit in Oberösterreich. Februar 2005	43
Tab. 3: Entlassungen aus berechneten Haften im Jahr 2004	59
Tab. 4: Anzahl der betreuten Behinderten. Oberösterreich	65
Tab. 5: Delogierungsverfahren nach Bundesländern. Jahr 2002	75
Tab. 6: Wohnungslose Jugendliche nach Wohnstatus. Jahr 2000	81
Tab. 7: Problemlagen wohnungsloser Jugendlicher. Jahr 2000	82
Tab. 8: Privatinsolvenzen gesamt im Bundesländervergleich. 1.Halbjahr 2005	92
Tab. 9: Kostenvergleich Delogierungsprävention versus Wohnraumhabilitation	98
Tab.10: Vermieter und Anzahl der Wohnungen. Stand 11/2004	110
Tab.11: Auskunftspersonen der gemeinnützigen Wohnbauträger	137
Tab.12: Auskunftspersonen der Betreuungseinrichtungen	137
Tab.13: Liste ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen	141
Tab.14: Ergebnismatrix I	142
Tab.15: Ergebnismatrix II	192
Tab.16: Befragte differenziert nach Alter, Geschlecht und Familienstand	195
Tab.17: Befragte differenziert nach Alter, Geschlecht und Berufsstand	196
Tab.18: Verknüpfung von ‚Verbesserung der Arbeitsplatzsituation‘, ‚Aufenthaltsdauer in WPF- Wohnung‘, ‚Berufsstand‘	216
Tab.19: Wohnsituation ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen differenziert nach Bauträgern und Geschlecht	223
Tab.20: Gründe der Wohnungslosigkeit aus drei Perspektiven	227
Tab.21: Gründe der Wohnungslosigkeit	228

*„Stellen Sie sich vor, Sie müssten jeden Morgen um
5 Uhr aufstehen, gleich ob Sommer oder Winter
weil z.B. die Tiefgarage, vor der Sie nächtigen, für
den Autoverkehr geöffnet wird...*

*Stellen Sie sich vor,
Sie müssten Ihren Rausch immer wieder draußen ausschlafen...
Stellen Sie sich vor, Sie hätten Ihre Wohnung verloren.“*

Stefan Gillich

1. ZIELSETZUNG

Bei dem Phänomen der Wohnungslosigkeit handelt es sich um eine oft beschriebene Problematik. Aus der Literatur geht hervor, dass diesbezüglich bereits zahlreiche Studien vorliegen, die sich vorwiegend mit den Ursachen, den betroffenen Personengruppen und den Folgen von Wohnungslosigkeit beschäftigen. Wie jedoch dieser Problematik entgegengewirkt werden bzw. den Betroffenen ein Entkommen aus dieser prekären Lebenssituation ermöglicht werden kann, wird selten behandelt. Aus diesem Grunde setzt sich vorliegende Diplomarbeit mit eben dieser Thematik auseinander.

Im Zuge der diesbezüglichen Recherchen stellte sich der Verein Wohnplattform als sehr geeignet heraus, um näher beleuchtet zu werden. Dieser versucht mittels des Angebotes von betreuten Übergangswohnungen die Lebenssituation von Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, zu stabilisieren und ihnen im Anschluss ein dauerhaftes Wohnverhältnis zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, ist die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern, Betreuungseinrichtungen sowie den KlientInnen selbst eine notwendige Voraussetzung. Anzumerken ist, dass die Maßnahmen, die von der Wohnplattform gesetzt werden, einzigartig in Oberösterreich sind.

Ausgehend von einer Auseinandersetzung mit Wohnen und Wohnungslosigkeit sowie einer Ermittlung aktueller Probleme am oberösterreichischen Wohnungsmarkt behandelt vorliegende Arbeit die von dem Verein Wohnplattform ergriffenen Maßnahmen. Es erfolgt eine Darstellung der Funktionsweise der Kooperation, im Zuge derer folgende Fragestellungen einer Antwort zugeführt werden sollen. Für wie sinnvoll wird eine übergreifende Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Wohnraumversorgung von den einzelnen TeilnehmerInnen erachtet? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein? Wie funktioniert die Kooperation? Welche Motive und Zielsetzungen der einzelnen AkteurInnen stehen dahinter?

Um diese Kooperation bzw. deren Nachhaltigkeit zu überprüfen, werden einerseits einzelne AkteurInnen nach deren Zufriedenheit, Verbesserungsvorschlägen sowie dem Auftreten von Schwierigkeiten befragt, andererseits wird versucht, die aktuelle Wohnsituation von ehemaligen KlientInnen der Wohnplattform zu eruieren.

2. WOHNEN

Um sich mit dem Phänomen der Wohnungslosigkeit auseinandersetzen zu können, ist es unabdingbar, zunächst auf das Wohnen an sich einzugehen. Was bedeutet Wohnen für den einzelnen Menschen? Welche Bedürfnisse werden dadurch befriedigt? Liegt ein Recht vor, das jedem Menschen einen angemessenen Wohnraum garantiert?

2.1 Begriffserklärungen

Bezüglich des Wohnbegriffes existieren vielfältige Definitionen. So ist für Harloff „[...] *Wohnen die Interaktion des Menschen mit seiner Wohnumgebung im Sinne von Wohnung, Nachbarschaft, Siedlung und Stadt.*“¹ Gleichmann versteht darunter „[...] *vor allem ein geschützteres Grundverhältnis der Menschen gegenüber der sie umgebenden „Natur“.*“² Lang hingegen betrachtet das Wohnen als „[...] *menschliche Tätigkeit ersten Ranges, die für die menschliche Existenz höchst bedeutsam ist.*“³ Neben der Tatsache, dass ein wesentlicher Teil des gesamten Lebens in der Wohnung verbracht wird, erfolgt hier auch Erziehung und Sozialisation. Somit kann Wohnen als relevante Rahmenbedingung für Sozialisationsleistungen verstanden werden. Weiters stellt Wohnen eine wichtige persönliche Komponente dar, da eine emotionale Verbundenheit mit der Wohnumwelt einhergeht.⁴

Buck zeigt auf, dass Wohnen erlernt werden muss, da man nicht als ‚Wohnender‘ geboren wird. Wie bei jedem Lernprozess werden demnach auch beim Wohnen Erfahrungen gesammelt, die in Können und Vertrautsein resultieren.⁵ Lazelsberger et al. sind der Meinung, dass jeder Mensch selbst festlegen muss, was Wohnen für ihn bedeutet. Es herrscht keine

¹ Flade, Antje (1993): Wohnen und Wohnbedürfnisse im Blickpunkt. S.45. In: Harloff, Hans Joachim (1993): Psychologie des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Psychologie im Dienste von Architektur und Stadtplanung. Göttingen / Stuttgart: Verlag für Angewandte Psychologie. S.45-55

² Gleichmann, Peter (2000): Wohnen. S.272. In: Häußermann, Hartmut (2000): Großstadt. Soziologische Stichworte. 2.Aufl. o.A.: Leske + Budrich, Opladen. S.272-281

³ Flade, Antje (1993): Wohnen und Wohnbedürfnisse im Blickpunkt. S.45. In: Harloff, Hans Joachim (1993): Psychologie des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Psychologie im Dienste von Architektur und Stadtplanung. Göttingen / Stuttgart: Verlag für Angewandte Psychologie. S.45-55

⁴ vgl. ebenda

⁵ vgl. Hahn, Achim (1997): Wohnen als Erfahrung. Reflexionen und empirisch- soziologische Untersuchungen zur Pragmatik des Wohnens. Bd. 5. Münster: LIT Verlag. S.23

allgemeingültige Verordnung zum ‚richtigen Wohnen‘ vor, da es an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden muss.⁶

Wohnen kann weiters als reaktionales Konzept verstanden werden. Nirgendwo geht deutlicher hervor, dass die Komponenten Mensch und Umwelt einer Einheit angehören, die nicht weiter unterteilt werden kann. Würde man Wohnumwelt und BewohnerInnen getrennt betrachten, kann der eigentliche Gegenstand des Wohnens nicht mehr analysiert werden.⁷

Bollnow setzt sich weiters mit dem Begriff ‚Wohnung‘ auseinander. Gemäß seiner Definition bezeichnet dieser „[...] den Aufenthalt, den der Mensch an einer bestimmten Stelle nimmt, und wird erst nachträglich auf den konkreten Raumkomplex, in dem er wohnt, übertragen. In diesem Sinn bedeutet das Wort „Wohnung“ dann heute zumeist den von einer Familie bewohnten, in sich abgeschlossenen Teil eines Hauses.“⁸

Das Besondere an der heutigen Wohnweise lässt sich aus vier Fragestellungen ableiten:

- Der Frage nach der funktionalen Bedeutung des Wohnens: „Was tut man, wenn man wohnt?“⁹ Wohnen gilt als verpflichtungsfreie Zeit, die fern von beruflicher Arbeit ausschließlich der Erholung und dem Konsum dient. Funktional stellt die Wohnung den Ort der Nicht- Arbeit, also den Gegenpol zur betrieblich geregelten Erwerbsarbeit, dar.
- Der Frage nach der sozialen Einheit des Wohnens: „Wer wohnt mit wem zusammen?“¹⁰ Unter der sozialen Einheit des Wohnens, dem Haushalt, versteht man „[...] die durch rechtliche Bindung (Ehe) und Blutsverwandtschaft gefestigte Gruppe von Mann, Frau und ihren Kindern.“¹¹ Sozial betrachtet ist die Wohnung der Ort der Familie.
- Der Frage nach der sozialpsychologischen Bedeutung des Wohnens: „Wie wird Wohnen erlebt?“¹² Wohnen beinhaltet Tätigkeiten, die mit Scham- und Peinlichkeitsempfindungen verbunden sind. Emotionalität und Körperlichkeit können sich nur aufgrund des Ausschlusses der Öffentlichkeit entfalten. Sozialpsychologisch wird die Wohnung als ein Ort der Privatsphäre und Intimität gesehen.

⁶ vgl. Lazelsberger, Renate et al. (1985): Wohnkultur und Arbeitsraumgestaltung. 2. unveränd. Aufl. Linz: Rudolf Trauner Verlag. S.26

⁷ vgl. Flade, Antje (1993): Wohnen und Wohnbedürfnisse im Blickpunkt. S.46. In: Harloff, Hans Joachim (1993): Psychologie des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Psychologie im Dienste von Architektur und Stadtplanung. Göttingen / Stuttgart: Verlag für Angewandte Psychologie. S.45-55

⁸ Bollnow, Otto Friedrich (1990): Mensch und Raum. 6.Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer. S.127

⁹ Häußermann, Harmut / Siebel, Walter (2000): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. 2. korrigierte Aufl. Weinheim/München: Juventa Verlag. S.15

¹⁰ ebenda

¹¹ ebenda

¹² ebenda

- Der Frage nach der rechtlichen und ökonomischen Verfügung: „*Wie kommt man zur Wohnung?*“¹³ Der Entwurf der Wohnung erfolgt unter staatlicher Regulierung seitens einer professionellen Elite. Sie wird von einer Industrie produziert und kann von einzelnen Haushalten auf einem Markt käuflich erworben oder gemietet werden. In speziellen Fällen kann der Staat sie auch nach politisch bestimmten Kriterien zuteilen. Die Wohnungsnutzung wird durch Hausordnungen sowie dem Miet-, Eigentums- und Nachbarschaftsrecht geregelt.¹⁴

2.2 Die Bedeutung einer eigenen Wohnung

Neben ihren ursprünglichen Funktionen, wie beispielsweise der Nutzung als Schlafstätte, hat die Wohnung durch folgende Entwicklungen an Bedeutung gewonnen:

- der Trennung von Privatsphäre und Öffentlichkeit und der daraus resultierenden Emotionalisierung des Wohnens,
- der Hervorhebung der symbolischen Funktion der Wohnung, um den sozialen Status aufzuzeigen,
- der Stilisierung der Wohnung als Ort des außerberuflichen Lebens durch die Trennung von Wohnen und Arbeiten,
- der Individualisierung, durch die eine selbständige Haushaltsführung von immer jüngeren Menschen zunehmend alltäglicher wird und
- der ansteigenden Privatisierung der Bedürfnisbefriedigung.¹⁵

Die Wohnung gilt als das Zentrum des privaten Lebens. Die erste eigene Wohnung stellt einen entscheidenden Schritt in die persönliche Selbständigkeit dar. Menschen projizieren die verschiedensten Bedürfnisse und Wünsche auf die eigene Wohnung, deren Realisierung zwar an die jeweiligen finanziellen und räumlichen Grenzen angepasst werden muss, wodurch sich aber eine Entwicklung des ‚persönlichen Stils‘ vollziehen kann. Während die funktionale und ästhetische Gestaltung der Wohnung abhängig vom Lebensstil, Geschmack und Persönlichkeitsmerkmalen ist, geben Wohnweise und Wohnkultur auch Aufschluss über die soziale Zugehörigkeit, die Normen einer Gesellschaft und die Verfügung über materielle und

¹³ Häußermann, Harmut / Siebel, Walter (2000): *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens.* 2. korrigierte Auflage. Weinheim/München: Juventa Verlag. S.15

¹⁴ vgl. ebenda

¹⁵ vgl. ebenda S.14

kulturelle Ressourcen. Weiters stellen eine Wohnung und ihre Einrichtung eine Form der sozialen Distinktion dar.¹⁶

Aufgrund der Tatsache, dass Wohnen ein menschliches Grundbedürfnis darstellt, gilt die Wohnung für die Mehrheit der Bevölkerung als unverzichtbarer Teil ihres Lebens. Dies trifft verstärkt für Arbeitslose und Nichterwerbstätige, zu denen PensionistInnen, Hausfrauen bzw. -männer, etc. zählen, zu, da für diese die Wohnung der ‚dominierende Lebensort‘ ist. Demnach findet auch der Großteil des familiären Lebens in der eigenen Wohnung statt.¹⁷

2.3 Wohnbedürfnisse

„Jeder Mensch hat Wünsche, die mit dem Streben einhergehen, sie zu befriedigen. Solche Empfindungen der Menschen nennt man Bedürfnisse.“¹⁸

Zum Schutz vor der Witterung ist eine Unterkunft, ohne der ein Mensch Kälte, Feuchtigkeit und Unruhe ausgesetzt ist, schon rein physisch betrachtet, überlebensnotwendig. Lediglich ein ‚Dach über dem Kopf‘ bzw. einen beheizbaren Raum zur Verfügung zu haben ist aber nur die minimalste Form einer Unterkunft. Zusätzlich zum physischen Schutz benötigt man eine Reihe von soziokulturellen Faktoren, deren Befriedigung als Voraussetzung für einen ‚angemessenen Wohnraum‘ gilt.¹⁹ Walter Hanesch erläutert dies folgendermaßen: *„Nach unserem kulturellen Verständnis erfüllt Wohnen sozial-räumliche Bedürfnisse, die genauso elementar sind wie das Bedürfnis nach Essen und Kleidung. Zum Wohnen gehört nicht nur der Schutz vor der Witterung, sondern auch die Befriedigung des Bedürfnisses nach Geborgenheit, Geselligkeit, Alleinsein und Besinnung. Eine ausreichende Wohnraumversorgung ist eine unabdingbare Voraussetzung für Selbstverwirklichung,*

¹⁶ vgl. Häußermann, Harmut / Siebel, Walter (2000): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. 2. korr. Aufl. Weinheim/München: Juventa Verlag. S.44

¹⁷ vgl. Könen, Ralf (1990): Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.15

¹⁸ Andreß, Hans-Jürgen (1999): Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S.17

¹⁹ vgl. Bath, Rainer (1999): Soziale Menschenrechte in theologischer Perspektive. Konkretionsmöglichkeiten am Beispiel des Rechts auf angemessenen Wohnraum in Deutschland angesichts von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. S.116. Online im Internet: URL: <http://www.archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z1999/0407/pdf/dissbath.pdf> [dl. 06.07.2005]

*Lebensglück und Wohlbefinden. Menschen mit mangelnder Versorgung mit dem Gut Wohnen wird ein elementares Grundbedürfnis versagt.*²⁰

Anzumerken ist, dass soziokulturelle Faktoren dem kulturellen, historischen und sozialen Wandel unterliegen sowie dass unterschiedliche Lebensphasen- und -formen auch mit unterschiedlichen Anforderungen an angemessenes Wohnen einhergehen. Beispielsweise haben ältere Menschen und Familien mit Kindern andere bzw. meist höhere Ansprüche als Singles oder kinderlose Partnerschaften.²¹

Um die Wohnqualität zu beurteilen, können Wohnbedürfnisse als angemessene Kriterien herangezogen werden. Nutzergerecht ist eine Wohnung dann, wenn alle Wohnbedürfnisse der BewohnerInnen befriedigt werden. Wie jedes Bedürfnis kann ein Wohnbedürfnis mit einem Mangelzustand gleichgesetzt werden, mit dem Anliegen, diesen zu beseitigen. Es ist anzunehmen, dass sich Bedürfnisse entweder im Zuge der Sozialisation entwickeln oder soziokulturell neu geformt werden. Obwohl sich die Abgrenzung der Grundbedürfnisse als schwierig gestaltet, kann das Pyramiden-Modell von Maslow herangezogen werden.²²



Abb.1: Bedürfnispyramide von Maslow

(Quelle: Mackenthun, Birgit / Henke, Klaus-Dirk / Schreyögg, Jonas (2003): Gesundheitswesen als Wachstumsfaktor. S.3. Online im Internet: URL: <http://kolloq.destatis.de/2003/mackenthun.pdf> [dl. 14.07.2005])

²⁰ Hanesch, Walter et al. (1994): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbeck: Rowohlt Verlag. S.161f. Zit.n.: Bath, Rainer (1999): Soziale Menschenrechte in theologischer Perspektive. Konkretionsmöglichkeiten am Beispiel des Rechts auf angemessenen Wohnraum in Deutschland angesichts von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Online im Internet: URL: <http://www.archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z1999/0407/pdf/dissbath.pdf> [dl. 06.07.2005]

²¹ vgl. Bath, Rainer (1999): Soziale Menschenrechte in theologischer Perspektive. Konkretionsmöglichkeiten am Beispiel des Rechts auf angemessenen Wohnraum in Deutschland angesichts von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. S.116. Online im Internet: URL: <http://www.archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z1999/0407/pdf/dissbath.pdf> [dl. 06.07.2005]

²² vgl. Flade, Antje (1993): Wohnen und Wohnbedürfnisse im Blickpunkt. S.47. In: Harloff, Hans Joachim (1993): Psychologie des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Psychologie im Dienste von Architektur und Stadtplanung. Göttingen / Stuttgart: Verlag für Angewandte Psychologie. S.45-55

Legt man dieses Modell auf den Wohnbereich um, können den einzelnen Stufen laut Flade folgende Wohnbedürfnisse zugeordnet werden:

- „*physiologische Bedürfnisse nach Wärme, Licht, Ruhe, Erholung und Schlaf,*
- *das Bedürfnis nach Sicherheit, Beständigkeit, Vertrautheit,*
- *das Bedürfnis nach Privatheit im Sinne der Zugangskontrolle zum eigenen Selbst [...], d.h. sowohl nach Alleinsein als auch nach Zusammensein,*
- *das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung, Prestige, Status und Ansehen,*
- *das Bedürfnis nach Selbstentfaltung.*“²³

Wohnungen und Wohnumgebungen stellen sich gemäß diesem Bedürfnismodell dann als geeignet heraus, wenn die Befriedigung der angeführten Bedürfnisse nicht gehemmt, sondern erleichtert wird.²⁴

Zenkert Ruth erkennt, dass Obdachlose oftmals wesentliche Grundbedürfnisse, wie beispielsweise das Essen, aufgrund der örtlichen Gebundenheit der Angebote nicht decken können.²⁵ „*Es gibt viele Obdachlose, die es nicht mehr schaffen, in Häuser zu kommen, auch nicht zur Klostersuppe. Die halten keine Wände mehr aus. Sie sind mit ihrer Welt verwachsen und verwurzelt, dass sie sich für nicht mehr würdig halten, in Häuser zu gehen.*“²⁶

Die Scheu obdachloser Menschen vor Häusern oder Einrichtungen liegt oft darin begründet, dass sie Angst bzw. Abneigung verspüren, an diesen Orten SozialarbeiterInnen und/oder andere obdachlose ‚Genossen‘ anzutreffen. Auch das Einhalten vorgegebener Richtlinien, die als bevormundend empfunden werden, das ständige Erinnert- werden an ihre teils ausweglose Situation und das Gesehen- werden von anderen obdachlosen Personen wirken weiters als hemmende Faktoren.²⁷ „*Auch ist es schwierig, immer „wo hin“ zu gehen. Es ist eine physische und psychische Belastung, der Obdachlose - teils auch, weil sie dem Alkohol verfallen sind - nicht mehr gewachsen sind.*“²⁸

²³ Flade, Antje (1993): Wohnen und Wohnbedürfnisse im Blickpunkt. S.47. In: Harloff, Hans Joachim (1993): Psychologie des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Psychologie im Dienste von Architektur und Stadtplanung. Göttingen / Stuttgart: Verlag für Angewandte Psychologie. S.45-55

²⁴ vgl. ebenda S.49

²⁵ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Strasse. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S. 78

²⁶ Zenkert, Ruth. Zit.n.: Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Strasse. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S. 78

²⁷ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Strasse. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S. 78

²⁸ Zenkert, Ruth. Zit.n.: Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Strasse. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S. 78

2.4 Recht auf Wohnen

Das Menschenrecht auf eine angemessene Unterkunft ist ein autonomer Bestandteil des Menschenrechts auf einen angemessenen Lebensstandard und findet sich im Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aus dem Jahre 1966. Im Artikel 5 der UN-Rassendiskriminierungskonvention ist es als Recht auf Wohnung verankert.²⁹ Zusätzlich findet es sich im Artikel 21 des Entwurfs der Grundrechtscharta der Europäischen Union: *„Das Recht auf eine angemessene Wohnung wird durch eine Politik der Mitgliedstaaten gewährleistet, die die Schaffung und Erhaltung von Wohnraum für alle Unionsbürger fördert.“*³⁰

Hier wird ersichtlich, dass viele unterschiedliche Begriffe für ein Recht auf Wohnen vorhanden sind. Bei diesbezüglichen Recherchen stößt man weiters auf das Recht auf Habitat. All diese Begriffe werden immer mit gleicher Bedeutung verwendet, wodurch angenommen werden kann, dass kein legislativer Unterschied zwischen ihnen besteht und es sich lediglich um sprachliche Unschärfen handelt.³¹

Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte werden häufig als Anspruchsrechte gegenüber dem Staat verstanden, wodurch die Betrachtung weiterer Aspekte dieser Rechte vernachlässigt wird. Bezüglich des Rechts auf Wohnung würde das bedeuten, dass der Staat jedem Menschen eine angemessene Unterkunft zur Verfügung stellen müsste. Es besagt aber auch, dass der Staat nicht in den Genuss der eigenen Wohnung eingreifen darf, dass keine diskriminierenden Gesetze und Praktiken im Wohnungsbereich vorhanden sein dürfen und dass für sozial benachteiligte Gruppen Zugänge zum Wohnen existieren müssen. Allerdings ist anzumerken, dass das Recht auf Wohnung als ein Menschenrecht der zweiten Generation nicht so klar entwickelt ist wie beispielsweise das Recht auf persönliche Freiheit. Zum

²⁹ vgl. Suntinger, Walter (1996): Rechtliche Grundlagen und Umsetzung des Menschenrechts auf angemessene Unterkunft. S.6. In: Eitel, Gerhard et al. (1996): HABITAT II: Recht auf Wohnen – ein Menschenrecht? Report Series 3/96. Wien: Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit. S.5-8

³⁰ Meyer, Jürgen (2000): Entwurf der Grundrechtscharta der Europäischen Union. S.8. Online im Internet: URL: <http://www.bundestag.de/ftp/pdf/anlage6.pdf> [dl. 13.07.2005]

³¹ vgl. Interview mit Dr. Bernhard Wolkerstorfer (Mitarbeiter der Gemeinnützigen Industrie-Wohnungsgesellschaft (GIWOG). Aufgabenbereich: Leitung der Abteilung ‚Personal, Recht und Assistenz des Vorstandes‘) am 10.07.2005

jetzigen Zeitpunkt ist es noch unklar, wie weit das Recht auf Wohnung reicht bzw. welche einzelnen Aspekte es umfasst.³²

Bezüglich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist das Überwachungssystem noch äußerst schwach ausgeprägt. Es erfolgt lediglich eine Überprüfung der innerstaatlichen Umsetzung dieser Rechte. Beschwerdeverfahren wie im Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte existieren jedoch nicht. Für einen Wohnungslosen besteht folglich keine Möglichkeit, sich wegen der Verletzung des Rechts auf Wohnen an den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu richten.³³

Im Zuge der Erneuerung der österreichischen Verfassung wurde das Recht auf Wohnen in Artikel 64 folgendermaßen formuliert: „*Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnen.*“³⁴ Es ist allerdings aufzuzeigen, dass eine alleinige Verankerung des Rechts auf Wohnen in der Verfassung nicht ausreichend ist. Schließlich ist damit weder geregelt, welchen Anspruch dieses Grundrecht dem einzelnen Bürger konkret einräumt noch gegenüber welchem Adressaten man diesen Anspruch geltend machen kann. Um die Verwirklichung eines Rechts auf Wohnen ermöglichen zu können, müssen weitergehende rechtliche Vorkehrungen getroffen werden. Erforderlich sind hierbei sowohl Normen, die Anspruchsinhalt und Anspruchsgegner definieren, als auch Institutionen, die bestimmte öffentliche Dienstleistungen erbringen können.³⁵

Der Verlust der Wohnung führt dazu, dass ein Mensch in allen Bereichen, die durch die Menschenrechte gesichert werden sollen, Benachteiligungen erfährt. Eine Teilhabe von Wohnungslosen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben wird extrem erschwert bzw. ist praktisch nicht vorhanden. Wohnungslosigkeit geht oftmals mit einer Stigmatisierung der Betroffenen einher. Obdachlose Frauen und Männer werden von Behörden, ArbeitgeberInnen und VermieterInnen gegenüber Menschen mit festem Wohnsitz benachteiligt. So vergeben private und vermehrt auch öffentliche VermieterInnen ihre Wohnungen kaum an Wohnungslose. Auch die Arbeitsplatzsuche wird durch das Fehlen eines

³² vgl. Suntinger, Walter (1996): Rechtliche Grundlagen und Umsetzung des Menschenrechts auf angemessene Unterkunft. S.6. In: Eitel, Gerhard et al. (1996): HABITAT II: Recht auf Wohnen – ein Menschenrecht? Report Series 3/96. Wien: Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit. S.5-8

³³ vgl. ebenda S.7

³⁴ Bundesverfassung. Art. 64. Online im Internet: URL:

<http://www.konvent.gv.at/pls/portal/docs/PAGE/K/ZD/Bundesverfassung.pdf> [dl.14.07.2005]

³⁵ vgl. Verzetnitsch, Fritz et al. (2000): Europa 2000+: Auf dem Weg zu einem europäischen Sozialmodell. Wien: Verein Zukunfts- und Kulturwerkstätte. S.40

Nachweises über einen festen Wohnsitz erheblich erschwert. Weiters führt Wohnungslosigkeit zu einer Einschränkung von bürgerlichen Rechten sowie einer diskriminierenden Behandlung durch gesellschaftliche und staatliche Institutionen. Beispielsweise ist das Recht auf Teilnahme an Wahlen durch die Registrierung in Wahllisten nur für Bürger mit festem Wohnsitz möglich.³⁶

Folglich bestehen Zusammenhänge zwischen dem Recht auf Wohnung und anderen sozialen Grundrechten, wie zum Beispiel dem Recht auf Arbeit. Zusätzlich wirkt es sich aber auch auf bürgerliche Rechte aus.

³⁶ vgl. Bath, Rainer (1999): Soziale Menschenrechte in theologischer Perspektive. Konkretionsmöglichkeiten am Beispiel des Rechts auf angemessenen Wohnraum in Deutschland angesichts von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. S.120f. Online im Internet: URL: <http://www.archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z1999/0407/pdf/dissbath.pdf> [dl. 06.07.2005]

3. WOHNUNGSLOSIGKEIT

Wie bereits angesprochen, stellt Wohnen ein existentielles Bedürfnis eines jeden Menschen dar. Erst bei Gefährdung oder Verlust der Wohnung werden das Ausmaß der gesellschaftlichen Bedingungen des Wohnens und die Unmöglichkeit der eigenständigen Bewältigung dieses Problems deutlich.³⁷

3.1 Begriffsbestimmungen

Menschen, die über keine eigene Wohnung verfügen, werden in Österreich als ‚Obdachlose‘, ‚Bettler‘, ‚Landstreicher‘ oder ‚Sandler‘ bezeichnet. Allein diese Begriffe signalisieren bereits eine starke Abwertung und Stigmatisierung. Im 19. Jahrhundert herrschten vorwiegend die Bezeichnungen Nichtsesshafte und Asoziale vor. Bis zum Jahre 1977 war Wohnungslosigkeit ein Tatbestand österreichischen Strafrechts. Trotz der Aufhebung wurden bzw. werden Wohnungslose durch örtliche Polizeiverordnungen nach wie vor in den Städten Österreichs kriminalisiert. Beispielsweise wurden von Wohnungslosigkeit Betroffene noch im Jahr 2003 wegen ‚verkehrsbehindernden Herumstehens‘ auf Basis der StVO zur Rechenschaft gezogen.³⁸

In der Literatur finden sich vielfältige Definitionen bezüglich der Begriffe ‚Nichtsesshafte‘, ‚Obdachlose‘ und ‚Wohnungslose‘. In diesem Kapitel wird versucht, einen Überblick über die verschiedenen Ansätze zu schaffen.

3.1.1 Nichtsesshaftigkeit

Der Begriff ‚Nichtsesshafte‘ wurde von der geschichtlichen Entwicklung geformt. Zum einen stammt dieser aus der Armenpflege des 19. Jahrhunderts, um eine Trennung zwischen Obdachlosen und Zugezogenen vornehmen zu können, da letztere keine Unterstützung

³⁷ vgl. Paegelow, Claus (2004): Handbuch Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Einführung in das Arbeitsfeld der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe. Bremen: Eigenverlag. S.11

³⁸ vgl. Ohmacht, Stefan / Hirtl, Theresia (2004): Wohnungslos: Begriffe, Erscheinungsformen, Trends und Standards der Wohnungslosenhilfe. S. 16. In: Ohmacht, Stefan et al. (2004): Wohnungslos in Graz. S. 16-37.

Online im Internet: URL:

http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20040331165128_Studie_BAWO_Wohnungslos_in_Graz_Maerz_2004.pdf_1.pdf [dl. 12.07.2005]

erfahren. Zum anderen wurde unter dem NS- Regime ein Sammelband veröffentlicht, der nichtsesshafte Menschen charakterisierte, wodurch Ausbeutung und Zwangsarbeit legitimiert wurden. Wissenschaftlich ist es allerdings nicht haltbar, dass Nichtsesshaftigkeit auf die Persönlichkeitsstruktur zurückzuführen ist. Tatsache ist, dass die Mobilität Wohnungsloser häufig das Ergebnis von Vertreibung ist.³⁹ Frank stellte im Jahr 1963 folgende Definition für den Begriff der Nichtsesshaftigkeit auf: „Die Nichtseßhaftigkeit [sic!] ist [...] ein individuell geprägter Zustand der Menschen, die durch Schuld oder Schicksal zeitweilig oder auch dauernd außerhalb der als Norm geltenden bürgerlichen Ordnung leben und arbeits-, obdach- und mittellos unterwegs sind.“⁴⁰ Aus der Kritik dieses Begriffsverständnisses wurde die Nichtsesshaftigkeit seit den 1970er Jahren immer mehr dem Wohnungslosigkeitsbegriff angenähert.⁴¹

Albrecht ist der Meinung, dass es für die Neuorientierung des Begriffes ‚Nichtsesshaftigkeit‘ erheblich ist, welche unterschiedliche Wege in die Lage der Nichtsesshaftigkeit geführt haben. Relevant sind auch die Bedingungen, die dazu geführt haben, dass manche betroffene Personengruppen keinen Weg aus dem Hilfesystem finden und als Resultat dessen zu dem geworden sind, was sie bereits bei der ersten Inanspruchnahme des Hilfesystems vermutlich schon waren, nämlich ‚Nichtsesshafte‘.⁴²

Weiters darf nicht außer Acht gelassen werden, dass ‚nichtsesshaft‘ auch das bewusste und frei gewählte Gegenstück zu ‚sesshaft‘ sein kann - eine Person, die beispielsweise aus beruflichen Gründen keinen festen Wohnsitz will, jedoch keine strukturelle Benachteiligung erfährt. Hiermit kann der deutliche Unterschied zu Betroffenen, die ihre Nichtsesshaftigkeit

³⁹ vgl. Ohmacht, Stefan / Hirtl, Theresia (2004): Wohnungslos: Begriffe, Erscheinungsformen, Trends und Standards der Wohnungslosenhilfe. S. 16f. In: Ohmacht, Stefan et al. (2004): Wohnungslos in Graz. S. 16-37. Online im Internet: URL: http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20040331165128_Studie_BAWO_Wohnungslos_in_Graz_Maerz_2004.pdf_1.pdf [dl. 12.07.2005]

⁴⁰ Frank, Peter (1963): Unstet und flüchtig. Zit.n.: Paegelow, Claus (2004): Handbuch Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Einführung in das Arbeitsfeld der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe. Bremen: Eigenverlag. S.15

⁴¹ vgl. Paegelow, Claus (2004): Handbuch Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Einführung in das Arbeitsfeld der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe. Bremen: Eigenverlag. S.15

⁴² vgl. Albrecht, Günther (1985): Probleme der Theoriebildung bei ‚Nichtseßhaftigkeit‘. In: Gefährdetenhilfe. Aktuelles aus Theorie und Praxis zur Armut und Wohnungslosigkeit. 27.Jg. Heft 1. S. 1ff. Zit.n.: Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Strasse. Canisibus. Engagement für obdachlose Menschen. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S. 16

nicht freiwillig gewählt haben, aufgezeigt werden. Es ist jedoch anzumerken, dass die ‚freiwillig Nichtsesshaften‘ einen erheblich kleineren Teil ausmachen.⁴³

3.1.2 Obdachlosigkeit

Unter dem Begriff ‚Obdachlose‘ sind jene Personengruppen zu verstehen, die aufgrund des Fehlens einer ausreichenden Unterkunft in Obdachlosenheimen oder anderen Behelfsunterkünften leben.⁴⁴ Dieser Begriff umfasst auch Opfer von Erdbeben, Natur- und anderen Katastrophen. Obdachlosigkeit kann als *„Zustand, kein Dach über dem Kopf zu haben und Tag und Nacht auf der Straße zubringen zu müssen [...]“*⁴⁵, bezeichnet werden. Weeber greift diese Definition auf und erweitert sie folgendermaßen: *„Obdachlos ist, wer in einer derart unzureichenden Unterkunft lebt, daß [sic!] sie nach dem Kriterium der Menschenwürdigkeit keinen Schutz vor Gefährdung des Bewohners an Leben und Gesundheit bieten kann. Obdachlos sind ferner jene Personen, die in Not-, Schlicht- und Einfachwohnungen ohne Mietvertrag als vorübergehend Nutzungsberechtigte leben.“*⁴⁶ Das Fehlen einer Wohnung führt zu einem Verlust fundamentaler menschlicher Rechte und Bedürfnisse, beispielsweise nach Privatsphäre, Intimität und Erholung sowie in der Regel zum Verlust des Arbeitsplatzes und des Eigentums. Es besteht stets die Gefahr, dass Obdachlosigkeit dahingehend gelöst wird, den Betroffenen lediglich ein ‚Dach über dem Kopf‘ zu gewähren, ohne Grundbedürfnisse und qualitative Aspekte zu berücksichtigen.⁴⁷

Eine internationale Definition findet sich im Dokument des ‚European Observatory on Homelessness‘ wieder, welches ‚Obdachlosigkeit‘ wie folgt erklärt:

- Als *„[...]ein Wohnungsproblem, [...]“*

⁴³ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Strasse. Canisibus. Engagement für obdachlose Menschen. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S. 16

⁴⁴ vgl. Ohmacht, Stefan / Hirtl, Theresia (2004): Wohnungslos: Begriffe, Erscheinungsformen, Trends und Standards der Wohnungslosenhilfe. S. 16f. In: Ohmacht, Stefan et al. (2004): Wohnungslos in Graz. S. 16-37. Online im Internet: URL: http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20040331165128_Studie_BAWO_Wohnungslos_in_Graz_Maerz_2004.pdf_1.pdf [dl. 12.07.2005]

⁴⁵ Weeber, Rotraud (1980): Obdachlose. In: Deutscher et al. (1980): Lexikon der sozialen Arbeit. S.544. Zit.n.: Paegelow, Claus (2004): Handbuch Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Einführung in das Arbeitsfeld der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe. Bremen: Eigenverlag. S.40

⁴⁶ ebenda S.41

⁴⁷ vgl. Ohmacht, Stefan / Hirtl, Theresia (2004): Wohnungslos: Begriffe, Erscheinungsformen, Trends und Standards der Wohnungslosenhilfe. S. 16f. In: Ohmacht, Stefan et al. (2004): Wohnungslos in Graz. S. 16-37. Online im Internet: URL: http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20040331165128_Studie_BAWO_Wohnungslos_in_Graz_Maerz_2004.pdf_1.pdf [dl. 12.07.2005]

- ein Armutsproblem (Obdachlosigkeit ist die sichtbarste Form von Armut) sowie
- ein Problem des gesellschaftlichen Wandels (v.a. Migration aus der Dritten Welt und Osteuropa).⁴⁸

Obdachlosigkeit schließt nicht nur das Fehlen einer Wohnung mit ein, sondern auch Schutzlosigkeit und das Fehlen eines Zufluchtsortes. Verglichen mit Nichtsesshaftigkeit wird Obdachlosigkeit in geringerem Ausmaß mit Schuld oder Abwertung eines Einzelnen in Verbindung gebracht.⁴⁹

3.1.3 Wohnungslosigkeit

Laut Holtmannspötter bezieht sich der Begriff der Wohnungslosigkeit „[...] auf die wesentliche, den Betroffenen gemeinsame Problemlage [...], nämlich auf das Fehlen einer Wohnung mangels ausreichender Existenzmittel und auf die mit der Lebenslage zwangsläufig verbundene gesellschaftliche Isolation der Betroffenen und auf deren Nicht- Eingebundensein in privaten Solidarbeziehungen und Netzwerken wie Ehe, Familie, Nachbarschaft, etc., aber auch öffentlichen Sicherungssystemen [...]“⁵⁰. Dieser Begriff soll dazu verhelfen, der aus althergebrachten Ausdrücken wie ‚Sandler‘, ‚Landstreicher‘, ‚Penner‘, etc. resultierenden Stigmatisierung der Betroffenen entgegenzuwirken.⁵¹ Im Gegensatz zur ‚Nichtsesshaftigkeit‘ ist der Begriff ‚Wohnungslosigkeit‘ weniger wertend und zugleich auch informativer, indem er auch aus der Geschichte keine Vorbelastung trägt.⁵² Weiters soll mittels des Begriffs der Wohnungslosigkeit auf Notsituationen sozioökonomischer und psychosozialer Natur aufmerksam gemacht werden.⁵³

⁴⁸ Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.20

⁴⁹ vgl. ebenda S.18

⁵⁰ Holtmannspötter, Heinrich (1997): Nichtseßhaftigkeit/Nichtsesshaftenhilfe. S.674. In: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge (1997): o.A. S.673-675 Zit.n.: Gillich, Stefan / Nieslony, Frank (2000): Armut und Wohnungslosigkeit. Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen. Köln: Fortis Verlag. S.68

⁵¹ vgl. Ohmacht, Stefan / Hirtl, Theresia (2004): Wohnungslos: Begriffe, Erscheinungsformen, Trends und Standards der Wohnungslosenhilfe. S. 17. In: Ohmacht, Stefan et al. (2004): Wohnungslos in Graz. S. 16-37.

Online im Internet: URL:

http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20040331165128_Studie_BAWO_Wohnungslos_in_Graz_Maerz_2004.pdf_1.pdf [dl. 12.07.2005]

⁵² vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.18

⁵³ vgl. Ohmacht, Stefan / Hirtl, Theresia (2004): Wohnungslos: Begriffe, Erscheinungsformen, Trends und Standards der Wohnungslosenhilfe. S. 17f. In: Ohmacht, Stefan et al. (2004): Wohnungslos in Graz. S. 16-37.

Online im Internet: URL:

http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20040331165128_Studie_BAWO_Wohnungslos_in_Graz_Maerz_2004.pdf_1.pdf [dl. 12.07.2005]

Wohnungslose Menschen müssen - ebenso wie Obdachlose - nicht nur auf ihre Wohnung verzichten. Alles, was mit einem eigenen Wohnraum einhergeht, wie eine Rückzugsmöglichkeit, Privatsphäre und das Decken fundamentaler Bedürfnisse (Schlafen, Essen, Waschen, etc.), bleibt den Betroffenen ein unzugänglicher Bereich.⁵⁴

Gemäß der Definition der Vereinten Nationen herrscht im Gegensatz zum österreichischen ‚Obdachlosenverständnis‘ eine breitere Auffassung des Begriffes ‚Wohnungslosigkeit‘ vor. Demnach können sechs Gruppen wohnungsloser Menschen unterschieden werden⁵⁵:

- (1) Menschen, die von ‚akuter Wohnungslosigkeit‘ betroffen sind und die unter Brücken, auf Bahnhöfen, in Abbruchhäusern etc. übernachten.
- (2) Menschen, die für eine befristete Zeit Unterschlupf in Sozialeinrichtungen, wie zum Beispiel in Notschlafstellen, Wohnheimen, betreutem Wohnen, etc. finden.
- (3) Menschen, die aufgrund Delogierungsverfahren, Haftentlassungen, etc. von einer ‚bevorstehenden Wohnungslosigkeit‘ bedroht sind.
- (4) Menschen mit sehr niedrigen Einkommen, die bei Veränderungen - wie dem Verlust der Arbeit oder dem Ende eines befristeten Mietvertrages - ihre Wohnung verlieren könnten. Dies wird als ‚potentielle Wohnungslosigkeit‘ zusammengefasst.
- (5) Menschen, die sich in sehr unsicheren Wohnverhältnissen befinden und beispielsweise bei Verwandten oder Bekannten verweilen dürfen, wobei sehr oft ein Wechsel der Schlafstätte erfolgt. Sie werden zu den ‚versteckten Wohnungslosen‘ gezählt.
- (6) Menschen, die sich in einer unzumutbaren Wohnsituation befinden und zum Beispiel unbeheizte und feuchte Wohnungen, Überbelegungen, etc. ertragen müssen.⁵⁶

In Anlehnung an die unterschiedlichen Formen der Wohnungslosigkeit konnte in Oberösterreich im Jahr 2000 folgende Situation festgestellt werden:

⁵⁴ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.18

⁵⁵ vgl. Ohmacht, Stefan / Hirtl, Theresia (2004): Wohnungslos: Begriffe, Erscheinungsformen, Trends und Standards der Wohnungslosenhilfe. S. 19. In: Ohmacht, Stefan et al. (2004): Wohnungslos in Graz. S. 16-37. Online im Internet: URL:

http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20040331165128_Studie_BAWO_Wohnungslos_in_Graz_Maerz_2004.pdf [dl. 12.07.2005]

⁵⁶ vgl. ebenda

Kategorie	Gesamt		Frauen		Männer	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Akut wohnungslos/ auf der Straße lebend	35	6,2	4	4	31	6,7
Heime, Notschlafstellen, betreutes Wohnen	407	72	75	74	332	71
(vorübergehend) in Pensionszimmern	4	0,7	0	0	4	0,8
(vorübergehend) bei Bekannten, Freunden, Verwandten	60	11	14	13	46	9,9
Landesnervenklinik	15	2,6	5	5	10	2,2
Andere Krankenanstalten	2	0,4	0	0	2	0,4
Therapieeinrichtungen	3	0,5	0	0	3	0,6
Strafanstalten	29	5,1	0	0	29	6,3
Desolate Wohnungen, drohender Wohnungsverlust	12	2,1	4	4	8	1,7
Gesamt	567	100	102	100	465	100

Tab.1: Kategorien der Wohnungslosigkeit in OÖ. Jahr 2000

(Quelle: Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Sozialbericht 2001. Datenteil. Linz. S.106)

Bezüglich dieser Daten muss darauf hingewiesen werden, dass die Kategorien ‚akut obdachlos/ auf der Straße lebend‘, ‚Heime, ‚Notschlafstellen, ‚betreutes Wohnen‘, ‚(vorübergehend) in Pensionszimmern‘, ‚(vorübergehend) bei Bekannten, Freunden, Verwandten‘ und ‚desolate Wohnungen, drohender Wohnungsverlust‘ lediglich auf Schätzungen beruhen können. Es ist unmöglich, alle akut wohnungslosen Menschen sowie alle Menschen, die vorübergehend in Pensionszimmern, bei Bekannten, Freunden, Verwandten oder in desolaten Wohnungen leben, für ganz Oberösterreich zu erfassen. Die Zahl derer, die in Notschlafstellen unterkommen, wird aufgrund von möglichen Doppelzählungen angezweifelt. Schließlich kann ein akut Wohnungsloser am selben Abend zwischen zwei verschiedenen Notschlafstellen wechseln und wird somit doppelt erfasst.

3.2 Ursachen der Wohnungslosigkeit

Wohnungslosigkeit wurde lange Zeit mit Versagen, Schuld, Normabweichung oder auch mit pathologischer Veranlagung gleichgesetzt. Demnach begründete man die Ursachen in individuellem Fehlverhalten.⁵⁷

Seitdem Wohnungslosigkeit als gesellschaftliches Problem erkannt wird, wurden vermehrt Versuche angestellt, deren Ursachen sowie deren Entstehungsprozess in einem Theoriemodell darzustellen, was bis heute nur in unbefriedigendem Maße erreicht wurde. Die Mehrheit an AutorInnen bezieht sich auf ein mehrdimensionales Konzept, das durch ein Zusammenwirken individueller Risikofaktoren und gesellschaftlich- struktureller Bedingungen gekennzeichnet ist. Dennoch konnten sich relevante Faktoren herausbilden, mittels derer man Rückschlüsse auf die Ursachen von Wohnungslosigkeit ziehen kann.⁵⁸

- Individuelle Faktoren: Bestimmte Verhaltensweisen und Einstellungen führen dazu, dass gewisse Personen verglichen mit Menschen, die sich in einer ähnlichen Lebenssituation befinden, einen eingeschränkteren Handlungsspielraum bezüglich der materiellen Existenzsicherung zur Verfügung haben. Die Identifizierung individueller Faktoren entspricht nicht der Selbstverschuldungsthese, sondern zeigt auf, dass diesen mittels Beratungsleistungen, sozialarbeiterischer Tätigkeit sowie therapeutischer Maßnahmen entgegengewirkt werden kann.⁵⁹ In Bezug auf das Phänomen der Wohnungslosigkeit werden vorwiegend physische und psychische Erkrankungen, Alkohol- und Drogenabhängigkeit sowie soziale Isolation als individuelle Ursachen erkannt. Sowohl diese Erkrankungen als auch der Drogenmissbrauch gelten zwar als Folgen der Wohnungslosigkeit, trotzdem spielen sie bei der Entstehung und Fortdauer der Wohnungslosigkeit eine immense Rolle. Man erkannte weiters, dass ein Zusammenhang zwischen schwierigen Kindheitsbedingungen, wie zum Beispiel Armut, Heimaufenthalte, erlebte Gewalt, etc. und dem Auftreten von Wohnungslosigkeit besteht.⁶⁰

⁵⁷ vgl. Brender, Barbara (1999): Hilflos Wohnungslos. „Erlernte Hilflosigkeit“ in der sozialen Arbeit. Bd. 4. Bielefeld: Verlag Hans Jacobs. S.11

⁵⁸ vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (1984): Ursachen von Obdachlosigkeit. Minden: J.C.C. Bruns. S.16

⁵⁹ vgl. ebenda

⁶⁰ vgl. Kellinghaus, Christoph et al. (2000): Wohnungslos und psychisch krank – Überblick über den Forschungsstand und eigene Ergebnisse zu einer doppelt benachteiligten Randgruppe. S.36. In: Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2000): Materialien zur Wohnungslosenhilfe. Facetten der Wohnungslosigkeit – Zur Gesundheit Wohnungsloser. Heft 43. Bielefeld: VSH Verlag Soziale Hilfe. S.32-69

- Gesellschaftliche Faktoren: Vaskovics versteht unter gesellschaftlichen Faktoren derartige Merkmale des gesellschaftlichen Systems, die eine Einschränkung der Handlungsfreiräume von Unterschichtsangehörigen bewirken, mit der Folge eintretender Unfähigkeit, einer drohenden Wohnungslosigkeit aus eigener Initiative entgegenzuwirken.⁶¹ Die steigende Zahl an Arbeitslosen, bestimmte Reformen bezüglich der sozialen Sicherungssysteme und die Verringerung preiswerter Wohnungen im städtischen Raum zählen zu den bedeutendsten gesellschaftlichen Faktoren.⁶²
- Auslösesituationen: Neben den individuellen und gesellschaftlichen Faktoren führen bestimmte auslösende Momente zur Wohnungslosigkeit. Dazu zählen zum Beispiel Scheidungen bzw. Trennungen, der Verlust des Arbeitsplatzes sowie das Eintreten physischer oder psychischer Krankheiten.⁶³ Sengschmied sieht weitere Anlässe, die zu einem Wohnungsverlust führen können: Verschuldung, Entlassung aus stationären Einrichtungen, Flucht aus der Heimat und Delogierungsverfahren.⁶⁴ Das alleinige Auftreten eines einzelnen Faktors liefert jedoch laut Kellinghaus keine Erklärung für die Wohnungslosigkeit.⁶⁵

3.3 Erklärungsansätze

Es existieren mehrere Modelle, die die Entstehung von akuter Wohnungslosigkeit erklären sollen. Im Rahmen vorliegender Arbeit werden vier dieser Ansätze ausgewählt - das ‚sozialökologische Modell‘, das ‚Konzept der Lebenslage‘, ‚Identitätsverlust und Desintegration‘ sowie die ‚Multidimensionalität des Problems‘.

⁶¹ vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (1984): Ursachen von Obdachlosigkeit. Minden: J.C.C. Bruns. S.12

⁶² vgl. Kellinghaus, Christoph et al. (2000): Wohnungslos und psychisch krank – Überblick über den Forschungsstand und eigene Ergebnisse zu einer doppelt benachteiligten Randgruppe. S.36f. In: Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2000): Materialien zur Wohnungslosenhilfe. Facetten der Wohnungslosigkeit – Zur Gesundheit Wohnungsloser. Heft 43. Bielefeld: VSH Verlag Soziale Hilfe. S.32-69

⁶³ vgl. ebenda S.37

⁶⁴ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.34ff

⁶⁵ vgl. Kellinghaus, Christoph et al. (2000): Wohnungslos und psychisch krank – Überblick über den Forschungsstand und eigene Ergebnisse zu einer doppelt benachteiligten Randgruppe. S.37. In: Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2000): Materialien zur Wohnungslosenhilfe. Facetten der Wohnungslosigkeit – Zur Gesundheit Wohnungsloser. Heft 43. Bielefeld: VSH Verlag Soziale Hilfe. S.32-69

3.3.1 Sozialökologisches Modell

Bei diesem Modell geht man von der These aus, dass zwischen der räumlichen und der sozialen Distanz der Bevölkerung eine wechselseitige Beziehung existiert. Personen, die einer bestimmten Schicht angehören, lassen sich in einem bestimmten Stadtteil nieder, woraus eine soziale Abgrenzung dieser Schichten resultiert.⁶⁶

Laut Vaskovics kann die ökonomische Deprivation nicht als die alleinige Ursache der Obdachlosigkeit gesehen werden. Erst eine Ansammlung von unterschiedlichen Einflussgrößen, die der Unterschicht zuzuschreiben sind, resultiert in sozialer Randständigkeit. Folgende Bedingungen müssen vorliegen, um eine derartige Randständigkeit hervorrufen zu können⁶⁷:

- *„die relative Armut,*
- *die gesellschaftliche Bewertung der Armut,*
- *das Wohnen in diskreditierenden Wohnverhältnissen sowie*
- *residentiale Segregation*⁶⁸

⁶⁶ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.26

⁶⁷ vgl. Könen, Ralf (1990): Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.113

⁶⁸ ebenda S.113f

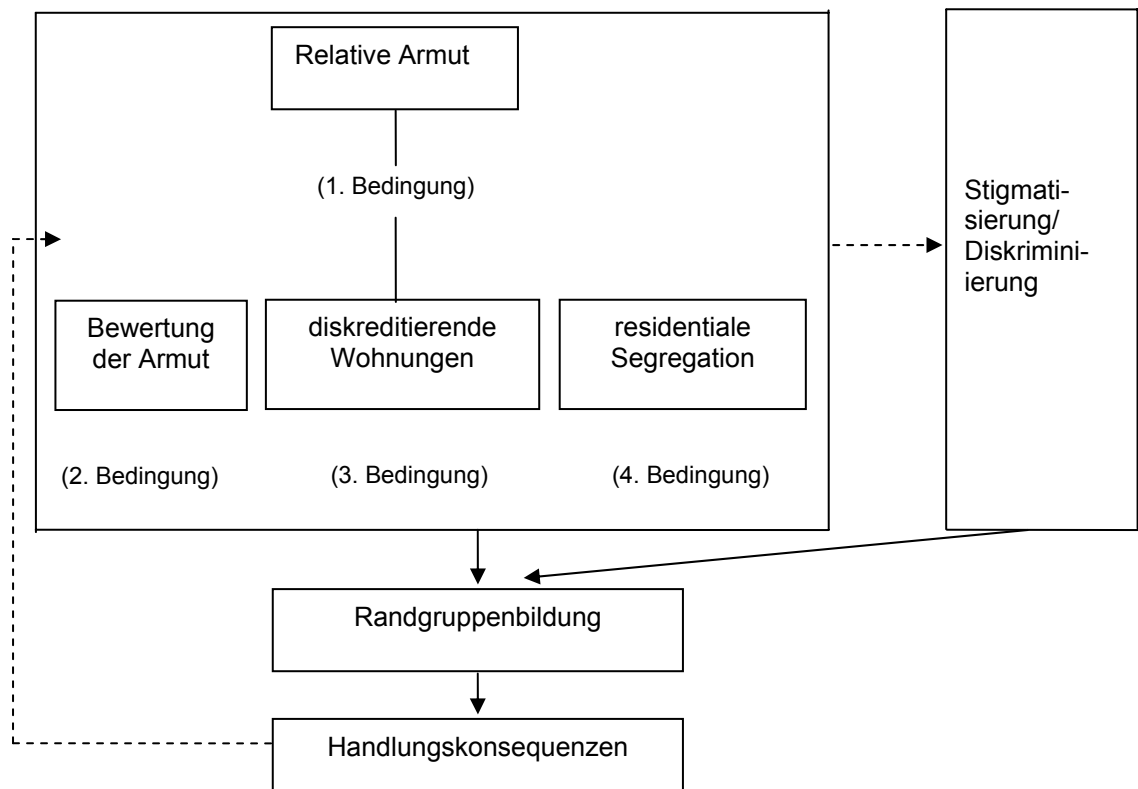


Abb.2: Modellskizze der Problemstellung

(Quelle: Vaskovics, Laszlo (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften. Frankfurt / New York: Campus Verlag. S.42)

Vaskovics unterscheidet zwischen ‚relativer‘ und ‚absoluter Armut‘. Bei ‚absoluter Armut‘ fehlt es den Betroffenen an ausreichenden Mitteln, um eine Befriedigung der Bedürfnisse zu ermöglichen. Dieser Mangel resultiert in der Gefahr, dem Organismus Schaden zuzufügen. Beispielsweise kann das Fehlen einer Wohnung bzw. von Kleidung zu Erkrankungen führen. Im Gegensatz dazu zeigt die ‚relative Armut‘ auf, inwieweit soziale Lebenslagen einzelner Menschen vom durchschnittlichen Lebensstandard der Bevölkerung abweicht. Lebenslagen, die gemäß der gesellschaftlichen Auffassung als noch zumutbar eingestuft werden, betrachtet Vaskovics als ‚soziales oder kulturelles Existenzminimum‘ und gilt als Abgrenzung zur ‚relativen Armut‘. In diesem Grenzbereich können zwar biologisch- physiologische Existenzbedürfnisse befriedigt werden, jedoch keine, die dem ‚sozialen Existenzminimum‘, dem ‚Zivilisationsminimum‘ sowie dem ‚kulturellen Existenzminimum‘ zugeordnet werden. Somit kann ‚relative Armut‘ als Lebenslage betrachtet werden, in der den Betroffenen das von der Gesellschaft befundene existentielle Minimum an Wohnraum, Gesundheit, Ernährung und

Bildung verwehrt bleibt.⁶⁹ Laut Vaskovics zählen diejenigen Menschen zur Unterschicht, die über ein Einkommen verfügen, das entweder unter oder nur unerheblich über den Sozialhilfesätzen angesiedelt ist. Im Falle von weiteren Benachteiligungen tritt die Gefahr von räumlichen Ausschließungsmechanismen ein.⁷⁰

Bei der zweiten Einflussgröße - der gesellschaftlichen Bewertung der Armut - ist anzumerken, dass die Gesellschaft Armut aufgrund sozialer Randständigkeit gewichtiger bewertet als vergleichsweise das Fehlen einer Existenzgrundlage.⁷¹ Der Großteil der Bevölkerung vertritt die Annahme, dass die Lebenssituation der Armen nach dem Motto ‚jeder ist seines Glückes Schmied‘ Resultat individuellen Fehlverhaltens ist. Demnach erfolgt eine Zuschreibung von pauschalen negativen Eigenschaften auf die Betroffenen, was laut Vaskovics als latente Stigmatisierungs- und Diskriminierungsbereitschaft betrachtet werden kann.⁷² Von Interesse ist hierbei die These, dass insbesondere von denjenigen Personen, die selbst unwesentlich über der Armutsgrenze leben, eine stärkere Stigmatisierung als von Angehörigen der Mittelschicht ausgeht. Die Bereitschaft zur Stigmatisierung und Diskriminierung kann in jedem Lebensbereich, wie beispielsweise beim Wohnen, Arbeiten, etc. auftreten.⁷³

Allein diese latente Stigmatisierungs- und Diskriminierungsbereitschaft resultiert jedoch nicht in sozialer Ausschließung, sondern es bedarf weiteren Bedingungen - die soziale Armut muss identifiziert werden. Da allerdings diese diskreditierenden Merkmale nicht personengebunden sind, erfolgt die Kategorisierung der Armut mittels Kleidung und Wohnung.⁷⁴ Das Wohnen in diskreditierenden Wohnverhältnissen lässt Rückschlüsse auf die Armut zu, da eine Wohnung soziale Signale ausstrahlt, mittels derer die BewohnerInnen sozial zugeordnet werden können.⁷⁵ In der Gesellschaft bildet die Wohnung einen bedeutenden Teil des Belohnungssystems, die bereits mittels eines flüchtigen Blickes Eigenschaften auf deren BewohnerInnen projizieren lässt. Demnach fungieren die Merkmale der Wohnung, des Hauses sowie des Wohnumfeldes als von außen eindeutig erkennbare Zeichen, um den

⁶⁹ vgl. Vaskovics, Laszlo (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften. Frankfurt / New York: Campus Verlag. S.20f

⁷⁰ vgl. Könen, Ralf (1990): Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.114

⁷¹ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.26

⁷² vgl. ebenda

⁷³ vgl. Vaskovics, Laszlo (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften. Frankfurt / New York: Campus Verlag. S.25

⁷⁴ vgl. Könen, Ralf (1990): Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.115

⁷⁵ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.26

BewohnerInnen bestimmte Eigenschaften zuzuordnen. Somit kann der Wohnung auf drei Ebenen eine symbolische Bedeutung zugeschrieben werden:

- Die Wohnung wird sozial bewertet.
- Die bewerteten Wohneigenschaften dienen der Zuordnung von Personenmerkmalen. Sie werden zu einer Bewertung, Typisierung und Identifizierung der BewohnerInnen herangezogen.
- Wohnungsmerkmale, die als negativ befunden werden, wirken sich diskreditierend auf die BewohnerInnen aus.⁷⁶

Die residentiale Segregation gilt als weitere Einflussgröße für Stigmatisierung und Diskriminierung. Findet sowohl eine Verdichtung von diskreditierenden Merkmalen als auch eine räumliche Abgrenzung statt, sind die Voraussetzungen für eine ‚kollektive Typisierung, Identifizierung und Etikettierung‘ dieser Personengruppen gegeben. Bliebe diese räumliche Konzentration aus, würden sie von den MitbewohnerInnen aufgrund gleichen Verhaltens nicht als Randständige erkannt werden.⁷⁷ Anzumerken ist, dass Stigmatisierung und Diskriminierung sich auf das Verhalten der Betroffenen auswirken, was eine ‚relative Deprivation‘ zur Folge hat. Im Zuge dieser findet ein Vergleich des eigenen Status mit dem anderer statt. Erkennt eine Person, dass ihr Status vom Umfeld niedriger eingestuft wird als sie selbst empfindet, so ist das Erleben relativer Benachteiligung die Folge, die wiederum in abweichendem Verhalten, sozialem Rückzug, Apathie, Resignation sowie in Überanpassung resultieren kann. Diese Reaktionen sind wiederum Anlass für eine verstärkte Stigmatisierung und Diskriminierung der Betroffenen. Somit sind Ursache und Wirkung nicht eindeutig identifizierbar.⁷⁸

Könen sieht im sozialökologischen Modell einen Mangel in der lückenhaften Beschreibung der Einflussgrößen. Weiters bleibt unerwähnt, dass von Seiten der Sozialadministration die Randständigkeit produziert wird und gleichzeitig Schuld zugewiesen wird. Vaskovics beschreibt das Verhalten mancher obdachloser Menschen als ‚nicht der Regel entsprechend‘, lässt jedoch therapeutische Hilfsmaßnahmen unberücksichtigt.⁷⁹ Trotz aller Kritik beinhaltet das Sozialökologische Modell essentielle Variablen, wie beispielsweise „Armut,

⁷⁶ vgl. Vaskovics, Laszlo (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften. Frankfurt / New York: Campus Verlag. S.27

⁷⁷ vgl. Könen, Ralf (1990): Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.116

⁷⁸ vgl. Vaskovics, Laszlo (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften. Frankfurt / New York: Campus Verlag. S.34f

⁷⁹ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.27

Stigmatisierung, Symbolwert der „Wohnung“, gesellschaftliche Haltungen und die Verquickung von Problemursachen und deren Folgen bei problembelasteten Menschen [...]“⁸⁰.

3.3.2 Konzept der Lebenslage

Unter einer Lebenslage versteht man in der sozialwissenschaftlichen Literatur die Beschreibung von unterschiedlichen persönlichen Handlungsspielräumen bezüglich der Bedürfnisbefriedigung. Ausgangspunkt ist die Begrenzung dieser Spielräume von gesellschaftlichen und sozio- kulturellen Strukturen.⁸¹ „[...] *Das ökonomische System, lebensweltliche Strukturen, Bildungssystem und Erfahrungs- und Lernspielräume*“⁸² formen den Handlungsfreiraum eines jeden Menschen.⁸³ Die Lebenslage wird von Einflussfaktoren geformt, die nachstehend angeführt werden:

- *„Vom ökonomischen System und den sich daraus ergebenden Einkommensspielräumen,*
- *vom Bildungssystem,*
- *von den lebensweltlichen Strukturen, die die Interaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten bestimmen und*
- *von den Lern- und Erfahrungsspielräumen, die die Chancen zur Interessensentfaltung beeinflussen.“⁸⁴*

Die Lebenslage ist abhängig von den „[...] *strukturellen Lebensbedingungen, milieuspezifischen Wertvorstellungen und der familiären Verarbeitung*“⁸⁵. Befragungen durch Vertretern des ‚Konzeptes der Lebenslage‘ haben ergeben, dass Obdachlose zum Teil in unterklassigen Arbeiterfamilien aufwuchsen und aufgrund andauernder Erkrankungen, durch Kündigungen oder unregelmäßigen Lebensabläufen in die Wohnungslosigkeit verfallen. Andere wieder entstammen einer traditionsgemäßen Familie der Randschicht, in der Situationen stark ausgeprägt sind, die von zwischenmenschlichen Problemen gelenkt werden.⁸⁶

⁸⁰ Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.27

⁸¹ vgl. ebenda

⁸² ebenda

⁸³ vgl. ebenda

⁸⁴ Könen, Ralf (1990): Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.121

⁸⁵ Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.27

⁸⁶ vgl. ebenda

Im Rahmen dieses Konzepts wird die Lebenslage sozial Unterprivilegierter in Verbindung mit objektiven gesellschaftlichen Bedingungen gebracht, da man annimmt, dass unterschiedliche Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen existieren. Diese strukturellen Gegebenheiten werden von VertreterInnen dieses Modells als Grundproblematik der sozialen Unterprivilegierung erkannt. Des Weiteren werden milieuspezifische Wertvorstellungen und Orientierungen, Bewältigungsversuche und Formen der Adaption der Betroffenen einer Beobachtung unterzogen.⁸⁷ Lebenslagen von Randgruppen werden von folgenden Faktoren beeinflusst:

- „Von den strukturellen Lebensbedingungen (Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen),
- von den milieuspezifischen Wertvorstellungen und Orientierungen sowie
- von der familialen Verarbeitung.“⁸⁸

Als Charakteristika struktureller Lebensbedingungen Unterprivilegierter gelten sowohl die marginale ökonomische Situation als auch mangelnde Arbeits- und Qualifikationsmöglichkeiten. Auch das Leben in unzureichenden Wohnverhältnissen und die Tatsache, von der Sozialadministration abhängig zu sein, können als Einflussgrößen genannt werden. Die milieuspezifischen Wertvorstellungen zeigen auf, wie die Bewältigung struktureller Bedingungen im alltäglichen Leben der Betroffenen erfolgt. Sie verhelfen dazu, Unterschiede beispielsweise im Kauf- und Konsumverhalten zu erkennen. Die familiäre Verarbeitung bezieht sich sowohl auf die konkrete Betroffenheit als auch auf Lebens- und Handlungsmöglichkeiten, die wahrgenommen werden. Diese Unterscheidung kann als sinnvoll erachtet werden, da die beiden erstgenannten Einflussgrößen lediglich individuelle Chancen formen, aber nicht zwangsläufig Einfluss auf die Handlungen der Betroffenen nehmen.⁸⁹

Das Konzept der Lebenslage kann als sehr vorsichtige und personenbezogene Analyse charakterisiert werden. Es ist anzumerken, dass die Probleme, die aufgrund der vorherrschenden Armut (Randschichtfamilie) auftreten, nicht als abweichendes Verhalten wahrgenommen werden. Die Folgen sind Belastungen auf psychischer Ebene, die mit Hilfe spezieller Therapien bekämpft werden sollen.⁹⁰ Glatzer und Hübinger weisen weiters darauf hin, dass „[...] die Probleme der gesellschaftstheoretischen Einbettung, der empirischen

⁸⁷ vgl. Könen, Ralf (1990): Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.122

⁸⁸ ebenda

⁸⁹ vgl. ebenda S.122f

⁹⁰ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.27

*Operationalisierung, der adäquaten Datengrundlage und der praktischen Schlussfolgerungen, die sich für das Konzept stellen, bisher nicht gelöst (sind). Vorerst hat es vor allem den Charakter einer Leitidee, die in einigen Untersuchungen mehr oder weniger gut umgesetzt worden ist.*⁹¹ Andererseits geht aus diesem Konzept hervor, dass Not Resultat objektiver Erfahrungen bezüglich der Erfordernisse und dem Gelingen der Lebensbewältigung ist. Eine soziale Lebenslage entwickelt sich dann zur persönlichen Notlage, wenn Betroffene nicht mehr in der Lage sind, deren Können zu disponieren und Belastungen standzuhalten.⁹²

3.3.3 Identitätsverlust und Desintegration

Girtler stellt die Lebenswelt akut wohnungsloser Menschen mittels einer von ihm in den Jahren 1976-78 durchgeführten Beobachtung dar, die unstrukturiert und teilnehmend vorgenommen wurde. Diese soll verdeutlichen, dass diese Personengruppe über ein kompliziertes Sozialsystem verfügt, dass Unzufriedenheit über das eigene Schicksal vorherrscht und dass sie in der Lage ist, Probleme, die aus ihrem niedrigen sozialen Status resultieren, zu bewältigen.⁹³

Girtler betrachtet akut Wohnungslose „[...] als soziale Randgruppe, die eigene Werte, eigene Normen, eigene Symbole, eigene Handlungsmuster hat, die aber nicht den gesellschaftlichen Standards entsprechen und daher auch z.T. als Bedrohung einer an der Leistung orientierten Wirklichkeit empfunden werden. Zur Sicherung des allgemeinen Wertsystems versuchen die herrschenden Gruppen daher, die Randgruppe der Sandler in eine Randposition abzurängen. Aus seiner Lebenssituation ergeben sich nun für den Sandler typische Problemlösungsstrategien.“⁹⁴

⁹¹ Glatzer, Wolfgang / Hübinger, Werner (1990): Lebenslagen und Armut. S.37. In: Döring, Dieter / Hanesch, Walter / Huster, Ernst-Ulrich (1990): Armut im Wohlstand. Frankfurt. S.31-55. Zit.n.: Stelzer-Orthofer, Christine (1997): Armut und Zeit. Eine sozialwissenschaftliche Analyse zur Sozialhilfe. o.A.: Leske + Budrich, Opladen. S.38

⁹² vgl. Stumpf, Hildegard (2001): Partizipation als pädagogisches Konzept und Strategie innovativer Armutsbekämpfung. Aufgezeigt am Beispiel eines EU-Modellprojektes zur Wohnraumgewinnung für einkommensschwache Personen und Gruppen. Dissertation. S.79. Online im Internet: URL: https://heidi.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/volltexte/2004/4567/pdf/Diss_Hildegard_Stumpf_Muenchen.pdf [dl. 07.09.2005]

⁹³ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.28

⁹⁴ Girtler, Roland (1980): Vagabunden in der Großstadt. Teilnehmende Beobachtung der Lebenswelt der „Sandler“ Wiens. Stuttgart. Zit.n.: Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.28

Als Ursachen für die akute Wohnungslosigkeit hält Girtler die Verbitterung und Unzufriedenheit der Betroffenen aufgrund eines vorangegangenen Identitätsverlustes fest. Dieser ist das Ergebnis sowohl persönlicher als auch familiärer Probleme sowie der damit einhergehenden Stigmatisierung. Als charakteristisches Merkmal von Obdachlosenkarrieren gelten Prozesse der Desintegration aus ursprünglichen Primärgruppen.⁹⁵

Keine Berücksichtigung finden in diesem Modell strukturelle Faktoren, wie beispielsweise steigende Arbeitslosigkeit, immer höher werdende Wohnkosten, der zunehmende Lebensstandard und neue Armutformen, die die Obdachlosigkeit zum einen aufgrund mangelnder Integrationsmöglichkeiten begünstigen und zum anderen auch auf den Identitätsverlust Einfluss nehmen.⁹⁶

3.3.4 Die Multidimensionalität des Problems

Der Weg in die akute Wohnungslosigkeit kann gemäß des multidimensionalen Ansatzes nicht ausschließlich mittels einer Theorie beschrieben werden, da er von mehreren Faktoren, die sich gegenseitig verstärken und bedingen, aber auch bei individuellem oder anders kombiniertem Auftreten bewältigbar sind, geformt wird.⁹⁷ Romaus hält fest, dass es „[...] *keine monokausalen Beziehungen, die zur Wohnungslosigkeit führen (gibt), sondern es besteht in den meisten Fällen ein komplexes Geflecht von psychischen, sozialen, ökonomischen und strukturellen Faktoren, die den Wohnungsverlust bedingen*“⁹⁸.

Anzumerken ist, dass dieser Ansatz weder Allgemeingültigkeit noch Vollständigkeit vorweisen kann, da er nur eine Skizzierung einiger Koordinaten, die sich in diesem komplexen System befinden, vornimmt. Obwohl Ursachen und Anlässe für Obdachlosigkeit je nach Individuum unterschiedlich ausfallen können, wird deren Unterscheidung als sinnstiftend betrachtet. Es muss miteinbezogen werden, dass Ursachen und Probleme, die Resultate der Obdachlosigkeit sind, oftmals vertauscht werden, da sie eng miteinander verbunden sind und ineinander übergehen. Es stellt sich somit zum Beispiel die Frage, ob Alkoholkonsum eine Bedingung, ein Anlass, ein aus der Situation der akuten

⁹⁵ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.28

⁹⁶ vgl. ebenda

⁹⁷ vgl. ebenda S.29

⁹⁸ Romaus, Rolf (1990): Alleinstehende wohnungslose Frauen in München – Ausgewählte Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. S.70. In: Gefährdetenhilfe. Heft 3/1990.37.Jg. S.69ff. Zit.n.: Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.29

Wohnungslosigkeit entstandenes Problem oder Resultat der Obdachlosigkeit ist. Der multidimensionale Ansatz verdeutlicht diese Wechselwirkungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.⁹⁹

3.4 Wohnungslose als gesellschaftliche Randgruppen

Eine Unterversorgung sowie eine Ausgrenzung wohnungsloser Menschen finden sich in allen Lebensbereichen. Wohnungslose gelten als die von allen Bevölkerungsgruppen am stärksten von sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung betroffenen Menschen. Sie stellen aufgrund unterschiedlicher persönlicher, sozialer und ökonomischer Bedarfslagen einen heterogenen Personenkreis dar, dessen gemeinsames Charakteristikum die Wohnungslosigkeit ist.¹⁰⁰

Personen, die in einer Gesellschaft ein niedriges Ansehen erfahren, sind in ihrem Verhaltensspielraum eingeschränkt. Auch die Möglichkeiten, begangene Regelverletzungen zu verbergen, sind begrenzt. Der Grund liegt in der Kontrolle, die in der unteren Schicht verstärkt ausfällt. Das Bewusstsein über diese Kontrolle und die Unfähigkeit, den Erwartungen der Gesellschaft gerecht zu werden, resultieren in einer fortwährenden Bedrohung der akut Wohnungslosen.¹⁰¹

Diese starke Bedrohung macht Betroffene unfähig, ihre Situation realistisch einzuschätzen und zieht dadurch nonkonformistische Verhaltensweisen nach sich. Die anhaltend empfundene Bedrohung führt zur eigenen Unfähigkeit, langfristig zu planen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein obdachloser Mensch mit gezieltem Verhalten in der Gesellschaft Erfolg haben kann. Verfügen Wohnungslose tatsächlich nicht über objektive Mittel zur Durchsetzung ihrer wahrgenommenen Interessen, so müsste man gezielte Verhaltensweisen als Zeitvergeudung erkennen und würde den Kampf gegen die Bedrohung rechtfertigen. Obdachlose versuchen, entweder durch Aggressivitäten eine rasche Milderung der Bedrohung herbeizuführen, oder schlittern aufgrund ihrer Aussichtslosigkeit oftmals in Desinteresse, Untätigkeit und Hoffnungslosigkeit.¹⁰²

⁹⁹ vgl. Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia. S.29f

¹⁰⁰ vgl. Gillich, Stefan / Nieslony, Frank (2000): Armut und Wohnungslosigkeit. Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen. Köln: Fortis Verlag. S.89

¹⁰¹ vgl. Zöllner, Wolfgang (1973): Obdachlos durch Wohnungsnot. Ein Beitrag zur Differenzierung der Obdachlosigkeit. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH. S.12f

¹⁰² vgl. ebenda S.13

In den 70er Jahren wurde die akute Wohnungslosigkeit einer quantitativ irrelevanten Randgruppe zugeteilt und somit aus dem gesamtgesellschaftlichen Kontext herausgenommen. Vorwiegend wurde Obdachlosigkeit als Folge abweichenden Verhaltens und Asozialität gesehen. Demnach wurden ökonomische Kausalitäten der Armut zu¹⁰³ „*Schuldfragen der menschlichen Existenz [...]*“¹⁰⁴.

Der Randgruppenbegriff kann als Kunstprodukt betrachtet werden, das aus der sozialwissenschaftlichen Sprache stammt. Gemäß dem lexikalischen Wortsinn könnte man annehmen, dass dieser Begriff Menschen, die sich in einer besonderen räumlich- sozialen Situation befinden, einschließt. Gemeint sind damit Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen und eine Einheit bilden. Hält man sich jedoch vor Augen, welche unterschiedliche Menschen bzw. Menschentypen unter diesem Begriff zusammengefasst werden, wird schnell ersichtlich, dass dieser Randgruppenbegriff als unpräzise einzustufen ist.¹⁰⁵

Fürstenberg hat im Jahre 1965 mit seinem Aufsatz ‚Randgruppen in der modernen Gesellschaft‘ das erste Randgruppenkonzept geschaffen, das theoretisch auf hohem Niveau angesiedelt ist. Das Phänomen der Randgruppe ist für Fürstenberg mit der Gefährdung gesellschaftlicher Stabilität eng verbunden. Unter Randpersönlichkeiten versteht er „*Menschen, die sich mit der Gesellschaft nicht oder nur peripher verbunden fühlen und dies durch abweichendes Verhalten zeigen*“¹⁰⁶. Aus der Gruppenbildung solcher Randpersönlichkeiten resultieren Randgruppen, die von Fürstenberg als „*loser oder fester organisierte Zusammenschlüsse von Personen, die durch ein niedriges Niveau der Anerkennung allgemein verbindlicher sozio- kultureller Werte und Normen und der Teilhabe an ihrer Verwirklichung sowie am Sozialleben überhaupt gekennzeichnet sind.*“¹⁰⁷ Dazu zählt er kriminelle Verbindungen, Obdachlose, einen bestimmten Anteil an alten Menschen,

¹⁰³ vgl. Drygala, Anke (1987): Wohnungsversorgung und Ursachen von Obdachlosigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft. S.20. In: Kellner, Reinhard / Wittich, Wolfgang (1987): Wohnen tut not. Obdachlosigkeit in der Diskussion. Analysen – Modelle – Perspektiven. München: AG SPAK PUBLIKATIONEN. S.13-43

¹⁰⁴ Janssen, J. (1970): Sozialismus, Sozialpolitik und Wohnungsnot. In: Helms, H.G. (1970): Kap. Städtebau. Neuwied/Berlin. S.54-55. Zit.n.: Drygala, Anke (1987): Wohnungsversorgung und Ursachen von Obdachlosigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft. S.20. In: Kellner, Reinhard / Wittich, Wolfgang (1987): Wohnen tut not. Obdachlosigkeit in der Diskussion. Analysen – Modelle – Perspektiven. München: AG SPAK PUBLIKATIONEN. S.13-43

¹⁰⁵ vgl. Sidler, Nikolaus (1989): Am Rande leben, abweichen, arm sein. Konzepte und Theorien zu sozialen Problemen. Freiburg: Lambertus Verlag. S.145

¹⁰⁶ Fürstenberg, F. (1965): Randgruppen in der modernen Gesellschaft. S.236. In: Soziale Welt. Heft 16/1965, S.236-245. Zit.n.: Sidler, Nikolaus (1989): Am Rande leben, abweichen, arm sein. Konzepte und Theorien zu sozialen Problemen. Freiburg: Lambertus Verlag. S.148

¹⁰⁷ ebenda S.237

Außenseiter, etc. Diese Randpersonen können erst nach einem Zusammenschluss in Gruppen eine Gefährdung für die Gesellschaft darstellen.

Oftmals werden Angehörige einer Randgruppe als Bedrohung empfunden. Der Grund dafür liegt im Nonkonformismus. *„Solange sie nur Sammelbecken der Ausgestoßenen (Obdachlose, Straftatlassene) oder der freiwillig aus der Gesellschaft Zurückgezogenen (Beatniks, Hippies) sind, stellen sie aber eher ein soziales Ventil als eine Bedrohung dar.“*¹⁰⁸ Kommt es jedoch zur Entwicklung von zukunftssträchtigen Alternativen und zur Entstehung von gesellschaftsverändernden Potentialen oder zur Bildung krimineller Gruppen, so werden sie als Bedrohung wahrgenommen. Fürstenberg ist allerdings der Meinung, dass, obwohl Randgruppen nicht dazu tendieren, sich zusammenzuschließen und auf Grund dessen keine Gefahr darstellen, alleine durch deren Klassifizierung als ‚Asoziale‘ zum Schreckgespenst des Bürgertums gemacht werden.¹⁰⁹

Vaskovics bezieht neben dem sozialen Aspekt auch die räumliche Distanz zur restlichen Gesellschaft und die relative Deprivation in die Begriffsbestimmung der Randgruppe mit ein: *„Unter dem Begriff „soziale Randgruppen“ werden Mitglieder von Sozialkategorien verstanden, deren Sozillage in der Gesellschaft durch soziale und räumliche Distanz zu der übrigen Bevölkerung und durch relative Deprivation (Stigmatisierung, Diskriminierung) gekennzeichnet ist.“*¹¹⁰ Die räumliche Distanz, die als Ausgliederung verstanden wird, gilt hierbei als Resultat von der Bereitschaft der Bevölkerung, diese Personengruppen herabzusetzen. Die soziale Distanz wird hingegen als Form der kulturellen Andersartigkeit sowie als wesentliche Voraussetzung zur Randständigkeit betrachtet. Diese Andersartigkeit basiert jedoch in der Regel lediglich auf Annahmen, die von der Gesellschaft aufgebaut wurden.¹¹¹ Insofern werden von Seiten der Gesellschaft soziale oder physische Merkmale bestimmt, mittels derer diese den sozialen Ausschluss rechtfertigt.¹¹² Weber benennt dieses Phänomen als Schließungsstrategie, die er *„[...] als treibende Kraft [...] (mit der) Tendenz*

¹⁰⁸ Iben, Gerd (1971): Randgruppen der Gesellschaft. Untersuchungen über Sozialstatus und Erziehungsverhalten obdachloser Familien. München: Juventa Verlag. S.20

¹⁰⁹ vgl. ebenda

¹¹⁰ Vaskovics, Laszlo (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften. Frankfurt / New York: Campus Verlag. S.22

¹¹¹ vgl. ebenda S.22f

¹¹² vgl. Könen, Ralf (1990): Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.137

zum Monopolisieren bestimmter, und zwar der Regel nach ökonomischer Chancen“¹¹³ beschreibt. Ausschlaggebendes Kriterium für die Randgruppenbildung ist somit die Bereitschaft der Bevölkerung zur Stigmatisierung und Diskriminierung der Betroffenen, die sich beispielsweise in Vermeidung von Interaktionen, im Ausschluss aus relevanten Bereichen sowie in Ressourcenverweigerung zeigt.¹¹⁴

Schäfers geht im Zuge der Randgruppendefinition auf die soziale Lage der Betroffenen ein. Er betrachtet eine soziale Randgruppe als „die Zusammenfassung von Personen und Personengruppen, die in die Kerngesellschaft aufgrund von Defiziten (der Bildung, des Einkommens, der Sprache, der Lebensverhältnisse, der Wohnsituation usw.) nur unvollkommen integriert sind.“¹¹⁵ Die Randgruppenbildung führt Schäfers auf den individuellen Bereich, sozialstrukturellen Umwälzungen sowie die Schnelllebigkeit der industriellen Entwicklung zurück. Während der individuelle Bereich Krankheit, Alter und Invalidität umschließt, begründet Schäfers die beiden letztgenannten in Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und anderen Ausschließungsformen.¹¹⁶

3.5 Von Wohnungslosigkeit Betroffene

Im Zuge der Recherchen zur Wohnungslosigkeit werden Personengruppen identifiziert, die sowohl davon gefährdet als auch bereits davon betroffen sind. Von arbeitslosen Menschen über MigrantInnen bis hin zu verschuldeten Menschen wird der Versuch unternommen, mittels Daten die oberösterreichische Situation darzustellen, wobei angemerkt werden muss, dass es teilweise nicht möglich ist, an aktuelle Statistiken zu gelangen. Einerseits existieren diese nicht, andererseits werden sie nicht freigegeben. Anschließend wird der Kontext zum Wohnen bzw. zur Wohnungslosigkeit hergestellt, wobei jede ‚Problemgruppe‘ unterschiedliche Schwerpunkte beinhaltet.

¹¹³ Weber, Max (1985): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. 5.rev.Aufl. Tübingen. S.202. Zit.n.: Könen, Ralf (1990): *Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat*. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.137

¹¹⁴ vgl. Vaskovics, Laszlo (1976): *Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften*. Frankfurt / New York: Campus Verlag. S.23

¹¹⁵ Schäfers, B. (1990): *Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland*. Stuttgart. S.209f. Zit.n.: Chassé, Karl August (1992): *Brauchen wir den Randgruppenbegriff?* S.91. In: Chassé, Karl August et al. (1992): *Randgruppen 2000. Analysen zu Randgruppen und zur Randgruppenarbeit*. Bielefeld: Böllert, KT-Verlag. S.91-100

¹¹⁶ vgl. Chassé, Karl August (1992): *Brauchen wir den Randgruppenbegriff?* S.91. In: Chassé, Karl August et al. (1992): *Randgruppen 2000. Analysen zu Randgruppen und zur Randgruppenarbeit*. Bielefeld: Böllert, KT-Verlag. S.91-100

3.5.1 Arbeitslose Menschen

Um zunächst die Arbeitslosensituation in Oberösterreich aufzeigen zu können, werden Daten vom Arbeitsmarktservice OÖ herangezogen, die folgend grafisch dargestellt werden.

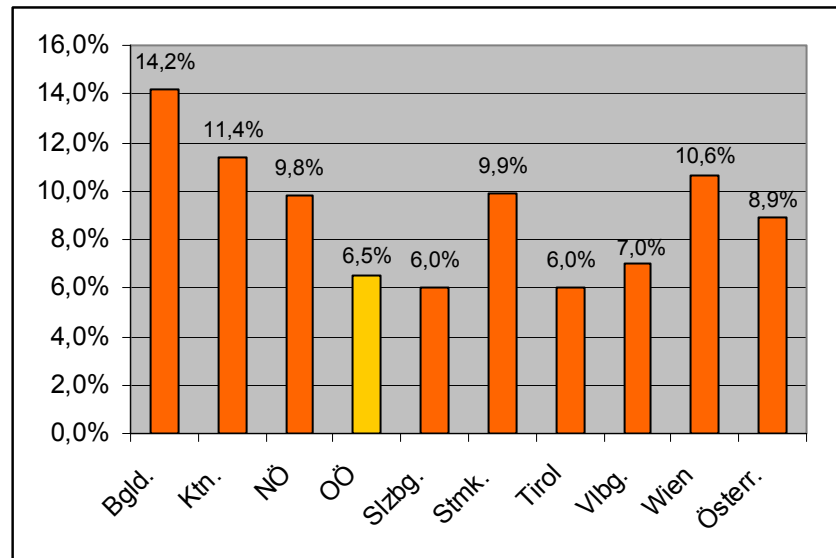


Abb.3: Arbeitslosenquoten der Bundesländer. Februar 2005

(Quelle: Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2005a): Medieninformation. Aktuelles vom Arbeitsmarkt. Februar 2005. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.ams.or.at/ooe/med/monatsinfo/monatsinfo2005-02.pdf> [dl. 03.09.2005])

Mit einer Arbeitslosenquote von 6,5 Prozent liegt Oberösterreich im Bundesländervergleich an dritter Stelle. Verglichen zum Vorjahr ist sie in einem erheblichen Ausmaß angestiegen: von 35.516 beim AMS registrierten Personen im Februar 2004 auf 38.479 im heurigen Jahr. Dies bedeutet einen Anstieg von 2.960 arbeitslosen Menschen.¹¹⁷

Genaueren Aufschluss gibt untenstehende Tabelle, die sowohl nach bestimmten Faktoren aufgeschlüsselt ist als auch die absolute und prozentuelle Veränderung im Vergleich zum Vorjahr aufzeigt.

¹¹⁷ vgl. Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2005a): Medieninformation. Aktuelles vom Arbeitsmarkt. Februar 2005. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.ams.or.at/ooe/med/monatsinfo/monatsinfo2005-02.pdf> [dl. 03.09.2005]

Februar 2005	Bestand	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		absolut	in %
Vorgemerkte Arbeitslose	38.479	+2.960	+8,3
männlich	25.203	+2.022	+8,7
weiblich	13.276	+938	+7,6
darunter Ausländer	7.266	+734	+11,2
männlich	5.467	+519	+10,5
weiblich	1.799	+215	+13,6
darunter nach Alter			
15 bis unter 25	7.254	+583	+8,7
50 und älter	5.621	+1.037	+22,6
darunter nach Berufsgruppen			
Bauberufe	8.784	+927	+11,8
Metall-, Elektroberufe	3.782	+32	+9,3
Handel	2.882	+186	+6,8
Fremdenverkehr	2.393	+96	+4,2
Büroberufe	3.881	+151	+4,0
Langzeitarbeitslose	56	-73	-56,6

Tab.2: Arbeitslosigkeit in Oberösterreich. Februar 2005

(Quelle: Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2005b): Der Arbeitsmarkt in Oberösterreich. Februar 2005. S.13.
Online im Internet: URL: <http://www.ams.or.at/ooe/med/monatsb/monatsb2005-02.pdf> [dl. 03.09.2005])

Generell kann festgehalten werden, dass mit Ausnahme der Langzeitarbeitslosigkeit die Zahlen im Steigen sind. Zu den Langzeitarbeitslosen werden jene Personen gezählt, die länger als ein Jahr als arbeitslos registriert sind.

Wird die Lebenssituation arbeitsloser Menschen in der Öffentlichkeit diskutiert, resultiert dies teilweise in kontroversen Ansichten. Während die einen Arbeitslosigkeit als einen Auslöser

von Armut betrachten, sind die anderen der Meinung, dass den Betroffenen lediglich der Wille zur Arbeit fehle und deren Existenz genug abgesichert ist.¹¹⁸

Das Risiko der Wohnungslosigkeit betrifft nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Gillich und Nieslony zählen jene ArbeitnehmerInnen, die über ein niedriges Einkommen verfügen und der ständigen Gefahr eines Arbeitsplatzverlustes ausgesetzt sind, zu den Betroffenen. Treten weiters individuelle und soziale Krisen, zu denen „[...] *Krankheit, Behinderung, Alter, Partnerverlust, Unfall, Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit und/oder konjunktur- oder saisonbedingte[...] Arbeitslosigkeit [...]*“¹¹⁹ zählen, hinzu, kann dies in nachhaltigen Existenzkrisen resultieren.¹²⁰

Betroffene, die gleichzeitig wohnungs- und arbeitslos sind, erfahren eine doppelte Benachteiligung. Ohne ein reguläres Einkommen durch eine feste Arbeitsstelle schwindet die Chance, eine Wohnung zu finden. Bei mangelnder Berufsqualifikation, physischer und psychischer Beeinträchtigung, ansteigendem Alter und weiteren Selektionsmechanismen des Arbeitsmarktes steigt das Risiko zur Langzeitarbeitslosigkeit, die wiederum in dauerhafter Wohnungslosigkeit resultiert. Auf der anderen Seite erschwert die Tatsache, über keinen festen Wohnsitz zu verfügen, die Arbeitsplatzsuche bzw. den Arbeitsplatzverlust enorm.¹²¹ Nachstehende Abbildung verbildlicht den Teufelskreis, den Menschen, die zugleich wohnungs- und arbeitslos sind, durchlaufen, und dem sie nur schwer entkommen.

¹¹⁸ vgl. Pfaff, Anita (1995): Was ist das Neue an der neuen Armut? S.46. In: Bieback, Karl Jürgen et al. (1995): Neue Armut. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag. S.28-57

¹¹⁹ Gillich, Stefan / Nieslony, Frank (2000): Armut und Wohnungslosigkeit. Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen. Köln: Fortis Verlag. S.89

¹²⁰ vgl. ebenda

¹²¹ vgl. ebenda S.95

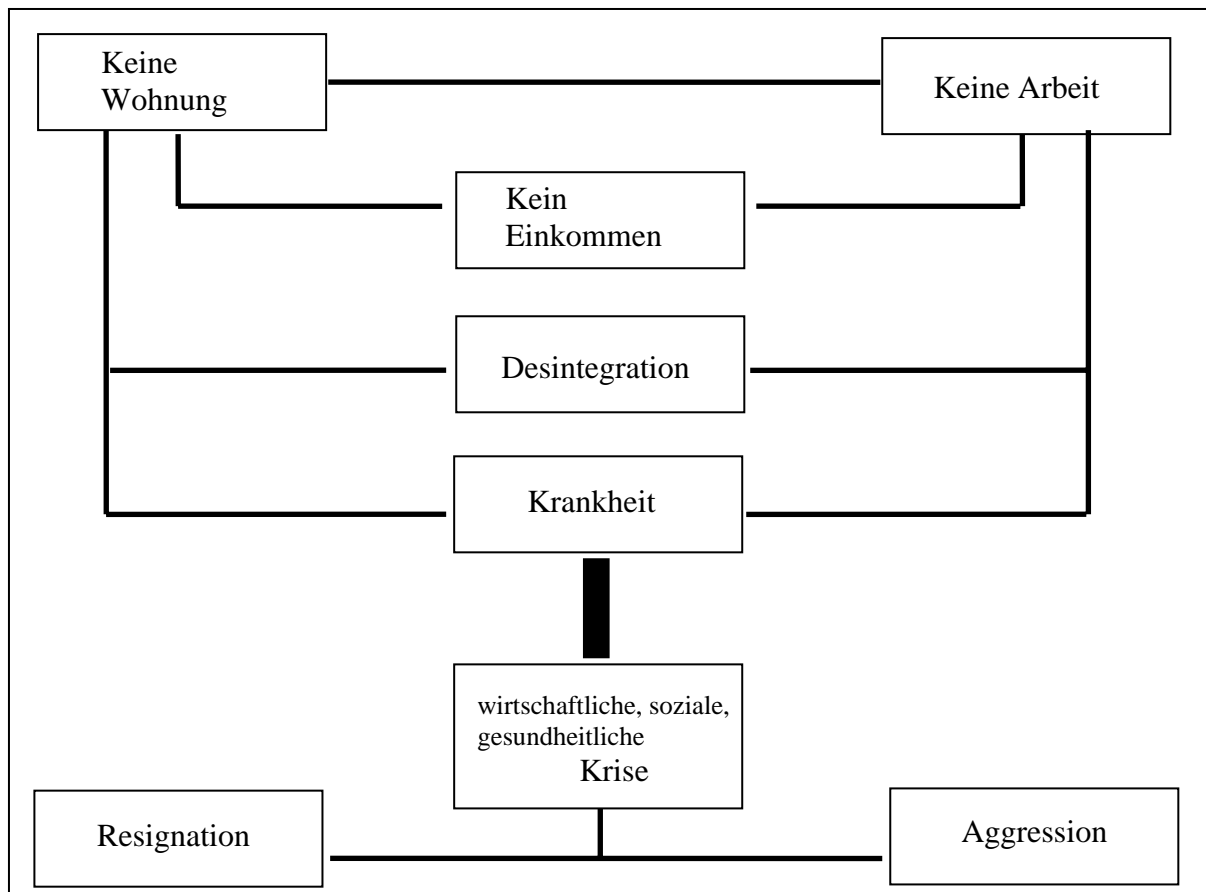


Abb.4: Kreislauf

(Quelle: Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S. 25)

Das Zusammenspiel von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Desintegration geht mit einem hohen Risiko einher, zum Beispiel eine Alkohol- und/oder Tabaksucht auszulösen. Anzumerken ist jedoch, dass dies keineswegs als zwangsläufige Beziehung, sondern als komplexes Bild von Faktoren, die Arbeitslosigkeit, Armut und auch Suchtverhalten produzieren, zu verstehen ist.¹²²

3.5.2 Von Krankheit Betroffene

Krankheit, Sucht und psychische Beeinträchtigungen gelten als Faktoren, die das Risiko der Wohnungslosigkeit enorm anheben. Parallel dazu sind sie Resultat materieller und sozialer Verelendung. Körperliche und psychische Erkrankungen sowie Behinderungen lösen oftmals den Beginn des sozialen Abstiegs aus, da sie in der Regel zu Arbeitsunfähigkeit,

¹²² vgl. Hombach, o.A. (2004): Referat ‚Suchtkrank und wohnungslos‘. S.6. In: Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. (2004): Suchtkrank und wohnungslos: Wohnung los – suchtkrank. Dokumentation zur Fachtagung der Sächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. am 9. Juni 2004. S.5-17. Online im Internet: URL: <http://www.slsev.de/FT2004.pdf> [dl. 15.07.2005]

Krankenhausaufenthalt und Erwerbsunfähigkeit führen. Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sind im Vergleich zu psychisch Stablen einer höheren Gefährdung, die Wohnung zu verlieren, ausgesetzt. Insbesondere chronisch psychisch Erkrankte erfahren aufgrund der unbefristeten Dauer der Krankheit einen sozialen und wirtschaftlichen Abstieg.¹²³

3.5.2.1 Physische Erkrankungen

Trabert erkennt einen Zusammenhang zwischen der Dauer der Wohnungslosigkeit und dem damit einhergehenden Gesundheitszustand. Menschen, die kurzfristig, das heißt bis zu zwölf Monate, von Wohnungslosigkeit betroffen sind, weisen einen relativ schlechten Gesundheitsstatus auf. Dauert die Wohnungslosigkeit zwischen ein und fünf Jahre an, treten bei manchen Stagnation oder leichte Verschlechterungen des gesundheitlichen Zustandes auf. Erstreckt sich die Wohnungslosigkeit hingegen auf bis zu neun Jahren, kann man immer deutlicher erkennen, wie sich die prekäre Lebenssituation auf die Gesundheit überträgt. Bei einer Dauer von mehr als neun Jahren tritt wiederum eine zunehmende Verschlimmerung des Gesundheitsstatus ein.¹²⁴

Zu den Haupterkrankungen wohnungsloser Menschen zählen laut Trabert „[...] *Erkrankungen der Atmungsorgane, Erkrankungen der Verdauungsorgane, Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems und Hautkrankheiten. Verletzungen aufgrund von Straßenverkehrs- oder Arbeitsunfällen sowie akute Infektionskrankheiten spielen ebenfalls eine dominierende Krankheitsrolle. Des Weiteren sind psychiatrische Erkrankungen sowie die Alkoholkrankheit mit ihren Folgeerkrankungen hervorzuheben.*“¹²⁵

Neben dem erhöhten Krankheitsrisiko haben Wohnungslose erschwerten Zugang zu medizinischen Versorgungsangeboten. Man hat erkannt, dass diese Personengruppe im Gegensatz zur ‚Normalbevölkerung‘ seltener medizinische Hilfe nutzt. Vielfältige Gründe können dafür angeführt werden: Stigmatisierung, Diskriminierung, Schamgefühl, Angst vor Abweisung, schlechte Erfahrungen mit und mangelndes Vertrauen zu medizinischem Personal, mangelnde Information über ihre Ansprüche und Angst vor den Kosten. Oftmals

¹²³ vgl. Gillich, Stefan / Nieslony, Frank (2000): Armut und Wohnungslosigkeit. Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen. Köln: Fortis Verlag. S.96

¹²⁴ vgl. ebenda S.97f

¹²⁵ Trabert, Georg (2004): Medizinische Versorgung von wohnungslosen Menschen – Ein Beispiel für eine patientenorientierte, ganzheitliche und kostensparende Medizin. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.thieme-connect.com/ejournals/abstract/gesu/doi/10.1055/s-2004-833834> [dl. 15.07.2005]

wird der gesundheitliche Zustand von den Betroffenen nicht beachtet, wodurch ein Arztbesuch nicht als notwendig erachtet wird.

Zuschnig hält fest, dass „[...] der Bedarf einer zielgruppenadäquaten, niederschweligen Versorgungsstruktur (besteht), die den Bedürfnissen der Wohnungslosen entgegenkommt, in dem sie ihren Lebensalltag und ihre Erfahrungen in die medizinische Betreuung mit einbezieht. Dies erfordert ein Angebot, das über eine medizinische Grundversorgung hinausgeht und auf einem umfassenden Begriff von Gesundheit beruht, welche die physische, psychische und soziale Gesundheit mit einschließt.“¹²⁶ Laut ihr ist eine Gesundheitsversorgung von Wohnungslosen erst dann bedürfnisorientiert, wenn zwischen Sozialarbeit, Medizin und psychosozialer Betreuung eine integrative und kooperative Zusammenarbeit erfolgt. Dies würde nicht nur zur Verhinderung von Leid beitragen, sondern auch Kosten im Gesundheitssystem einsparen.¹²⁷

3.5.2.2 Alkoholismus

Die Alkoholkrankheit von akut Wohnungslosen spielt sich in der Öffentlichkeit ab, wodurch sie für jeden sichtbar wird. Bei Menschen, die auf der Straße leben, sind sowohl der Konsum von Alkohol als auch dessen Folgen öffentlich und auffällig.¹²⁸

Im Rahmen einer Untersuchung stellt Locher fest, dass rund ein Drittel der Wohnungslosen alkoholkrank ist, während er ein weiteres Drittel als alkoholgefährdet einstuft. Der Rest der Wohnungslosen weist keine Alkoholprobleme auf. Festzuhalten ist, dass sich die Dauer der Wohnungslosigkeit nicht auf die Menge des Alkoholkonsums auswirkt.¹²⁹

Gesellschaftliche Gruppen zeigten immer wieder auf, dass Armut und soziale Desintegration Resultate des Alkoholkonsums darstellen. Dieser Mythos, dass Alkohol Ursache bzw.

¹²⁶ Zuschnig, Barbara (2005): Häufiger krank und früher tot. S.13. In: Neugebauer, Christian: Glocalist Review. Digitale Wochenzeitschrift für NGO&NPO- Management, Politik, Ökonomie und Kultur. Ausg. Nr. 68/2005. S.13-15. Online im Internet: URL: http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20050418200538_Glocalist%20Schwerpunkt%20Wohnungslosigkeit_1.pdf [dl. 15.07.2005]

¹²⁷ vgl. ebenda S.13f

¹²⁸ vgl. Breidenbach, Heinrich (1987): Wer wird obdachlos? S.11. In: Kronberger, Helmut et al. (1987): Abgeschoben... Bilder zur Obdachlosigkeit. Salzburg: Verlag Grauwerte im Institut für Alltagskultur. S.7-13

¹²⁹ vgl. Gillich, Stefan / Nieslony, Frank (2000): Armut und Wohnungslosigkeit. Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen. Köln: Fortis Verlag. S.98

Auslöser von Wohnungslosigkeit ist, hat sich lange Zeit gehalten.¹³⁰ „[...] Dieser nun schon fast 200-jährigen Position der Alkoholisierung der Armut begegnet man nicht nur in großen Teilen der Öffentlichkeit, sondern auch in der Politik. Während die Öffentlichkeit an diesem Mythos aufgrund fest gefügter Vorurteile, somit eher aus Naivität und Unwissenheit, glaubt, nutzen Politiker ihn bewusst zur Verharmlosung bzw. Verleugnung der Armut. Denn die Reduktion der ‚Nichtsesshaftigkeit‘ auf den Alkoholismus ist eine Spielart der Armutsverleugnung, da in ihr die Armut hinter dem ‚lasterhaften‘, ‚willensschwachen‘, ‚asozialen‘ oder dem ‚degenerierten Psychopathen‘ steht [...].“¹³¹

Eine epidemiologische Betrachtungsweise lässt die Gleichsetzung von Wohnungslosigkeit und Alkoholismus nicht zu. Obwohl die Quote der Alkoholabhängigen innerhalb der Gruppe der Wohnungslosen als sehr hoch zu verzeichnen ist, sind bei weitem nicht alle davon betroffen und vor allem nicht von Anfang an. Würde Alkoholismus wirklich die einzige Ursache für Wohnungslosigkeit darstellen, dann fänden sich in der Gruppe der akut Wohnungslosen alkoholabhängige Menschen sämtlicher sozialer Schichten entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Auch dies trifft nicht zu.¹³²

Setzt man sich mit dem Zusammenhang zwischen Wohnungslosigkeit und Alkoholkonsum auseinander, ist eine Klärung der Frage nach Funktion und Bedeutung des Alkohols für Wohnungslose erforderlich. Der Konsum von Alkohol gilt in einer derartigen Lebenssituation als Fluchtmittel oder Ausdruck einer Trinkgemeinschaft. Auch der Selbstheilungsversuch spielt hierbei eine Rolle, wobei bemerkt werden muss, dass dieser auch von Menschen mit festem Wohnsitz ergriffen wird.¹³³

¹³⁰ vgl. Hombach, o.A. (2004): Referat ‚Suchtkrank und wohnungslos‘. S.6. In: Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. (2004): Suchtkrank und wohnungslos: Wohnung los – suchtkrank. Dokumentation zur Fachtagung der Sächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. am 9. Juni 2004. S.5-17. Online im Internet: URL: <http://www.slsev.de/FT2004.pdf> [dl. 15.07.2005]

¹³¹ vgl. Henke, Dieter: Die Trunksucht ist die Mutter der Armut. Zit.n.: Hombach, o.A. (2004): Referat ‚Suchtkrank und wohnungslos‘. S.6. In: Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. (2004): Suchtkrank und wohnungslos: Wohnung los – suchtkrank. Dokumentation zur Fachtagung der Sächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. am 9. Juni 2004. S.5-17. Online im Internet: URL: <http://www.slsev.de/FT2004.pdf> [dl. 15.07.2005]

¹³² Hombach, o.A. (2004): Referat ‚Suchtkrank und wohnungslos‘. S.6. In: Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. (2004): Suchtkrank und wohnungslos: Wohnung los – suchtkrank. Dokumentation zur Fachtagung der Sächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. am 9. Juni 2004. S.5-17. Online im Internet: URL: <http://www.slsev.de/FT2004.pdf> [dl. 15.07.2005]

¹³³ vgl. Gillich, Stefan / Nieslony, Frank (2000): Armut und Wohnungslosigkeit. Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen. Köln: Fortis Verlag. S.99

Die Lebenslage Wohnungsloser kann dazu führen, dass Alkoholkonsum die Funktion einer Bewältigungsstrategie einnimmt. Zum einen kommt Alkohol zum Einsatz, um das alltägliche Problem der Nahrungsbeschaffung zu umgehen und darüber hinaus das Hungergefühl zu stillen. Insofern fungiert Alkohol als Grundnahrungsmittel. Zum anderen führt der fehlende Schutz vor Witterungsbedingungen zu einer Verwendung des Alkohols als subjektive Wärmeregulation, obwohl er sich tatsächlich gegenteilig auswirkt, da er Auskühlung und körperliche Erkrankungen zur Folge hat. Zur Selbsthilfe wird Alkohol verwendet, um Schmerzen von Erkrankungen, die durch die besondere Lebenssituation entstehen, zu betäuben.¹³⁴

Die Alkoholproblematik sozialer Randgruppen kann auch auf deren begrenzte Lebenschancen und die damit einhergehende Unzufriedenheit zurückgeführt werden. Dies resultiert in einem sozialen Rückzug, der vom Alkohol unterstützt wird. Demnach gilt Alkohol auch als Fluchtmittel aus einer als unerträglich empfundenen Wirklichkeit mit fehlenden Zukunftsperspektiven.¹³⁵

Das Trinkverhalten Wohnungsloser gilt weiters als „[...] *symbolischer Ausdruck sozialer Verbundenheit und als Ausdruck einer Solidargemeinschaft in Notlagen [...], deren Trinkregeln zur Bewältigung ihrer Alltagssituation sinnvoll erscheinen*“¹³⁶. Darüber hinaus sollen mittels Alkoholkonsum Kontaktängste abgebaut, die eigene Isolation bewältigt und die Kommunikation mit anderen erleichtert werden.¹³⁷

*„Wie schwer muss die Einsicht in ihre Alkoholgefährdung denjenigen fallen, die gezwungen sind, in einem Milieu zu leben, das den Missbrauch von Alkohol unterstützt; in einem Milieu, in dem der Alkoholmissbrauch zur Pflege der Beziehungen (fast) unerlässlich ist [...].“*¹³⁸

3.5.2.3 Psychische Erkrankungen

Psychische Erkrankungen können laut Baumann in drei Gruppen unterschieden werden, nämlich in Störungen von psychischen Funktionen (Wahrnehmungsstörungen, Gedächtnisstörungen, Lernstörungen, Emotionsstörungen, Motivationsstörungen,

¹³⁴ vgl. Gillich, Stefan / Nieslony, Frank (2000): Armut und Wohnungslosigkeit. Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen. Köln: Fortis Verlag. S.99

¹³⁵ vgl. ebenda S.100

¹³⁶ ebenda S.101

¹³⁷ vgl. ebenda

¹³⁸ ebenda

Schlafstörungen, Essstörungen, etc.), in Störungen von Funktionsmustern (Schizophrenie, depressive Störungen, Angststörungen, Verhaltens- und Entwicklungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen, Störungen im Alter, etc.) sowie in Störungen von interpersonellen Systemen (Beziehungs- und Sexualstörungen, Störungen der Schule und betrieblicher Organisationen).¹³⁹

Folgende Abbildung zeigt auf, dass psychische Erkrankungen in Armut resultieren können.

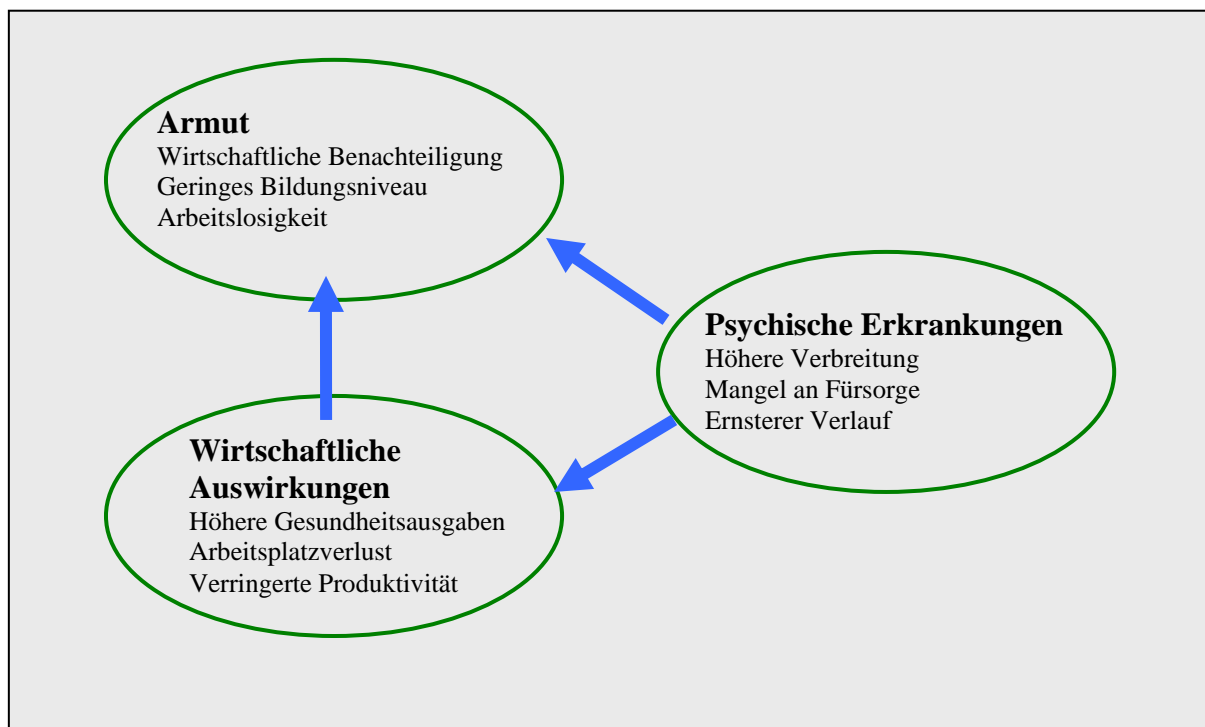


Abb.5: Teufelskreis zwischen Armut und psychischen Erkrankungen

(Quelle: Institut für Höhere Studien IHS HealthEcon (2003): Health System Watch. Gesundheitszustand in der EU. Beilage zur Fachzeitschrift soziale Sicherheit. S.2. Online im Internet: URL: http://www.ihs.ac.at/departments/fin/HealthEcon/watch/hsw03_4d.pdf [dl. 30.08.2005])

Es besteht ein komplexer und multidimensionaler Zusammenhang zwischen den Faktoren ‚Armut‘, ‚Psychische Erkrankungen‘ und ‚Wirtschaftliche Auswirkungen‘. Eine psychische Erkrankung ist meist auf eine Verknüpfung von biologischen, psychischen und sozialen Einflüssen zurückzuführen. Mehrere internationale Studien zeigen auf, dass das Vorherrschen von beispielsweise Depressionen stark mit sozio- ökonomischen Faktoren verkettet ist. Laut Ostler et al. ist eine Region, die sozio- ökonomische Benachteiligung erfährt, nicht nur eine

¹³⁹ vgl. Baumann, Urs /Perrez, Meinrad (1998): Lehrbuch Klinische Psychologie – Psychotherapie. 2. vollst. überarb. Aufl. Bern u.a.: Verlag Hans Huber. S.523ff

statistisch mächtige Voraussage für das Vorherrschen von Depressionen, sondern auch für die Dauerhaftigkeit der Depressionen.¹⁴⁰

Es gibt viele Auslöser von psychischen Erkrankungen. Beispielsweise können hoher Druck am Arbeitsplatz, Beziehungsprobleme, Schulden, finanzielle Notlagen, der Arbeitsplatzverlust, Scheidungen bzw. Trennungen, Gewalterfahrungen innerhalb der Familie oder schicksalhafte Erfahrungen zu dieser Erkrankung führen. Oftmals treten mehrere diese Faktoren gleichzeitig auf.¹⁴¹

Untenstehende Grafik lässt erkennen, dass die Krankenstandstage im psychiatrischen Bereich innerhalb von zehn Jahren einen enormen Anstieg verzeichneten.

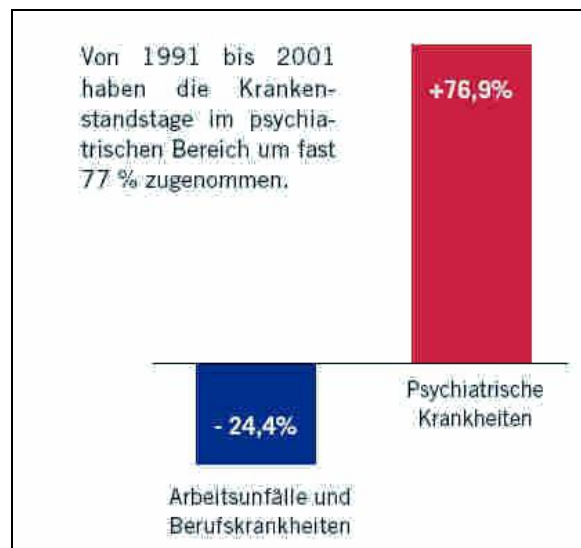


Abb.6: Veränderte Krankenstandsursachen 1991- 2001

(Quelle: OÖ Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung (2003): Armut kann ihre Gesundheit gefährden. Warnung der Armutskonferenz. Leseheft 2. S.10. Online im Internet: URL: <http://www.sozialplattform.at/publikationen/armut-leseheft2003.pdf> [dl. 01.09.2005])

Dieser drastische Anstieg lässt vermuten, dass psychische Krankheiten immer häufiger auftreten. Auch Nicole Sonnleitner, Mitarbeiterin des Seniorenzentrums Spallerhof, hat aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit den Eindruck, dass psychiatrische Fälle in Altersheimen

¹⁴⁰ Institut für Höhere Studien IHS HealthEcon (2003): Health System Watch. Gesundheitszustand in der EU. Beilage zur Fachzeitschrift soziale Sicherheit. S.2. Online im Internet: URL: http://www.ihs.ac.at/departments/fin/HealthEcon/watch/hsw03_4d.pdf [dl. 30.08.2005]

¹⁴¹ vgl. OÖ Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung (2003): Armut kann ihre Gesundheit gefährden. Warnung der Armutskonferenz. Leseheft 2. S.10. Online im Internet: URL: <http://www.sozialplattform.at/publikationen/armut-leseheft2003.pdf> [dl. 01.09.2005]

immer häufiger vorkommen.¹⁴² Valentin Schweitzer, der Leiter von Pro Mente Vöcklabruck, ist der Meinung, dass ein Anstieg lediglich bei Essstörungen sicher zutreffend ist. Bei allen anderen psychischen Erkrankungen ist es seiner Ansicht nach unklar, ob sie tatsächlich steigen oder lediglich in der Wahrnehmung bzw. in der ärztlichen Diagnostik besser erkannt werden.¹⁴³

Bereits der Faktor Armut erschwert den Zugang zu einer Wohnung enorm. Kommt dann noch das Stigma der psychischen Erkrankung hinzu, ist es laut Valentin Schweitzer für die Betroffenen beinahe unmöglich, eine Wohnung zugeteilt zu bekommen. Jedoch auch andere Kriterien bilden eine Schranke. Instabilitäten, Wohnungswechsel und Wohnungsverluste sind nur einige wenige, die von Schweitzer genannt werden. Den Hauptfaktor sieht Schweitzer allerdings in finanzieller Art. Einen Wohnraum zu finden, der zugleich günstig und gut leistungsfähig ist, stellt nicht nur für psychisch kranke Menschen, sondern auch für viele andere eine Herausforderung dar, die schwer überwindbar ist.¹⁴⁴

3.5.3 Von Armut betroffene bzw. gefährdete Personengruppen

Im Jahre 1975 definierte Christiansen Obdachlosigkeit - also die akute Wohnungslosigkeit - „[...] als eine Form von Armut, die sich aus der Benachteiligung im Vergleich zur übrigen Gesellschaft in bezug [sic!] auf ökonomische Güter und, daraus folgend, im Hinblick auf Macht, Prestige und Ausbildungschancen ergibt.“¹⁴⁵ Hess und Mechler betrachten „[...] Obdachlosigkeit ökonomisch als Armut in der an optimaler Kapitalverwertung orientierten kapitalistischen Gesellschaft.“¹⁴⁶

Ab wann kann man nun von Armut sprechen? Ist eine Person dann arm, wenn sie der Bedrohung zu erfrieren oder zu verhungern ausgesetzt ist? Oder wenn sie über weniger

¹⁴² vgl. Interview mit DGKS Nicole Sonnleitner (Mitarbeiterin im SZS- Seniorenzentrum Spallerhof) am 04.10.2005

¹⁴³ vgl. Interview mit Valentin Schweitzer (Leiter der Betreuungseinrichtung Pro Mente Vöcklabruck) am 29.09.2005

¹⁴⁴ vgl. ebenda

¹⁴⁵ Christiansen, Ursula (1975): Obdachlos- weil arm. Gesellschaftliche Reaktion auf die Armut. Zit.n.: Drygala, Anke (1987): Wohnungsversorgung und Ursachen von Obdachlosigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft. S.17. In: Kellner, Reinhard / Wittich, Wolfgang (1987): Wohnen tut not. Obdachlosigkeit in der Diskussion. Analysen – Modelle – Perspektiven. München: AG SPAK PUBLIKATIONEN. S.13-43

¹⁴⁶ Hess, H. / Mechler, A. (1972): Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht. Zit.n.: Drygala, Anke (1987): Wohnungsversorgung und Ursachen von Obdachlosigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft. S.17. In: Kellner, Reinhard / Wittich, Wolfgang (1987): Wohnen tut not. Obdachlosigkeit in der Diskussion. Analysen – Modelle – Perspektiven. München: AG SPAK PUBLIKATIONEN. S.13-43

materielle Güter verfügt als andere? Oder vielleicht wenn sie sich selbst als arm einschätzt? Wenn ihr ein menschenwürdiges Leben versagt bleibt? Diese Fragestellungen verdeutlichen, dass sich das Phänomen der Armut jenseits jeglicher Objektivierbarkeit befindet. Es kann die These aufgestellt werden, dass sich kulturelle und historische Hintergründe sowie Werturteile auf die Feststellung von Armut auswirken.¹⁴⁷

Um diese These belegen zu können, kann auf die unterschiedlichsten Versuche verwiesen werden, den Begriff der ‚absoluten Armut‘ darzulegen. Derartige Definitionen leiten sich von menschlichen Grundbedürfnissen ab und legen Standards fest, die über die Zeit hinweg gleich und autonom von Wohlstandspositionen anderer bleiben. Dabei stellt sich jedoch bereits die Bestimmung der menschlichen Grundbedürfnisse als problematisch heraus. Weiters ist fraglich, welches Maß an Versorgung mindestens gewährleistet werden muss. Bezüglich des Grundbedürfnisses Wohnen formulierte Piachaud dies folgendermaßen: „*Muss es ein Dach über dem Kopf sein oder reicht ein Pappkarton?*“¹⁴⁸ Unabhängig, von welcher Seite man es betrachtet, kann eine Armutsdefinition nicht ohne Einbezug von Werturteilen vorgenommen werden, woraus man schließen kann, dass Armutsdefinitionen weniger die menschlichen Bedürfnisse berücksichtigen als das, was die Gesellschaft gewillt ist, einem Menschen zuzugestehen.¹⁴⁹

Die aktuelle Armutsforschung distanziert sich von Armutsdefinitionen, die auf physischen Existenzminima basieren. Armutsgrenzen gelten als relativ und stehen demnach in direktem Zusammenhang mit dem Wohlstandsniveau einer Gesellschaft. Armut und soziale Ausgrenzung können somit als Bestandteile sozialer Ungleichheit, die in einer Gesellschaft vorherrschen, betrachtet werden und kommen in sämtlichen Lebensbereichen zum Vorschein.

¹⁴⁷ vgl. Kargl, Martina / Landau, Michael (2004): Randnotizen. Definitionen von Armut als Ausdruck von Werturteilen. S.1. Online im Internet: URL: http://www.sozialwirtschaft.at/TCgi/Images/sozialwirtschaft/20040413203821_Kargl_Landau_Randnotizen_1.pdf [dl. 15.07.2005]

¹⁴⁸ Piachaud, David (1992): Wie misst man Armut? In: Leibfried, Stephan / Voges, Wolfgang: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 32/1992. S.63-87. Zit.n.: Kargl, Martina / Landau, Michael (2004): Randnotizen. Definitionen von Armut als Ausdruck von Werturteilen. S.1. Online im Internet: URL: http://www.sozialwirtschaft.at/TCgi/Images/sozialwirtschaft/20040413203821_Kargl_Landau_Randnotizen_1.pdf [dl. 15.07.2005]

¹⁴⁹ vgl. Kargl, Martina / Landau, Michael (2004): Randnotizen. Definitionen von Armut als Ausdruck von Werturteilen. S.1. Online im Internet: URL: http://www.sozialwirtschaft.at/TCgi/Images/sozialwirtschaft/20040413203821_Kargl_Landau_Randnotizen_1.pdf [dl. 15.07.2005]

Bereiche wie Wohnen, Arbeit, Gesundheit, Einkommen, Bildung, etc. können als solche genannt werden.¹⁵⁰

Menschen, die nahe der Armutsschwelle ihr Leben verbringen, gelten als armutsgefährdet. Dieser Schwellenwert ist mit 60 Prozent des mittleren Pro-Kopf-Einkommens angesetzt.¹⁵¹ Gemäß dieser Begriffsbestimmung sind laut dem oberösterreichischen Armutsbericht im Jahr 2003 ungefähr 152.000 Menschen von Armut gefährdet, wobei der Frauenanteil weitaus höher liegt als der Männeranteil. Die Zahl der armutsgefährdeten Männer macht 60.530 aus, der 91.550 weiblichen Personen gegenüberstehen.¹⁵²

Von akuter Armut wird dann gesprochen, „[...] wenn zusätzlich mindestens ein Faktor wie

(a) Substandardwohnung,

(b) Miet- bzw. Kreditrückstände,

(c) Probleme beim Heizen,

(d) Kleidungskauf unmöglich,

(e) Unmöglichkeit, zumindest 1 x im Monat jemanden zu „bekochen“ [...]“¹⁵³

vorherrscht. Etwa 55.400 OberösterreicherInnen sind der akuten Armut ausgesetzt. Auch hier überwiegt mit 35.210 Personen der Frauenanteil.¹⁵⁴

Die Gründe für den überwiegenden Anteil an Frauen, die in Armut leben, liegen zum einen in der Unterbrechung der Erwerbsarbeit durch Kinderbetreuung und/oder Pflegearbeit. Da Frauen oftmals die familiären Sorgepflichten übernehmen, sehen sie sich gezwungen, eine schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Auf lange Sicht resultiert daraus wiederum eine geringe Pension. Außerdem können verschiedene familiäre Umstände, wie beispielsweise Scheidungen bzw. Trennungen, Frauen in die finanzielle Krise stürzen. Oftmals kommt es

¹⁵⁰ vgl. Stelzer-Orthofer, Christine (1998): Die vielen Gesichter der Armut. S.13. In: Die Grünen Linz (1998): 2. Linzer Armutsbericht. Armut verhindern Reichtum fairteilen. Linz: Fidelis. S.13-15

¹⁵¹ vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz. S.59

¹⁵² vgl. Armutsbericht Bundesland Oberösterreich 2003. Mut zur Bekämpfung von Armut. Institut für Gesellschaftspolitik an der Johannes Kepler Universität Linz. S.26. Online im Internet: URL: <http://www.exitsozial.at/pdf/armut2003.pdf> [dl. 27.08.2005]

¹⁵³ Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz. S.59

¹⁵⁴ vgl. Armutsbericht Bundesland Oberösterreich 2003. Mut zur Bekämpfung von Armut. Institut für Gesellschaftspolitik an der Johannes Kepler Universität Linz. S.26. Online im Internet: URL: <http://www.exitsozial.at/pdf/armut2003.pdf> [dl. 27.08.2005]

vor, dass Frauen auch nach der Trennung für Schulden des Ex-Partners bürgen müssen oder Unterhaltszahlungen für gemeinsame Kinder nicht zeitgerecht bezahlt werden.¹⁵⁵

Statistiken ist zu entnehmen, dass ungefähr 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung, die von Armut gefährdet ist, aus einer niederen Bevölkerungsschicht kommt. Somit bleibt diesen Personen meist der Zugang zu einer höheren Ausbildung verwehrt, womit parallel das Risiko zur Armut und sozialen Ausgrenzung einhergeht.¹⁵⁶ *„Entscheidend für den individuellen Zugang zu Wohlstand und Reichtum einerseits oder aber zu Armut und Ausgrenzung andererseits erscheint also in erster Linie die Frage danach, inwieweit es den Einzelnen in ihrer Jugend möglich war, eine adäquate schulische sowie eine gute berufliche Ausbildung zu absolvieren.“*¹⁵⁷

Einem großen Teil der Bevölkerung ist es verwehrt, ins soziale Leben integriert zu werden. Auch die Chance, Wohlstand zu erlangen, bleibt aus. Fehlende berufliche Ausbildung ermöglicht nur eingeschränkte Wahlmöglichkeiten, wobei die Folge niedrige Einkommensaussichten sind. Somit ist bereits der Grundstein für den Weg in die Ausgrenzung und Armut gelegt.¹⁵⁸ *„Zur Armutsgefährdung kommt bei dieser Bevölkerungsgruppe die Gefahr der Chronifizierung von Armut und Ausgrenzung dazu, (wodurch) [...] ein hohes Risiko (besteht), dass aus einer einmal eingetretenen Armutsgefährdung ein mehr/minder langandauernder [sic!] Zustand der Dauerarmut wird, den zu überwinden dann für alle Beteiligten um vieles mühsamer und für die öffentliche Hand kostspieliger wird.“*¹⁵⁹

3.5.4 Frauen

Ein Haus bzw. eine Wohnung hat für die Frau in der Regel eine andere Bedeutung als für den Mann. Während die Wohnung aus männlicher Sicht einen Ort der Nichtarbeit, der Ruhe und

¹⁵⁵ vgl. Caritas (2004): Leben ohne Ausweg?- Armut und Wohnungslosigkeit von Frauen in Oberösterreich. S.1. Online im Internet: URL: http://caritas.cyberhaus.at/1690_DEU_HTML.php [dl. 28.08.2005]

¹⁵⁶ vgl. Schoibl, Heinz (2002): Armut im Wohlstand ist verdeckte Armut. Regionaler Armutsbericht für das Bundesland Salzburg. S.34. Online im Internet: URL: <http://salzburger-armutskonferenz.at/ArmutLang.pdf> [dl. 30.08.2005]

¹⁵⁷ ebenda

¹⁵⁸ vgl. ebenda

¹⁵⁹ ebenda S. 35

des Konsums darstellt, ist sie zumeist für die Frau Ort der Erziehung, Hausarbeit und Verpflegung - somit ein Ort der Arbeit, in dem nicht viel Raum für Freizeit übrig ist.¹⁶⁰

Wie bereits erwähnt, sind vorwiegend Frauen armutsgefährdet. Als Armutsauslöser gelten bestimmte Risikofaktoren, nämlich geringes Einkommen, das Fehlen des Haupternährers ‚Mann‘ sowie Scheidungen bzw. Trennungen.¹⁶¹

Neben der Tatsache, dass oberösterreichische Frauen verglichen mit Männern nach wie vor über ein wesentlich geringeres Einkommen verfügen, kann deren Erwerbssituation mit dem Begriff ‚working poor‘ betitelt werden. Als Ursachen für derart prekäre Arbeitsverhältnisse können fehlende Qualifikationen, familiäre Pflichten sowie regionale Möglichkeiten genannt werden, die auch parallel auftreten können. Zusätzlich zum geringen Entgelt weist der arbeits- und sozialrechtliche Schutz oftmals erhebliche Lücken auf. Somit kann auch eine volle Erwerbstätigkeit nicht vor Armut schützen. Kommen noch Unterbrechungen der Beschäftigung, beispielsweise aufgrund von Kindererziehung oder familiären Pflegefällen, hinzu, kann dies das Ende der Erwerbstätigkeit bedeuten und bei Wiedereintritt in Teilzeitarbeitsverhältnisse resultieren. Teilzeit kann jedoch aufgrund der kürzeren Arbeitszeit mit Teillohnarbeit gleichgesetzt werden. Ein solches Arbeitsverhältnis erschwert die Existenzsicherung sowie die soziale Absicherung enorm. Da Transferleistungen in Österreich an das Erwerbseinkommen gekoppelt sind, erfahren Frauen durchschnittlich weniger Wohlfahrtsleistungen.¹⁶²

Die Ausrichtung des österreichischen Wohlfahrtsmodells weist Frauen noch heute deren traditionelle Rolle zu, während Männer nach wie vor als Haupternährer angesehen werden. Wenn Frauen jedoch beispielsweise nicht in herkömmlichen Partnerschaften leben oder ihre Kinder allein großziehen, so fällt der Mann als Haupternährer weg. Vor allem Frauen mit Kindern haben es besonders schwer, auf dem heutigen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Man hat erkannt, dass die Frauenerwerbsquote mit steigender Kinderanzahl stetig sinkt. Kommt

¹⁶⁰ vgl. Büro für Frauen (2001a): Frauenbericht Kap.2. Mit wem leben Frauen? S.47. Online im Internet: URL: <http://www.chancengleichheit.buerofuerfrauenfragen.at/download/Kap2.pdf> [dl.15.09.2005]

¹⁶¹ vgl. Büro für Frauen (2001b): Frauenbericht Kap.6. Wovon leben Frauen? S.128f. Online im Internet: URL: http://www.asp.upart.at/hpm_chancen2002/download/Kap6.pdf [dl.15.09.2005]

¹⁶² vgl. ebenda S.128

mangelnde Ausbildung erschwerend hinzu, gelten diese Frauen als überdurchschnittlich armutsgefährdet.¹⁶³

Im Falle von Scheidungen oder Trennungen sind Frauen einem hohen Armutsrisiko und einer Überschuldungsgefahr ausgesetzt. Die mit Scheidungen einhergehenden Anwalts- und Gerichtskosten sowie eventuelle Kreditkosten einerseits für noch ausstehende Rückzahlungen aus der Ehe, andererseits für die Gründung eines neuen Haushalts können als Gründe angeführt werden. Einkommensarmut ist unweigerlich mit dem Risiko eines Wohnungsverlustes bzw. einem erschwerten Zugang zu angemessenem Wohnraum verbunden.¹⁶⁴

Gerade die versteckte Wohnungslosigkeit ist bei den Frauen stark ausgeprägt. Sie versuchen, ihre heikle Lage möglichst lange geheim zu halten, einerseits aufgrund der Scham und andererseits auch der Angst wegen, die eigenen Kinder zu verlieren. Um dieser misslichen Situation zu entkommen, versuchen diese Frauen, bei Freunden oder Bekannten Unterschlupf zu finden, was oftmals das Eingehen von ‚Zweckpartnerschaften‘ zur Folge hat. Häufig resultieren aus diesen Partnerschaften sexuelle oder psychische Gewalt sowie Alkohol- bzw. Drogenmissbrauch. Diese versteckte Wohnungslosigkeit endet rasch in der bereits drohenden akuten Wohnungslosigkeit.¹⁶⁵ Tritt dies ein, wählen Frauen häufig den Weg ins Frauenhaus. Im Jahr 2001 fanden 211 Frauen und 252 Kinder Unterkunft in den oberösterreichischen Frauenhäusern. Davon blieben lediglich zwei Frauen länger als ein Jahr und 44 länger als drei Monate. Der restliche Anteil verblieb weniger als drei Monate. Anzumerken ist, dass sich die Aufenthaltsdauer des Großteils der Frauen, nämlich 74, auf maximal einer Woche belief.¹⁶⁶

Für welche Wohnsituation sich die Klientinnen nach dem Frauenhaus im Jahr 2001 entschieden haben, zeigt nachstehende Grafik.

¹⁶³ vgl. Büro für Frauen (2001b): Frauenbericht Kap.6. Wovon leben Frauen? S.128. Online im Internet: URL: http://www.asp.upart.at/hpm_chancen2002/download/Kap6.pdf [dl.15.09.2005]

¹⁶⁴ vgl. ebenda

¹⁶⁵ vgl. Caritas (2004): Leben ohne Ausweg?- Armut und Wohnungslosigkeit von Frauen in Oberösterreich. S.1. Online im Internet: URL: http://caritas.cyberhaus.at/1690_DEU_HTML.php [dl. 28.08.2005]

¹⁶⁶ vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Sozialbericht 2001. Textteil. Linz. S.227

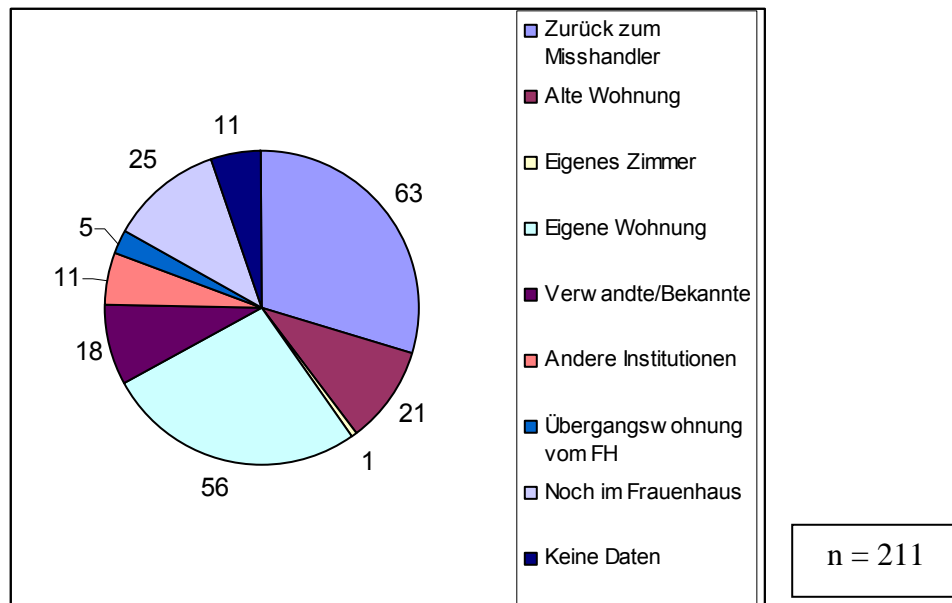


Abb.7: Wohn-Situation nach dem Frauenhaus. Jahr 2001

(Quelle: vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Sozialbericht 2001. Datenteil. Linz. S.94)

Der größte Anteil der Frauen, nämlich 63, ging nach dem Aufenthalt im Frauenhaus zurück zu ihrem Misshandler. Die zweithäufigste Wahl war die eigene Wohnung. Nur eine Frau mietete ein Zimmer, während fünf Frauen Übergangswohnungen der Frauenhäuser in Anspruch nahmen.

Der Sozialverein B37 hat eine Studie durchgeführt, die die Anzahl akut wohnungsloser erwachsener Frauen und Männer in Linz erfasst. Sie repräsentiert das Jahr 2005 im Monat Juli. Anzumerken ist hierbei jedoch, dass diese Auszählung nur diejenigen Wohnungslosen beinhaltet, die im Rahmen des Obdachlosenstreetworks des Sozialvereins (OBST) betreut werden. Der Anteil an Männern, der an akuter Wohnungslosigkeit betroffen ist, beträgt 102 Personen, vergleichsweise weitaus weniger- nämlich 33 Frauen- erleiden dieses Schicksal.¹⁶⁷

¹⁶⁷ vgl. B 37 (2005): Unveröffentlichtes statistisches Material. Erhebung akut wohnungsloser erwachsener Frauen und Männer in Linz.

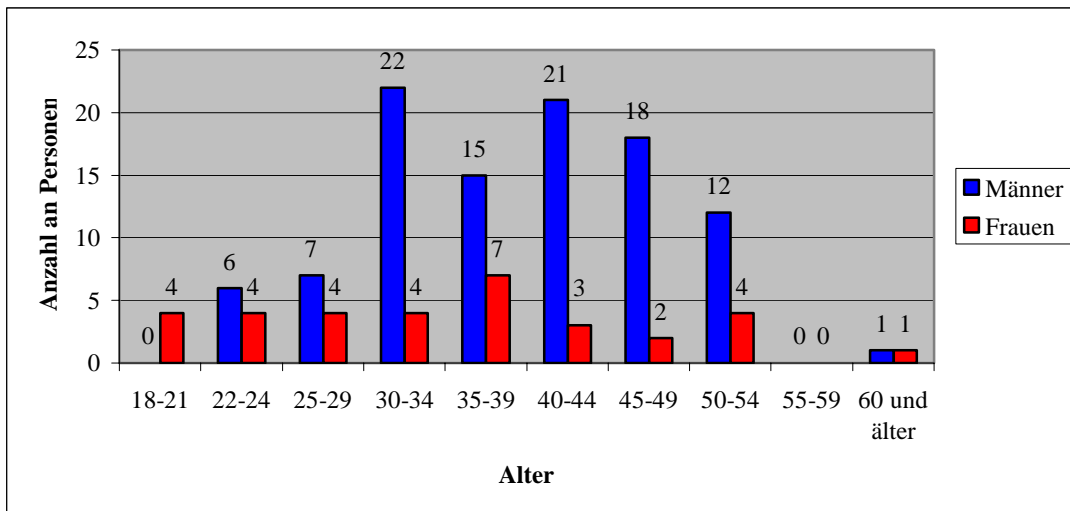


Abb.8: Akut Wohnungslose nach Altersgruppen und Geschlecht. Juli 2005 Linz.

(Quelle: B 37 (2005): Unveröffentlichtes statistisches Material. Erhebung akut wohnungsloser erwachsener Frauen und Männer in Linz)

Es ist ersichtlich, dass die erwachsenen Männer vorwiegend zwischen dem 30 und 54 Lebensjahr von akuter Wohnungslosigkeit betroffen sind. Bei den Frauen liegt der Großteil der akut Wohnungslosen bei den 35- 39-Jährigen, wobei generell keine großen Schwankungen erkennbar sind.

Für die versteckte Wohnungslosigkeit, deren Vorreiterrolle die Frauen einnehmen, existieren keine statistischen Daten, da eine vollständige Erhebung dieser aufgrund der hohen Dunkelziffer nicht möglich ist.

3.5.5 Haftentlassene

Das Bundesministerium für Justiz verzeichnete im Jahr 2004 in Oberösterreich eine Anzahl von 1.460 Haftentlassungen. In nachstehender Tabelle erfolgt eine Aufschlüsselung dieser Zahl nach den jeweiligen Bezirken.

Linz	501
Ried	479
Steyr	183
Wels	297
Gesamt	1460

Tab.3: Entlassungen aus berechneten Haften im Jahr 2004

(Quelle: Bundesministerium für Justiz: Auskunft per E-Mail am 25.08.2005)

Die Tatsache, dass Haftentlassene nur schwer eine Wohnung finden, beruht laut Maria Oberlik, Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, nicht auf dem Stigma der Straffälligkeit, sondern auf der mangelnden Vorbereitung aus der Haft heraus. Bei all denjenigen, die nicht die volle Strafe absitzen müssen, steht der Entlassungstermin erst kurz vor Haftende fest. Dies erschwert Unterstützungsleistungen enorm. Es existiert auch keine Vermittlung, über die ein Strafgefangener sich für eine Wohnung nach der Haft anmelden könnte. Sozialeinrichtungen ist es aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen nicht möglich, eine Wohnung bis zu einem bestimmten Termin, an dem eine Person aus der Haft entlassen wird, leer stehen zu lassen. Falls doch die Chance auf eine Wohnung bestünde, scheitert diese in der Regel an der Kaution oder dem Baukostenbeitrag.¹⁶⁸

Laut Breidenbach wirkt sich weiters bereits der Gefängnisaufenthalt, im Zuge dessen eine totale Entmündigung und Versorgung stattfindet, derart aus, dass Haftentlassene oftmals nicht mehr in der Lage sind, ihr Leben aus eigener Kraft zu bewältigen. Selbst für alltäglichste Belange, wie zum Beispiel der Beschaffung eines Krankenscheins, der Eröffnung eines Bankkontos, etc. werden Hilfeleistungen benötigt. Demnach schaffen Gefängnisaufenthalte die Grundlage für Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit und weitere zukünftige Gefängnisaufenthalte.¹⁶⁹ Oberlik stellt fest, dass sich vor allem die Verbüßung langjähriger Haftstrafen erschwerend auf die Alltagsbewältigung nach der Haft auswirkt. Bei kürzeren Haftaufenthalten handelt es sich diesbezüglich eher um mitgebrachte Defizite, wie beispielsweise die Verantwortung des eigenen Lebens nicht übernehmen zu können.¹⁷⁰

Um die Folgen einer langjährigen Entmündigung illustrieren zu können, führt Oberlik folgendes Beispiel aus ihrer Berufspraxis an: *„Ich habe tatsächlich einmal erlebt, dass eine Frau, die circa zehn Jahre eingesperrt war, es nicht geschafft hat, über die Straße zu gehen. [...] sie hat dann eine Wohnung bekommen, wo sie Probleme gehabt hat, nur ums Eck bei der Kreuzung zu gehen, also nicht über die Straße. Sie hat es einfach nicht geschafft. Sie hat am Anfang auch keinen Termin bei mir einhalten können, weil sie den Verkehr so gefürchtet hat.“*¹⁷¹

¹⁶⁸ vgl. Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz) am 05.10.2005

¹⁶⁹ vgl. Breidenbach, Heinrich (1987): Wer wird obdachlos? S.13. In: Kronberger, Helmut et al. (1987): Abgeschoben... Bilder zur Obdachlosigkeit. Salzburg: Verlag Grauwerte im Institut für Alltagskultur. S.7-13

¹⁷⁰ vgl. Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz) am 05.10.2005

¹⁷¹ ebenda

Im Jahr 2001 führte die Bewährungshilfe Salzburg (jetzt: NEUSTART Salzburg) eine Befragung unter ihren KlientInnen durch, dessen Schwerpunkt deren Lebenssituation nach der Haftentlassung darstellte. Es wurden sechs Lebensbereiche beleuchtet, aus denen sich folgende Tendenzen ergaben:

- Je länger und häufiger die Haftaufenthalte, desto schlechter sind die sozialen Kontakte der Betroffenen einzustufen.
- Haftaufenthalte wirken sich erschwerend auf eine anschließende Integration in den Arbeitsmarkt bzw. das Wiederaufnehmen einer Beschäftigung aus. Dies lässt sich auf eine geringe Bildung, einen hohen Verdrängungsgrad unter Hilfskräften, prekäre Arbeitsbedingungen sowie auf Arbeitsunterbrechungen aufgrund von Haftaufenthalten, Erkrankungen, Suchtkrankheiten oder Unfällen zurückführen. Je höher die Zahl der Haftaufenthalte, desto länger ist in der Regel die Dauer der Arbeitslosigkeit.
- Die Wohnbedingungen Haftentlassener sind als schlecht einzustufen.
- Nach der Haftentlassung erfährt das Einkommen der Betroffenen ein Sinken bis an oder sogar unter die Armutsgrenze.
- Derartige Lebensbedingungen beeinträchtigen den Gesundheitszustand Haftentlassener.
- Professionelle Hilfesysteme spielen für Haftentlassene eine bedeutende Rolle. Obwohl sie keinen Ersatz für private Beziehungen und Nähe darstellen, sind Haftentlassene oftmals ohne derartige Hilfeleistungen nicht dazu fähig, ihr Leben nach dem Haftaufenthalt zu bewältigen.¹⁷²

3.5.6 Menschen mit Beeinträchtigungen

Zum Begriff der Behinderung bzw. Beeinträchtigung existiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Definitionen. Nachstehend werden ausgewählte Begriffsbestimmungen angeführt.

Der Begriff ‚Beeinträchtigung‘ steht in engem Zusammenhang mit dem Begriff ‚Behinderung‘. Dies wird besonders in der Definition von Behinderung der WHO hervorgehoben: *„Aufgrund einer Erkrankung, angeborenen Schädigung oder eines Unfalls als Ursache entsteht ein dauerhafter gesundheitlicher Schaden. Der Schaden führt zu einer funktionalen Beeinträchtigung der Fähigkeiten und Aktivitäten des Betroffenen. Die soziale*

¹⁷² vgl. NEUSTART Salzburg (2001): Armutgefährdung nach Haftentlassung – „Die Strafe nach der Strafe“ S.1. Online im Internet: URL: http://www.neustart.at/ueber_neustart_salzburg.php [dl. 22.08.2005]

Beeinträchtigung (handicap) ist Folge des Schadens und äußert sich in persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Konsequenzen.“¹⁷³

Im Zuge der Diskussionen zum Bundesbehindertengesetz im Jahre 1990 wurde folgende Definition aufgestellt: *„Behinderte Menschen sind Personen jeglichen Alters, die in einem lebenswichtigen sozialen Beziehungsfeld körperlich, geistig oder seelisch dauernd wesentlich beeinträchtigt sind. Ihnen stehen jene Personen gleich, denen eine solche Beeinträchtigung in absehbarer Zeit droht. Lebenswichtige soziale Beziehungsfelder sind insbesondere die Bereiche Erziehung, Schulbildung, Erwerbstätigkeit, Beschäftigung, Kommunikation, Wohnen und Freizeitgestaltung.“¹⁷⁴*

Schönwiese unterscheidet drei Dimensionen der Behinderung: Ein Mensch ist behindert,

- wenn er auf die Hilfe anderer angewiesen ist,
- wenn er nicht über dieselben Zugangsmöglichkeiten zu gesellschaftlichen Institutionen und Einrichtungen verfügt wie ein nicht- behinderter Mensch,
- wenn er durch gesellschaftliche Projektionen zum sinnbildlichen Träger genereller, gesellschaftlicher oder existentieller Problematiken wird.¹⁷⁵

Anhand dieser Definitionen ist ersichtlich, dass keine einheitliche Auffassung des Behindertenbegriffes vorherrscht. Martin Renoldner, Leiter der Lebenshilfe Linz, neigt sogar dazu, keine Unterscheidung zwischen ‚behindert‘ und ‚nicht behindert‘ vorzunehmen, da sich diverse Erklärungsversuche in der Regel lediglich auf Defizite beziehen bzw. beschränken und dies dem einzelnen Menschen nicht gerecht werden kann.¹⁷⁶ *„Behindert ist eher eine Situation, behindert wird man eher, als dass man es ist.“¹⁷⁷* Anstatt die Defizite zu betrachten, sollte man sich mit den speziellen Bedürfnissen der Betroffenen auseinandersetzen, deren Erfüllung für ein ‚normales Leben‘ garantiert werden muss.¹⁷⁸

¹⁷³ Egle, Franz/ Scheller, Christian (o.A.): Was ist Behinderung? S.1. Online im Internet: URL: http://www.talentmarketing.de/wahlpflichtfach/reha_web/1_behinderung.htm [dl. 22.08.2005]

¹⁷⁴ Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2003): Bericht über die Lage der behinderten Menschen in Österreich. S.9. Online im Internet: URL: <http://www.broschuerenservice.bmsg.gv.at/PubAttachments/Behindertenbericht.pdf> [dl. 22.08.2005]

¹⁷⁵ vgl. Schönwiese, Volker (2005): Selbstbestimmt Leben. Behindertenpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit. S.1. Online im Internet: URL:

<http://www.bmsg.gv.at/cms/site/detail.htm?channel=CH0364&doc=CMS1080561956090> [dl. 15.09.2005]

¹⁷⁶ vgl. Interview mit Martin Renoldner (Leiter der Lebenshilfe Linz) am 14.09.2005

¹⁷⁷ ebenda

¹⁷⁸ vgl. ebenda

Auslöser einer Behinderung ist eine Schädigung, deren Grad an Betroffenheit in geringerem oder stärkerem Ausmaß ausfallen kann. Somit ist dieser Mensch - subjektiv und objektiv betrachtet - in unterschiedlichster Weise ‚behindert‘. Eine querschnittsgelähmte Person beispielsweise kann unter Umständen aufgrund erschwerender äußerer Faktoren selbständig keinen Beruf ausüben und ist auf Hilfe von außen angewiesen. Unterstützung in Betreuung und Ausbildung kann diese Person aufgrund beruflicher und familiärer Integration zu einem sinnerfüllten Leben verhelfen. Ausschlaggebend ist demnach nicht die Behinderung an sich, sondern deren Folgewirkung.¹⁷⁹ *„Das Behindertsein hängt somit entscheidend davon ab, welche gesellschaftlichen Erwartungshaltungen gegenüber dem Behinderten erhoben und welche Hilfen ihm gegeben werden, diesen Erwartungsvorstellungen zu entsprechen. [...] Eine Gesellschaft kann aufgrund ihrer humanen Einstellung sowie konkreten Maßnahmen geradezu darüber befinden wollen, wieviele [sic!] ihrer Mitglieder als relativ von der Norm des Gesunden und Leistungsfähigen abweichend anzusehen sind, und wieviele [sic!] von ihnen in das soziale Bezugssystem der Nichtbehinderten in Familie, Beruf und Öffentlichkeit eingegliedert werden können.“*¹⁸⁰

Zusätzlich zu den im Kapitel 2.3 beschriebenen Wohnbedürfnissen müssen weitere Voraussetzungen erfüllt werden, um Menschen mit Beeinträchtigungen das Wohnen zu ermöglichen:

- Für Menschen mit Gehbehinderung ist es erforderlich, dass deren Wohnungen entsprechend bestimmter baulicher Erfordernisse ausgestattet sind.
- Für sinnesbehinderte Menschen besteht die Notwendigkeit technischer Einrichtungen oder Hilfsmitteln.¹⁸¹ Oftmals werden diese baulichen Erfordernisse bei der Errichtung von Gebäuden nicht mitberücksichtigt, da im Zuge der Planung oftmals keine ExpertInnen miteinbezogen werden. Dies resultiert in hohen Kosten für nachträgliche Zusatzeinrichtungen.¹⁸²
- Menschen, die pflegebedürftig sind, benötigen regelmäßige Hilfestellungen.
- Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung sind auf Unterstützung und Instruktionen zur Alltagsbewältigung angewiesen.

¹⁷⁹ vgl. Bleidick, Ulrich (1978): Pädagogik der Behinderten. Grundzüge einer Theorie der Erziehung behinderter Kinder und Jugendlicher. 3., vollst. neuberarb. und erw. Aufl. Berlin- Charlottenburg: Carl Marhold Verlagsbuchhandlung, S. 74

¹⁸⁰ ebenda

¹⁸¹ vgl. Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2003): Bericht über die Lage der behinderten Menschen in Österreich. S.193. Online im Internet: URL: <http://www.broschuerenservice.bmsg.gv.at/PubAttachments/Behindertenbericht.pdf> [dl. 22.08.2005]

¹⁸² vgl. Interview mit Martin Renoldner (Leiter der Lebenshilfe Linz) am 14.09.2005

Die Möglichkeit zum selbständigen Wohnen ist nur bei einer vollständigen Erfüllung dieser Voraussetzungen bzw. bei räumlicher Erreichbarkeit entsprechender Hilfen gegeben.¹⁸³

*„Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten.“*¹⁸⁴ Menschen mit Behinderung verfügen somit theoretisch über dieselben Zugänge zu Wohnraum wie ‚Nichtbehinderte‘. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, sich bei einem Bauträger für eine Wohnung anzumelden, wenn die österreichische Staatsbürgerschaft vorliegt. Hierbei stellt sich jedoch die Frage, ob diese Person auch in der Lage ist, diese Schritte selbständig einzuleiten.¹⁸⁵

Generell sind Menschen, die von Kindheit an behindert sind, durch Sozialleistungen abgesichert. Sie erhalten eine erhöhte Familienbeihilfe, Pflegegeld bei Pflegebedarf und nach dem Ableben der Eltern eine Waisenspension. Solange die Eltern am Leben sind, besteht eine Unterhaltsverpflichtung, bis das Kind einen eigenen Lebensunterhalt bestreiten kann. Dies gilt auch für EhepartnerInnen. Hierbei besteht die Gefahr, dass Eltern das Pflegegeld ihrer Kinder nicht für deren Pflegeleistungen verwenden, sondern es zum Familieneinkommen zählen und es den behinderten Familienmitgliedern nicht zugestehen. Wenn behinderte Menschen in Einrichtungen leben, werden Familienbeihilfe und Pflegegeld nicht mehr ausbezahlt. Grundsätzlich kann der Lebensstandard derer, die über eine Wohnung der Lebenshilfe verfügen, als durchschnittlich eingestuft werden. Alle sind mit Farbfernseher und einer modernen Küche ausgestattet, die BewohnerInnen machen Ausflüge, sie sind mobil, besuchen Veranstaltungen, etc. Jene Menschen, die erst später eine Behinderung erworben haben, haben es unter Umständen besonders schwer. Sie erhalten lediglich eine Pension wegen Arbeitsunfähigkeit, die in der Regel sehr niedrig ausfällt.¹⁸⁶

Die Zahl der behinderten Menschen in Oberösterreich kann nicht genau erfasst werden. Dies begründet sich in den unterschiedlichen Auffassungen des Begriffs der Behinderung.

¹⁸³ vgl. Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2003): Bericht über die Lage der behinderten Menschen in Österreich. S.193. Online im Internet: URL: <http://www.broschuerenservice.bmsg.gv.at/PubAttachments/Behindertenbericht.pdf> [dl. 22.08.2005]

¹⁸⁴ B-VG. Art.7. Abs.1. Online im Internet: URL: <http://www.ris.bka.gv.at/bundesrecht/> [dl. 16.09.2005]

¹⁸⁵ vgl. Interview mit Martin Renoldner (Leiter der Lebenshilfe Linz) am 14.09.2005

¹⁸⁶ vgl. ebenda

Trotzdem müsste eine grobe Schätzung zumindest von denjenigen Menschen, die von Geburt an als behindert definiert werden, vorliegen. Was aufliegt, ist eine Liste, die zum einen alle sich in einer Betreuung befindenden Menschen mit Behinderung und zum anderen alle, die für einen Wohnplatz angemeldet sind, erfasst. Diese Liste wurde jedoch für vorliegende Diplomarbeit vom Land Oberösterreich mit der Begründung, dass Behinderte nicht in die Gruppe der Wohnungslosen einzureihen sind, nicht freigegeben. Sicherlich ist diese Personengruppe nicht von akuter Wohnungslosigkeit betroffen, jedoch darf die versteckte Wohnungslosigkeit Behinderter nicht unterschätzt bzw. unter den Tisch gekehrt werden.

Die einzige Möglichkeit, um annähernd einen Überblick darüber zu erhalten, wie viele Menschen mit Behinderung sich in Oberösterreich in Betreuung befinden, war die Anfrage bei oberösterreichischen Einrichtungen nach der Zahl ihrer KlientInnen. Assista, Caritas, Lebenshilfe, Volkshilfe, Diakoniewerk sowie das Institut Hartheim, die zu den größten heimischen Einrichtungen zählen, erwiesen sich diesbezüglich als sehr kooperativ und stellten ihre Zahlen zur Verfügung, die nachstehend zusammengefasst dargestellt werden.

	Wohnhäuser, Wohneinrichtungen, Wohngruppen, Wohnungen	Mobile Wohnbetreuung	Kinder- gärten*	Tagesheim- stätten
assista	133	8		
Volkshilfe	6	1.100		
Lebenshilfe	375		49	853
Diakoniewerk	370		104	
Institut Hartheim	289			97**
Caritas	592			102
Gesamt	1.765	1.108	153	1.052

* Integrationskindergärten

** Diese Zahl beinhaltet mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Kinder, die den Kindergarten besuchen.

Tab.4: Anzahl der betreuten Behinderten. Oberösterreich. Jahr 2005

Gemäß diesen Daten wird die Gesamtzahl der in Oberösterreich betreuten Menschen mit Behinderung grob auf 4.078 geschätzt.

Martin Renoldner sieht die Problematik der Wohnversorgung Behinderter in der Tatsache, dass Eltern ihre erwachsenen Kinder nicht loslassen, wodurch es ihnen vorenthalten bleibt, soviel Selbständigkeit wie möglich zu erlangen, um später in einer eigenen Wohnung leben zu können. Von den durchschnittlich 10.000 Entscheidungen, die ein Mensch pro Tag trifft, können Behinderte davon laut seiner Einschätzung wahrscheinlich 9.950 selbst treffen. Nicht selten werden sie jedoch in Fragen wie ‚Wann möchte ich ins Bett gehen?‘, ‚Wie möchte ich mir die Haare machen lassen?‘, ‚Was ziehe ich heute an?‘, etc. von den Eltern überstimmt. Wenn Eltern dann ein höheres Alter erreichen, würden sie sich ohne ihre Kinder einsam fühlen. Zusätzlich benötigen sie deren Hilfeleistungen. *„[...] Wer würde mir denn den Einkauf in den dritten Stock hinauftragen oder wer wäscht mir denn den Buckel in der Badewanne?“*¹⁸⁷ Laut Renoldner liegt hier eine andere Form von Kindesmissbrauch vor. Im Falle des Todes der Eltern kommt es dann zu einer Totalentwurzelung der Betroffenen. Sie verlieren nicht nur Mutter oder Vater, sondern gleichzeitig die gesamte Umgebung, Nachbarn, eventuell auch Geschwister. Jetzt beginnt die Wohnplatzsuche unter erschwerten Bedingungen. Wird in einer anderen Region zufällig ein Bett frei, muss sich der Betroffene mit der Situation abfinden, auch den Beschäftigungsplatz, Freunde und vieles mehr zu verlieren. Weiters muss angemerkt werden, dass die Lernfähigkeit der Betroffenen aufgrund ihres höheren Alters bereits eingeschränkt ist. Auch die Chance, normale erwachsene Beziehungen zu ihren Eltern aufzubauen, bleibt ihnen verwehrt.¹⁸⁸

Auf der anderen Seite ist das Angebot an Wohnungen für behinderte Menschen als zu gering einzustufen. Die Schaffung von ausreichenden Wohneinrichtungen wäre ein vordringliches Ziel, aber von Seiten der Politik werden hierfür nicht ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt. Man setzt auf billigere Modelle. Dazu zählt beispielsweise die mobile Wohnbetreuung, die nur einen Teil des Unterstützungsbedarfs abdecken kann. Für derartige Angebote wird das Leistungsniveau der Betroffenen jedoch ständig erhöht, wodurch wiederum die ‚Schwächeren‘, die keine hohe Produktivität bzw. Selbständigkeit aufweisen, auf der Strecke bleiben. Menschen, die orientierungslos sind, verhaltensauffällig sind oder Anfälle erleiden, kommen mit zehn bis zwölf Betreuungsstunden pro Woche nicht aus.¹⁸⁹ Bei der Wohnungsvergabe *„[...] hat ein behinderter Mensch keine Chance, sich auszusuchen, wo und mit wem er denn gerne in einer Wohngemeinschaft zusammenwohnen*

¹⁸⁷ Interview mit Martin Renoldner (Leiter der Lebenshilfe Linz) am 14.09.2005

¹⁸⁸ vgl. ebenda

¹⁸⁹ vgl. ebenda

will, sondern in der Regel heißt es, dort ist ein Zimmer frei, du kannst dieses Zimmer haben, wenn du es nicht willst, dann hast du halt nichts“¹⁹⁰.

Eine doppelte Diskriminierung behinderter Frauen im Bereich der Wohnversorgung schließt Renoldner zumindest für die Lebenshilfe aus. Für die Wohnplatzvergabe werden objektive Kriterien, wie beispielsweise das Datum der Anmeldung und aktuelle soziale Dringlichkeiten, herangezogen.¹⁹¹

Martin Renoldner sieht die Wohnungslosigkeit geistig behinderter Menschen als ernsthaftes Problem, das in Zukunft verstärkt vorherrschen wird. Dabei handelt es sich um eine versteckte Wohnungslosigkeit, zum Beispiel das Schlafen auf der Wohnzimmercouch von Verwandten. Der Tod der Eltern kann einen behinderten Menschen in die Obdachlosigkeit drängen. So schildert Martin Renoldner von einem 29jährigen Klienten, der seinen Vater frühzeitig durch einen Schlaganfall verloren hat und drei Mal innerhalb von drei Wochen die Einrichtungen - wo gerade zufällig ein Kurzzeitbett frei war - wechseln musste. Nach Ablauf dieser drei Wochen stand in keiner Einrichtung mehr ein Bett zur Verfügung und mit viel Mühe war es möglich, ihn für ein paar Monate in einem Seniorenheim unterzubringen, dessen Klientel er keineswegs zugehörig ist. Diese unpassende Unterbringung war jedoch die einzige Möglichkeit, diesen Klienten vor einem Leben auf der Straße zu bewahren.¹⁹²

Auch die Wohnsituation in den Wohneinrichtungen gestaltet sich extrem. Sämtliche Kurzzeitunterbringungszimmer der Lebenshilfe sind bereits dauerhaft ausgebucht, was zu einer zusätzlichen Aufnahme von KlientInnen führt, für die jedoch kein Personalschlüssel existiert. Für die BewohnerInnen bedeutet dies, dass man immer ‚Gäste‘ hat und dem einzelnen keine Privatsphäre gewährt werden kann. Jedem, der nicht ausreichend Selbständigkeit für eine mobile Wohnbetreuung aufweisen kann, stehen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung, ein selbst bestimmtes Leben zu führen.¹⁹³ *„Allein in Linz warten ungefähr 140 Leute auf einen Wohnplatz bei der Lebenshilfe.“¹⁹⁴*

¹⁹⁰ Interview mit Martin Renoldner (Leiter der Lebenshilfe Linz) am 14.09.2005

¹⁹¹ vgl. ebenda

¹⁹² vgl. ebenda

¹⁹³ vgl. ebenda

¹⁹⁴ ebenda

3.5.7 MigrantInnen

Oberösterreich verzeichnet mit einer Gesamteinwohnerzahl von 1.376.797 einen Anteil von 99.617 nichtösterreichischen StaatsbürgerInnen im Jahr 2005. Diese kommen aus etwa 150 Nationen, wobei der überwiegende Teil mit 87 Prozent aus Drittstaaten stammt.¹⁹⁵ Wie sich die Wohnbevölkerung in der Landeshauptstadt Linz zusammensetzt, wird in nachstehender Abbildung veranschaulicht.

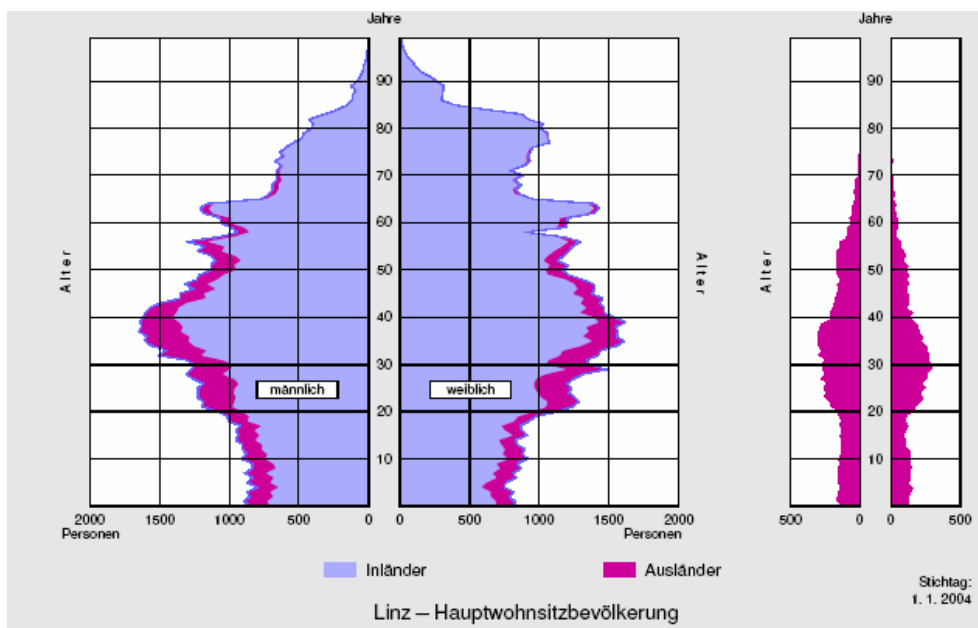


Abb.9: Inländer/Ausländer in Linz. 01.01.2004

(Quelle: Amt für Stadtforschung. Magistrat der Landeshauptstadt Linz (2004): Bevölkerungsprognose für Linz. 2004-2015. S.3. Online im Internet: [URL:http://www.linz.at/images/Bevoelkerungsentwicklung.pdf](http://www.linz.at/images/Bevoelkerungsentwicklung.pdf) [dl. 23.08.2005])

Generell ist festzustellen, dass nur minimale Unterschiede zwischen den Geschlechtern erkennbar sind. Der Großteil der in Linz lebenden AusländerInnen ist in der Altersgruppe der 20 bis 40jährigen angesiedelt. In der Gruppe der 41 bis 70jährigen überwiegt der männliche Anteil.

¹⁹⁵ vgl. Bundesministerium für Inneres / Internationale Organisation für Migration (2005): Integrationspraktiken in Österreich. Eine Landkarte über Integrationspraktiken und –philosophien von Bund, Ländern und Sozialpartnern. S. 81. Online im Internet: [URL: http://www.emn.at/modules/typetool/pnincludes/uploads/Integrationsbericht_Juni%202005_web.pdf](http://www.emn.at/modules/typetool/pnincludes/uploads/Integrationsbericht_Juni%202005_web.pdf) [dl. 23.08.2005])

Laut Kohlbacher und Reeger kann Einwanderung als urbanes Phänomen betrachtet werden.¹⁹⁶ Großstädte sind auf diese angewiesen, da sie sich ohne ZuwanderInnen niemals vergrößern würden. Die historische Entwicklung veranschaulicht, dass sämtliche europäische Metropolen sich auf Kosten der politischen und der wirtschaftlichen Peripherie entwickelten, was zu Einwanderungen von Menschen aus dem direkten Umland und auch von Menschen aus fernen Sprach- und Kulturräumen führte. Sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart resultieren Zuwanderungen immer wieder in Konflikten, die vor allem auf die Konzentration von ZuwanderInnen in ethnischen oder religiösen Stadtvierteln zurückzuführen sind.¹⁹⁷

Volf hält fest, dass Zuwanderung die bereits vorhandene Neigung der modernen Stadt zur Segregation intensiviert.¹⁹⁸ Fassmann beschreibt den Segregationsbegriff als „[...] *einen Prozess und einen Zustand der ungleichen Verteilung von Bevölkerungsgruppen in der Stadt.*“¹⁹⁹ Sie basiert auf gemeinsamen Merkmalen der segregierten Personengruppen, wie zum Beispiel Rasse, Religion, Sprache, etc., aufgrund derer eine Unterscheidung von der restlichen Bevölkerung möglich wird. Einerseits kann Segregation den Betroffenen, beispielsweise mittels Diskriminierung oder Ausschließung, aufgezwungen werden, andererseits kann sie auch bewusst von den Betroffenen selbst produziert werden, wie es zum Beispiel im Zuge einer Abkapselung ethnischer Minderheiten erfolgen kann. Die Segregation kann als grundlegendes und kulturübergreifendes Phänomen bezeichnet werden, das den wesentlichsten Ordnungsprinzipien der städtischen Gesellschaft zuzuordnen ist. In jeder Stadt existieren Wohnviertel sowohl für die reiche als auch für die arme Bevölkerung, für InländerInnen und für AusländerInnen, etc. Segregation kann allerdings nicht als eine ausschließlich räumliche Übersetzung sozialer Ungleichheit verstanden werden, da die Aneignung oder Zuteilung bestimmter Stadtgebiete zu einer ungleichen Verteilung von Raumqualitäten führt.²⁰⁰

¹⁹⁶ vgl. Schütz, Brigitte (2004): Überblick über die strukturellen Rahmenbedingungen. Unterstützungen und Einschränkungen. S.58. In: Biffl, Gudrun et al. (2004): Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft. Österreichischer Beitrag im Rahmen der europaweiten Pilotstudie. Wien. S.54-61. Online im Internet: URL: <http://www.auslaender.at/download/immigration-oesterreich-studie.pdf> [dl. 21.08.2005]

¹⁹⁷ vgl. Fassmann, Heinz (2002): Zuwanderung und Segregation. S.13. In: Fassmann, Heinz et al. (2002): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt: Drava Verlag. S.13-24

¹⁹⁸ vgl. Volf, Patrik (2001): Gegenstrategien in Politik und Gesellschaft. S.247 In: Bauböck, Rainer / Volf, Patrik (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Klagenfurt: Drava- Verlag. S.45-268

¹⁹⁹ Fassmann, Heinz (2002): Zuwanderung und Segregation. S.13. In: Fassmann, Heinz et al. (2002): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt: Drava Verlag. S.13-24

²⁰⁰ vgl. ebenda S.13f

‚Ausländerbezirke‘ und ‚Ausländersiedlungen‘, die einen erheblichen Anteil von EinwanderInnen beherbergen, werden im Zuge der öffentlichen Darstellung und gemäß dem Empfinden der Mehrheitsbevölkerung als städtische Problemgebiete betrachtet. Dies resultiert aus der Gleichsetzung eines hohen Anteils an MigrantInnen mit „[...] *Kriminalität, Unsicherheit, mangelnder Hygiene, Häufung von sozialen Problemfällen.*“²⁰¹ Eine wohnungspolitische Integration verlangt nach einer Verbesserung der existenten sozialen und wirtschaftlichen Struktur dieser Bezirke und Siedlungen, einer Verbesserung ihres Rufs sowie einer politischen Miteinbeziehung der BewohnerInnen.²⁰² Anzumerken ist hierbei jedoch, dass das Phänomen der Segregation laut ExpertInnen nicht nur negativ besetzt ist, da diese als Integrationshilfe Neuankommender dienen kann und die Grundlage für ‚ethnic businesses‘ darstellt. Erst die Folgen der Segregation entpuppen sich laut Dangschat und Fassmann als Hauptproblem.²⁰³

Volf stellt hierfür drei Integrationsziele auf:

- *„Zugang zu qualitativ ansprechendem, leistbarem Wohnen und freie Wahl des Wohnortes im Rahmen der eigenen finanziellen Möglichkeiten,*
- *Aufwertung von benachteiligten Stadtgebieten mit geringer Wohn- und Wohnumfeldqualität,*
- *Aneignungsmöglichkeit von städtischem Raum und Beteiligung von Einwanderern an dessen Gestaltung.*“²⁰⁴

Einer Realisierung dieser Zielsetzungen stehen zahlreiche Gegebenheiten entgegen. Beispielsweise existiert kein bzw. nur ein beschränkter Zugang zu Teilen des Wohnungsmarktes für EinwanderInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Weiters wird im Zuge von Sanierungen benachteiligter Stadtgebiete in der Regel nur wenig Rücksicht auf die Einkommenssituation und die Bedürfnisse der betroffenen BewohnerInnen genommen.²⁰⁵

²⁰¹ Volf, Patrik (2001): Gegenstrategien in Politik und Gesellschaft. S.247. In: Bauböck, Rainer / Volf, Patrik (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Klagenfurt: Drava-Verlag. S.45-268

²⁰² vgl. ebenda

²⁰³ vgl. Schütz, Brigitte (2004): Überblick über die strukturellen Rahmenbedingungen. Unterstützungen und Einschränkungen. S.58f. In: Biffl, Gudrun et al. (2004): Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft. Österreichischer Beitrag im Rahmen der europaweiten Pilotstudie. Wien. S.54-61. Online im Internet: URL: <http://www.auslaender.at/download/immigration-oesterreich-studie.pdf> [dl. 21.08.2005]

²⁰⁴ Volf, Patrik (2001): Gegenstrategien in Politik und Gesellschaft. S.247. In: Bauböck, Rainer / Volf, Patrik (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Klagenfurt: Drava-Verlag. S.45-268

²⁰⁵ vgl. ebenda

Die Institute für Soziologie und Gesellschaftspolitik der Johannes Kepler Universität Linz führten im Jahre 1999 eine Studie zur ‚Sozialen Lage der AusländerInnen in Oberösterreich‘ durch. Im Rahmen dieser wurden 455 Personen persönlich befragt, wovon 63 über eine österreichische Staatsbürgerschaft verfügten. Anzumerken ist, dass diese Stichprobe sich hinsichtlich sämtlicher überprüfter Merkmale als repräsentativ erwies.²⁰⁶

Die Frage, welche Rechtsform die Wohnungen oder Häuser der Auskunftspersonen haben, kam zu folgenden Ergebnissen:

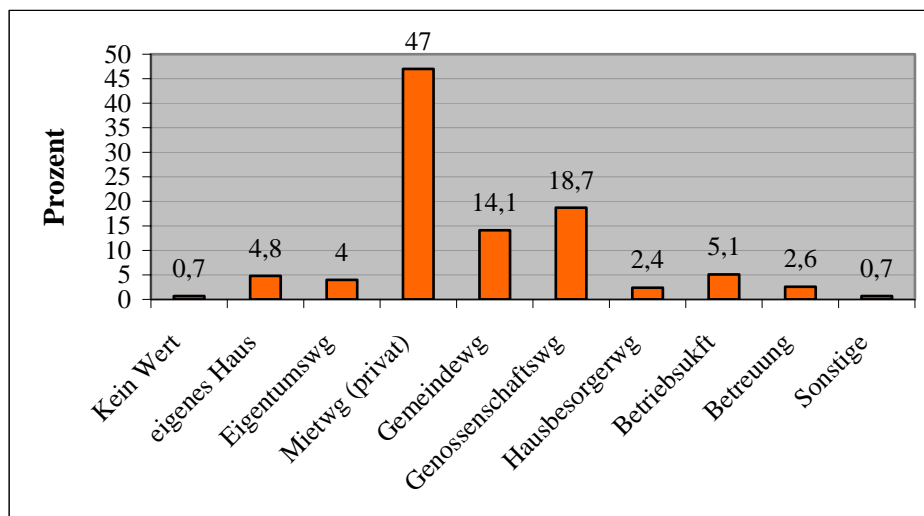


Abb.10: Rechtsform der Wohnung/des Hauses

(Quelle: vgl. Gunz, Josef et al. (1999): Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich. Perspektiven einer Integrationspolitik. Projektbericht. Linz. S.112)

Der größte Anteil der Befragten (47 Prozent) mietete eine private Wohnung an. Etwa 19 Prozent lebten in einer Genossenschaftswohnung und rund 14 Prozent in einer Gemeindewohnung. Diesen folgten die Betriebsunterkunft mit 5,1 Prozent, das eigene Haus mit 4,8 Prozent und die Eigentumswohnung mit 4,0 Prozent.²⁰⁷

Um das Angebot des sozialen, geförderten Mietwohnungsmarktes in Anspruch nehmen zu können, ist die österreichische Staatsbürgerschaft erforderlich. Rechtliche Zugangsbeschränkungen finden sich vor allem im Rahmen des gemeindeeigenen Wohnungsmarktes. Einzelne Stadtgemeinden, wie zum Beispiel Steyr, ermöglichen

²⁰⁶ vgl. Gunz, Josef et al. (1999): Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich. Perspektiven einer Integrationspolitik. Projektbericht. Linz. S.103ff

²⁰⁷ vgl. ebenda S.112

AusländerInnen zwar den Zugang zu Gemeindewohnungen, der jedoch durch eine Quote, die zwischen zehn und 20 Prozent der Gesamtbewohnerzahl anzusiedeln ist, begrenzt wird.²⁰⁸

Laut Mümtaz Karakurt, dem Geschäftsführer von migrare, können derartige ‚Ausländerquoten‘ als eine Form der Diskriminierung betrachtet werden, da sie eine Einschränkung darstellen, die eine Gleichstellung von MigrantInnen verhindert. Andererseits gibt es noch immer Gemeinden, die MigrantInnen den Zugang zu geförderten Wohnungen gänzlich verwehren, obwohl dies gegen bestehende Gesetze, wie beispielsweise gegen das Antidiskriminierungsgesetz, verstößt. Karakurt führt hierfür Traun, Marchtrenk und Wels als Beispiele an.²⁰⁹

Im Bereich der gemeinnützigen Wohnbauträger existieren zwar keine direkten rechtlichen Zugangsbarrieren, aber aufgrund des hohen Eigenmittelaufwandes und der steigenden Mietpreise gilt auch dieser als nur schwer zugänglich. Weiters wirkt sich das System von Beihilfen und Zuschüssen aus der Wohnbauförderung, das entweder keine oder nur geringfügige Ansprüche für AusländerInnen ergibt, erschwerend aus. Geförderte oder frei finanzierte Eigentumswohnungen weisen zwar einen nicht explizit beschränkten Zugang, aber einen sehr hohen Finanzaufwand auf und sind aufgrund der erschwerten Aufenthaltsbedingungen und der erleichterten Abschiebemechanismen der Ausländergesetzgebung für EinwanderInnen als eher unattraktiv einzuschätzen.²¹⁰

Karakurt weist jedoch darauf hin, dass in letzter Zeit immer mehr MigrantInnen ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung erwerben. Dies ist laut ihm nicht ausschließlich auf die schlechte Versorgung im geförderten Wohnungsmarkt, sondern auch auf die Entschlossenheit, in Österreich zu bleiben, zurückzuführen.²¹¹

Der private Mietwohnungsmarkt stellt das einzige Wohnungsmarktsegment dar, in dem AusländerInnen und InländerInnen rechtlich gleichgestellt sind. Hier ist jedoch ein erheblicher Qualitätsunterschied zwischen Alt- und Neubauwohnungen feststellbar. Günstige

²⁰⁸ vgl. Volf, Patrik (2001): Gegenstrategien in Politik und Gesellschaft. S.248. In: Bauböck, Rainer / Volf, Patrik (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Klagenfurt: Drava- Verlag. S.45-268

²⁰⁹ vgl. Interview mit Mümtaz Karakurt (Geschäftsführer von migrare) am 28.09.2005

²¹⁰ vgl. Volf, Patrik (2001): Gegenstrategien in Politik und Gesellschaft. S.249f. In: Bauböck, Rainer / Volf, Patrik (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Klagenfurt: Drava- Verlag. S.45-268

²¹¹ vgl. Interview mit Mümtaz Karakurt (Geschäftsführer von migrare) am 28.09.2005

Wohnungen für einkommensschwache Haushalte werden immer seltener und beschränken sich in der Regel auf kleine und minderwertig ausgestattete Altbauwohnungen. Bezüglich der Altbauwohnungen werden MigrantInnen oftmals Wohnungsspekulationen und Diskriminierungen von den VermieterInnen ausgesetzt. Aufgrund geringer Rechtskenntnisse, prekärer Aufenthaltssituationen und beschränkter Wahlmöglichkeiten sind AusländerInnen häufig die Opfer von rechtswidrigen Wohnungsspekulationen. Zum Beispiel mieten sie Wohnungen in Gebäuden, die von deren EigentümerInnen dem Verfall überlassen werden, oder sie kommen für illegale Ablösen auf, gehen Verträge mit Scheinpartnern ein, werden damit konfrontiert, dass ihre Kauttionen ‚verschwunden‘ sind, etc.²¹²

Zusätzlich zu den rechtswidrigen Wohnungsspekulationen findet sich in der privaten Wohnungsvergabe oftmals eine fremdenfeindliche Diskriminierung, gegen die nur wenig Handhabe möglich ist. Wohnungsanzeigen beinhalten den Eintrag ‚nur Inländer‘, private VermieterInnen vergeben in bestimmten Mietobjekten keine Wohnungen an AusländerInnen, unzumutbare Wohnräume, die ansonsten keine AbnehmerInnen fänden, werden an AusländerInnen vermietet, es werden unverhältnismäßig hohe Mieten eingefordert, die Vergabe von Wohnungen erfolgt zeitlich befristet, wodurch ein häufiger Wohnungswechsel und damit verbundene Ausgaben für Anmietungen und Übersiedlungen erforderlich werden, etc. Zusätzlich beeinträchtigen mangelndes Wissen über mietrechtliche Bestimmungen und fehlende Informationen über Beschwerdeinstanzen in Mietangelegenheiten die Situation der MigrantInnen auf dem privaten Wohnungsmarkt.²¹³

Bezüglich des Wohnungszustandes bzw. der Wohnsituation der in Oberösterreich lebenden MigrantInnen ergab die bereits erwähnte Studie der Institute für Soziologie und Gesellschaftspolitik der Johannes Kepler Universität Linz, dass die befragten MigrantInnen von Wohnmängeln betroffen sind, deren Anzahl an Nennungen prozentuell in folgender Abbildung dargestellt werden.²¹⁴

²¹² vgl. Volf, Patrik (2001): Gegenstrategien in Politik und Gesellschaft. S.251. In: Bauböck, Rainer / Volf, Patrik (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Klagenfurt: Drava- Verlag. S.45-268

²¹³ vgl. ebenda S.251f

²¹⁴ vgl. Gunz, Josef et al. (1999): Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich. Perspektiven einer Integrationspolitik. Projektbericht. Linz. S.117

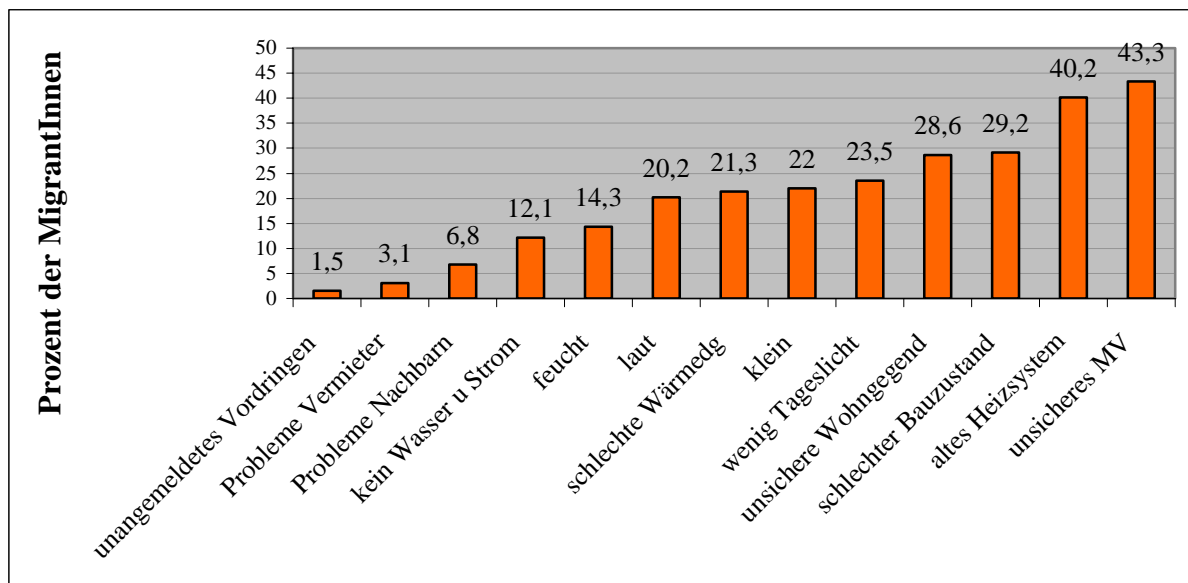


Abb.11: Häufigkeit der Wohnmängel

(Quelle: Gunz, Josef et al. (1999): Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich. Perspektiven einer Integrationspolitik. Projektbericht. Linz. S.118)

Gemäß diesem Ergebnis stellt ein unsicheres Mietverhältnis das größte Problem der in Oberösterreich lebenden MigrantInnen dar. Obwohl beinahe alle Befragten einen Mietvertrag abgeschlossen haben, besteht zum Beispiel aufgrund dieser befristeten Mietverträge eine wesentliche Unsicherheit. Die zweithäufigste Nennung war die Tatsache, dass die Wohnungen bzw. Häuser mit alten Heizsystemen ausgestattet sind. Ein schlechter Bauzustand und eine unsichere Wohngegend sind mit 29,2 bzw. 28,6 Prozent auf einem beinahe gleichen Niveau anzusiedeln.²¹⁵

In Oberösterreich existieren keine Daten über die Wohnungslosigkeit von MigrantInnen, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, da diese von den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe nur unzureichend erfasst werden können.²¹⁶ Laut Karakurt tritt Wohnungslosigkeit auch bei MigrantInnen auf. Dabei handelt es sich vorwiegend um eine versteckte Wohnungslosigkeit, da die Betroffenen oftmals bei Verwandten, Freunden oder der Nachbarschaft unterkommen.²¹⁷

²¹⁵ vgl. Gunz, Josef et al. (1999): Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich. Perspektiven einer Integrationspolitik. Projektbericht. Linz. S.118

²¹⁶ vgl. Eitel, Gerhard / Schoibl, Heinz (1999): Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Familien und Jugendlichen. Wien. S.35

²¹⁷ vgl. Interview mit Mümtaz Karakurt (Geschäftsführer von migrare) am 28.09.2005

3.5.8 Bereits delogierte Personen

Nachstehende Tabelle beinhaltet Daten bezüglich Delogierungsverfahren in Österreich aus dem Jahr 2002, die nach den einzelnen Bundesländern differenziert werden.

Bundesland	PLZ-Bereich	Anzahl Delogierungsverfahren 2002 nach PLZ-Bereichen	Delogierungsverfahren je 10.000 Einw. 2001	Delogierungsverfahren 2002 in % der Mietwohnungen 1991	Schätzung Anzahl der von Delogierungsverfahren betroffenen Personen 2002
Burgenland	7000	404	14,6	2,3%	804
Kärnten	9000	1.936	34,6	2,3%	3.589
Niederösterreich	2000+3000	4.482	29,0	2,6%	8.310
Oberösterreich	4000	3.360	24,4	1,6%	6.350
Salzburg	5000	2.563	49,4	3,3%	4.913
Steiermark	8000	4.351	36,8	2,6%	8.263
Tirol	6000	2.822	27,5	3,0%	5.435
Vorarlberg				0,0%	0
Wien	1000	25.813	166,5	4,2%	45.069
Österreich gesamt		45.731	56,9	3,1%	82.733

Tab.5: Delogierungsverfahren nach Bundesländern. Jahr 2002

(Quelle: Armutskonferenz (o.A.): Nationaler Aktionsplan der Österreichischen Armutskonferenz – Wohnungslosigkeit. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.arge-obdachlose.at/new/arge/whglosigkeit/whglosigkeit.pdf> [dl. 16.08.2005])

Mit einer Anzahl von 25.813 Verfahren im Jahr 2002 weist Wien die meisten Delogierungen in ganz Österreich auf. Zahlenmäßig folgt das Bundesland Oberösterreich nach Niederösterreich und der Steiermark mit einer Anzahl von 3.360 Verfahren, womit es sich in der oberen Hälfte befindet. Das Burgenland vermerkt mit 404 Verfahren die geringsten Delogierungszahlen. Bei der Schätzung der Personen, die im Jahr 2002 von Delogierungsverfahren betroffen sind, kann das gleiche Verhältnis festgestellt werden.

Personen, die bereits von einem gemeinnützigen Bauträger delogiert worden sind, haben bei diesem keine Möglichkeit mehr, sich für eine Wohnung anzumelden. Grundsätzlich wird ihnen keine Wohnung mehr zugeteilt. Nur selten werden Ausnahmen gemacht. Personen, die sich in einem aufrechten Betreuungsverhältnis befinden, wie beispielsweise im Zuge der Untervermietung des Vereins Wohnplattform, haben nach der Tilgung von eventuell vorliegenden Schulden beim Bauträger unter Umständen die Chance auf eine erneute Wohnungszuteilung.²¹⁸

Generell erfolgt keine Delogierung grundlos. Wohnbauträger verzeichnen hohe Zahlungsausstände und nehmen darauf Rücksicht, wenn Zahlungsrückstände unverschuldet eintreten bzw. wenn Hoffnung auf deren Tilgung besteht. Weiters wird der Versuch unternommen, den Betroffenen eine kleinere bzw. leistbarere Wohnung anzubieten.²¹⁹ *„Aber dort, wo wir den Eindruck haben, dass unter Missbrauch des Rechtssystems es schlicht und einfach verweigert wird, die Gegenleistung für das Wohnrecht zu erbringen oder wo eben Missbrauch passiert, dort haben wir gar keine Veranlassung, diese Personen wieder aufzunehmen. Das ist klar, denn man muss sich ja auch dessen bewusst sein, wir sind ja an und für sich nur Verwalter eines anvertrauten Vermögens und wir haben dieses Vermögen zwar kostendeckend, also nicht gewinnorientiert zu führen, aber auch nicht Verlust in Kauf nehmend. Das heißt, wenn wir wissen, dass uns ein Kunde die Miete schuldig bleiben wird und wir geben ihm trotzdem die Wohnung, dann ist das ein grobfahrlässiger Treueverstoß, fast schon ein vorsätzlicher Treueverstoß gegenüber unseren Eigentümern, die uns das Vermögen anvertraut haben. Ich darf als Geschäftsführer und damit natürlich auch die MitarbeiterInnen der Gesellschaft, weil sie in ihrem Fachgebiet zu agieren haben, nicht gegen die Grundsätze der kaufmännischen Sorgfalt verstoßen und das anvertraute Vermögen gefährden.“*²²⁰

²¹⁸ vgl. Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

²¹⁹ vgl. Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

²²⁰ ebenda

3.5.9 Familien

Gemäß der Familienstatistik gelten sowohl Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder als auch einzelne Elternteile, die mit ihren Kindern in einem gemeinsamen Haushalt leben, als Familien.²²¹

*„Veränderte Wohnbedürfnisse, aber auch Veränderungen in den Familienstrukturen und Haushaltstypen und der Erwerbsstrukturen führen zu neuen Herausforderungen am Wohnungsmarkt und der Wohnbaupolitik.“*²²² Es kann eine Veränderung der Wohnbedürfnisse von Familien im Lebenszyklus festgestellt werden, wodurch Wohnungen ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassungsmöglichkeiten aufweisen müssen. Das Wohnumfeld spielt neben der variablen Wohnungsgestaltung eine wesentliche Rolle, da es den bedeutendsten Freiraum für Kinder darstellt. Je jünger die Kinder - desto weniger mobil - desto wichtiger das unmittelbare Wohnumfeld.²²³

Somit müssen folgende Gegebenheiten vorliegen, um von familiengerechtem Wohnen sprechen zu können:

- *„neutrale und variable Grundrisse,*
- *die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Familien in Form einsehbarer Spielbereiche für Kleinkinder [...], sichere Stiegen und Terrassenabgrenzungen [...],*
- *die Beachtung sozialer Bedürfnisse [...],*
- *die Beachtung bestehender Grundregeln barrierefreien Bauens [...]*²²⁴

Das Phänomen der Wohnungslosigkeit ist auch bei Familien beobachtbar. Eva Forster, Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not, nennt dafür zwei Gründe. Entweder - wobei dies seltener ist - kommt es zu Wohnungskündigungen oder Familien verfügen nicht über die notwendigen finanziellen Mittel. Die Kündigung einer Wohnung tritt ein, *„[...] weil sie unhaltbar ist, weil die Wohnung ‚versaut‘ ist, weil sich die Nachbarn permanent beschweren, weil die Kinder etwas anstellen oder weil es laut ist bei denen“*²²⁵. In

²²¹ vgl. Kölblinger, Maria (2000): Die wirtschaftliche Situation der Familien in Oberösterreich. S.62. In: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (2000): OÖ. Familienbericht. Linz. S.62-73

²²² Breitfuß, Günter et al. (2000): Familie und Wohnen. S. 74. In: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (2000): OÖ. Familienbericht. Linz. S.74-78

²²³ vgl. ebenda S. 75

²²⁴ ebenda S. 76

²²⁵ Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005

solchen Fällen kann auch das Amt für Soziales, Jugend und Familie oder sonstige Sozialeinrichtungen mittels Betreuungsleistungen kein adäquates Verhalten dieser Gruppen erzielen. Laut Einschätzung von Forster kommt es jedoch zu 90 Prozent aller Fälle aufgrund unbezahlter Mieten zu Delogierungen. Gerade nach Familiennachwuchs verringert sich das Einkommen, wenn zuvor beide Partner einer Arbeit nachgingen, drastisch, und die Fixkosten sind auf den vorherigen Verdienst abgestimmt. Womöglich erfolgte noch die Anschaffung eines Autos oder ein Kredit ist noch nicht getilgt, etc.²²⁶

So ist dem oberösterreichischem Familienbericht 2000 zu entnehmen, dass das Pro-Kopf-Einkommen von Familien mit steigender Kinderanzahl gleichmäßig abnimmt. Während eine Arbeiterfamilie mit drei oder mehr Kindern, in der lediglich der Mann erwerbstätig ist, mit einem mittleren Pro-Kopf-Einkommen von 7.500 Schilling (€545) auskommen muss, beträgt dieses bei einem berufstätigen kinderlosen Ehepaar 20.200 Schilling (€1.468).²²⁷

Verliert zusätzlich der Mann noch seinen Arbeitsplatz, so „[...] ‚kracht‘ das Einkommen zusammen und Zahlungsverpflichtungen sind da- gleichgültig, ob Kredit, Autoleasing oder was auch immer. Bis diese Leute da wieder rauskommen oder zum Reagieren anfangen, sind die Mieten offen geblieben, weil die Bank den Kredit abbucht. Meistens ist die kontoführende Bank und die kredit- gebende Bank dieselbe. Und die Miete wird aber nicht mehr abgebucht, weil dann das Konto nicht mehr gedeckt ist. Das ist schon mal das erste, wo Banken dann natürlich schauen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und da bleibt aber noch etwas offen, dann versucht man, das Loch irgendwie zu stopfen und dann glaubt man noch, da kommt noch die Familienbeihilfe und dann zahle ich mit dem und dann ist das aber auch nicht möglich und dann ist die nächste Miete offen und spätestens bei der dritten Miete ist es schon zu spät.“²²⁸

In diesem Zusammenhang nennt Forster auch so genannte ‚Mietnomaden‘. Diese Personen haben bereits eine Wohnung aufgrund von Delogierung oder Unfinanzierbarkeit verloren und mieten sich trotz des Wissens über die nächste Unfinanzierbarkeit immer wieder viel zu teure Wohnungen an. „[...] das sind immer die teuren Wohnungen, da zahlen sie auch nie die Miete, weil es von vornherein schon klar ist, das wäre nie finanzierbar gewesen.“²²⁹ Für die

²²⁶ vgl. Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005

²²⁷ vgl. Kölblinger, Maria (2000): Die wirtschaftliche Situation der Familien in Oberösterreich. S.65. In: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (2000): OÖ. Familienbericht. Linz. S.62-73

²²⁸ Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005

²²⁹ ebenda

VermieterInnen bedeutet dies einen enormen Schaden. Forster betont jedoch, dass VermieterInnen ‚genauer schauen müssten‘, an wen sie ihre Wohnungen vermieten.²³⁰

Das Hauptaugenmerk der Caritas der Diözese Linz liegt darauf, dass Familien ihre Fixkosten wieder finanzieren können. In gemeinsam erstellten Plänen wird besprochen, was vorrangig bezahlt werden muss und welche Zahlungen, z.B. Kredite, aufgeschoben werden können. Liegt jedoch bereits eine Klage wegen unbezahlter Mieten am Gericht auf, das heißt, das Delogierungsverfahren ist im Laufen, und sind des Weiteren auch Kinder davon betroffen, sieht sich die Caritas dafür nicht mehr zuständig.²³¹ *„[...] wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, und das funktioniert auch, dass in solchen Fällen die öffentliche Hand zuständig ist. Wenn es zur Delogierung kommt, müssen die Kinder untergebracht werden und da muss die öffentliche Hand entweder das Interesse haben, die Delogierung zu verhindern oder nicht. [...] In solchen Fällen kann man nur noch weiterhelfen, indem man ihnen sagt, wo sie hingehen sollen“.*²³²

Forster macht die Erfahrung, dass von Delogierung betroffene Personen unheimlich flexibel sind. So berichtet Sie von einem Fall letzter Woche: *„[...] ich habe eine Frau gehabt, ich habe geglaubt, das gibt es nicht, die hat drei Kinder mitgebracht, das kleinste war ein Baby, der älteste mit vier Jahren ist gerade in den Kindergarten gegangen, die haben mir das Büro auf den Kopf gestellt, [...] der größere hat den kleineren ich weiß nicht wie oft umgeschmissen, gehauen, gezwickt oder sonst irgendwas, also wirklich das absolute Chaos. Die Frau sitzt da, Delogierung - erzählt mir das in Seelenruhe und sagt - und ich habe gewusst, dass bei einer Mutter- Kind- Einrichtung noch ein Platz frei ist- nein, sie ist eh bei einer Freundin. Dann habe ich sie gefragt, wie lange sie glaubt, dass das gut gehen wird, weil die hat auch zwei Kinder, wie lange die Freundin das aushält. Nein, sie hat keine Angst, dass sie nicht, bis sie eine neue Wohnung gefunden hat, dort bleiben kann. Nein, das machen wir schon.“*²³³ In diesen Erzählungen schwingt eine gewisse Form des Erstaunens mit, wobei Forster anmerkt, dass es flächendeckend viel zu wenige Angebote gibt, diese Personengruppen aufzufangen. In einem zweiten Fall berichtet sie über folgenden Sachverhalt: *„[...] letztens war wieder eine Frau da, eine Österreicherin, die mit einem Mann türkischer Herkunft verheiratet war, da hat die Oma die Kinder mit in die Türkei genommen und die Frau hat irgendwo geschlafen bei*

²³⁰ vgl. Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005

²³¹ vgl. ebenda

²³² ebenda

²³³ ebenda

*einer Freundin, der Vater irgendwo bei der Familie, und dann, wenn wieder eine Wohnung aufgestellt worden ist, kommen halt die Kinder wieder zurück und das ganze geht wieder weiter. Der Schlamassel fängt halt wieder von vorne an.*²³⁴

Oftmals wird festgestellt, dass MieterInnen erst im letzten Abdruck auf Delogierungsverfahren reagieren, obwohl es vorher noch Möglichkeiten gegeben hätte, sich mit dem/der jeweiligen VermieterIn gütlich zu einigen. Auch Forster kann dieses Phänomen bestätigen. So berichtet sie, dass viele Menschen enormen Druck ausgesetzt werden müssen, um Handlungen zu setzen. Meist erfolgt erst eine Reaktion, wenn der Delogierungswagen vor der Tür steht, wobei dann ein Gegensteuern viel zu spät ist. Ist ein Delogierungsverfahren bereits im Laufen und Betroffene suchen spätestens zu diesem Zeitpunkt eine Einrichtung auf, kann nur noch auf die Landesregierung, das Amt für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz oder auf Sozialeinrichtungen verwiesen werden, die manchmal unterstützend eingreifen.²³⁵

„[...] einen Teil davon verstehe ich, ich glaube nicht, dass die Leute einfach nicht reagieren, nur dass die Leute nicht die richtigen Schritte setzen. Das ist genau der Mechanismus, dass sie sich denken, ja das wird ja schon noch, weil ich bekomme schon wieder eine Arbeit und dann kann ich die Anmietung oder gar Schulden oder sonst irgendetwas schon bezahlen. Und genau das selbe tritt auch bei Delogierungen auf, dass sie noch auf ein Wunder hoffen, dass sie dann denken...die Arbeit kommt noch, das geht sich schon noch aus oder dass mir jemand das schon borgen wird oder das werde ich bestimmt noch von der Bank bekommen.“²³⁶

Dennoch ist Forster davon überzeugt, dass diese extremen Fälle von Unbekümmertheit eher selten sind. Andere wiederum fallen bei der ersten Mahnung beinahe in Ohnmacht. Aufgrund ihres rechtzeitigen Erkennens der Unfinanzierbarkeit und der Kontaktaufnahme zu Einrichtungen kann noch geholfen werden. Diejenigen Menschen, die überreagieren und diejenigen, die gar nicht reagieren, scheinen sich in Waage zu halten.²³⁷

²³⁴ Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005

²³⁵ vgl. ebenda

²³⁶ ebenda

²³⁷ vgl. ebenda

3.5.10 Jugendliche

Generell kann festgehalten werden, dass die Wohnungslosigkeit von Jugendlichen erst dann erkannt wird, wenn sie durch unleidliches Verhalten Aufmerksamkeit erregen.²³⁸ Im Gegensatz zu Erwachsenen, die zumeist die Folgen von Armut für einen gewissen Zeitraum verbergen können, sind Kinder und Jugendliche dazu nicht in der Lage.²³⁹ Die Zahl derer, die ihre Jugend nicht in ihrem Zuhause bei den Eltern verbringen, kann nur erfasst werden, wenn Betreuungseinrichtungen aufgesucht werden. Oft kommt es vor, dass Jugendliche bei Freunden oder Bekannten Unterschlupf finden. Aufgrund dieser Tatsache ist es schier unmöglich, der Wohnungslosigkeit dieser Personengruppe vorzubeugen.²⁴⁰

Im Jahr 2000 führte der Sozialverein B 37 eine Untersuchung durch, an der 13 Einrichtungen im Großraum Linz teilgenommen haben. Bis zum Alter von 21 Jahren gelten Personen als Jugendliche und werden in der Statistik berücksichtigt. Insgesamt werden 145 wohnungslose Jugendliche als solche erfasst.²⁴¹

	Zusammen		Frauen		Männer	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Akut wohnungslos	11	7,6	1	1,6	10	12,3
Betreute Wohnform	58	40,0	14	21,9	44	54,4
Prekäre Verhältnisse	76	52,4	49	76,6	27	33,3
Gesamt	145	100	64	100	81	100

Tab.6: Wohnungslose Jugendliche nach Wohnstatus. Jahr 2000

(Quelle: vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Datenteil. Linz. S.106)

²³⁸ vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz. S.271

²³⁹ vgl. Klocke, Andreas (2001): Armut bei Kindern und Jugendlichen – Belastungssyndrome und Bewältigungsfaktoren. S.293. In: Barlösius, Eva / Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2001): Die Armut der Gesellschaft. Bd.15. o.A.: Leske + Budrich, Opladen. S.293-312

²⁴⁰ vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz. S.271

²⁴¹ vgl. ebenda

Das durchschnittliche Alter der Jugendlichen beträgt bei den Mädchen 16,3 und bei den Burschen 18,1 Jahre. Man hat über die Jahre mittels Untersuchungen erkannt, dass vergleichsweise mehr Mädchen jüngeren Alters an Wohnungslosigkeit leiden als Jungen.²⁴²

Welche Problemlagen Jugendliche in die Wohnungslosigkeit treibt, illustriert nachstehende Tabelle:

	Zusammen		Frauen		Männer	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %
Ungünstige familiäre Situation	95	79,8	47	71,2	48	90,6
Schule/Arbeit/Lehre	64	53,8	32	48,5	32	60,4
Gewalterfahrung	46	38,7	22	33,3	24	45,3
Alkoholproblematik	27	22,7	18	27,3	9	17,0
Straffälligkeit	29	24,4	20	30,3	9	17,0
Drogenproblematik	13	10,9	7	10,6	6	11,3
Psychische/physische Erkrankungen	16	13,4	7	10,6	9	17,0
Andere	27	22,7	21	31,8	6	11,3

n = 145

Tab.7: Problemlagen wohnungsloser Jugendlicher. Jahr 2000. Mehrfachnennungen.

(Quelle: Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Sozialbericht 2001. Datenteil. Linz. S.107)

Forster erkennt in den letzten Jahren zunehmend das Phänomen, dass immer mehr Eltern bei der Caritas vorsprechen. Ihre Kinder, die bereits in einem selbsterhaltungsfähigen Alter wären, wohnen immer noch im Haushalt, weil sie aufgrund des fehlenden Jobs über kein Einkommen verfügen, keine Ausbildung vorweisen können und aufgrund dessen nicht in der Lage sind, sich eine eigene Wohnung zu finanzieren. Somit belasten sie das Familienbudget enorm. Des Öfteren beobachtet sie auch den umgekehrten Weg. Junge Erwachsene besitzen bereits eine eigene Wohnung, müssen diese aber aufgrund von Unfinanzierbarkeit und Delogierung aufgeben und wieder das Elternhaus aufsuchen. Sehr oft tritt diese Situation bei jungen Müttern auf.²⁴³ „Jugendliche ab 18 stehen genug da und sagen, ich sitze auf der

²⁴² vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Sozialbericht 2001. Textteil. Linz. S.271

²⁴³ vgl. Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005

*Strasse, kann nicht nachhause, bei Freunden war ich jetzt und da geht es nicht mehr, ich brauche eine eigene Wohnung und es ist einfach das Einkommen nicht da.*²⁴⁴

Die einzige Maßnahme, die die Caritas Jugendlichen in dieser Situation anbieten kann, sind Caritas- Wohnungen, die lediglich einen billigeren Einstieg ermöglichen. Dies stellt jedoch eine befristete Lösung dar. Ohne Einkommen sind jedoch auch dieser Einrichtung ‚die Hände gebunden‘. Somit bleibt oft nur der Weg in Notunterkünfte. Gemeinsam mit den Betroffenen werden Überlegungen angestellt, was der nächste Schritt sein soll, ob eine vorübergehende Bleibe bei Freunden, Eltern oder sonst irgendjemanden möglich ist. Forster merkt an, dass die Versorgung in Linz relativ gut ist, am Land stellt sich die Situation als weitaus schwieriger heraus, da oftmals keine Notschlafstellen oder sonstige Einrichtungen vorhanden sind. Manchmal können Hilfestellungen über Pfarren angenommen werden, aber immer mit Vorbehalt.²⁴⁵

Auf die Frage, ob nicht primär der Versuch unternommen werden sollte, einen Arbeitsplatz für diese Jugendlichen zu finden, begegnet Forster mit folgender Aussage: *“Ja, aber da beißt sich die Katze in den Schwanz. Da sitzt einer da, der hat keine Arbeit, der hat keine Wohnung, wo fangen wir an? Der junge Mensch wird keine Arbeit bekommen, solange er keine Wohnung hat und er kann auch keine Wohnung anmieten, solange kein Einkommen da ist. Da kann man jetzt wirklich nur mehr schauen, dass man die Ansprüche geltend macht. Wir können ihn nur durchfüttern, solange, bis endlich klar ist, dass er einen Anspruch hat, solange muss er in der Obdachloseneinrichtung auf alle Fälle bleiben und dann...Wir schauen halt dann, dass wir Zeit überbrücken, [...] zahlen mal die Notschlafstelle, geben ihm zu Essen, schauen, dass er ein wenig Geld in der Tasche hat und das sind eigentlich die einzigen Maßnahmen, die wir ergreifen können. Wir haben weder Jobs noch haben wir jetzt wirklich Wohnungen.*²⁴⁶

²⁴⁴ Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005

²⁴⁵ vgl. ebenda

²⁴⁶ ebenda

3.5.11 Ältere Menschen

Stellt man einen Vergleich zu den letzten Jahren an, so lässt sich erkennen, dass auch das Land Oberösterreich eine steigende Zahl älterer Menschen verzeichnet.²⁴⁷ Im Jahr 2005 leben insgesamt 293.345 Menschen ab dem 60. Lebensjahr, wobei der Anteil der über 75-jährigen 102.326 beträgt. Nachstehender Grafik, die die demographische Alterung in Oberösterreich veranschaulicht, ist dies gut zu entnehmen.

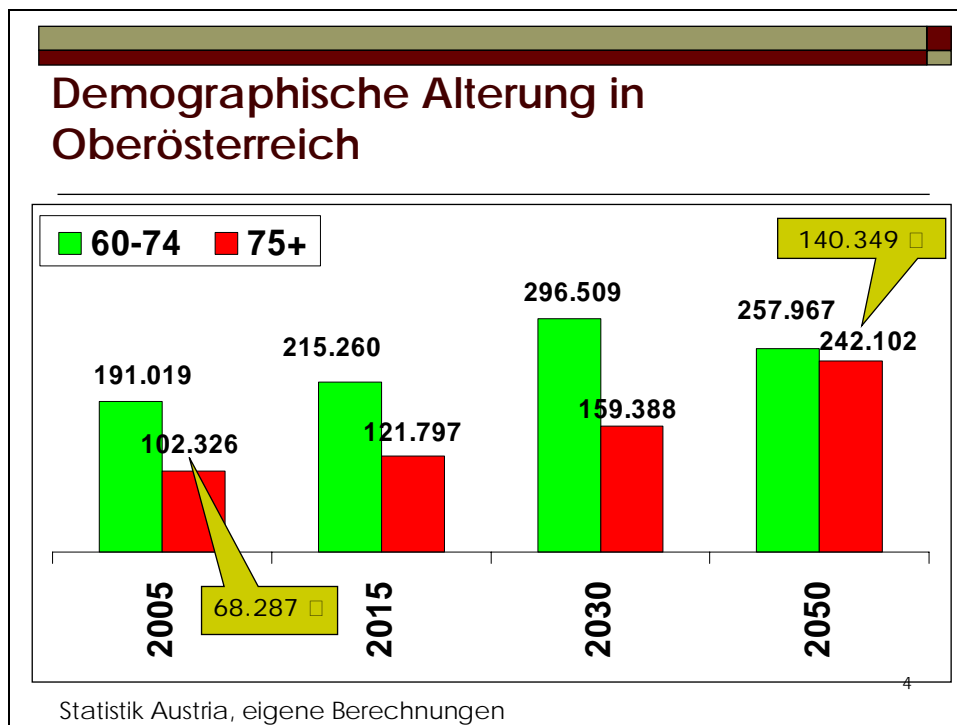


Abb.12: Demographische Alterung in Oberösterreich.

(Quelle: Kolland Franz (2005): Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter. Impulsreferat. Fachtagung „Altenpflege anders“ am 14.10.2005. Linz)

Deutlich ist zu erkennen, dass es zurzeit zwischen den Gruppen der 60-74-jährigen und der über 75-jährigen noch eine deutliche Differenzierung gibt. Doch wenn man das Jahr 2050 betrachtet, ist erkennbar, dass die Gruppe der über 75-jährigen die Gruppe der 60-75-jährigen eingeholt hat. Es ist klar vorauszusehen, dass sich der Abstand zwischen den so genannten ‚jungen Alten‘ und den ‚alten Alten‘ in ihrer Zahl und in ihrer Zusammensetzung ändern wird.

²⁴⁷ vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz. S.159

Altern ist vor allem weiblich, wodurch man auch von einer Feminisierung des Alterns sprechen kann. Von den insgesamt 102.326 über 75-jährigen Menschen beträgt der Anteil an Frauen 68.287. Dadurch wird die Wahrscheinlichkeit des Alleinlebens von Frauen höher. Im Jahr 2003 lebten in Österreich ein Viertel der über 80-jährigen Männer alleine, wobei dies bei den Frauen rund die Hälfte der über 80-jährigen ausmachte. Somit sind Singlehaushalte und auch die Problematik, die daraus entsteht, primär eine der Frauen. Ältere Frauen sind weiters der damit einhergehenden Problematik der Einsamkeit vermehrt ausgesetzt.²⁴⁸

Der demographische Alterungsprozess stellt die Wohnbedürfnisse älterer Menschen in den Mittelpunkt sowohl öffentlicher als auch wissenschaftlicher Gespräche. Kolland Franz beschreibt im Rahmen seines Vortrages ‚Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter‘, den er am 14. Oktober 2005 im Zuge der Fachtagung ‚Altenpflege anders‘ in Linz abgehalten hat, den Begriff des ‚Wohnens‘: *„Wohnen hat etwas mit Leben zu tun, es bezeichnet zielgerichtete Aktivitäten. Auch bezeichnet es, etwas in der Wohnung zu tun, es heißt aber auch, eine bestimmte Vorstellung zu haben. Wohnen heißt, irgendwo daheim zu sein, irgendwo unter sich zu sein. Wohnen im Alter bedeutet auch nicht nur barrierefreies Wohnen, es bedeutet soziale Kontakte zu haben, bedeutet Anregung von anderen, ein privates Leben, ein Zurückziehen- können. Wohnen im Alter bedeutet weiters selbst bestimmt zu leben, Selbstbestimmung. Es bedeutet das Gefühl, irgendwo heimisch zu sein, nicht nur ein Hotel zu haben. [...] Je höher der Anteil der Betreuung in der Wohnung, desto geringer ist das Wohnen.“*²⁴⁹ Somit kann festgehalten werden, dass Wohnen und Betreuung im Alter nur bis zu einem gewissen Grad vereinbar sind. Je mehr Fremde sich in der eigenen Wohnung aufhalten, desto weniger kann gewohnt werden. Für die mobile Pflege stellt dies eine schwierige Herausforderung dar.²⁵⁰

²⁴⁸ vgl. Kolland Franz (2005): Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter. Impulsreferat. Fachtagung „Altenpflege anders“ am 14.10.2005. Linz

²⁴⁹ ebenda

²⁵⁰ vgl. ebenda

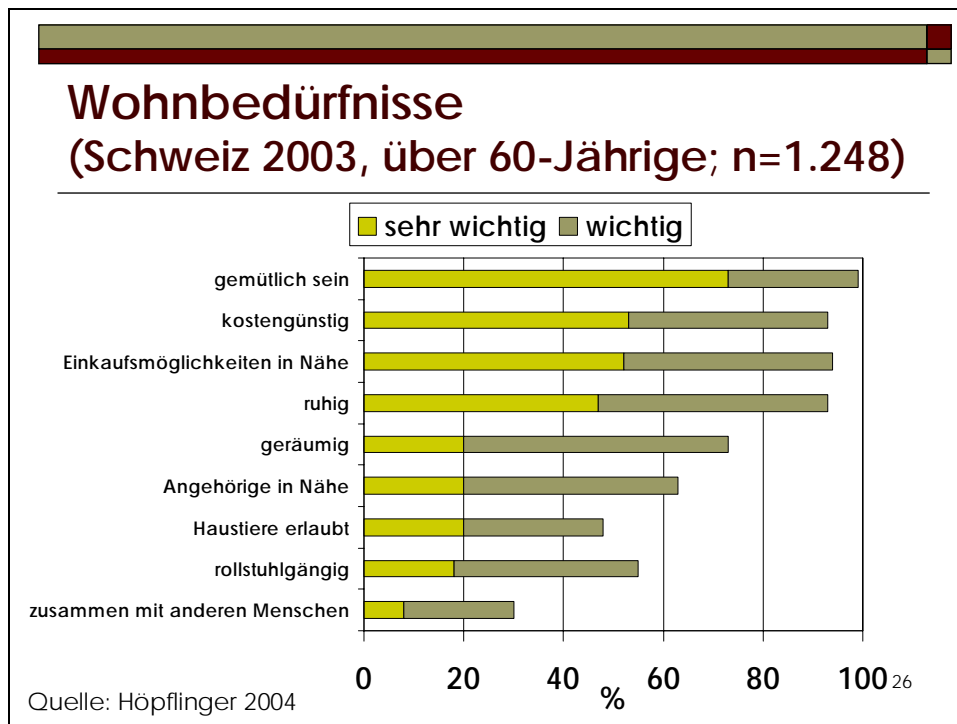


Abb.13: Wohnbedürfnisse

(Quelle: Kolland Franz (2005): Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter. Impulsreferat. Fachtagung „Altenpflege anders“ am 14.10.2005. Linz)

Eine in der Schweiz durchgeführte Untersuchung hat ergeben, dass die Gemütlichkeit der Wohnung für alte Menschen den höchsten Stellenwert einnimmt, gefolgt von geringen Wohnkosten. Auch die Wohnumwelt gestaltet sich als wichtig und sollte möglichst ruhig sein. Die Nähe zu anderen Menschen erscheint unbedeutend.²⁵¹

Mit steigendem Alter gehen in der Regel ein steigender Hilfe- und Pflegebedarf einher, was sich in zunehmender gesundheitlicher Beeinträchtigung begründet.²⁵² Für Menschen höheren Alters, die einer Pflege bedürfen, existieren grundsätzlich folgende Wohnformen in Oberösterreich:

- Familiäre Betreuung
- Mobile Wohnbetreuung
- Betreubares Wohnen
- Wohnheime
- Pflegeheime

²⁵¹ vgl. Kolland Franz (2005): Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter. Impulsreferat. Fachtagung „Altenpflege anders“ am 14.10.2005. Linz

²⁵² vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz. S.159

Ringel zeigt auf, dass die häusliche Pflege Angehöriger in der Regel mit einer vielschichtigen Problematik einhergeht. Die Pflege übersteigt aufgrund ihrer Mühsamkeit oft die Kraft eines einzelnen Helfenden, wodurch die Gefahr einer chronischen Überforderung besteht. Auch der Mangel an finanziellen Ressourcen und familiäre Machtkonflikte erschweren eine derartige Betreuung.²⁵³ Weiters weist Nicole Sonnleitner darauf hin, dass sich gerade in der Stadt die Integration eines alten Menschen in eine Wohnung schwieriger gestaltet als im ländlichen Raum. Auch verfügen Angehörige über keinen Zugang zum bzw. zu wenig Informationen über den Pflegebereich. Eine bessere Aufklärung über deren Möglichkeiten und eine Vernetzung, zum Beispiel mit Bandagisten, die Pflegeutensilien zur Verfügung stellen, würde die häusliche Pflege enorm erleichtern.²⁵⁴

In diesem Zusammenhang spricht Kolland von einer ‚gelernten Abhängigkeit‘. Familienangehörige und professionelle HelferInnen nehmen selbständiges Verhalten älterer Menschen oder ihrer KlientInnen nicht wahr und stärken diese auch nicht in entsprechendem Ausmaß. Das heißt, ältere Menschen begeben sich freiwillig in ein Abhängigkeitsverhältnis, und aufgrund dieses Rückzuges versprechen sie sich daraus Zustimmung und Betreuung. Kolland spricht von einem ‚gelernten Rückzug‘, der gewinnbringend ist.²⁵⁵

Im Jahr 2001 wurden in Oberösterreich 14.615 Personen von den mobilen Diensten betreut, was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 8,3 Prozent bedeutet.²⁵⁶ Die mobile Wohnbetreuung ist nur für Personen geeignet, die noch in der Lage sind, ein relativ selbständiges Leben zu führen; das heißt, sie benötigen beispielsweise Hilfe bei der Körperpflege. Die Zeit zwischen der Betreuung muss jedoch alleine bewältigbar sein. Zusätzlich können noch weitere Hilfeleistungen, wie das Essen auf Rädern, die Reinigung der Wohnung, etc. in Anspruch genommen werden. Je größer die Beeinträchtigung bzw. der Pflegebedarf eines/r KlientIn ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass die mobile Wohnbetreuung ausreicht. Für die Inanspruchnahme mobiler Dienste sind weiters bauliche Gegebenheiten notwendige Voraussetzungen - Lifte, keine hohen Stufen, etc. Sonnleitner zeigt sowohl die Vor- als auch die Nachteile der mobilen Wohnbetreuung auf. Als vorteilhaft

²⁵³ vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz. S.163ff

²⁵⁴ vgl. Interview mit DGKS Nicole Sonnleitner (Mitarbeiterin im SZS- Seniorenzentrum Spallerhof) am 04.10.2005

²⁵⁵ vgl. Kolland Franz (2005): Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter. Impulsreferat. Fachtagung „Altenpflege anders“ am 14.10.2005. Linz

²⁵⁶ vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz. S.174

erachtet sie vor allem, dass die Betroffenen in ihrer Wohnung bzw. in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Allerdings ist der extreme Zeitdruck, unter dem das Pflegepersonal - besonders zu den Stoßzeiten morgens und abends - arbeiten muss, als problematisch einzuschätzen. Es stellt sich daher die Frage - ohne jedoch Kritik am Pflegepersonal ausüben zu wollen - ob aufgrund dieser Arbeitszeitbedingungen die Qualität der Pflegeleistungen leidet. Verbesserungen müssten laut Sonnleitner in Form einer Ausdehnung der Pflegezeiten erfolgen. Optimal wäre eine 24-Stunden-Betreuung, die jedoch zur Zeit an der Finanzierung scheitert.²⁵⁷

Im Gegensatz zum ‚betreuten Wohnen‘ werden Menschen, die in ‚betreubaren Wohnungen‘ leben, nicht ständig beaufsichtigt, wobei jedoch jederzeit die Möglichkeit der Anforderung von Hilfe besteht. Der Leitsatz des betreubaren Wohnens lautet: *„So viel Freiheit wie möglich, so viel Hilfe wie nötig.“*²⁵⁸ Empirische Untersuchungen, die sich mit dieser Form des Wohnens auseinandersetzten, ergaben, dass Vitalität und Mobilität von deren BewohnerInnen wesentlich länger anhalten, da die möglichst selbständige Alltagsbewältigung als bedeutender Aktivierungsfaktor betrachtet wird.²⁵⁹ Ebenso wie bei den mobilen Diensten haben Menschen auch im Rahmen des betreubaren Wohnens die Möglichkeit, zuhause bleiben zu können. Ein Unterschied besteht jedoch in der erhöhten Sicherheit, da mittels Knopfdruck Hilfe angefordert werden kann.²⁶⁰

Die Anzahl der Wohnheime für SeniorInnen in Oberösterreich ist im Sinken, da diese immer mehr in Pflegebetten umgewandelt werden.²⁶¹ Im Gegensatz dazu ist in den letzten Jahren ein leichter Anstieg von HeimbewohnerInnen zu erkennen. In den 105 Alten- und Pflegeheimen Oberösterreichs werden zum Stichtag 1. Jänner 2002 11.176 BewohnerInnen verzeichnet.²⁶²

Die Frage nach der Eigenbestimmung der HeimbewohnerInnen stellt sich als sehr schwierig heraus, da diese vom Einschränkungsgrad des körperlichen und geistigen Befindens abhängen. Bereits ein fixer Tagesablauf wirkt sich erschwerend auf die Eigenbestimmung aus.

²⁵⁷ vgl. Interview mit DGKS Nicole Sonnleitner (Mitarbeiterin im SZS- Seniorenzentrum Spallerhof) am 04.10.2005

²⁵⁸ Freisleben-Teutscher, C.F. (2002): Betreubares Wohnen mit Qualität. o.A. In: ÄRZTE WOCHE, 16. Jg., Nr. 3/2002

²⁵⁹ vgl. ebenda

²⁶⁰ vgl. Interview mit DGKS Nicole Sonnleitner (Mitarbeiterin im SZS- Seniorenzentrum Spallerhof) am 04.10.2005

²⁶¹ vgl. ebenda

²⁶² vgl. Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz. S.158ff

Wenn in einer Station zwischen 30 und 40 Menschen betreut werden, kann nicht bzw. nur schwer auf individuelle Wünsche Rücksicht genommen werden. Somit liegt das Hauptproblem in der Größe der Bereiche. In einer Wohngruppe, die nur zehn bis 15 Leute umfasst, wäre mehr Platz für Eigenbestimmung. Weiters merkt Sonnleitner an, dass es sich bei den derzeit Betreuten um eine Generation handelt, die relativ ‚still hält‘, das heißt, sie fordern relativ wenig, was zum Beispiel auf das Durchleben von Kriegszeiten zurückgeführt werden kann.²⁶³ Kolland nennt dafür biographische und identitäts- stiftende Aspekte des Wohnens, die dazu dienen, dass sich Menschen höheren Alters auch in vergleichsweise ungünstigen Wohnsituationen zufrieden fühlen. Man passt sich an, man ist zufrieden. Wenn bei Befragungen über die Zufriedenheit die Auskunftspersonen einen Wert unter 70 Prozent angeben, ist es seiner Meinung nach höchster Alarm.²⁶⁴ Tatsache ist jedoch, soviel man einem Menschen in einem Heim auch bietet - es ersetzt niemals das eigene Zuhause.

Kolland plädiert für eine Pflege, die eine Rückkehr in die eigene Wohnung unter Umständen möglich macht. Voraussetzung sind jedoch gute Wohnbedingungen.²⁶⁵ Auch Sonnleitner erkennt diese Notwendigkeit. Mit der fehlenden Aussicht auf die Rückkehr in die eigene Wohnung schwindet bei Menschen, die an und für sich wieder selbständig leben könnten, oft der Wille, wieder gesund zu werden.²⁶⁶

²⁶³ vgl. Interview mit DGKS Nicole Sonnleitner (Mitarbeiterin im SZS- Seniorenzentrum Spallerhof) am 04.10.2005

²⁶⁴ vgl. Kolland Franz (2005): Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter. Impulsreferat. Fachtagung „Altenpflege anders“ am 14.10.2005. Linz

²⁶⁵ vgl. ebenda

²⁶⁶ vgl. Interview mit DGKS Nicole Sonnleitner (Mitarbeiterin im SZS- Seniorenzentrum Spallerhof) am 04.10.2005

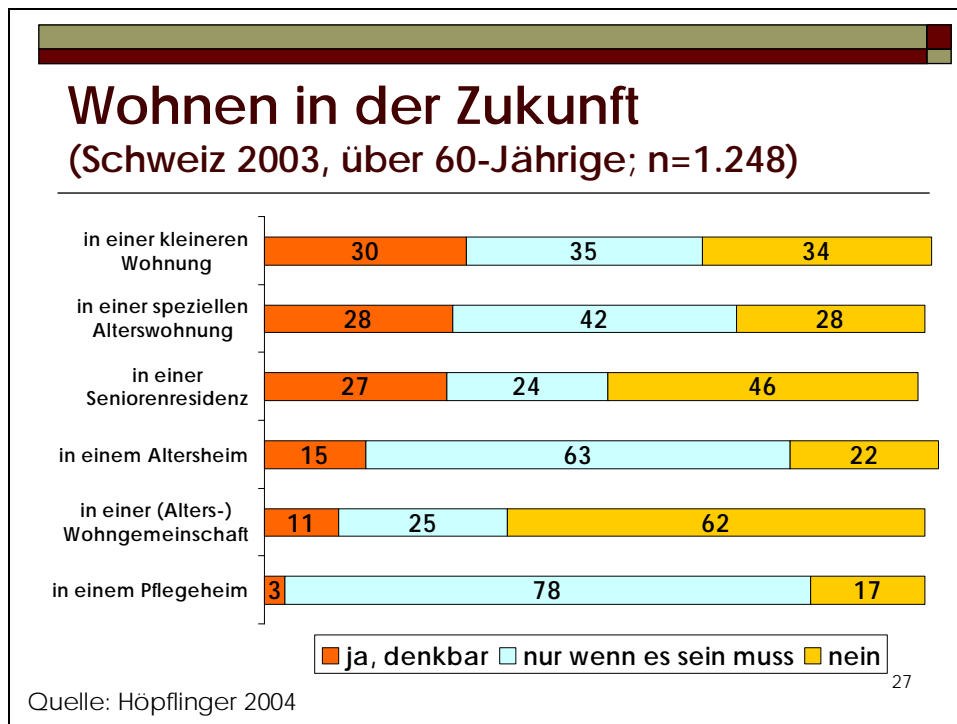


Abb.14: Wohnen in der Zukunft

(Quelle: Kolland Franz (2005): Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter. Impulsreferat. Fachtagung „Altenpflege anders“ am 14.10.2005. Linz)

Zusammengefasst stellt Kolland fest, dass vielfältige Wohnformen in der Zukunft verherrschen werden und der Trend zu einem kompetenten Wohnen im Alter gehen wird. Von besonderer Relevanz sind dabei Bindungen und soziale Beziehungen. Einschränkungen privater Beziehungen werden als Fehler gesehen und wirken sich hinderlich auf eigenständiges Wohnen aus. Somit folgen Wohnformen, die eher von Gemeinschaften geprägt sind. Das Alleinleben wird jedoch nach wie vor einen Anstieg verzeichnen.²⁶⁷

Das Phänomen der Wohnungslosigkeit ist auch bei Menschen höheren Alters zu erkennen. Im Unterschied zu dessen ‚üblichem‘ Auftreten herrschen hierbei andere Formen vor. Was macht man beispielsweise mit einem Menschen, der aus dem Krankenhaus entlassen wird und aufgrund körperlicher oder geistiger Einschränkungen nicht mehr in die eigene Wohnung zurückkehren kann? Was macht man mit solch schweren Fällen, die in einem Pflegeheim nicht ausreichend medizinisch versorgt werden können? So schilderte Sonnleitner einen besonders tragischen Fall: *„Ein alleinstehender, älterer Mann, der an Hirnblutungen litt und einen Luftröhrenschnitt hatte, wurde aus dem Krankenhaus entlassen und kam zu uns. Dieser*

²⁶⁷ vgl. Kolland Franz (2005): Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter. Impulsreferat. Fachtagung „Altenpflege anders“ am 14.10.2005. Linz

*Luftröhrenschnitt musste alle zwei Stunden abgesaugt werden, was allerdings nur diplomiertes Pflegepersonal vornehmen darf, das in Altersheimen oft fehlt. Eigentlich hätte er nicht ins Heim kommen dürfen. Aber wo hätte er sonst hin sollen? Von Seiten des Krankenhauses ging nicht mehr...*²⁶⁸ Weiters kommt es trotz dem flächendeckenden mobilen Betreuungsangebot immer wieder dazu, dass alte Menschen in ihren Wohnungen verwahrlosen, was in den meisten Fällen Delogierungen zur Folge hat.²⁶⁹

3.5.12 Verschuldete Menschen

*„Kontoüberziehung, Kredit, Leasingrate, Mietrückstand, Verzugszinsen, Unterhaltsrückstand, Prozesskosten, Versandhausrate, Kirchensteuer, Geldstrafe, Leihe, Annuität, Steuernachzahlung, Versicherungsregress, Anschreiben, offene Stromrechnung, unbezahlte Telefonrechnung, fällige Versicherungsprämie, Hypothekendarlehen, Gehaltsvorschuss, Schadensersatzforderung und viele andere Begriffe meinen einfach nur Schulden.“*²⁷⁰

Der Begriff Überschuldung bedeutet, dass die Summe, die für monatliche Verbindlichkeiten aufgebracht werden muss, den pro Monat zur Verfügung stehenden Einkommensrest übersteigt.²⁷¹ Schulden sind oftmals Resultat von geringerem Einkommen bzw. erhöhten Ausgaben. Hinzu kommen meist mangelhaft ausgearbeitete Zahlungspläne, die mit einer Überschätzung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel einhergehen. Schulden zu haben bedeutet für die Betroffenen, Geldleistungen in einer bestimmten Höhe einbringen zu müssen. Dies kann auch notfalls mittels staatlicher Gewalt erfolgen.²⁷²

Das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen sieht die Ursachen von Verschuldungen vorrangig in:

- Problemen im Umgang mit den eigenen finanziellen Mitteln bzw. übertriebene Ausgaben, die mit diesen nicht gedeckt werden können;
- geringem Haushaltseinkommen;

²⁶⁸ Interview mit DGKS Nicole Sonnleitner (Mitarbeiterin im SZS- Seniorenzentrum Spallerhof) am 04.10.2005
²⁶⁹ vgl. ebenda

²⁷⁰ Berghuber, Thomas (2004): *Ausweg gesucht! Schulden und Privatkonkurs*. S.7. Online im Internet: URL: <http://www.bmsg.gv.at/cms/site/attachments/2/9/3/CH0036/CMS1091089868037/privatkonkurs.pdf> [dl. 25.08.2005]

²⁷¹ vgl. Backert, Wolfram (2001): *Armutrisiko: Überschuldung*. S.243. In: Barlösius, Eva / Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2001): *Die Armut der Gesellschaft*. Bd.15. o.A.: Leske + Budrich, Opladen. S.243-261

²⁷² vgl. Berghuber, Thomas (2004): *Ausweg gesucht! Schulden und Privatkonkurs*. S.6f. Online im Internet: URL: <http://www.bmsg.gv.at/cms/site/attachments/2/9/3/CH0036/CMS1091089868037/privatkonkurs.pdf> [dl. 25.08.2005]

- unregelmäßigen Einkünften;
- der Möglichkeit, Einkäufe bzw. Rechnungen bargeldlos zu begleichen;
- der Erweckung latenter Bedürfnisse mittels gezielt eingesetzter Werbung;
- dem Eintritt unerwarteter Ereignisse;
- dem Auftreten von Süchten, Straffälligkeiten und psychischen Beeinträchtigungen;
- einer komplexen, für Laien undurchschaubaren Rechtslage bzw. Gläubigerüberlegenheit.²⁷³

Es muss jedoch aufgezeigt werden, dass auch die Haftung für fremde Schulden Menschen in eine derart prekäre Situation bringen kann. Obwohl sie keinerlei Vorteil aus den betreffenden Krediten gezogen haben, befinden sie sich in der Lage, diese begleichen zu müssen.²⁷⁴

Der österreichische Kreditschutzverband stellte mittels einer Erhebung fest, dass die Anmeldungen von Privatkonkursen im ersten Halbjahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um etwa 13 Prozent gestiegen sind.²⁷⁵

Bundesland	Fälle 2005	Fälle 2004	Passiva 2005 in Mio. EUR	Passiva 2004 in Mio. EUR
Wien	679	552	85,3	67,2
Niederösterreich	373	268	42,8	31,0
Burgenland	76	75	9,9	16,7
Oberösterreich	591	504	48,7	55,8
Salzburg	250	218	34,4	19,6
Vorarlberg	288	242	23,1	24,7
Tirol	370	412	43,6	54,8
Steiermark	300	225	30,5	17,8
Kärnten	301	243	42,1	26,4
Gesamt	3.228	2.739	360,4	314,0

Tab.8: Privatinsolvenzen gesamt im Bundesländervergleich. 1. Halbjahr 2005

²⁷³ vgl. Berghuber, Thomas (2004): Ausweg gesucht! Schulden und Privatkonkurs. S.8f. Online im Internet: URL: <http://www.bmsg.gv.at/cms/site/attachments/2/9/3/CH0036/CMS1091089868037/privatkonkurs.pdf> [dl. 25.08.2005]

²⁷⁴ vgl. ebenda S.15

²⁷⁵ vgl. Stuttmann, Nina (2005): Unternehmenspleiten 2005. Mehr Pleiten - Weniger Verluste. S.1. Online im Internet: URL: http://www.myksv.at/ksv_edit/KSV/de/03_news/01_pressecorner/ITF_pressemeldungen/ITF1/Documents/050622_Insolvenzstatistik_Halbjahr2005_HR.pdf [25.08.2005]

(Quelle: Stuttmann, Nina (2005): Unternehmenspleiten 2005. Mehr Pleiten - Weniger Verluste. Online im Internet: URL: http://www.myksv.at/ksv_edit/KSV/de/03_news/01_pressecorner/ITF_pressemedlungen/ITF1/Documents/0506_22_Insolvenzstatistik_Halbjahr2005_HR.pdf [25.08.2005])

Die oberösterreichische Schuldnerhilfe verzeichnete im Rahmen ihres Jahresberichtes 2004 einen starken Anstieg der bis 25jährigen, die bereits als bankrott einzustufen sind. Betrug deren Anteil im Jahr 2003 noch 7 Prozent, stieg dieser im darauf folgenden Jahr auf 20 Prozent.²⁷⁶

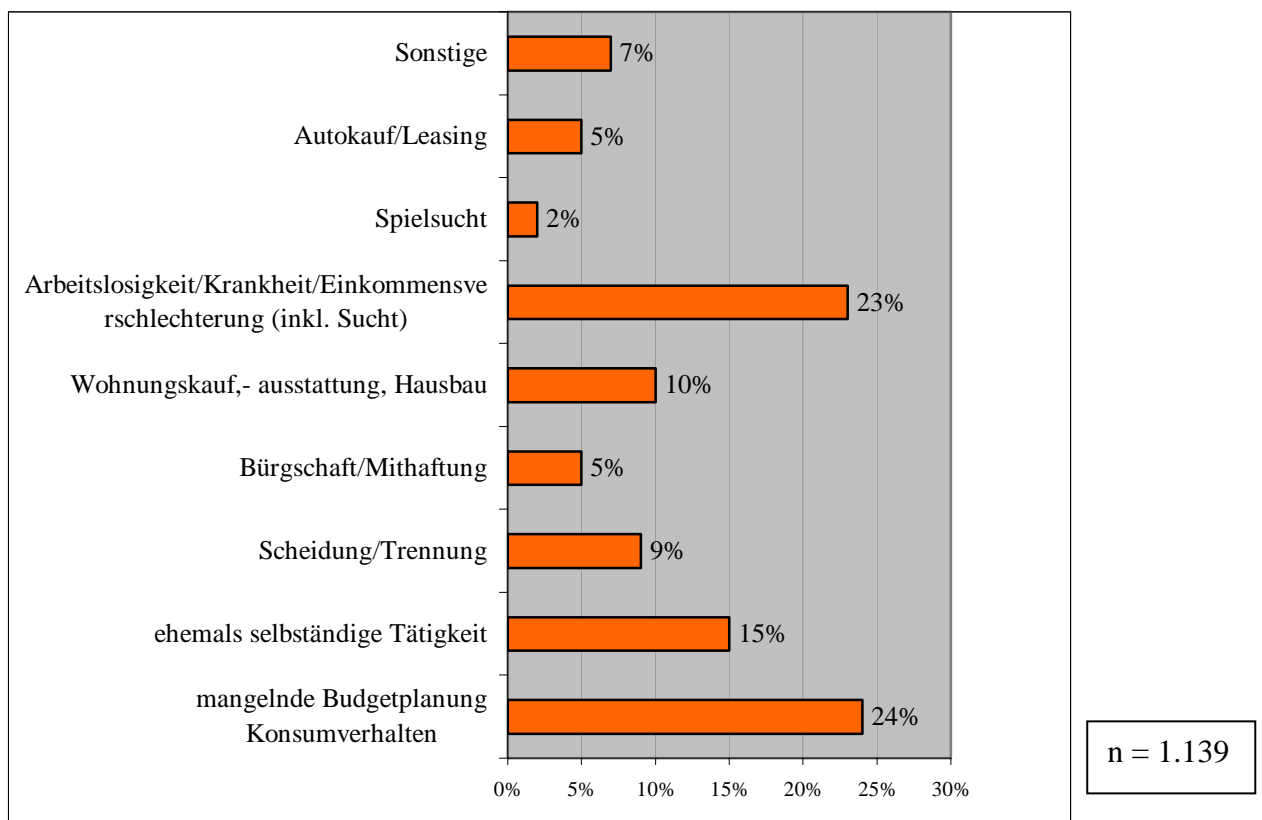


Abb.15: Ursachen der Verschuldung/Überschuldung

(Quelle: Schuldnerhilfe (2005): Jahresbericht 2004. S.11)

In der Regel ist eine Überschuldung nicht auf eine einzige Ursache, sondern auf mehrere auslösende Faktoren zurückzuführen. Trotzdem kann festgehalten werden, dass Einkommensverschlechterungen, die beispielsweise auf Arbeitsplatzverluste oder eintretende Erkrankungen zurückzuführen sind, und eine mangelhafte Planung des verfügbaren Budgets als am häufigsten auftretende Verschuldungsursachen erkannt wurden.

²⁷⁶ vgl. Schuldnerhilfe (2005): Jahresbericht 2004. S.8

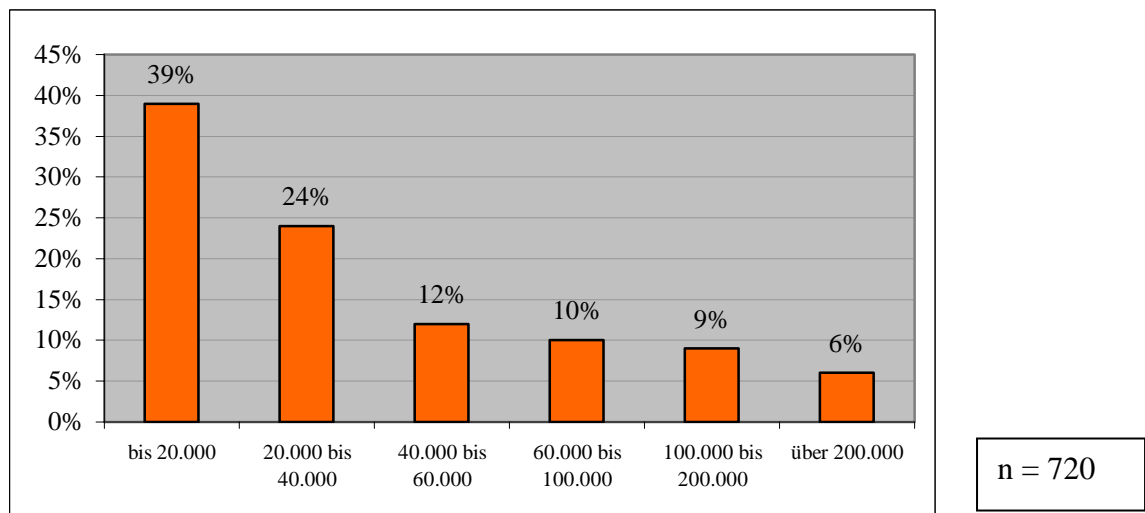


Abb.16: Höhe der Verschuldung

(Quelle: Schuldnerhilfe (2005): Jahresbericht 2004. S.12)

Wie oben stehende Abbildung verdeutlicht, ist der Großteil des Klientels der Schuldnerhilfe, nämlich 39 Prozent, mit bis zu €20.000,- verschuldet. 24 Prozent haben Schulden in Höhe von €20.000,- bis €40.000,- angehäuft, wohingegen der geringste Anteil (6 Prozent) mehr als €200.000,- Schulden verzeichnet.

Forster erkennt einen Zusammenhang zwischen Verschuldung und Wohnungslosigkeit. Das Geld, das auf Konten fließt, wird im Falle einer Verschuldung von den Banken unverzüglich abgebucht, wodurch keine Finanzierungsmittel für Mieten übrig bleiben. Liegen Schulden privater Natur vor, ist es nur mehr eine Frage der Zeit, bis der Exekutor vor der Tür steht und alle Sachmittel, die unter Luxusartikel fallen, mitnimmt.²⁷⁷ *„Den Fernseher zu verlieren ist für viele Leute absolut unvorstellbar. Ohne Fernseher sind sie der Meinung, können sie nicht mehr leben. Es wird sehr viel unternommen, damit etwas nicht gepfändet wird.“*²⁷⁸

Der Druck, der von allen Seiten auf die Betroffenen ausgeübt wird, ist enorm. Besonders PrivatvermieterInnen sind dafür bekannt, womit sie schlussendlich erreichen, die Miete bzw. die Mietrückstände bezahlt zu bekommen. Solange von Wohnbauträgern ‚nur‘ ein Brief geschickt wird, werden keine Handlungen gesetzt.²⁷⁹ *„Dieser beunruhigt vielleicht ein bisschen [...]. Oft schildern Leute von Telefonkosten über 300 Euro, die sie einbezahlt haben. Ja das gibt es doch wohl nicht? Die Miete ist offen, jetzt kommt dann die Delogierung... was*

²⁷⁷ vgl. Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005

²⁷⁸ ebenda

²⁷⁹ vgl. ebenda

passiert da? Ja, ansonsten drehen sie mir das Telefon ab.“²⁸⁰ Die logische Prioritätensetzung der Zahlungen, die geleistet werden sollen, fehlt diesen Personen. „Irgendetwas bleibt auf der Strecke, oft ist es halt auch die Miete.“²⁸¹

²⁸⁰ Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005
²⁸¹ ebenda

4. WOHNUNGSLOSENHILFE IN OBERÖSTERREICH

Unter Wohnungslosenhilfe versteht man einen Teil der psychosozialen Versorgung, der Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, professionelle, fortdauernde und schwerpunktmäßige Hilfeleistungen zur Verfügung stellt. Somit kann eine Abgrenzung zu denjenigen Einrichtungen vorgenommen werden, deren Arbeitsschwerpunkt nicht auf dem Bereich des Wohnens basiert, sondern sich nur fallweise - zum Beispiel wenn ein/e KlientIn akuter Wohnungslosigkeit ausgesetzt ist - mit dieser Problematik auseinandersetzen. Dazu zählen beispielsweise die Drogenberatung, Sachwalterschaft, psychiatrische Nachbetreuung, etc. Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzung gelten diese Einrichtungen als bedeutende Ansprechpartner im Zuge von einzelfallbezogener Zusammenarbeit sowie einzelfallübergreifender Vernetzung, wodurch sie als wichtige externe Ressourcen für den Aufgabenbereich der Wohnungslosenhilfe betrachtet werden.²⁸²

Die Wohnungslosenhilfe kann nicht als kurzfristige Unterstützungsmöglichkeit wohnungsloser Menschen betrachtet werden, sondern „[...] sie strebt vielmehr mit einem alle Bereiche der Lebensführung umfassenden Hilfsangebot die schrittweise Verbesserung der Lebenssituation Betroffener, deren langfristige Stabilisierung und die Wiedererreichung selbständiger Lebensführung in einer eigenen Wohnung an“.²⁸³ Um Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind, ein dem Bedarf entsprechendes Angebot an Hilfeleistungen bieten zu können, ist die Abstimmung der einzelnen Maßnahmen aufeinander eine notwendige Voraussetzung.²⁸⁴

Die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe decken folgende Tätigkeitsbereiche ab:

- Delogierungsprävention
- Niederschwellige Noteinrichtungen
- Sozialberatung und –betreuung
- Wohnbetreuung
- Wohnungsbereitstellung und Vermittlung in reguläre Wohnversorgung

²⁸² vgl. Eitel, Gerhard / Schoibl, Heinz (1999): Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Familien und Jugendlichen. Wien. S.41

²⁸³ Huemer, Alfred (2003): Praxishandbuch zum OÖ Sozialhilfegesetz. In: OÖ Armutsnetzwerk (2003): Armut als tägliche Herausforderung. Oberösterreichisches Armutsnetzwerk in Zusammenarbeit mit der Sozialabteilung des Landes Oberösterreich. S.7- 52

²⁸⁴ vgl. ebenda

- Weiterführende Hilfsangebote

Des Weiteren existieren Angebote wie Wohngemeinschaften bzw. -gruppen sowie Wohnheime, wobei aus der Literatur zur Wohnungslosenhilfe nicht eindeutig hervorgeht, ob diese Bestandteile obig genannter Tätigkeitsfelder oder eigenständige Bereiche sind.

4.1 Delogierungsprävention

In der Sozialarbeit betrachtet man jene Bemühungen als Prävention, die auf die Prognose von Notsituationen sowie die Verhinderung deren Zustandekommens abzielen. Hierfür gelten das frühzeitige Erkennen von Problemen und die Intervention mittels planmäßig und stufenweise aufeinander ausgerichteten umfassenden Maßnahmen als Voraussetzungen.²⁸⁵

Unter dem Begriff der Delogierungsprävention wird „[...] *die systematische Verhinderung von Wohnungslosigkeit durch ein Bündel von Maßnahmen zur Wohnraumsicherung; beginnend mit Frühwarnsystem, d.h. rechtzeitige Information über eingereichte Räumungsklagen, breite Information über Beratungs- und Interventionsmöglichkeiten; anwaltliche Vertretung und Unterstützung bei der Suche nach einer gütlichen Einigung mit Hausverwaltungen, Hilfestellung bei der finanziellen Abdeckung von Mietrückständen sowie bei der Planung der zukünftigen Finanzgebarung, etc.*“²⁸⁶ verstanden.

Zu den Tätigkeitsfeldern der Fachstellen zur Wohnraumsicherung zählen außer dem Schwerpunkt der Delogierungsprävention auch Beratungsleistungen bezüglich Mietrecht, Finanzen und Schulden, finanzielle Hilfeleistungen zur Tilgung von Mietrückständen und Konfliktlösung. Kann eine Delogierung von der zuständigen Präventionsstelle nicht mehr verhindert werden, sollte diese in der Lage sein, den Betroffenen fristgerecht einen Ersatzwohnraum zu verschaffen bzw. zur Verfügung zu stellen.²⁸⁷

Eine Gegenüberstellung der Kosten von Wohnraumerhalt und Wohnraumbeschaffung ergibt folgendes: „[...] *Auf einen Euro, der für die Prävention von Wohnraumverlust aufgewendet*

²⁸⁵ vgl. Aigner, Helga (1999): Delogierung und Delogierungsprävention. Ein Kostenvergleich anhand der Fachstelle für Wohnungssicherung in Wien. Diplomarbeit. S.37

²⁸⁶ Eitel, Gerhard / Schoibl, Heinz (1999): Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Familien und Jugendlichen. Wien. S.42

²⁸⁷ vgl. ebenda

wird, (kommen) etwa 10 Euro, die für die Reintegration nach einmal eingetretener Wohnungslosigkeit anfallen- sofern diese überhaupt klappt.“²⁸⁸

Art der Intervention	durchschnittliche Kosten für die öffentliche Hand/Sozialhilfe	Einsparungspotential
Wohnraumerhalt	ATS 10.828,02 (€786,90)	1 : 1
Delogierung und Pensionsunterbringung	ATS 53.981,48 (€3.922,99)	1 : 4,9
Delogierung, Pensionsunterbringung und Neuanmietung	ATS 103.517,48 (€7.522,91)	1 : 9,5

Tab.9: Kostenvergleich Delogierungsprävention versus Wohnraumhabilitation

(Quelle: vgl. Schoibl, Heinz (2002): Armut im Wohlstand ist verdeckte Armut. Regionaler Armutsbericht für das Bundesland Salzburg. S. 35. Online im Internet: URL: <http://salzburger-armutskonferenz.at/ArmutLang.pdf> [dl. 30.08.2005])

Es muss bemerkt werden, dass in dieser Kostenaufstellung keine Folgekosten, wie sie beispielsweise aufgrund von Mietrückständen, Delogierungsaufwänden oder gar leer stehenden Wohnungen bei den Wohnbauträgern auftreten können, einberechnet worden sind. Auch menschliche Kosten, wie das Erfahren von Leid, Diskriminierung oder gesundheitliche Folgeerscheinungen, erfahren keinerlei Berücksichtigung.²⁸⁹

4.2 Niederschwellige Noteinrichtungen

Notschlafstellen, Sozialstationen und Tageszentren können diesen Einrichtungen zugeordnet werden. Hauptaufgaben stellen dabei Soforthilfeangebote, die Klärung von Problemen sowie die zielgruppen- bzw. problemgerechte Weitervermittlung der KlientInnen dar. Eine Ergänzung dieser Einrichtungen findet in der Regel im Rahmen von aufsuchender Sozialarbeit, Streetwork, sozialarbeiterischer Betreuung in Parks, auf Bahnhöfen, etc. statt. Ein Charakteristikum niederschwelliger Noteinrichtungen stellt die flexible Anpassung ihres

²⁸⁸ Lechner, Silvia / Huka-Siller, Herbert / Huber, Peter (1995): Kostengünstigkeit der Delogierungsprävention. Zit.n.: Schoibl, Heinz (2002): Armut im Wohlstand ist verdeckte Armut. Regionaler Armutsbericht für das Bundesland Salzburg. S. 35. Online im Internet: URL: <http://salzburger-armutskonferenz.at/ArmutLang.pdf> [dl. 30.08.2005]

²⁸⁹ vgl. Schoibl, Heinz (2002): Armut im Wohlstand ist verdeckte Armut. Regionaler Armutsbericht für das Bundesland Salzburg. S. 35. Online im Internet: URL: <http://salzburger-armutskonferenz.at/ArmutLang.pdf> [dl. 30.08.2005]

Angebotes an die Bedürfnisse der KlientInnen dar, wobei weitgehend auf Barrieren und Vorleistungen verzichtet wird.²⁹⁰

In Oberösterreich bieten folgende Sozialeinrichtungen Notschlafstellen an:

- **Sozialverein B37: NOWA**
Waldeggstraße 38, 4020 Linz
- **E37 (Soziales Wohnservice Wels)**
Eisenhowerstraße 37, 4600 Wels
- **Soziale Initiative: UFO**
Hauptstraße 60, 4040 Linz
- **Verein Wohnen in Steyr (WoSt)**
Blumauergasse 29, 4400 Steyr
- **Wohnungslosenhilfe Mosaik**
Gmundner Straße 102, 4840 Vöcklabruck²⁹¹

4.3 Sozialberatung und Sozialbetreuung

Im Gegensatz zur Beratung, die eher auf einen kurzfristigen Zeitraum bezogen ist, versteht man unter Betreuung eine umfassende, aufbauende und begleitende Hilfeleistung, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. Als zweites Unterscheidungskriterium kann die höhere Verbindlichkeit der Betreuung genannt werden. Sowohl Beratung als auch Betreuung verfolgt das Ziel, die Existenz der KlientInnen zu sichern.²⁹²

Obwohl in einer Publikation der Sozialplattform OÖ bestimmte Sozialeinrichtungen explizit aufgrund deren Beratungsangebotes genannt werden (ARGE Sie, MOWO, NOWA, SCHU, E37, EXIT-sozial, Frauenhäuser Linz, Innviertel, Steyr, Vöcklabruck, Wels, pro mente OÖ, UFO, WoSt, Vinzenzstüberl Linz, Wohnungslosenhilfe Mosaik, Zentrum Spattstraße)²⁹³, wird

²⁹⁰ vgl. Eitel, Gerhard / Schoibl, Heinz (1999): Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Familien und Jugendlichen. Wien. S.43

²⁹¹ vgl. Sozialplattform OÖ (2003): Für viele ein Neubeginn... 200 Sozialeinrichtungen in Selbstdarstellung. 5. neu erhob. u. erw. Aufl. Linz: o.A. S.318ff

²⁹² vgl. Eitel, Gerhard / Schoibl, Heinz (1999): Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Familien und Jugendlichen. Wien. S.43

²⁹³ vgl. Sozialplattform OÖ (2003): Für viele ein Neubeginn... 200 Sozialeinrichtungen in Selbstdarstellung. 5. neu erhob. u. erw. Aufl. Linz: o.A. S.308ff

angenommen, dass nahezu sämtliche Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe Beratungsleistungen anbieten.

4.4 Wohnbetreuung

Angebote, die der Wohnbetreuung zugeordnet werden, sind Wohngemeinschaften und Wohnheime sowie Wohnplätze und Wohnungen, in denen ambulante Betreuung stattfindet. Mit dem Angebot von Wohnplätzen geht eine verbindliche Betreuung einher. Eine notwendige Voraussetzung für die Aufnahme von KlientInnen ist deren Bereitschaft, sich einer Betreuung zu unterziehen und betreuungsspezifische Verpflichtungen einzugehen. Diese Form der Unterbringung ist in der Regel zeitlich begrenzt.²⁹⁴

Folgende Sozialeinrichtungen mit dem Schwerpunkt ‚Wohnen‘ bieten (mobile) Wohnbetreuung an:

- **ARCUS Sozialnetzwerk Wohnen**
Marktplatz 11, 4152 Sarleinsbach
- **ARGE Sie**
Marienstraße 11, 4020 Linz
- **ARGE WieWo**
Marienstraße 11, 4020 Linz
- **MOWO – Mobile Wohnbetreuung des Sozialvereins B37**
Starhembergstraße 11, 4020 Linz
- **PSNV – Psychosoziale Notversorgung des Sozialvereins B37**
Betlehemstraße 37, 4020 Linz
- **Caritas St. Bernhard**
Stiftstraße 6, 4090 Engelhartzell
- **pro mente OÖ: Fachbereich Wohnen**
Figulystraße 32, 4020 Linz

²⁹⁴ vgl. Eitel, Gerhard / Schoibl, Heinz (1999): Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Familien und Jugendlichen. Wien. S.43f

- **Wohnungslosenhilfe Mosaik**
Gmundner Straße 102, 4840 Vöcklabruck
- **Zentrum Spattstraße: Außenwohnbegleitung AWOB**
Haidergutstraße 3, 4484 Kronstorf²⁹⁵

4.5 Wohnungsbereitstellung und Vermittlung in reguläre Wohnversorgung

Manche Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe verfügen über einen direkten Zugang zu gefördertem Wohnraum, wodurch die Vermittlung von leistbarem und angemessenem Dauerwohnraum nur diesen möglich ist. Sozialeinrichtungen fungieren als gemeinnützige Wohnraumbereitsteller und Zwischenmieter, wobei sie die geförderten Mietwohnungen an KlientInnen der Wohnungslosenhilfe zu deren preiswerten Konditionen vermitteln.²⁹⁶

Dies stellt die Haupttätigkeit des Vereins Wohnplattform dar, wobei aus Gesprächen hervorgeht, dass auch andere Sozialeinrichtungen neben deren Betreuungstätigkeit den Versuch unternommen haben bzw. unternehmen, eigenständig Wohnungen für deren Klientel von Baurägern anzumieten und zu verwalten.

4.6 Weiterführende Hilfsangebote

Um eine wirkungsvolle Ergänzung der Wohnungslosenhilfe vorzunehmen, sind weiterführende Hilfsangebote erforderlich; nämlich:

- Mobile ärztliche Hilfeleistungen (zum Beispiel Vinzenzstüberl Linz)
- Hilfe zur Arbeit mittels geschützter Arbeitsstellen, Weiterbildungsmaßnahmen und Vermittlung von Arbeitsplätzen (zum Beispiel FAB Verein zur Förderung von Arbeit und Bildung)
- Nachbetreuung, um einerseits die Hilfewirkung abzusichern und andererseits einem Rückfall vorzubeugen (zum Beispiel ARGE Sie).²⁹⁷

²⁹⁵ vgl. Sozialplattform OÖ (2003): Für viele ein Neubeginn... 200 Sozialeinrichtungen in Selbstdarstellung. 5. neu erhob. u. erw. Aufl. Linz: o.A. S.303ff

²⁹⁶ vgl. Eitel, Gerhard / Schoibl, Heinz (1999): Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Familien und Jugendlichen. Wien. S.44

²⁹⁷ vgl. ebenda S.45

5. DER VEREIN WOHNPLATTFORM

„Hilfe zum Wohnen ist Hilfe zum Bleiben“

Bezüglich sozialer Wohnraumversorgung nimmt Oberösterreich verglichen mit den restlichen Bundesländern aufgrund des Vereins Wohnplattform eine Vorreiterrolle ein.²⁹⁸ In diesem Abschnitt wird einleitend die Gründungsgeschichte dieses Vereins vorgestellt, anschließend werden dessen Tätigkeitsfelder und Zielsetzungen aufgezeigt. Den Schwerpunkt bildet das Konzept der ‚Wohnraumbeschaffung durch Kooperation‘, das sowohl mittels des Projekts der Schader-Stiftung als auch anhand der Vorgehensweise der Wohnplattform erläutert wird.

5.1 Gründungsgeschichte

Im Jahre 1982 fanden sich zahlreiche Linzer Sozialeinrichtungen auf Initiative der damaligen Bewährungshilfe, die jetzt unter dem Namen Verein NEUSTART tätig ist, zum Arbeitskreis ‚Wohnplattform‘ zusammen, um gemeinsam Schritte gegen die Wohnungsnot ihrer KlientInnen einzuleiten und für leistbaren Wohnraum zu sorgen. Parallel dazu fand auch in Wien die Errichtung eines ‚Wohnungsbeschaffungsfonds‘ (WOBES) statt, der von den bedeutendsten sozialen Institutionen ins Leben gerufen wurde.²⁹⁹

Die Suche nach Unterkünften für die jeweiligen KlientInnen gestaltete sich sehr aufwändig - zu aufwändig für die einzelnen Vereine. Die damalige Wohnungsmarktsituation kam noch erschwerend hinzu und resultierte schließlich in einer Konkurrenz der Vereine um die wenigen freien Wohnungen.³⁰⁰ Diese Problematik führte zur Idee eines organisierten Zusammenschlusses Linzer Sozialeinrichtungen zu einem Dachverband - dem Verein Wohnplattform, dessen Gründung im April 1984 erfolgte.³⁰¹ Dieser gemeinnützige, überparteiliche Sozialverein setzte sich vorwiegend zwei Zielsetzungen:

²⁹⁸ vgl. Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

²⁹⁹ vgl. Eisenriegler, Adalbert (1996): Erinnerungen an die Gründung der Wohnplattform. S.16. In: Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S.16-17

³⁰⁰ vgl. Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S.8

³⁰¹ vgl. Eisenriegler, Adalbert (1996): Erinnerungen an die Gründung der Wohnplattform. S.16. In: Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S.16-17

- „Die Schaffung (Anmietung und Verwaltung) und Erhaltung betreuter Übergangswohnungen für obdachlose Klienten von Sozialvereinen.“³⁰² Im Rahmen einer geschützten Wohnumgebung sollten diese den KlientInnen die Möglichkeit zu einer Bearbeitung ihrer Probleme bieten und somit einen weiteren sozialen Abstieg verhindern.
- Weiters sieht die Wohnplattform ihren Aufgabenbereich darin, zuständige PolitikerInnen über die Problematik der Wohnungsnot aufzuklären und Lösungen aufzuzeigen. Somit sollte auch sozial und wirtschaftlich Benachteiligten die Möglichkeit geboten werden, sich eine eigene Wohnung anmieten und leisten zu können.³⁰³

Trotz sich schnell einstellender erster Erfolge stellte die Finanzierung des Vereins ein erhebliches Problem dar. Ernüchtert musste festgestellt werden, dass dem Ziel der raschen Wiedereingliederung von Betroffenen in ein ‚normales‘ Wohnumfeld nur wenig Verständnis entgegengebracht wurde. Im Gründungsjahr belief sich das Budget des Vereins auf 100.000 Schilling; erst im November 1985 konnte eine Person fix angestellt werden. Insofern ist nachvollziehbar, dass qualifizierte MitarbeiterInnen nicht langfristig gehalten werden konnten und somit eine dauerhafte professionelle Arbeit erschwert wurde.³⁰⁴ Demnach war die Wohnplattform neben dem Engagement aller Mitwirkenden auch darauf angewiesen, dass keine eigenen Verwaltungskosten zu zahlen waren. Zivildienstler der Bewährungshilfe und anschließend Sozialarbeiter zählten zu den anfänglichen Geschäftsführern.³⁰⁵ Erst im Jahre 1994 konnte man die Anstellung dreier MitarbeiterInnen sichern und dem Verein wurde als Ansprechpartner Akzeptanz entgegengebracht.³⁰⁶

Bereits im Jahre 1982 wurde der Appell an gemeinnützige Wohnbauträger gerichtet, wie die GWG-Linz bei der Vergabe ihres Wohnungsbestandes auch ‚Wohnungsnotfälle‘ zu berücksichtigen.³⁰⁷ 1984 wurden dann Verhandlungen mit der GWG Linz geführt, die auf den Erhalt preisgünstiger Wohnungen für die Zwecke der Wohnplattform abzielten. Seit 1990 vermietet die GWG Übergangswohnungen an den Verein. Erst vier Jahre später folgten

³⁰² Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S.8

³⁰³ vgl. ebenda

³⁰⁴ vgl. ebenda S.10

³⁰⁵ vgl. Eisenriegler, Adalbert (1996): Erinnerungen an die Gründung der Wohnplattform. S.16. In: Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S.16-17

³⁰⁶ vgl. Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S.10

³⁰⁷ vgl. Eisenriegler, Adalbert (1996): Erinnerungen an die Gründung der Wohnplattform. S.16. In: Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S.16-17

weitere gemeinnützige Wohnbauträger dem Beispiel der GWG und stellten dem Verein ebenfalls Wohnungen zur Verfügung.³⁰⁸

Das Angebot des Vereins Wohnplattform ist einzigartig in Oberösterreich. Mittlerweile verfügt dieser über 99 Wohnungen, die er von gemeinnützigen Wohnbauträgern als Hauptmieter anmietet und den KlientInnen, die als UntermieterInnen auftreten, zur Verfügung stellt.³⁰⁹

5.2 Tätigkeitsfelder und Zielsetzungen

Neben den bereits formulierten Aufgaben, die der Gründungsphase entstammen, haben sich weitere Tätigkeitsfelder entwickelt:

- Untervermietung der Übergangswohnungen an KlientInnen der Mitgliedseinrichtungen mit standardisierten Verträgen.
- Beratung und Betreuung bezüglich wohnspezifischer Fragen in Übereinkunft mit der vermittelnden Sozialeinrichtung.
- Überregional abgestimmte und zielgerichtete Suche nach Übergangswohnungen für sozialpädagogisch begleitetes Einzelwohnen
- Kooperation mit sozialen Wohnbauträgern und Gemeinden, um eine nachhaltige Wohnversorgung sowie einen erleichterten Zugang zu leistbarem Wohnraum für benachteiligte Personengruppen zu ermöglichen.
- Teilnahme an regionalen, überregionalen und transnationalen Projekten der Wohnungslosenhilfe mit dem Ziel der Standardverbesserung bzw. -vereinheitlichung, einer genaueren Datenerhebung bezüglich Wohnungslosigkeit und Wohnproblematik sowie dem Versuch, diese nach wie vor stigmatisierte Materie ins Bewusstsein zu rufen.³¹⁰

Der Verein Wohnplattform steht für sozialpädagogisch- begleitetes Einzelwohnen. Diese Leitidee beinhaltet folgende Zielsetzungen:

³⁰⁸ vgl. Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S.9

³⁰⁹ vgl. Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

³¹⁰ vgl. Informationsbroschüre des Vereins Wohnplattform: Hilfe zum Wohnen ist Hilfe zum Bleiben. S.1; vgl. auch Info-Folder des Vereins Wohnplattform: Sozialpädagogisch begleitetes Wohnen in Oberösterreich

- Vermietung von Übergangswohnungen an KlientInnen von Mitgliedseinrichtungen, die entweder von akuter Wohnungslosigkeit bedroht oder bereits davon betroffen sind.
- Durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen sollen Betroffene bei der Stabilisierung der Lebenssituation unterstützt werden, wobei individuelle Bedürfnisse und gesellschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.
- Aufgrund langfristiger und zielorientierter Betreuung soll den Betroffenen die Möglichkeit geboten werden, sich eine eigene Wohnung leisten bzw. diese auch erhalten zu können.
- Die Kooperationen des Vereins sollen Stigmatisierungen von und Berührungängste vor Wohnungslosen abbauen und letzten Endes zu einer Verbesserung des Zugangs zu leistbaren Wohnungen führen.³¹¹

5.3 Wohnraumbeschaffung durch Kooperation

Das Konzept ‚Wohnraumbeschaffung durch Kooperation‘ dient dazu, sozial benachteiligten Menschen den Zugang zu angemessenem Wohnraum zu ermöglichen. Dies erfolgt mittels einer Vernetzung zuständiger Einrichtungen. Vor der Erläuterung der Vorgehensweise des Vereins Wohnplattform zur sozialen Wohnraumversorgung erfolgt die Abhandlung des Projekts der Schader-Stiftung, das aufgrund dessen Einzigartigkeit ausgewählt wurde.

Im Jahre 1998 führte die Schader-Stiftung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen das Projekt ‚Wohnraumbeschaffung durch Kooperation‘ durch. Im Rahmen dieses Projektes sollte erforscht werden, welche Formen der Kooperation zwischen AkteurInnen der kommunalen Wohnungspolitik geschaffen und eingegangen werden können. Auch über die damit einhergehenden Probleme, die aufzeigen, welche gesetzlichen Regelungen seitens des Bundes erfolgen bzw. welche sonstigen Maßnahmen ergriffen werden müssen, sollten bundesweit Erkenntnisse gewonnen werden. Bezüglich der Überführung der Projektergebnisse in die Praxis fand eine Kooperation der Schader-Stiftung mit dem Ministerium und dem InWIS statt.³¹²

³¹¹ vgl. Informationsbroschüre des Vereins Wohnplattform: Hilfe zum Wohnen ist Hilfe zum Bleiben. S.1

³¹² vgl. Schader-Stiftung (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. dialog. S.3

5.3.1 Das Projekt der Schader-Stiftung

Obwohl dieses Projekt ausschließlich in Deutschland durchgeführt wurde, ist es für die Problemstellung vorliegender Diplomarbeit von besonderer Relevanz, um aufzuzeigen, wie Kooperationen zur sozialen Wohnraumversorgung gestaltet werden können - und dies auch mit Erfolg. Weiters muss angemerkt werden, dass bis dato in Österreich kein derartiges Forschungsprojekt durchgeführt wurde.

Um weitere Ausführungen bezüglich dieses Forschungsprojektes vornehmen zu können, gilt es zuerst, den Begriff der Kooperation bzw. dessen Bedeutung im Rahmen des Projekts der Schader-Stiftung näher abzugrenzen: *„Der Begriff Kooperation umfasst freiwillige Formen der Zusammenarbeit unterschiedlicher Träger [...] mit dem Ziel, für Haushalte mit dringendem Wohnungsbedarf zusätzlich zum bereits vorhandenem, öffentlich geförderten und rechtlich gebundenen Wohnraum, Wohnraum aus dem Bestand zu mobilisieren. Kooperationen können sowohl vertraglich geregelt sein als auch nur eine lockere Absprache oder ein informeller Kontakt sein.“*³¹³

In Deutschland sind bereits viele verschiedene Kooperationsbeziehungen und -formen vorzufinden, die auf formellen Kooperationsverträgen zwischen Gemeinden und Wohnungsunternehmen basieren, manchmal unter der Mitwirkung von Institutionen der Sozialhilfe und Wohlfahrtspflege. Die Studie ergab, dass die Anzahl der KooperationspartnerInnen von der Größe der Kommune abhängt; das heißt je größer die Kommune, umso mehr KooperationspartnerInnen.³¹⁴

Von hoher Bedeutung für die Zusammenarbeit sind die unterschiedlichen Interessen der einzelnen KooperationspartnerInnen. Die Kommune verfolgt vor allem die Zielsetzung der Wohnraumsicherung und -beschaffung, wohingegen die Wohnungsunternehmen neben der sozialen Verantwortung vorwiegend kontinuierliche Mieteinnahmen, die Einhaltung unterzeichneter Verträge sowie die Aufrechterhaltung von harmonischen Nachbarschaften anstreben. Die freien Träger benötigen Wohnmöglichkeiten für ihre KlientInnen, deren Lebenssituation ohne eine entsprechende Wohnraumversorgung nicht verbessert werden

³¹³ Berendt, Ulrike (1998): Organisationsstrukturen. S.5 In:Schader stiftung (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. dialog. S.4-6

³¹⁴ vgl. ebenda S.4

kann. Sowohl die freien Träger als auch die Kommunen sind an der Beschaffung preisgünstiger und angemessener Wohnräume interessiert.³¹⁵

Wohnraumsicherung und -beschaffung für ‚Problemgruppen‘, Abbau von Versorgungsengpässen für einzelne Nachfragergruppen, Übernahme von sozialer Verantwortung seitens der Institutionen und Verringerung der Wohnungslosigkeit stellen Motive für Kooperationen zur sozialen Wohnraumversorgung dar. Anzumerken ist, dass diese Motive je nach Sichtweise der Institution unterschiedlich gewichtet werden. Folglich müssen sich alle Beteiligten in den Zielsetzungen der Kooperation einig sein.³¹⁶

Erfolgskriterien von Kooperationen stellen laut der Studie vor allem ‚Kompetenzverteilung, Verlässlichkeit und Qualität‘ der Zusammenarbeit dar. Auch die ‚Sicherung des Informations- und Erfahrungsaustausches‘ werden als erfolgsrelevante Faktoren ermittelt. Vereinzelt werden weiters die ‚Aufgabenbündelung bei der Kommune bzw. in der Verwaltung‘ sowie die ‚Einrichtung von Beratungsstellen‘ für die an der Kooperation Beteiligten genannt.³¹⁷

Ein partnerschaftlicher Umgang und ein gegenseitiger fairer Leistungsaustausch werden als unabdingbare Voraussetzungen für das Funktionieren der Zusammenarbeit betrachtet. Dazu müssen die aufgestellten Verfahren und Regeln von allen Kooperationsparteien eingehalten werden. Darüber hinaus ist die Schaffung einer Plattform zum Zwecke der offenen Ansprache von Problemen, der Festlegung gemeinsamer Zielsetzungen und der Entwicklung ganzheitlicher Lösungsansätze erforderlich. Nicht die Formalisierung, sondern die Qualität der Zusammenarbeit sollte im Vordergrund stehen. Weiters ist die Gewinnung von möglichst vielen KooperationspartnerInnen ausschlaggebend für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Bei einer zu geringen Zahl an AkteurInnen würde das Risiko einer unfairen Lastenverteilung bestehen, wobei die Hauptlast auf den Schultern der kommunalen Wohnungsunternehmen liegen würde.³¹⁸

Laut den Projektergebnissen besteht die zentrale zukünftige Aufgabe in der Sicherung eines Wohnungsbestandes, der für die jeweiligen ‚Problemgruppen‘ zugänglich ist. Aufgrund der

³¹⁵ vgl. Berendt, Ulrike (1998): Organisationsstrukturen. S.4 In: Schader stiftung (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. dialog. S.4-6

³¹⁶ vgl. ebenda

³¹⁷ vgl. ebenda S.6

³¹⁸ vgl. Hintzsche, Burkhard (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. Probleme und offene Fragen aus kommunaler Sicht. S.8. In: Schader stiftung (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. dialog. S.7-8

Tatsache, dass vor allem kommunale und öffentliche Wohnungsunternehmen bei derartigen Kooperationen mitwirken, muss hinsichtlich des Verkaufs öffentlicher und kommunaler Wohnungsunternehmen größte Vorsicht geboten werden. Damit würden nämlich die Gemeinden ihr wichtigstes wohnungspolitisches Steuerungsinstrument verlieren, wobei bis dato nicht abschätzbare Folgekosten auftreten können. Weiters wird ein Rückgang der finanziellen Unterstützung durch die öffentliche Hand erwartet.³¹⁹

5.3.2 Die Vorgehensweise des Vereins Wohnplattform

Das Konzept der ‚Wohnraumbeschaffung durch Kooperation‘, das vom Verein Wohnplattform verfolgt wird, basiert auf der Annahme, dass die Gewährleistung einer dauerhaften und leistbaren Wohnversorgung nur mittels eines Zusammenwirkens unterschiedlicher Träger wie Kommunen, Wohnungswirtschaft und Sozialeinrichtungen ermöglicht werden kann. Das betreute Seniorenwohnen stellt einen Teilbereich sozialer Hilfe dar, in dem dieses Konzept bereits erfolgreich realisiert wurde, wobei eine Kooperation von Gemeinden, Bauträgern und privaten Hilfsangeboten vonstatten geht. Im Gegensatz dazu wird diese Vorgehensweise jedoch im Rahmen des betreuten Einzelwohnens als nicht sinnvoll erachtet.³²⁰

Um diese Richtung zu verfolgen, fungiert der Verein Wohnplattform als Schnittstelle zwischen einzelnen öffentlichen Stellen, sozialen Wohnbauträgern, Betreuungseinrichtungen und den Betroffenen selbst. Diese Kooperation soll einen schnellen Zugang zu einer leistbaren Wohnung ermöglichen. Hierfür ist weiters ein ressortübergreifendes Hilfsangebot sowie eine stets verfügbare und vertraute Anlaufstelle erforderlich. Diese Kooperation darf jedoch nicht als einseitiges ‚Nehmen‘ oder ‚Geben‘ verstanden werden, sondern als ein gegenseitiger Austausch von Leistungen.³²¹

³¹⁹ vgl. Lieberknecht, Christian (1998): Die Rolle der Wohnungsunternehmen bei Kooperationen zur Wohnraumbeschaffung. S.13. In: Schader stiftung (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. dialog. S.12-13

³²⁰ vgl. Mittermayer, Hubert (2000): Eine Wohnung ist nicht alles – ohne Wohnung ist alles nichts. S.20. In: sozial arbeit in Österreich – Zeitschrift für soziale Arbeit, Bildung und Politik. Nr.127/Juni 2000/35.Jg. S.20-21

³²¹ vgl. ebenda

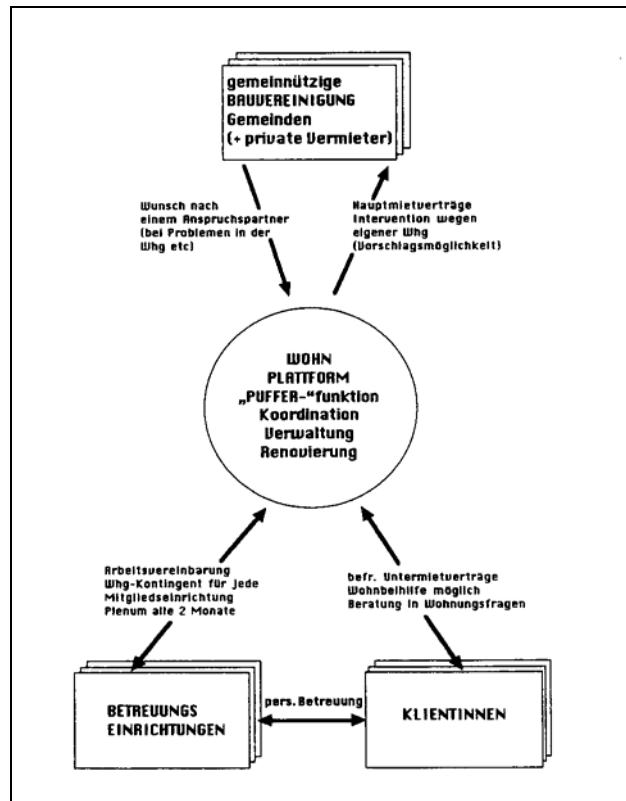


Abb.17: Darstellung der Kooperation

(Quelle: Mittermayer, Hubert (2000): Eine Wohnung ist nicht alles – ohne Wohnung ist alles nichts. In: sozial arbeit in Österreich – Zeitschrift für soziale Arbeit, Bildung und Politik. Nr.127/Juni 2000/35.Jg. S.21)

5.3.2.1 KooperationspartnerInnen

Nachstehend werden sämtliche an der ‚Wohnraumbeschaffung durch Kooperation‘ beteiligten PartnerInnen einer näheren Betrachtung unterzogen.

a. Gemeinnützige Wohnbauträger und Gemeinden

Gemeinnützige Wohnbauträger und Gemeinden stellen Übergangswohnungen zur Verfügung, wobei ein Betreuungsangebot von Sozialeinrichtungen, die Sicherstellung zeitgerechter Mietzahlungen sowie die Instandhaltung der Wohnung vom Verein Wohnplattform gewährleistet werden.³²²

Über die Jahre hinweg haben gemeinnützige Bauträger die Notwendigkeit an dem System der Kooperation erkannt und weisen grundsätzlich die Bereitschaft auf, deren Wohnungen an den

³²² vgl. Mittermayer, Hubert (2000): Eine Wohnung ist nicht alles – ohne Wohnung ist alles nichts. S.20. In: sozial arbeit in Österreich – Zeitschrift für soziale Arbeit, Bildung und Politik. Nr.127/Juni 2000/35.Jg. S.20-21

Verein zu vermieten. Als entscheidendes Kriterium gelten hierfür sowohl die Sicherheit, stets die Miete zu erhalten als auch die schnelle und kompetente Konfliktregelung des Vereins Wohnplattform beim Auftreten von Problemen, wie beispielsweise unleidliches Verhalten der BewohnerInnen, Beschwerden der Nachbarschaft, etc. Weiters ist der Verein Wohnplattform für die Substanzerhaltung der Wohnungen zuständig, wodurch den Bauträgern finanzieller Aufwand erspart bleibt.³²³

Der Verein Wohnplattform tritt mit dem Wunsch, eine Wohnung anzumieten, an gemeinnützige Wohnbauträger oder Gemeinden heran. Ausschlaggebend für die Anmietung einer Wohnung sind eine günstige Preislage und der jeweilige Bedarf. Beispielsweise wäre eine 35 m² Garconniere ungeeignet für eine Familie oder eine Wohnung im vierten Stock ohne Lift unmöglich für einen Rollstuhlfahrer. Während die Vergabe von Wohnungen in den Städten über die Bauvereinigungen erfolgt, sind in den Bezirken dafür Gemeindeausschüsse zuständig. Generell ist es für die Wohnplattform einfacher, eine Wohnung in der Stadt anzumieten. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass in den Gemeinden kein/e AnsprechpartnerIn die alleinige Entscheidung über die Vergabe einer Wohnung treffen kann. Angenommen wird weiters, dass auch die Politik in diesem Bereich eine nicht unwesentliche Rolle spielt.³²⁴

Nachstehende Tabelle veranschaulicht zum einen die Mitglieder des Vereins Wohnplattform und zum anderen die Anzahl an vermieteten Wohnungen.

Vermieter	Wohnungsanzahl
GWG Linz	37
BRW Baureform Wohnstätte	3
EBS Wohnungsgesellschaft mbH	1
Familie Wohnungsgenossenschaft	3
GIWOG Gemeinnützige Industrie-Wohnungsgesellschaft	6
GWG Steyr	4

³²³ vgl. Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

³²⁴ vgl. ebenda

ISG – Innviertler Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft reg. GesmbH	1
LAWOG	3
Lebensräume	1
Neue Heimat	3
Pensionsinstitut der Linz AG	1
Brüder Koplinger Immobilienreuehand GmbH	1
Dr. Herbert Veit (Rechtsanwalt)	1
Volkshilfe Eferding	4
Stadtgemeinde Perg	1
VLW – Vereinigte Linzer Wohnungsgenossenschaft	2
WAG – Wohnungsanlagen GesmbH	12
Welser Heimstätte	2
WSG – Gemeinnützige Wohn- und Siedlergemeinschaft	8

Tab.10: Vermieter und Anzahl der Wohnungen. Stand 11/2004

(Quelle: Verein Wohnplattform (2004): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.verein-wohnplattform.at> [dl. 13.08.2005])

b. Betreuungseinrichtungen

Vereine, die an der Vernetzung beteiligt sind, müssen bei der Wohnplattform Mitglied sein oder außerhalb einer geregelten Mitgliedschaft mit dem Verein kooperieren.³²⁵ Aufgrund fehlender Persönlichkeit ist es manchen Einrichtungen nicht möglich, gesamt als Kooperationspartner des Vereins Wohnplattform aufzutreten. Während beispielsweise der Sozialverein B37 oder Exit Sozial als Vereinsmitglieder agieren, ist dies dem Amt für Soziales, Jugend und Familie oder der Stadt Linz nicht möglich. Auch der Caritas bleibt es verwehrt, gesamt als Mitglied zu fungieren, da dies eine höhere Wohnungskapazität des

³²⁵ vgl. Wohnplattform-Info-Paket (2005). Unveröffentlichte Ausgabe

Vereins Wohnplattform erfordern würde. Aus diesen Gründen gelten nur einzelne Personen dieser Einrichtungen als Mitglieder.³²⁶

Alle Vereinbarungen, die getroffen werden, müssen von Zeichnungsberechtigten der Einrichtung signiert werden (beispielsweise ein Antrag auf Mitgliedschaft oder eine Arbeitsvereinbarung).³²⁷ Generell kann die Bereitschaft der Betreuungseinrichtungen zur Kooperation als relativ hoch eingestuft werden, da diese die Maßnahmen der Wohnplattform als Notwendigkeit betrachten. Weiters wird die Sinnhaftigkeit der Trennung von Vermietung und Betreuung seitens der Betreuungseinrichtungen erkannt.³²⁸

Mitgliedseinrichtungen betreuen ihre KlientInnen beginnend bei der Anmeldung bis letztlich zum Auszug aus der Wohnplattform-Wohnung. Bereits das Ausfüllen des Anmeldeformulars erfolgt durch den/die BetreuerIn. Hier muss die Frage geklärt werden, ob alle Grundvoraussetzungen erfüllt sind. Dabei erfolgt eine kurze Beschreibung der gegenwärtigen Wohnsituation des/der BewerberIn und der/die BetreuerIn setzt seine/ihre Unterschrift auf das Anmeldeformular. Mit dieser Signatur erfolgt die sofortige Übernahme der Wohnbetreuung eines/r KlientIn während der Inanspruchnahme einer Wohnplattform-Wohnung. Bezüglich der Vergabe der Wohnungen hat die Sozialeinrichtung das Recht auf die Reihung seiner KlientInnen, wobei dennoch die Wohnplattform über ein Vetorecht verfügt.³²⁹

Eine konstante Wohnbetreuung mit einer Frequenz von mindestens einem Wohnungsbesuch pro Monat ist Voraussetzung für die Anmietung einer Wohnung des Vereins Wohnplattform. In Einzelfällen wird die mindest einzuhaltende Betreuungsfrequenz bereits im Rahmen des Anmeldegesprächs erhöht. Dieses Erfordernis ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass es sich hierbei um ein Klientel handelt, das aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, eine Wohnung anzumieten bzw. langfristig zu erhalten.³³⁰

Erfolgt der Auszug aus der Wohnplattform- Wohnung, so muss ein Termin vereinbart werden, an diesem der/die BetreuerIn eine Besichtigung der Wohnung vornimmt, um

³²⁶ vgl. Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

³²⁷ vgl. Wohnplattform-Info-Paket (2005). Unveröffentlichte Ausgabe.

³²⁸ vgl. Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

³²⁹ vgl. Wohnplattform-Info-Paket (2005). Unveröffentlichte Ausgabe.

³³⁰ vgl. Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

sicherzustellen, dass eine ordnungsgemäße Wohnungsübergabe erfolgen kann. Ist dies der Fall, wird bei vereinbartem Termin mit der Wohnplattform die Wohnungsrückgabe vollzogen. Als abgeschlossen gilt die Wohnungsrückgabe dann, wenn eine Räumung, Reinigung und die Schlüsselübergabe erfolgt ist. Die Miete ist nur bis zum Tag, an dem die Rücknahme stattfindet, zu entrichten. Liegt der Sonderfall vor, dass der/die KlientIn verschwindet, so muss eine Räumung der Wohnung erfolgen. Dabei kann das Entfernen und Verwahren von persönlichen Gegenständen nur von dem/der BetreuerIn übernommen werden. In Zusammenarbeit mit der Wohnplattform kann dann die weitere Räumung und Rückgabe der Wohnung erfolgen.³³¹

Generell wird die Zusammenarbeit mit den Sozialeinrichtungen seitens des Vereins Wohnplattform als sehr zufrieden stellend bewertet. Treten dennoch vereinzelt Schwierigkeiten auf, ist es Aufgabe der Wohnplattform, die vertraglich geregelten Pflichten der Betreuungseinrichtungen in Erinnerung zu rufen bzw. einzufordern.

Nachstehend erfolgt eine Darstellung der mit dem Verein Wohnplattform kooperierenden Sozialeinrichtungen, wobei deren Zielgruppe und Arbeitsschwerpunkte kurz erläutert werden.

ba) Aids- Hilfe Oberösterreich

Die Aids- Hilfe Oberösterreich hat sich zum Ziel gesetzt, menschliches Leid, das mit dem Human Immunodeficiency Virus zusammenhängt, entweder gänzlich zu verhindern oder zu verringern. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf dem Schutz der Gesundheit, der Ausübung von Solidarität mit HIV- Positiven und an AIDS erkrankten Personen und der Einhaltung von Respekt gegenüber Menschen.³³²

Die Aidshilfe Oberösterreich versteht sich als Verein freiwilliger und uneigennütziger Hilfe³³³, dessen Gründung im Jahre 1991 stattfand.³³⁴ Das Angebot erstreckt sich von Prävention über Beratung bis hin zur Betreuung. Im Bereich der Prävention werden Veranstaltungen abgehalten, nationales und internationales Infomaterial bereitgestellt sowie Szenenbeauftragte in Szenenlokale entsandt, die sowohl persönliche als auch telefonische

³³¹ vgl. Wohnplattform-Info-Paket (2005). Unveröffentlichte Ausgabe.

³³² vgl. Aidshilfe Oberösterreich (o.A.): Richtlinien. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.aidshilfe-ooe.at/> [dl. 30.06.2005]

³³³ vgl. ebenda

³³⁴ vgl. ebenda

Beratung anbieten. Weiters wird eine psychologische und medizinische Beratung zum Thema HIV und Hepatitis B/C, die anonym und kostenlos erfolgt, angeboten. Die Betreuung versteht sich als psychosoziale Begleitung und Unterstützung der Betroffenen.³³⁵

bb) ARGE für Obdachlose

Die ‚Arbeitsgemeinschaft für Obdachlose‘ ist ein privater, unabhängiger Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, von Arbeits- und Wohnungslosigkeit betroffenen Personen Unterstützung anzubieten. Hierfür erfolgt eine Zusammenarbeit mit Einrichtungen ähnlicher Zielsetzung, beratende und betreuende Tätigkeiten, Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung, Aufbau und Erhaltung von Beschäftigungsmöglichkeiten, Freizeitangebote, Sensibilisierung der Gesellschaft bezüglich der Wohnungslosenproblematik sowie Öffentlichkeitsarbeit.³³⁶

Mittels fünf Einrichtungen schafft ARGE für Obdachlose eine Hilfestellung zum Wohnen und durch Beschäftigung. Diese sind:³³⁷

- ‚WieWo‘: Dieses Kürzel steht für ‚Wieder Wohnen‘ und versucht, schrittweise aus einer Notlage wieder zum Wohnen zu verhelfen.³³⁸ Dreißig Männer, die wohnungslos sind, können von WieWo begleitet werden. Sie erfahren ausführliche Beratungen und Informationen, kurzfristige Hilfestellungen während der Öffnungszeiten und auch Vermittlungen zu anderen Einrichtungen, die Hilfe leisten. Schwerpunkt bei der Betreuung bildet die Beziehungsarbeit, mittels derer versucht wird, intensiv Männer auf eine eigene Wohnung vorzubereiten. Dies erfolgt in Gruppen- oder Einzelarbeiten.³³⁹
- ‚Sie‘: Dieser Verein bietet Beratung, Wohnmöglichkeiten und Wohnbegleitung für Frauen, die entweder von Wohnungslosigkeit bedroht bzw. bereits davon betroffen sind.³⁴⁰ Im Jahr 2004 konnte in fünf Wohnungen, die vom Verein Wohnplattform zur

³³⁵ vgl. Aidshilfe Oberösterreich (o.A.): Angebote. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.aidshilfe-ooe.at/> [dl. 30.06.2005]

³³⁶ vgl. ARGE für Obdachlose (o.A.): Verein. S.1ff. Online im Internet: URL: <http://www.arge-obdachlose.at> [dl. 30.06.2005]

³³⁷ vgl. ARGE für Obdachlose (o.A.): Unser Angebot. S.3. Online im Internet: URL: <http://www.arge-obdachlose.at> [dl. 30.06.2005]

³³⁸ vgl. WieWo (2003): Jahresbericht. S.1. Online im Internet: URL: http://www.arge-obdachlose.at/new/wiewo/daten/jahresbericht2003_wiewo.pdf [dl. 30.06.2005]

³³⁹ vgl. ARGE für Obdachlose (2004): Solidarität mit wohnungslosen Menschen. Jahresbericht. S.6

³⁴⁰ vgl. Sie (2003): Jahresbericht. S.1. Online im Internet: URL: http://www.arge-obdachlose.at/new/sie/daten/jahresbericht2003_sie.pdf [dl. 30.06.2005]

Verfügung gestellt wurden, eine intensive Betreuung stattfinden. Das Ziel von ARGE Sie ist das Klischee, ‚Wohnungslosigkeit ist männlich‘, zu widerlegen. Weiters wird versucht, die Existenzgrundlage und die Persönlichkeit dieser betroffenen Frauen so zu stabilisieren, dass sie in der Lage sind, eigenständig in einer Wohnung zu leben.³⁴¹

- ‚Trödlerladen‘: Mittels eines umweltorientierten Altwarenhandels werden Beschäftigungsmöglichkeiten für Wohnungslose geschaffen.³⁴² Dabei lautet das Motto: ‚Wieder verwenden anstatt Wegzuwerfen‘. Bei Räumungen oder Entrümpelungen von Wohnungen werden Gegenstände in eigenen Werkstätten repariert und anschließend in einem Geschäftslokal zum Kauf angeboten. Der ARGE Trödlerladen unterscheidet zwei Beschäftigungsverhältnisse: Zum einen die AushilfsarbeiterInnen und zum anderen SozialhilfearbeiterInnen. AushilfsarbeiterInnen sind geringfügig beschäftigt, unfallversichert und haben im Trödlerladen die Möglichkeit, bis zur Geringfügigkeitsgrenze zusätzliches Einkommen dazuzuverdienen. Jeden Freitag haben Wohnungslose die Gelegenheit, sich im Trödlerladen anzumelden, um für die darauf folgende Woche Arbeiten zugeteilt zu bekommen. Im Gegensatz dazu stehen SozialarbeiterInnen in einem Dienstverhältnis zum Magistrat Linz. 25 Stunden pro Woche für die maximale Dauer von fünf Jahren können sie ihre Arbeitskraft im Trödlerladen einsetzen.³⁴³
- ‚Kupfermuckn‘: Die Gestaltung und der Verkauf der Straßenzeitung ermöglichen Beschäftigung und Kulturarbeit.³⁴⁴ Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind oder waren, haben die Möglichkeit, an der Gestaltung dieser Zeitung teilzunehmen und sie anschließend zum Verkauf anzubieten, was neben einer Beschäftigung auch einen Zuverdienst bedeutet. Durch den Verkauf der Straßenzeitungen haben diese Menschen die Möglichkeit, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten, was zu einer Entgegenwirkung der Randgruppen- Isolation verhilft.³⁴⁵
- ‚ReWo‘: Dieses regionale Wohnprojekt verhilft zu dauerhaftem Wohnen in Landgemeinden und Bezirksstädten.³⁴⁶ Es versteht sich als mobile Wohnbegleitung und unterstützt KlientInnen vor Ort. Der Zuständigkeitsbereich der regionalen

³⁴¹ vgl. ARGE für Obdachlose (2004): Solidarität mit wohnungslosen Menschen. Jahresbericht. S.8

³⁴² vgl. ARGE für Obdachlose (o.A.): Unser Angebot. S.3. Online im Internet: URL: <http://www.arge-obdachlose.at> [dl. 30.06.2005]

³⁴³ vgl. ARGE für Obdachlose (2004): Solidarität mit wohnungslosen Menschen. Jahresbericht. S.4

³⁴⁴ vgl. ARGE für Obdachlose (o.A.): Unser Angebot. S.3. Online im Internet: URL: <http://www.arge-obdachlose.at> [dl. 30.06.2005]

³⁴⁵ vgl. ARGE für Obdachlose (2004): Solidarität mit wohnungslosen Menschen. Jahresbericht. S.3

³⁴⁶ vgl. ARGE für Obdachlose (o.A.): Unser Angebot. S.3. Online im Internet: URL: <http://www.arge-obdachlose.at> [dl. 30.06.2005]

Wohnbegleitung erstreckt sich von Linz- Land, Urfahr- Umgebung, über Freistadt, Perg und Rohrbach. Wohnraumsicherung und Delogierungsprävention stellen dabei die Hauptaufgaben dar. In Zusammenarbeit mit Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften und sozialen Einrichtungen werden Einzelpersonen, Familien und Paaren ab achtzehn Jahren Hilfe zur Wohnraumbeschaffung angeboten.³⁴⁷

bc) EXIT- sozial

EXIT- sozial ist ein Verein für psychosoziale Dienste, dessen Gründung auf das Jahr 1981 zurückgeht.³⁴⁸ Er stellt Beratung, medizinische Betreuung, Einrichtungen zur Freizeitgestaltung, betreutes Wohnen, Krisenzentren und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen und sozialen Beeinträchtigungen zur Verfügung.³⁴⁹ Die Selbstvertretungsfähigkeit von Psychiatrie- Betroffenen soll gefördert werden, damit deren Erfahrungen und Bedürfnisse in der Konzeptentwicklung und –planung von psychosozialen Leistungen Berücksichtigung finden.³⁵⁰

Das Leitbild des Vereins hebt „[...] das Engagement gegen Diskriminierung, für Emanzipation, gegen Stigmatisierung, für Partizipation, gegen Zwangsbehandlung, für Empowerment [...]“ hervor.

bd) Frauenhäuser

Der Verein Wohnplattform arbeitet mit den Frauenhäusern in Linz, Steyr, Wels, Vöcklabruck und im Innviertel zusammen. Diese fünf oberösterreichischen Frauenhäuser haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt, um ihr Auftreten gegen Gewalt an Frauen und Kindern zu verstärken und die Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam effizienter auszuüben.³⁵¹

³⁴⁷ vgl. ARGE für Obdachlose (2004): Solidarität mit wohnungslosen Menschen. Jahresbericht. S.10

³⁴⁸ vgl. EXIT- sozial (2005):Wir über uns. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.exitsozial.at> [dl. 30.06.2005]

³⁴⁹ vgl. EXIT- sozial (2005):Willkommen bei EXIT- sozial. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.exitsozial.at> [dl. 30.06.2005]

³⁵⁰ vgl. EXIT- sozial (2005):Wir über uns. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.exitsozial.at> [dl. 30.06.2005]

³⁵¹ vgl. ARGE OÖ Frauenhäuser (o.A.): ARGE OÖ Frauenhäuser. S.1. Online im Internet: URL: http://www.frauenhaus.at/framesets/i_arage.html [dl. 30.06.2005]

Das Angebot der Frauenhäuser setzt sich aus folgenden Leistungen zusammen:

- Dem Schutz, indem Wohnmöglichkeiten misshandelten und von Gewalt bedrohten Frauen und ihren Kindern zur Verfügung gestellt werden
- Der Zuflucht, da in Krisensituationen Übergangswohnmöglichkeiten angeboten werden
- Der Hilfe und Unterstützung in rechtlichen Belangen, bei Behördengängen, bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, einer Wohnung und einer angemessenen Kinderbetreuung
- Der Ambulanten Beratung, die kostenlos und anonym stattfindet
- Der Begleitung zum Gericht, zur Polizei, bei Antragseinreichungen, bei Scheidungsgegenständen und bei Behördengängen
- Der Nachbetreuung für Betroffene, die im Anschluss an die Betreuung im Frauenhaus eine Betreuung und Beratung benötigen.
- Der Prävention und Bildungsarbeit gegen Gewalt
- Der Öffentlichkeitsarbeit, die mittels des Aufzeigens von gesellschaftlichen und sozialen Benachteiligungen Verbesserungen für Frauen erzielen soll
- Der Kooperation mit anderen Einrichtungen und Netzwerkarbeit³⁵²

be) NEUSTART

Diese Organisation bietet Hilfe und Lösungen bei Konfliktbewältigungen, womit der Schutz vor Kriminalität und deren Folgen erzielt werden soll. Die Auseinandersetzung mit Ursachen von Kriminalität bildet einen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Das konkrete Angebot von NEUSTART setzt sich aus Deeskalationsarbeit, konstruktiver Konfliktregelung statt Verurteilungen und Strafen, präventiver Arbeit mit Jugendlichen und Kindern, schneller Hilfeleistungen für Betroffene und der Begleitung und Resozialisation der Täter zusammen.³⁵³

Somit werden Täter- und Opferhilfe angeboten sowie eine Prävention angestrebt.³⁵⁴ Die Täterhilfe schließt Bewährungs- und Haftentlassenenhilfe, Wohnbetreuung und Diversion mit

³⁵² vgl. ARGE OÖ Frauenhäuser (o.A.): Unser Angebot. S.1. Online im Internet: URL: http://www.frauenhaus.at/framesets/i_arge.html [dl. 30.06.2005]

³⁵³ vgl. NEUSTART (2005): Wir über uns. S.1. Online im Internet: URL: http://www.neustart.at/ueber_neustart_wir_ueber_uns.php [dl. 30.06.2005]

³⁵⁴ vgl. NEUSTART (2005): Angebote/Service. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.neustart.at> [dl. 30.06.2005]

ein.³⁵⁵ Neben der Verbrechenopferhilfe werden Informationen für von Gewalt Betroffene und außergerichtliche Tatausgleiche angeboten.³⁵⁶ Um Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen, werden Präventionsmaßnahmen in Schulen ergriffen.³⁵⁷

bf) pro mente Oberösterreich

Die Gesellschaft für psychische und soziale Gesundheit gilt als überkonfessioneller, parteilich ungebundener Verein, der Hilfeleistungen für psychisch benachteiligte und beeinträchtigte Menschen anbietet. pro mente setzt ihre Schwerpunkte auf die Anerkennung der Menschenrechte Betroffener, die Erhöhung und Sicherung der Betreuungsstandards sowie auf die ärztliche, psychologische, soziale und ökonomische Versorgung und Unterstützung.³⁵⁸

Folgende Maßnahmen werden von pro mente Oberösterreich ergriffen:

- Berufliche Eingliederung
- Einsatz von ehrenamtlichen LaienhelferInnen
- Psychosoziale Beratung
- Vorsorgearbeit und Beratung bezüglich Sucht
- Verschiedene Beschäftigungs- und Freizeitangebote
- Angebot unterschiedlicher Wohn- und Lebensformen für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung³⁵⁹

bg) Proba

Proba ist eine Einrichtung des Vereins zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung (FAB) und versucht, Langzeitarbeitslosen die Rückkehr in den freien Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dies geschieht mittels Anleitung zur und Coaching für praktische Arbeit sowie Weiterbildungsprogrammen.³⁶⁰ Die Vermittlung der KlientInnen erfolgt über das

³⁵⁵ vgl. NEUSTART (2005): Täterhilfe. S.1. Online im Internet: URL: http://www.neustart.at/angebote_taterhilfe.php [dl. 30.06.2005]

³⁵⁶ vgl. NEUSTART (2005): Opferhilfe. S.1. Online im Internet: URL: http://www.neustart.at/angebote_opferhilfe.php#ata [dl. 30.06.2005]

³⁵⁷ vgl. NEUSTART (2005): Prävention. S.1. Online im Internet: URL: http://www.neustart.at/angebote_praevention.php [dl. 30.06.2005]

³⁵⁸ vgl. pro mente (o.A.): Wer sind wir. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.pmooe.at> [dl. 30.06.2005]

³⁵⁹ vgl. ebenda

³⁶⁰ vgl. Proba (2005): Proba. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.fab.at/proba> [dl. 30.06.2005]

Arbeitsmarktservice. Voraussetzung für eine Teilnahme an diesen Programmen ist die Vormerkung als arbeitssuchende Person beim AMS.³⁶¹

bh) Soziale Initiative

Der Fokus der Sozialen Initiative liegt auf Betreuungen im Bereich der Jugendwohlfahrt. Konkret wird mit Jugendlichen sozialpädagogisch gearbeitet, die in einer schwierigen Lebenssituation gefangen sind. Hierbei wird zwischen ambulanten Angeboten und stationären Einrichtungen unterschieden. Zu den stationären Einrichtungen gehören der Wohnplatz für Mädchen und junge Mütter, die Jugendnotschlafstelle UFO sowie der Parkfrieder- Hof. Die ambulante Arbeit gliedert sich wiederum in sozialpädagogische Einzelbetreuung und Familienintensivbetreuung auf. Je nach Zielgruppe bzw. Zielsetzung wird die angemessene Betreuungsform ausgewählt.³⁶²

bi) Sozialverein B37

Der Verein B37 verhilft wohnungslosen Menschen zu Wohnmöglichkeiten mit Betreuung³⁶³, wofür folgende Einrichtungen zur Verfügung stehen:

- Das Wohnheim Bethlehem bietet die Möglichkeit einer langfristigen Unterkunft mit verschiedensten professionellen Betreuungsangeboten.³⁶⁴ Im Jahr 2004 nahmen 119 Menschen dieses Angebot in Anspruch. Eine Aufenthaltsdauer von maximal 30 Tagen kommt am häufigsten vor, gefolgt von bis zu drei Monaten.³⁶⁵
- Das Übergangswohnheim Schuhmannstraße (SCHU) ermöglicht den BewohnerInnen eine Vorbereitung auf eine eigene Wohnung.³⁶⁶ Auffallend ist, dass der überwiegende Anteil an KundInnen (66 von insgesamt 162 im Jahr 2004) unter 21 Jahre alt ist. Dies

³⁶¹ vgl. Proba (2005): Information. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.fab.at/proba> [dl. 30.06.2005]

³⁶² vgl. Soziale Initiative (o.A.): Unser Angebot. Online im Internet: URL: <http://www.soziale-initiative.at/index.php?id=5> [dl. 30.06.2005]

³⁶³ vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Gesamtverein Sozialverein B37. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_home_2.htm [dl. 05.07.2005]

³⁶⁴ vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Leitbild politisch. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_leitbild_pol.htm [dl. 05.07.2005]

³⁶⁵ vgl. Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004. S.29f

³⁶⁶ vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Leitbild politisch. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_leitbild_pol.htm [dl. 05.07.2005]

begründet sich in der Tatsache, dass die Zahl an kinderreichen Familien, die von der SCHU betreut werden, drastisch gestiegen ist.³⁶⁷

- Die PsychoSoziale Notversorgung (PSNV) betreut Wohnungslose mit psychischen Erkrankungen.³⁶⁸ Die häufigste Problemlage der im Jahr 2004 betreuten KlientInnen ist Alkoholmissbrauch, der oftmals mit mindestens einer weiteren Diagnose einhergeht. An zweiter Stelle folgt die Diagnose auf Schizophrenie, gefolgt von Epilepsie, Depression und organisches Psychosyndrom. Der größte Teil der KundInnen verweilt über ein Jahr in dieser Einrichtung.³⁶⁹
- Das Wohnheim ALOA (Aktiv Leben Ohne Alkohol) verhilft alkoholkranken Wohnungslosen nach dem Entzug zu einem Leben in einem ‚trockenen‘ Umfeld.³⁷⁰ Im Jahr 2004 wurden 26 KundInnen verzeichnet, die diese Einrichtung vorwiegend langfristig (über ein Jahr) nutzten.³⁷¹
- Die Notschlafstelle Waldeggstraße (NOWA) bietet Übernachtungsmöglichkeiten für akut wohnungslose Menschen.³⁷² Im Jahr 2004 nahmen 513 Personen dieses Angebot in Anspruch.³⁷³
- Im Rahmen des Obdachlosen Streetworks (OBST) werden auf der Straße lebende Menschen von SozialarbeiterInnen betreut.³⁷⁴ Diese Bezeichnung wird zukünftig durch ‚Outreachwork im Akut- Wohnungslosenmilieu‘ ersetzt, worunter man eine aufsuchende Sozialarbeit versteht, die vorwiegend von akuter Wohnungslosigkeit bedrohten und bereits betroffenen Menschen Unterstützung gewährleistet.³⁷⁵
- In der TAGO (Tagesstruktur Goethestraße) erfolgt die Ausübung selbständig handwerklicher Arbeiten mit fachlicher Unterstützung.³⁷⁶ Die reine Holzwerkstatt erfuhr eine Erweiterung mittels kleiner Metallbearbeitungen. Pro Stunde werden dem/der einzelnen KundIn €1,50 als kleines Taschengeld bezahlt.³⁷⁷

³⁶⁷ vgl. Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004. S.49f

³⁶⁸ vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Leitbild politisch. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_leitbild_pol.htm [dl. 05.07.2005]

³⁶⁹ vgl. Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004. S.36

³⁷⁰ vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Leitbild politisch. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_leitbild_pol.htm [dl. 05.07.2005]

³⁷¹ vgl. Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004. S.43f

³⁷² vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Leitbild politisch. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_leitbild_pol.htm [dl. 05.07.2005]

³⁷³ vgl. Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004. S.55

³⁷⁴ vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Leitbild politisch. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_leitbild_pol.htm [dl. 05.07.2005]

³⁷⁵ vgl. Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004. S.57

³⁷⁶ vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Leitbild politisch. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_leitbild_pol.htm [dl. 05.07.2005]

³⁷⁷ vgl. Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004. S.65

- Die Mobile Wohnbetreuung (MOWO) hilft Personen, die mit ihrem eigenen Haushalt nicht zu Recht kommen.³⁷⁸ Hierfür wurde der Großteil an Wohnungen vom Verein Wohnplattform, der GWG und anderen gemeinnützigen Wohnbauträgern zur Verfügung gestellt. Insgesamt erfuhren im letzten Jahr 41 Personen eine derartige Betreuung.³⁷⁹
- Der Psychologische Dienst (PSD) leistet Menschen, die psychische Probleme aufweisen oder sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden, Hilfestellung in Form einer Betreuung.³⁸⁰ Das Angebot umfasst Gespräche in Einzelsettings, Coachings, psychologische Befundungen sowie Gruppentherapien.³⁸¹

bj) Sozialzentrum Vöcklabruck

Das Sozialzentrum Vöcklabruck beinhaltet die Einrichtungen der Frauen- und Familienberatung (FFB), des Restaurant- Cafés ‚Zur Brücke‘ und der Wohnungslosenhilfe Mosaik.³⁸² Die FFB bietet Eltern Unterstützung in Erziehungsfragen, bei familiären Krisen, in der Partnerschaft, bei Trennungen bzw. Scheidungen sowie in persönlichen Krisen. In ihrer Funktion als Kinderschutzzentrum greift die FFB weiters bei Vorliegen von Gewaltdelikten an Kindern und Jugendlichen ein.³⁸³ Das Restaurant- Café ‚Zur Brücke‘ bietet Langzeitarbeitslosen die Möglichkeit auf eine Anstellung.³⁸⁴

Die Wohnungslosenhilfe Mosaik setzt ihre Schwerpunkte auf Prävention, Akuthilfe und Wohnbetreuung. Die Prävention beinhaltet sowohl Delogierungsverhinderung als auch Sozialberatung. Die Akuthilfe umfasst Notschlafstellen für Männer, eine Notwohnung für Frauen und Soforthilfe, die neben Beratungs- und Betreuungsleistungen auch materielle Hilfe mit einschließt. KlientInnen, die entweder einer kurz- oder langfristigen Betreuung bedürfen, stehen Übergangswohnungen mit Betreuung zur Verfügung. Weiters wird eine mobile

³⁷⁸ vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Leitbild politisch. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_leitbild_pol.htm [dl. 05.07.2005]

³⁷⁹ vgl. Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004. S.63

³⁸⁰ vgl. Sozialverein B37 (o.A.): Leitbild politisch. S.1. Online im Internet: URL: http://www.b37.at/b37_leitbild_pol.htm [dl. 05.07.2005]

³⁸¹ vgl. Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004. S.67

³⁸² vgl. Sozialzentrum Vöcklabruck (o.A.): Sozialzentrum Vöcklabruck. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.sozialzentrum.org/sozialzentrum/index.html> [dl. 05.07.2005]

³⁸³ vgl. Sozialzentrum Vöcklabruck (o.A.): Frauen- und Familienberatung. Kinderschutzzentrum. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.sozialzentrum.org/ffb/index.html> [dl. 05.07.2005]

³⁸⁴ vgl. Sozialzentrum Vöcklabruck (o.A.): Restaurant Cafe Zur Brücke. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.sozialzentrum.org/zurbruecke/index.html> [dl. 05.07.2005]

Wohnbetreuung sowie bei Bedarf auch eine Nachbetreuung angeboten.³⁸⁵ Im Jahr 2004 erfuhr die Anzahl der KlientInnen einen Anstieg von 20,5 Prozent. Während im Vorjahr 161 Betreuungen stattgefunden haben, belief sich die Zahl im Jahr 2004 auf 194.³⁸⁶

bk) Verein allein mit dem Kind

Der Verein allein mit dem Kind bietet allein erziehenden Müttern und Vätern Hilfestellungen bei Problemen wie der Vereinbarkeit von Arbeit, Kindern und Haushalt, bei Scheidungen, bei finanziellen Problemen, etc. Diese erfolgen mittels kostenlosen Beratungsleistungen – in der Familienberatungsstelle, der Wohngruppe und online.³⁸⁷ In der Familienberatungsstelle werden sowohl therapeutische Maßnahmen, wie zum Beispiel Sozial- und Lebensberatung, Erziehungsberatung, Gruppentherapie, etc. als auch Sozialarbeit, die Öffentlichkeitsarbeit, telefonische und persönliche Beratung, Begleitung zu Ämtern und Behörden, etc. umschließt, angeboten.³⁸⁸ Die Wohngruppe stellt eine betreute Wohnmöglichkeit für sich in Krisensituationen befindende, allein erziehende oder schwangere Frauen dar, die maximal zwei Jahre in Anspruch genommen werden kann.³⁸⁹ Fragen betreffend Scheidung bzw. Trennung werden zusätzlich online beantwortet.³⁹⁰

bl) Verein für prophylaktische Sozialarbeit

Dieser Verein versteht sich sowohl als bevorrechtete Schuldnerberatungsstelle im Sinne der Konkursordnung als auch als Familienberatungsstelle. In den Bereichen Schulden und Familie wird eine kostenlose Beratung angeboten. Ersterer umfasst einerseits Beratung für Privatpersonen, die zu einer außergerichtlichen oder gerichtlichen Gesamtsanierung verhelfen soll und andererseits eine Schulden- Prophylaxe, die vorsorgende Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene leistet. Der Familienbereich enthält Beratungsleistungen bezüglich Scheidungen, Trennungen oder finanziellen

³⁸⁵ vgl. Sozialzentrum Vöcklabruck (o.A.): Wohnungslosenhilfe Mosaik. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.sozialzentrum.org/mosaik/index.html> [dl. 05.07.2005]

³⁸⁶ Wohnungslosenhilfe Mosaik (2005): Jahresbericht 2004. S.3

³⁸⁷ vgl. Verein allein mit dem Kind (o.A.): Der Verein. S.1. Online im Internet: URL: <http://www2.alleinerziehend.at/?sid=verein&s=1> [dl. 05.07.2005]

³⁸⁸ vgl. Verein allein mit dem Kind (o.A.): Die Familienberatungsstelle. S.1. Online im Internet: URL: <http://www2.alleinerziehend.at/?sid=verein&s=1> [dl. 05.07.2005]

³⁸⁹ Verein allein mit dem Kind (o.A.): Wohngruppe. S.1. Online im Internet: URL: <http://www2.alleinerziehend.at/?sid=verein&s=1> [dl. 05.07.2005]

³⁹⁰ Verein allein mit dem Kind (o.A.): Die Online- Beratung. S.1. Online im Internet: URL: <http://www2.alleinerziehend.at/?sid=verein&s=1> [dl. 05.07.2005]

Problemen, eine diesbezügliche Beratung rechtlicher Natur sowie Einzel- und Gruppenarbeiten für von Spielsucht Betroffene.³⁹¹

bm) Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft

Im Rahmen der Tätigkeit als Sachwalter werden psychisch kranke oder geistig behinderte Menschen im Verfahren zur Bestellung eines Sachwalters vertreten, Informationen über ihre Rechte vermittelt und bei deren Durchführung unterstützt. Weiters übernimmt der Verein auch selbst Sachwalterschaften, in denen die Zusammenarbeit mit den Betroffenen und der Ausbau deren Fähigkeiten in den Mittelpunkt gerückt werden.³⁹² Wenn der Verein als Patientenanwalt agiert, vertritt er PatientInnen aus psychiatrischen Abteilungen und zwangsweise untergebrachte. Zusätzlich werden PatientInnen für die aktive Mitgestaltung ihres Aufenthaltes und ihrer Therapie, Personen betreffend Fragen des Aufenthaltes in psychiatrischen Abteilungen, Angehörige von Betroffenen und auch MitarbeiterInnen sozialer Institutionen und Krankenhäuser kostenlos beraten.³⁹³ Als Bewohnervertretung überprüft der Verein Freiheitsbeschränkungen gemäß dem Heimaufenthaltsgesetz.³⁹⁴

bn) Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit

Dieser Verein betrachtet sich als Initiator, der innovative Projekte ins Leben ruft, um sozial benachteiligte Menschen im Raum Linz zu unterstützen. Mittels Beratungs- und Kursangeboten soll vorsorglich verhindert werden, dass bestimmte Zielgruppen von der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Weiters wird den KlientInnen zu einem selbständigen und eigenverantwortlichen Leben verholfen. Schwerpunkte werden dabei auf Weiterbildung und berufliche Qualifikation gesetzt, wobei die Angebote des Vereins auf die Bedürfnisse Lernschwacher und vom Bildungssystem Benachteiligter abgestimmt werden.³⁹⁵

³⁹¹ vgl. Verein für prophylaktische Sozialarbeit (2005): Über uns. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.schulden.at> [dl. 05.07.2005]

³⁹² vgl. Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft (2003): Sachwalterschaft. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.sachwalterschaft.at/index.php?id=54> [dl. 05.07.2005]

³⁹³ vgl. Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft (2003): Patientenanwaltschaft. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.sachwalterschaft.at/index.php?id=53> [dl. 05.07.2005]

³⁹⁴ vgl. Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft (2003): Die Bewohnervertretung. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.sachwalterschaft.at/index.php?id=102> [dl. 05.07.2005]

³⁹⁵ vgl. Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (o.A.): Info. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.vsg.or.at> [dl. 06.07.2005]

Derzeit wird an sechs Projekten gearbeitet, die im Folgenden kurz erläutert werden:

- Das Jugendprojekt kick, das Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben unterstützt.³⁹⁶
- Die Zeit-Tausch-Börse time, die von der Stadt Linz initiiert wurde, um eine Wiederbelebung der Linzer Nachbarschaftshilfe zu erreichen.³⁹⁷
- Das Lerncenter learn verhilft KlientInnen dazu, bei erneutem Versuch ihren Hauptschul- oder Polytechnikumsabschluss positiv zu absolvieren.³⁹⁸
- Die Frauenberatung woman unterstützt Frauen in jeglichen Lebenssituationen. Dabei erfahren sie zum Beispiel Unterstützung bei der Arbeitssuche, lernen zukunftsorientierte Ausbildungswege kennen, etc.³⁹⁹
- In der Produktionsschule factory wird nach dänischem Vorbild versucht, Jugendlichen, die keine Erstausbildung abgeschlossen haben, Grundkenntnisse zu vermitteln, Motivation zu erwecken und eine Integration bzw. Reintegration in den Arbeitsmarkt oder in eine schulische Ausbildung zu ermöglichen. In Werkstätten und Ateliers werden den Jugendlichen kreative Ideen im Rahmen produktiver Tätigkeit abverlangt.⁴⁰⁰
- Die Jugendhilfe move bietet im Auftrag der Jugendwohlfahrt der Stadt Linz Einzelberatung für Jugendliche, um diesen zur Selbständigkeit zu verhelfen.⁴⁰¹

bo) Verein Hilfe für Kinder und Eltern

Der Verein Hilfe für Kinder und Eltern ist sowohl als Sozialpädagogische Familienhilfe als auch als Kinderschutzzentrum tätig.⁴⁰² Die sozialpädagogische Familienhilfe leistet Betreuungsarbeit in oberösterreichischen Familien mit minderjährigen Kindern, die eine Hilfe zur Selbsthilfe mittels regelmäßiger Hausbesuche darstellt. Kinder, die sich auffällig verhalten, Lernprobleme aufweisen, von Eltern vernachlässigt oder missbraucht wurden, etc., sollen durch den Verein Hilfestellung erhalten. Auch Eltern, die Probleme in der Erziehung

³⁹⁶ vgl. Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (o.A.): kick das Jugendprojekt. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.vsg.or.at/kick/kickframe.html> [dl. 06.07.2005]

³⁹⁷ vgl. Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (o.A.): Die Zeit-Tausch-Börse time. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.vsg.or.at/time/timeframe.htm> [dl. 06.07.2005]

³⁹⁸ vgl. Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (o.A.): learn das Lerncenter. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.vsg.or.at/learn/lernframe.htm> [dl. 06.07.2005]

³⁹⁹ vgl. Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (o.A.): woman. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.vsg.or.at/woman/womanframe.htm> [dl. 06.07.2005]

⁴⁰⁰ vgl. Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (o.A.): factory- Die Produktionsschule des VSG. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.vsg.or.at/factory/produktionsschuleframe.htm> [dl. 06.07.2005]

⁴⁰¹ vgl. Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (o.A.): move- Die Jugendhilfe. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.vsg.or.at/move/moveframe.htm> [dl. 06.07.2005]

⁴⁰² vgl. Verein Hilfe für Kinder und Eltern (o.A.): Verein Hilfe für Kinder und Eltern. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.kinderschutz-linz.at> [dl.06.07.2005]

aufweisen, Partnerkonflikte oder finanzielle Probleme haben, erfahren ebenfalls Unterstützung.⁴⁰³ In seiner Funktion als Kinderschutzzentrum bietet der Verein Angebote für Familien und Helfer (SozialarbeiterInnen, LehrerInnen, ErzieherInnen, etc.) bei Vorliegen von Gewalt und sexuellem Missbrauch an Minderjährigen in Form von psychosozialen und juristischen Prozessbegleitungen an. Die Öffentlichkeitsarbeit bildet einen weiteren Schwerpunkt.⁴⁰⁴

bp) Verein I.S.I.

Die Tätigkeit dieses Vereins ist mobile Jugendarbeit. Mit den Jugendlichen finden Treffen an öffentlichen Plätzen statt, wobei diese von StreetworkerInnen in jeglichen Problemsituationen begleitet, beraten, vermittelt und unterstützt werden.⁴⁰⁵ Mit seinem Angebot richtet sich der Verein an Menschen, die bestehende Hilfesysteme nicht beanspruchen wollen oder können bzw. von einrichtungsgebundenen Maßnahmen nicht erreicht werden.⁴⁰⁶ Grundsatzprinzipien sind Vertraulichkeit, Anonymität, Lebensweltorientierung/Ganzheitlichkeit, Freiwilligkeit, Akzeptanz und Unternehmenskultur.⁴⁰⁷ Die Leistung des Vereins beinhaltet die Unterstützung der KlientInnen, um zu erreichen, dass sie ihre eigenen Fähigkeiten bzw. Stärken erkennen und weiterentwickeln, dass sie in jeglichen Situationen angemessenes Verhalten erlernen, dass sie ihr Selbstwertgefühl stärken, dass sie Grenzen erkennen und nicht überschreiten und dass sie ihr Leben eigenverantwortlich führen. Weiters werden KlientInnen an bestehende Hilfesysteme vermittelt.⁴⁰⁸

bq) Verein Jugend und Freizeit

Dieser Verein begleitet und unterstützt Jugendliche bei der Gestaltung und Bewältigung ihres Alltags sowie in Orientierungsprozessen. Je nach den Bedürfnissen und Problemlagen wird offene Jugendfreizeitangebote angeboten. Als Arbeitsmittel gelten die Jugendzentren des

⁴⁰³ vgl. Verein Hilfe für Kinder und Eltern (o.A.): Sozialpädagogische Familienhilfe. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.kinderschutz-linz.at/index.php?id=5> [dl.06.07.2005]

⁴⁰⁴ vgl. Verein Hilfe für Kinder und Eltern (o.A.): Kinderschutzzentrum Linz. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.kinderschutz-linz.at/index.php?id=37> [dl.06.07.2005]

⁴⁰⁵ vgl. Verein I.S.I. (o.A.): Basics. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.streetwork.at/basics1.php> [dl. 06.07.2005]

⁴⁰⁶ vgl. Verein I.S.I. (o.A.): Vision. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.streetwork.at/vision2.php> [dl. 06.07.2005]

⁴⁰⁷ vgl. ebenda

⁴⁰⁸ vgl. ebenda

Vereins, die sich aus einer Jugendfreizeitstätte, einer Jugendinformations- und Servicestelle sowie einer Stadtteilorientierten Jugendarbeit zusammensetzen. Unabhängig von den Jugendzentren werden auch Streetwork- Projekte durchgeführt.⁴⁰⁹

br) Verein SOS- Menschenrechte

Der Verein SOS- Menschenrechte greift dort ein, wo die internationalen Mindeststandards der Menschenrechte nicht eingehalten werden oder durch politische Mittel in Zweifel gezogen werden. Demnach sieht der Verein seine Aufgaben in der Teilhabe an öffentlichen politischen Debatten, in der Wissensvermittlung und der Bewusstseinsbildung sowohl von Jugendlichen als auch Erwachsenen und in der Unterstützung von benachteiligten oder in Not geratenen Menschen in Österreich, deren Rechte ungenügend gesichert sind.⁴¹⁰

bs) Verein Substanz

Dieser Verein begleitet suchtkranke Menschen mit der Zielsetzung, psychischen, physischen und sozialen Schäden vorzubeugen bzw. diese möglichst gering zu halten. Zur Tätigkeit des Vereins gehören die Prävention infektiöser Krankheiten, die Verbesserung bzw. Stabilisierung des Gesundheitszustandes, die Grundbedürfnisbefriedigung und die Unterstützung in der gegenwärtigen Lebensphase sowie Beziehungsarbeit.⁴¹¹ KlientInnen werden unterstützt und beraten, erhalten rechtliche Auskünfte, werden zu Ämtern, Behörden, Krankenhaus- und Haftbesuchen begleitet, erhalten eine kostenlose ärztliche Grundversorgung und Beratung, werden an angemessene Einrichtungen weitervermittelt, in Freizeitaktivitäten miteingebunden und haben die Möglichkeit, ihre Wäsche zu waschen, zu kochen und zu duschen.⁴¹² Langfristig betrachtet sollen diese Hilfeleistungen dazu führen, die Betroffenen von Drogensucht zu befreien und Perspektiven zu schaffen. Die Handlungsprinzipien des Vereins sind Ganzheitlichkeit, Akzeptanz, Freiwilligkeit, Parteilichkeit und Vertraulichkeit.⁴¹³

⁴⁰⁹ vgl. Jugend & Freizeit (o.A.): Basisinfo. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.vjf.at> [dl. 06.07.2005]

⁴¹⁰ vgl. SOS- Menschenrechte (o.A.): SOS- Menschenrechte – Der Verein – Leitbild. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.sos.at/Der%20Verein/Leitbild.htm> [dl. 06.07.2005]

⁴¹¹ vgl. Verein Substanz (o.A.): Arbeitsansatz. S.1. Online im Internet: URL: <http://members.aon.at/substanz> [dl. 06.07.2005]

⁴¹² vgl. Verein Substanz (o.A.): Angebot Zielgruppe. S.1. Online im Internet: URL: <http://members.aon.at/substanz> [dl. 06.07.2005]

⁴¹³ vgl. Verein Substanz (o.A.): Arbeitsansatz. S.1. Online im Internet: URL: <http://members.aon.at/substanz> [dl. 06.07.2005]

bt) Verein Wohnen, WOST Steyr

Bei diesem Verein handelt es sich um eine Notschlafstelle mit Außenwohnungen und einem Tageszentrum, wobei auch mobile Betreuung in Anspruch genommen werden kann. Im Vordergrund steht die Verbesserung und Stabilisierung der Lebens- bzw. Wohnsituation wohnungsloser Menschen. Darüber hinaus versucht der Verein, zur Prävention von Wohnungslosigkeit beizutragen. Das Angebot des Vereins erstreckt sich von einer Erstversorgung über Beratungs- und Unterstützungsleistungen bis hin zu Vermittlungen zu anderen Sozialprojekten.⁴¹⁴

bu) Caritas, WEGE Wels

Die Wohngemeinschaft für Haftentlassene der Caritas für Menschen in Not stellt für Haftentlassene eine betreute Wohnmöglichkeit für maximal ein Jahr dar. Anschließend können extern betreute Einzelwohnungen für eine maximale Dauer von zwei Jahren in Anspruch genommen werden. Auch erfahren die KlientInnen Beratung und Begleitung bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, in finanziellen und gesundheitlichen Belangen, etc. Haftentlassene, die eine psychische Erkrankung oder eine Drogen- oder Alkoholabhängigkeit aufweisen oder bestimmte Sexualdelikte begangen haben, werden nicht in die WEGE aufgenommen.⁴¹⁵

bv) Magistrat Linz, Amt für Jugend & Freizeit

Die Sicherung des Kindeswohles stellt die gesetzliche Kernaufgabe dieses Amtes dar. Der allgemeine Aufgabenbereich erstreckt sich von Rechtsangelegenheiten und Kosteneinbringungen, Erziehungshilfe, Heim- und Pflegekinder über Heime und Jugendförderung, Jugendgesundheitsdienst bis hin zur Familien- und Jugendberatung.⁴¹⁶

⁴¹⁴ vgl. Sozialplattform Oberösterreich (2003): Für viele ein Neubeginn... 200 Sozialeinrichtungen in Selbstdarstellung. 5. neu erhob. u. erw. Aufl. Linz: o.A. S.363

⁴¹⁵ vgl. Caritas Kommunikation (o.A.): Die Chance für einen neuen Anfang. S.1. Online im Internet: URL: <http://caritas.cyberhouse.at/wege.pdf> [dl. 06.07.2005]

⁴¹⁶ vgl. Schmidberger, Brigitta et al. (2002): Amt für Jugend und Familie. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.linz.at/archiv/jahresbericht02/ajf.pdf> [dl. 06.07.2005]

bw) Sozialpädagogisches Zentrum Gleink

Dieses Zentrum unterstützt verhaltensauffällige männliche Kinder und Jugendliche in schulischen Belangen, beruflicher und sozialer Wiedereingliederung sowie bei der Erweiterung ihrer sozialen Kompetenz. Das Angebot unterteilt sich in Gruppen- und Einzelbetreuung, in Schüler- und Lehrlingsgruppen, Alters- und Freizeitpädagogik, eine Tagesgruppe, einen Arbeitstrainingskurs sowie zwei Wohngruppen, in denen ältere Jugendliche Selbständigkeit erlernen sollen. Wenn nötig, werden auch Lernförderungen, psychologische und psychotherapeutische Betreuungen als auch Nachbetreuungen zur Verfügung gestellt.⁴¹⁷

bx) Fachabteilung für Jugendangelegenheiten, Jugendamt Steyr

Das Jugendamt Steyr sieht seine Aufgabenbereiche in der Adoption, in Erziehungsproblemen, in Kinderbetreuungseinrichtungen, in Mutterberatungen, in Pflegekindern, in Vaterschaftsklagen, in psychologischen Beratungen, in Tagesmüttern und im Unterhalt für Kinder.⁴¹⁸

c. KlientInnen

Neben den gemeinnützigen Wohnbauträgern und den Betreuungseinrichtungen gelten KlientInnen als weitere KooperationspartnerInnen. Deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Verein Wohnplattform ist ausschlaggebend für die Dauer des Mietvertrages. Im Falle des Nicht-Einhaltens vorgegebener Regeln wird die Kooperation vor Ablauf des Mietvertrages abgebrochen.⁴¹⁹

Ein/e KlientIn ist UntermieterIn, muss die vorliegenden Betreuungsvereinbarungen sowie die Hausordnung und Bestimmungen des Untermietvertrages einhalten und eine entsprechende Wohnungsführung beherrschen.⁴²⁰ Darunter fallen beispielsweise Zahlungen, die regelmäßig

⁴¹⁷ vgl. Caritas (2004): Sozialpädagogisches Zentrum Steyr/Gleink. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.spz-gleink.at> [dl. 06.07.2005]

⁴¹⁸ vgl. Stadt Steyr (o.A.): Jugendamt. S.1. Online im Internet: URL: <http://www.steyr.at> [dl. 06.07.2005]

⁴¹⁹ vgl. Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

⁴²⁰ vgl. Wohnplattform-Info-Paket (2005). Unveröffentlichte Ausgabe.

und pünktlich geleistet werden müssen, die Sauberkeit der Wohnung, die Vermeidung von Schäden, Mülltrennung, etc. Im Falle von unleidlichem Verhalten bzw. Beschwerden der Nachbarschaft wird die Wohnplattform von der jeweiligen Hausverwaltung, der Vergabestelle, Nachbarn oder HausbesorgerInnen - in seltenen Fällen auch von der Polizei - darüber umgehend in Kenntnis gesetzt und kann zum Verlust der Übergangswohnung führen. Eine vorzeitige Beendigung des Betreuungsverhältnisses resultiert in derselben Konsequenz. Auch die Haustierhaltung ist den BewohnerInnen der Übergangswohnungen untersagt. In speziellen Fällen - wenn beispielsweise die Haltung und Versorgung eines Tieres von den BetreuerInnen als pädagogisch sinnvoll erachtet werden - wird dieses Verbot aufgehoben. Natürlich handelt es sich dabei nicht um Kampfhunde, Taranteln und andere derart außergewöhnliche ‚MitbewohnerInnen‘. Voraussetzung hierfür ist jedoch die Hinterlegung einer ‚Haustierkaution‘ sowie das Einverständnis der Betreuung, bei auftretenden Problemen sowie Vorfällen, wie das ‚Verschwinden‘ oder die Inhaftierung der BewohnerInnen, für das Tier die Verantwortung zu übernehmen. Das Einquartieren wohnungsfremder Personen sowie Untervermietungen sind weiters in der Übergangswohnung untersagt.⁴²¹

Bevor einzelne Personen zu KlientInnen der Wohnplattform werden, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Zum einen müssen sie einer drohenden oder akuten Wohnungslosigkeit ausgesetzt sein. Auch eine Anmeldung bei einer gemeinnützigen Bauvereinigung muss erfolgt sein sowie die Anmeldung bei einer Mitgliedseinrichtung der Wohnplattform. Weiters muss die Notwendigkeit vorliegen, dass diese BewerberInnen einer fortlaufenden Betreuung bedürfen und auch der Wille zur Kooperation muss bestehen. Falls sie das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, müssen sie ein Einverständnis der Erziehungsberechtigten (z.B. des Jugendamtes) einbringen. Zum anderen müssen sie in der Lage sein, selbständig zu wohnen bzw. diese Forderung ansatzweise beherrschen. Nicht EU-Bürger müssen über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügen.⁴²²

Nach telefonischer Vereinbarung begibt sich der/die KlientIn persönlich mit dem Anmeldeformular in das Büro der Wohnplattform, meldet sich dort an und hat somit einen Platz auf der Warteliste. Bei Frei- werden einer Wohnung erfolgt die Vereinbarung einer Besichtigung des/der KlientIn mit der Wohnplattform, wobei unter Umständen auch der/die WohnbetreuerIn Begleitung bietet. Wenn dem/der KlientIn die Wohnung zusagt, wird ein

⁴²¹ vgl. Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

⁴²² vgl. Wohnplattform-Info-Paket (2005). Unveröffentlichte Ausgabe.

Termin festgelegt, im Zuge dessen Formalitäten, wie der Untermietvertrag, die Schlüsselübergabe, die Aushändigung von Meldezettel und Antragsformular für Wohnbeihilfe, etc. erledigt werden. Nach Abschluss des Untermietvertrages und der Schlüsselübergabe muss der/die KlientIn sowohl den Anteil für die erste Miete, die Schlüsselkaution als auch die Finanzgebühr bar zahlen. Baukostenzuschüsse und Kauttionen müssen von den KlientInnen nicht entrichtet werden, da diese von der Wohnplattform als Hauptmieter übernommen werden.⁴²³

Während des Aufenthaltes eines/r KlientIn in einer Wohnplattform-Wohnung hat der Verein Wohnplattform folgende Aufgaben zu entrichten:

- Während des ersten Monates nach Einzug in eine Wohnplattform- Wohnung muss ein Besuch abgehalten werden, im Zuge dessen kontrolliert wird, ob die Substanz der Wohnung nicht beschädigt wird.
- Es muss ein Infoaustausch bzw. eine Koordination mit der jeweiligen Sozialeinrichtung erfolgen.
- Die ständige Überprüfung der Miete, die monatlich zu entrichten ist.
- Die Wohnplattform muss weiters Mahnverfahren und Kündigungsverfahren einleiten.
- Der Verein fungiert weiters als Anlaufstelle für eventuelle Beschwerden.
- Weiters übernimmt dieser anfallende Reparaturen in der Wohnung (Kostenersatz bei Beschädigungen) und die Wartung der Heizung.
- Des weiteren überprüft die Wohnplattform Anmeldungen bei Wohnbauvereinigungen.
- Sie interveniert bei der Erlangung einer eigenen Wohnung.
- Falls der Bedarf besteht, wird nach Auszug das Ausmalen der Wohnung übernommen.⁴²⁴

Nach Ablauf des Mietvertrages haben KlientInnen des Vereins Wohnplattform die Möglichkeit, bei einem gemeinnützigen Wohnbauträger eine Wohnung anzumieten. Dies erfordert bestimmte Voraussetzungen. KlientInnen müssen, wie bereits erwähnt, schon bei der Anmeldung für eine Wohnung der Wohnplattform bei mindestens einer Bauvereinigung wohnungssuchend gemeldet sein. Somit kann die Wartezeit auf eine Wohnung von Wohnbauträgern in der Übergangswohnung überbrückt werden. Erfolgt jedoch keine Wohnungszuteilung seitens einer Bauvereinigung oder einer Gemeinde, steht die Wohnplattform den KlientInnen im Falle eines guten Verlaufs des vorangegangenen Mietverhältnisses hilfreich zur Seite, indem sie bei den jeweiligen Bauträgern interveniert.

⁴²³ vgl. Wohnplattform-Info-Paket (2005). Unveröffentlichte Ausgabe.

⁴²⁴ vgl. ebenda

Anzumerken ist jedoch, dass bereits erfolgte Delogierungen eine nochmalige Wohnungsvergabe enorm erschweren.⁴²⁵

d. Land Oberösterreich

Für die Finanzierung des Hilfsangebotes erhalten die Kommunen des Landes Oberösterreichs im Gegenzug eine schnelle und effektive Wohnversorgung der Betroffenen, die eine hohe Eingliederungswahrscheinlichkeit in ‚normale‘ Wohnumgebungen verspricht. Dies impliziert eine Vermeidung hoher Folgekosten für die Kommunen. Aufgrund der eigenen Wohnung werden Betroffene zur Problemaufarbeitung und -bewältigung motiviert, wovon letztendlich auch die Gesellschaft profitiert.⁴²⁶

Obwohl der Verein Wohnplattform als kleine Sozialeinrichtung den Grundstein für eine Wohnraumbeschaffung durch Kooperation in Oberösterreich gelegt hat, wird er noch nicht als gleichwertiger Partner anerkannt. Dafür müsste die öffentliche Hand den Verein Wohnplattform als Fachstelle anerkennen und somit eine klare Kompetenz- und Verantwortungszuweisung vornehmen.⁴²⁷

⁴²⁵ vgl. Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

⁴²⁶ vgl. Mittermayer, Hubert (2000): Eine Wohnung ist nicht alles – ohne Wohnung ist alles nichts. S.20f. In: sozial arbeit in Österreich – Zeitschrift für soziale Arbeit, Bildung und Politik. Nr.127/Juni 2000/35.Jg. S.20-21

⁴²⁷ vgl. ebenda S.21

6. METHODE

Dieser Abschnitt soll die Vorgehensweise im Zuge der Untersuchung veranschaulichen, wobei vorerst Grundzüge sowohl qualitativer als auch quantitativer Forschungsmethoden abgehandelt werden.

Bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen des Messens besteht die klassische Debatte ‚Quantität versus Qualität‘, die sich insbesondere mit der Fragestellung⁴²⁸, *„[...] ob die Wissenschaft, insbesondere aber die Wissenschaften vom Menschen, ihrem Gegenstand zahlenmäßige Ordnungen zuschreiben dürften oder als jeweils besonderen, ganzheitlichen Fall zu betrachten hätten“*⁴²⁹, auseinandersetzt.

6.1 Grundzüge qualitativer Forschung

Laut Kardorff kann der Begriff der qualitativen Forschung als *„[...] ein Sammelbegriff für sehr unterschiedliche theoretische, methodologische und methodische Zugänge zur sozialen Wirklichkeit“*⁴³⁰ betrachtet werden.

Das vorrangige Interesse der qualitativen Sozialforschung richtet sich auf Deutungs- und Handlungsmuster mit einer bestimmten kollektiven Verbindlichkeit. Diese werden nicht als gegeben und unveränderlich angesehen, sondern sie erfahren ständige Reproduzierung und Modifizierung durch Handlungen und Deutungen der sie ausübenden MitgliederInnen der Gesellschaft. Sie werden von den AkteurInnen gebildet, wodurch diese soziale Wirklichkeit erschaffen. Das Hauptanliegen qualitativer Sozialforschung ist die Dokumentation, die analytische Rekonstruktion und die Erklärung mittels verstehenden Nachvollziehens.⁴³¹ *„Qualitative Sozialforschung nimmt die Verhaltensweisen und Aussagen der Untersuchten nicht einfach als statische Repräsentationen eines unveränderlichen Wirkungszusammenhangs, sondern als prozeßhafte [sic!] Ausschnitte der Reproduktion und*

⁴²⁸ vgl. Hartmann, Heinz (1970): Empirische Sozialforschung. Probleme und Entwicklungen. Bd.2. München: Juventa Verlag. S.107

⁴²⁹ ebenda

⁴³⁰ Kardorff, Ernst von (1991): Qualitative Sozialforschung – Versuch einer Standortbestimmung. S.3. In: Flick, Uwe et al. (1991): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie Verlags Union. S.3-8

⁴³¹ vgl. Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung. Bd.1 Methodologie. 3. korr. Aufl. Weinheim: Beltz, Psychologie Verlags Union. S.24f

Konstruktion von sozialer Realität. ⁴³² All diejenigen, die im Interaktionsprozess involviert sind, sind an der Schaffung von Wirklichkeit beteiligt, während der/die ForscherIn als konstitutiver Bestandteil des Forschungsprozesses und des Ergebnisses gilt. ⁴³³

Dyk führt in Anlehnung an Lamnek folgende zentrale Merkmale einer empirischen, sinnverstehenden- rekonstruktiven, qualitativen Sozialforschung an:

- Herstellung einer intensiven Verbindung zum Feld
- Erforschte Situationen spiegeln das alltägliche Leben einzelner und/oder mehrerer Menschen wider
- Bildung einer ganzheitlichen Forschungsperspektive, die unter anderem mittels einer Verknüpfung von mehreren Forschungsinstrumenten unterstützt wird
- Anwendung von verhältnismäßig unstandardisierten Forschungsinstrumenten
- Schaffung eines verstehenden Zugangs zu Elementen, die eine Situation prägen
- Ziel ist eine Erklärung der Entstehung von Handlungen oder Situationsbewältigungen Einzelner und/oder Gruppen
- Erzielung offener Daten, deren Interpretation unterschiedlich erfolgen kann
- Das Textmaterial bildet die Basis der Analyse
- Sammlung von Daten mittels formaler oder informaler Konversation
- ForscherInnen sind aufgrund deren Fragestellungen Bestandteil der Forschung
- Ermittlung der Sinnhaftigkeit und des Wesenskerns von Erkenntnissen ⁴³⁴

Nach wie vor gilt die Befragung als jenes Instrument, das in der Datenerhebung die häufigste Anwendung findet. Sie gilt als formalisiertes Instrument der empirischen Sozialforschung, anhand derer die Messung von sozialwissenschaftlichen Sachverhalten erfolgen soll. Fragen, die während des Interviews gestellt werden, werden als Mittel betrachtet, die den gewünschten Zweck - die Antworten - erzielen sollen. ⁴³⁵

Das halbstandardisierte Interview ist eine Form der qualitativen Befragung, im Zuge dessen vorwiegend offene Fragen angewendet werden. Hierbei müssen InterviewerInnen ein hohes Qualifikationsniveau aufweisen. Für die Durchführung wird ein Interviewleitfaden

⁴³² Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung. Bd.1 Methodologie. 3. korr. Aufl. Weinheim: Beltz, Psychologie Verlags Union. S.25

⁴³³ vgl. ebenda

⁴³⁴ vgl. Dyk, Saskia (2003): Raumpotentiale am Grünanger. Ansatzpunkte für Gesundheitsförderung. Dissertation. S.93f

⁴³⁵ vgl. Kromrey, Helmut (1991): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung. 5. überarb. u. erw. Aufl. o.A.: Leske + Budrich, Opladen. S.267ff

ausgearbeitet, der dem/der InterviewerIn die Möglichkeit einer Variierung der Fragenfolge einräumt. Weiters lässt diese Vorgehensweise eine intensivere, in die Tiefe gehende Nachfrage zu. Als nachteilig sind die höher anfallenden Kosten sowohl der Durchführung als auch der Analyse zu erachten.⁴³⁶

6.2 Grundzüge quantitativer Forschung

Der Unterschied zur qualitativen Forschung liegt vor allem in der wissenschaftstheoretischen Grundhaltung, dem Stellenwert von Hypothesen und Theorien als auch im Methodenverständnis. Im Zuge quantitativer Forschungsverfahren wird soziale Realität als objektiv gegeben betrachtet und deren Erfassung wird mittels kontrollierten Methoden möglich. Die Sammlung der Daten über die soziale Realität erfolgt in Anlehnung an Theorien⁴³⁷, wobei diese „[...] *den Kriterien der Reliabilität, der Validität sowie der Repräsentativität und der intersubjektiven Überprüfbarkeit zu genügen haben und in erster Linie der Prüfung der vorangestellten Theorien und Hypothesen dienen.*“⁴³⁸

Ebster und Stalzer definieren quantitative Verfahren wie folgt: „[...] *wenn empirische Beobachtungen über ausgewählte Merkmale systematisch einem Kategoriensystem (Skala) zugeordnet und auf einer zahlenmäßig breiten Basis gesammelt werden.*“⁴³⁹ Mittels der Quantifizierung der maßgeblichen Untersuchungsmerkmale soll eine möglichst überschaubare und anschauliche Darstellung umfangreichen Datenmaterials erreicht werden. Die erhobenen Daten werden durch Maßzahlen, wie beispielsweise dem Mittelwert und Streuung, ersetzt, wobei deren Analyse hinsichtlich ihrer graduellen Ausprägungen und der Häufigkeit ihres Auftretens erfolgt.⁴⁴⁰

Die Befragung mittels Fragebogen ist nach wie vor die gängigste Art quantitativer Datenerhebung.⁴⁴¹ Standardisierte Fragebögen beinhalten bereits ausformulierte Antwortkategorien, die von Auskunftspersonen je nach Einstellung bzw. Einschätzung

⁴³⁶ vgl. Alemann, Heine von (1984): Der Forschungsprozess. Eine Einführung in die Praxis der empirischen Sozialforschung. 2. durchges. Aufl. Stuttgart: Teubner. S.217

⁴³⁷ vgl. Atteslander, Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10. neu bearb. u. erw. Aufl. Berlin: Walter de Gruyter. S.83

⁴³⁸ ebenda

⁴³⁹ Ebster, Claus / Stalzer, Lieselotte (2003): Wissenschaftliches Arbeiten für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. 2. überarb. Aufl. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG. S.158

⁴⁴⁰ vgl. ebenda S.158f

⁴⁴¹ vgl. Atteslander, Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10. neu bearb. u. erw. Aufl. Berlin: Walter de Gruyter. S.158

ausgewählt werden. Aufgrund einer derartigen Vorfixierung der Antworten erfahren Ermessungsspielraum und somit Fehlerquellen eine wesentliche Reduktion im Gegensatz zu einer anschließenden Kategorisierung der gewonnenen Daten. Auch die statistische Vergleichbarkeit einzelner Interviews wird als Vorteil betrachtet.⁴⁴²

Für Auskunftspersonen, die ein niedriges Bildungsniveau aufweisen, eignen sich geschlossene Fragen aufgrund deren oftmaliger Überforderung, spontane und differenzierte Aussagen zu treffen. Grundsätzlich fallen Erinnerungen schwerer als Wieder- Erkennungen. Damit kann begründet werden, dass man mittels offenen Fragen weniger Antworten erzielt. Mit geschlossenen Fragen kann jedoch eine Suggestivwirkung einhergehen, die gerade bei Abfragen von Meinungen, über die sich der/die Befragte vorher nicht im Klaren ist, auftritt.⁴⁴³

Es existieren gewisse Grundsätze, die bei der Ausformulierung standardisierter Fragen beachtet werden müssen:

- Die Formulierung einer Frage soll so einfach wie möglich erfolgen; je nachdem, wie es der sachliche Zweck erlaubt.
- Eine Eindeutigkeit der Formulierung muss gewährleistet sein, womit für sämtliche Auskunftspersonen ein eindeutiger Bezugsrahmen erstellt wird.
- Eine Überforderung des/der Befragten muss vermieden werden. Dies bezieht sich einerseits auf eine Überstrapazierung des jeweiligen Wissensstandes, andererseits auf Überbeanspruchung des Erinnerungsvermögens.
- Suggestive Fragestellungen sollen mittels neutralen Formulierungen ausgeschlossen werden.⁴⁴⁴

Die schriftliche Befragung mittels standardisiertem Fragebogen kann als Sonderform des Interviews deklariert werden. Verglichen mit persönlichen Interviews fallen wesentlich geringere Kosten an. Das Resultat schriftlicher Befragungen sollen überlegtere Antworten und genauere Angaben sein. Das Fehlen eines/r InterviewerIn bewirkt bei den Befragten die Einschätzung einer hohen Anonymität, was wahrheitsgemäßere Angaben zur Folge haben soll. Die Konzentration der Auskunftspersonen richtet sich weiters auf das Thema der

⁴⁴² vgl. Berger, Hartwig (1974): Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit. Eine Kritik an Interview und Einstellungsmessung in der Sozialforschung. 1. Ausg. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag. S.90

⁴⁴³ vgl. Atteslander, Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10. neu bearb. u. erw. Aufl. Berlin: Walter de Gruyter. S.164

⁴⁴⁴ vgl. Alemann, Heine von (1984): Der Forschungsprozess. Eine Einführung in die Praxis der empirischen Sozialforschung. 2. durchges. Aufl. Stuttgart: Teubner. S.209f

Forschung. Anzumerken ist jedoch, dass außer dem Kostenvorteil sämtliche angeführte Vorteile der schriftlichen Befragung als heftig umstritten gelten. Durch die Nichtanwesenheit eines/r InterviewerIn können zwar Fehlerquellen vermieden werden, dennoch verzichtet man hiermit auf einflussreiche Funktionen:

- Ein/e InterviewerIn kontrolliert die Befragungssituation. Auch kann man sich sicher sein, dass die vorgesehene Auskunftsperson selbst die Fragen beantwortet.
- Ein/e InterviewerIn nimmt oftmals die Rolle eines/r HelferIn der Auskunftsperson ein.
- Lediglich die physische Anwesenheit eines/r InterviewerIn resultiert in einer stimulierenden Wirkung auf die Befragten.⁴⁴⁵

Als Hauptnachteil der schriftlichen Befragung gilt die Gefahr einer geringen Rücklaufquote; also der Prozentsatz an Auskunftspersonen, die einen vollständig beantworteten Fragebogen retour senden. Teilweise sind nur zehn Prozent dazu gewillt, dies durchzuführen.⁴⁴⁶

6.3 Durchführung der Untersuchung

Die Forschung basiert auf folgenden drei Schwerpunkten:

- Qualitative Befragung der gemeinnützigen Wohnbauträger und Betreuungseinrichtungen, die mit dem Verein Wohnplattform kooperieren
- Quantitative Befragung der aktuellen Wohnplattform- KlientInnen
- Auszählung bezüglich der aktuellen Wohnsituation ehemaliger KlientInnen

6.3.1 Qualitative Befragung

Für VertreterInnen der gemeinnützigen Wohnbauträger und Betreuungseinrichtungen wurde eine persönliche Befragung mittels Interviewleitfäden als Befragungsverfahren ausgewählt. Anzumerken ist, dass sich der Aufbau der Leitfäden größtenteils deckt, aber von unterschiedlichen Perspektiven betrachtet wird. Die Gesprächsdauer belief sich durchschnittlich auf 45 Minuten und mittels Diktiergerät wurde das Interview dokumentiert. Die Kontaktaufnahme erfolgte per E-Mail und Telefonaten, wobei nur mit jenen gemeinnützigen Wohnbauträgern in Verbindung getreten wurde, die dem Verein

⁴⁴⁵ vgl. Scheuch, Erwin von (1967): Das Interview in der Sozialforschung. S.167. In: König, René (1967): Handbuch der empirischen Sozialforschung. 1.Bd. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag. S.136-196

⁴⁴⁶ vgl. Alemann, Heine von (1984): Der Forschungsprozess. Eine Einführung in die Praxis der empirischen Sozialforschung. 2. durchges. Aufl. Stuttgart: Teubner. S.218

Wohnplattform mindestens drei Wohnungen zur Verfügung stellen. Weiters wurden sämtliche Betreuungseinrichtungen kontaktiert, die bereits eine Wohnbetreuung in einer Wohnplattform- Wohnung absolviert haben.

Hierbei gilt es, folgende Hypothesen zu überprüfen:

- Betreuungseinrichtungen betrachten die Trennung von Vermietung und Betreuung als sinnvoll.
- Gemeinnützige Wohnbauträger weisen aufgrund ihres sozialen Auftrages grundsätzlich eine hohe Bereitschaft auf, dem Verein Wohnplattform Wohnungen zur Verfügung zu stellen.
- Die Kooperation mit der Wohnplattform wird von den Beteiligten als sinnvoll erachtet.
- Im Zuge der Wohnversorgung bzw. -betreuung der KlientInnen treten Probleme auf.

Von den neun kontaktierten gemeinnützigen Wohnbauträgern haben sich VertreterInnen folgender sechs dazu bereit erklärt, ein Interview zu geben:

Wohnbauträger	VertreterIn	Tätigkeitsbereich
GWG Linz	Elisabeth Pahl	Leiterin des Immobiliencenters
GWG Steyr	Christian Baumgarten	Mitarbeiter der Wohnungsvergabe
GIWOG	Dr. Georg Pilarz	Vorstandsvorsitzender
LAWOG	Ing. Siegfried Sattlberger MSc	Leiter des Immobilienservices
Neue Heimat	Mitarbeiterin – anonym	
WSG	Robert Freudenthaler	Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe

Tab.11: Auskunftspersonen der gemeinnützigen Wohnbauträger

Von insgesamt 26 Betreuungseinrichtungen, die in Zusammenarbeit mit der Wohnplattform stehen, waren folgende offen für ein Gespräch:

Betreuungseinrichtung	VertreterInnen	Tätigkeitsbereich
Amt für Soziales, Jugend und Familie. Magistrat Linz	Mag. ^a Brigitta Schmidberger	Leiterin
ARGE für Obdachlose	Mag. ^a Helga Furlinger-Nagel Mag. Heinrich Zauner	Sozialarbeiterin ReWo und WieWo Geschäftsführer

B37	Ernst Achleitner DSA Thomas Wögrath	Geschäftsführer Leiter der PSNV
Frauenhaus Steyr	Gabriele Sillipp	Geschäftsführerin
Frauenhaus Vöcklabruck	Mitarbeiterin – anonym	
Frauenhaus Wels *	Eva Bräuer	Leiterin
NEUSTART Linz	DSA Maria Oberlik	Sozialarbeiterin
pro mente Vöcklabruck	MAS Valentin Schweitzer	Bezirksleiter
Verein für prophylaktische Sozialarbeit (Schuldnerhilfe)	DSA Ferdinand Herndler	Geschäftsführer
Verein I.S.I. (Streetwork Oberösterreich)	Lothar Jochade	Geschäftsführer
Verein Substanz	Georg Berndorfer Sabine Falkner Karin Moser	Sozialarbeiter Sozialarbeiterin Sozialarbeiterin
Wohnungslosenhilfe Mosaik	Mag. Stefan Hindinger	Leiter

* Das Frauenhaus Wels hat aufgrund Zeitmangels ein persönliches Interview abgelehnt, jedoch schriftlich die Fragen des Leitfadens beantwortet.

Tab.12: Auskunftspersonen der Betreuungseinrichtungen

Obwohl die Auswahl der Auskunftspersonen lediglich von deren Bereitschaft, ein Interview zu geben, abhängt, ist festzustellen, dass das betreute Klientel, das das Angebot des Vereins Wohnplattform vorwiegend in Anspruch nimmt, abgedeckt wird: Akut Wohnungslose, Haftentlassene, Frauen, psychisch Kranke, Verschuldete, Jugendliche und Familien.

6.3.2 Schriftliche Befragung

Aktuelle KlientInnen der Wohnplattform werden schriftlich mittels eines standardisierten Fragebogens befragt. Der Zugang zu diesen wird über deren BetreuerInnen geschaffen, die den Fragebogen im Zuge ihrer Wohnungsbesuche mitnehmen und bei Bedarf auch unterstützend eingreifen. Die Auswahl dieser Form der Befragung begründet sich im bestehenden Vertrauensverhältnis der KlientInnen zu deren BetreuerInnen. Weiters wird durch das Fehlen eines/r InterviewerIn die Beeinflussung der Befragungssituation vermieden, um eventuelles Aufkommen von Schamgefühl bei der Beantwortung der Fragen zu meiden.

Die geringe Rücklaufquote stellt ein wesentliches Problem der schriftlichen Befragung dar. In diesem konkreten Fall wird dies verschärft, da der Rücklauf zunächst von der Bereitschaft der BetreuerInnen an sich abhängt und anschließend auch die KlientInnen gewillt sein müssen, den Fragebogen auszufüllen. Trotz dieser erschwerten Bedingungen wird diese Methode herangezogen, da sie die beste Zugangsmöglichkeit darstellt.

Im Zuge der schriftlichen Befragung erfolgt eine Überprüfung nachstehender Hypothesen:

- Die Begleitung durch SozialarbeiterInnen erscheint den KlientInnen als wichtig.
- Das Angebot der Wohnplattform wird von den KlientInnen als unentbehrlich eingestuft.
- Seit dem Aufenthalt in einer Übergangswohnung der Wohnplattform hat sich die Lebenssituation der KlientInnen stark verbessert.

Im Stichmonat September 2005 nehmen 83 KlientInnen von Sozialeinrichtungen eine Wohnplattform- Wohnung in Anspruch. Betreuungseinrichtungen, die sich bereit erklären, den Fragebogen ihren KlientInnen zu überbringen, sind folgende:

- ARGE für Obdachlose (11)
- Sozialverein B 37 (5)
- Verein I.S.I. (2)
- Jugendamt Steyr (2)
- Frauenhaus Linz (2)
- pro mente Vöcklabruck (1)
- NEUSTART Linz (5)
- EXIT Sozial Linz (2)
- EXIT Sozial Eferding (1)
- WEGE Wels (3)
- Jugend und Freizeit (1)
- pro mente (3)

In Summe werden innerhalb von zweieinhalb Monaten 38 Fragebögen bearbeitet und retour gesendet, was eine Rücklaufquote von rund 46 Prozent darstellt. Im Zuge einer schriftlichen Befragung kann dies als zufrieden stellend bewertet werden.

Der Fragebogen enthält geschlossene Fragen, die teilweise mit offenen Antwortmöglichkeiten ergänzt werden, um zum einen den Befragten die Möglichkeit zu geben, ausführlichere Aussagen zu treffen und zum anderen dem Auftreten von Ermüdung, das durch eine monotone Beantwortung geschlossener Fragen hervorgerufen werden kann, entgegenzuwirken.⁴⁴⁷

Durch die Befragung der aktuellen KlientInnen soll in erster Linie erhoben werden, wie sie das Angebot der Wohnplattform sowie die damit einhergehenden Betreuungsleistungen bewerten und ob dessen Inanspruchnahme eine Veränderung der gesamten Lebenssituation hervorgerufen hat.

6.3.3 Auszählung

Nach Beendigung des Untermietvertrages wird von der Wohnplattform die neue Wohnanschrift der KlientInnen erfasst - ob ihnen eine Wohnung eines gemeinnützigen Bauträgers oder eines/r PrivatvermieterIn zugeteilt wurde, ob sie bei Verwandten oder Freunden untergekommen sind, ob sie die Wohnung eines anderen Sozialvereins zur Verfügung gestellt bekommen haben, ob sie inhaftiert wurden, ob sie keine Unterkunft gefunden haben, etc.

Der Schwerpunkt der Untersuchung wird hierbei auf diejenigen KlientInnen gelegt, die seit dem Jahre 1995 in eine Wohnung eines gemeinnützigen Wohnbauträgers gezogen sind. Es werden Listen für diejenigen Bauträger erstellt, die die meisten Einzüge von ehemaligen Wohnplattform- KlientInnen verzeichnen. Diese Listen beinhalten die Namen, Geburtsdaten und ungefähren Einzugsdaten der BewohnerInnen, wobei deren Anonymität in der weiteren Vorgehensweise sichergestellt wird. Die betreffenden Bauträger erhalten zusätzlich eine namenlose Tabelle, in der der aktuelle Status der MieterInnen mittels Strichen gekennzeichnet wird:

⁴⁴⁷ vgl. Friedrichs, Jürgen (1990): Methoden empirischer Sozialforschung. 14. Aufl. Bd. 28. o.A.: Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen. S.238

Status Geschlecht	noch MieterIn	ordnungsgemäße Wohnungsrückgabe	Delogierung	
			aufgrund von unleidlichem Verhalten	aufgrund von Mietrückständen
männlich				
weiblich				

Tab.13: Liste ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen

Nach Ausfüllen dieser Tabelle wird die Namensliste vernichtet und lediglich die Tabelle retour geschickt. Anschließend erfolgt eine Auszählung, wobei die Kategorien ‚noch MieterIn‘ und ‚ordnungsgemäße Wohnungsrückgabe‘ als Erfolg und die ‚Delogierung aufgrund von unleidlichem Verhalten oder aufgrund von Mietrückständen‘ als Misserfolg der Maßnahmen des Vereins Wohnplattform gewertet werden.

Für diesen Teil der Studie wird folgende Hypothese aufgestellt:

- Die vom Verein Wohnplattform gesetzten Maßnahmen werden als nachhaltig eingestuft.

Folgende gemeinnützige Wohnbauträger willigen ein, diese Tabelle zu bearbeiten, um Aufschluss über die Nachhaltigkeit der gesetzten Maßnahmen des Vereins Wohnplattform zu ermöglichen:

- GWG Linz
- Familie
- GIWOG
- LAWOG
- WAG
- WSG

7. AUSWERTUNG

Nachstehend erfolgt eine Darstellung der Untersuchungsergebnisse sowohl der quantitativen als auch der qualitativen Analysen.

7.1 Auswertung qualitative Befragung

Die Ergebnisse der Interviews mit VertreterInnen gemeinnütziger Wohnbauträger und Betreuungseinrichtungen bilden den folgenden Schwerpunkt. Die Perspektiven dieser wurden nicht separat behandelt, sondern einander gegenübergestellt bzw. Gemeinsamkeiten aufgezeigt, um die Thematik aus zwei verschiedenen Blickwinkeln betrachten zu können.

Vor einer ausführlichen Erläuterung der Ergebnisse vorliegender Studie wird nachstehende Matrix herangezogen, um einen ersten Überblick zu schaffen. Dennoch muss darauf verwiesen werden, dass es sich hierbei lediglich um stichwortartige Auszüge handelt und Detailergebnisse aus der anschließenden Aufbereitung der Ergebnisse zu entnehmen sind.

	ExpertInnen gemeinnütziger Wohnbauträger	ExpertInnen Betreuungseinrichtungen
Probleme am oberösterreichischen Wohnungsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> - ‚Wohnbauförderung 1993‘ - Wohnungsbedarf > Wohnungsangebot 	<ul style="list-style-type: none"> - Unleistbarkeit von Wohnraum - erschwerte Zugangsbedingungen
Leistbarkeit des Wohnens	<ul style="list-style-type: none"> - steigende Wohnnebenkosten - Wohnen in OÖ relativ günstig - Wohnen muss etwas wert sein 	<ul style="list-style-type: none"> - steigende Wohnnebenkosten - Mangel an leistbaren Wohnungen
Personengruppen mit erschwertem Zugang zu leistbarem Wohnraum	Am häufigsten genannte Gruppen: <ol style="list-style-type: none"> 1. MigrantInnen 2. Menschen mit geringem Einkommen 	Am häufigsten genannte Gruppen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Menschen mit geringem Einkommen sowie Alleinerzieherinnen 2. MigrantInnen 3. Junge Erwachsene
Von Wohnungslosigkeit Betroffene	Am häufigsten genannte Gruppen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Bereits delogierte Menschen 2. MigrantInnen 3. Alleinerzieherinnen sowie von Scheidung/Trennung Betroffene 	Am häufigsten genannte Gruppen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Menschen mit geringem Einkommen sowie psychisch Kranke 2. Junge Erwachsene sowie Alleinerzieherinnen 3. MigrantInnen sowie arbeitslose

		Menschen
Kooperation zur sozialen Wohnraumversorgung	Sinnvoll weil... - Übergangswohnen = ‚Probewohnen‘ = Zugang zu Wohnraum - ‚Durchgriffsrecht‘	Sinnvoll weil... - Zugang zu Wohnraum - Konzentration auf Betreuung
Voraussetzungen für Kooperation	- ‚ordentliche‘ UntermieterInnen - Zuverlässige Erfüllung der Aufgaben - Klar abgesteckte Vertragsmodalitäten	- gegenseitige Offenheit - Verlässlichkeit
Zielsetzungen der Kooperation	- Bereitstellung von Wohnraum für sozial Benachteiligte	- Beschaffung von Wohnraum für sozial Benachteiligte
Funktionsweise der Kooperation	- Kontaktaufnahme vorwiegend von WPF - Kontakthäufigkeit nach Bedarf	- regelmäßiger gegenseitiger Austausch - unkompliziert/ reibungslos
Verbesserungsvorschläge für Kooperation	- Zuständigkeitsbereich WPF für ganz OÖ	- Übernahme der WPF- Übergangswohnung - Bedarf an Wohngruppen - Mehr WPF- Wohnungen - Wohnplätze für AsylwerberInnen
Kriterien der Wohnungsvergabe Voraussetzungen für KlientInnen	- Anpassung an WPF- Bedarf (Größe, Preis, Lage) - Keine Verdichtung von WPF- Wohnungen	- stabiles Einkommen - ‚Wohnfähigkeit‘ - Bereitschaft zur Mitarbeit - Allgemeine Verträglichkeit - Verlässlichkeit
Betreuungsfrequenz Betreuungsinhalte		- sehr unterschiedlich: mind. ein Mal im Monat - stark individuell - Abstimmung auf Klientel - Kontrolle der Haushaltsführung und finanziellen Verpflichtungen
Probleme in der Wohnversorgung bzw. -betreuung	- einzelnes Auftreten - Kein Unterschied zu unbetreuten MieterInnen - Einerseits Vorurteile der Nachbarschaft, - andererseits Scheitern der Resozialisierung	- individuell - finanzielle Schwierigkeiten - Vereinsamung - Übernachtung von Dritten - Lärmentwicklung - ‚vermüllte‘ Wohnungen - Nicht-Einhalten von Terminen bzw. Vereinbarungen

		<ul style="list-style-type: none"> - Abnabelung der KlientInnen - Gewaltprobleme - Rückfälle in Suchtverhalten - Beschädigungen der Wohnung - Auftreten psychischer Probleme
Kulturkonflikt des Wohnens	<ul style="list-style-type: none"> - Einerseits Angst und Vorurteile der österreichischen MieterInnen, - andererseits mangelnde Anpassung, - erhöhter Lärmpegel, - Überbelag von Wohnungen, - illegale Untervermietung, - Verständigungsprobleme 	<ul style="list-style-type: none"> - Einerseits Angst und Vorurteile der österreichischen Bevölkerung, - andererseits mangelnde Anpassung, - unterschiedliche Lebensvorstellungen, Werthaltungen und Bräuche, - erhöhter Lärmpegel
Einschätzungen über die Nachbarschaft		<ul style="list-style-type: none"> - Unbegründete Beschuldigungen - Fehlverhalten Jugendlicher
Ablauf des Untermietverhältnisses	<ul style="list-style-type: none"> - Chance auf eine Finalwohnung von Bauträgern bei keinen negativen Vorkommnissen 	<ul style="list-style-type: none"> - Bei Bedarf Nachbetreuung in geringerem Ausmaß - Abhängig vom Betreuungsvertrag

Tab.14: Ergebnismatrix I

7.1.1 Aktuelle Probleme am oberösterreichischen Wohnungsmarkt

Von den GesprächspartnerInnen werden viele unterschiedliche Probleme, die am oberösterreichischen Wohnungsmarkt vorherrschen, erkannt. Aus der Befragung haben sich deutlich die verschiedenen Perspektiven von gemeinnützigen Wohnbauträgern und Betreuungseinrichtungen herauskristallisiert.

Seitens der gemeinnützigen Wohnbauträger wird vor allem die ‚Wohnbauförderung 1993‘ als zentrales Problem gesehen. Diese sieht alle fünf Jahre eine Steigerung der Mieten vor, wobei die ersten Sprünge noch relativ moderat erscheinen, während im 15. Jahr eine markante Erhöhung der Mieten verzeichnet wird und im 25. Jahr ein Sprung immensen Ausmaßes zu erwarten ist. Laut Einschätzung von Georg Pilarz, Vorstandsvorsitzender der GIWOG, führt dies spätestens im 25. Jahr zur Unleistbarkeit der Wohnungen.⁴⁴⁸ Nachstehender Abbildung ist die Entwicklung der Mieten zu entnehmen.

⁴⁴⁸ vgl. Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

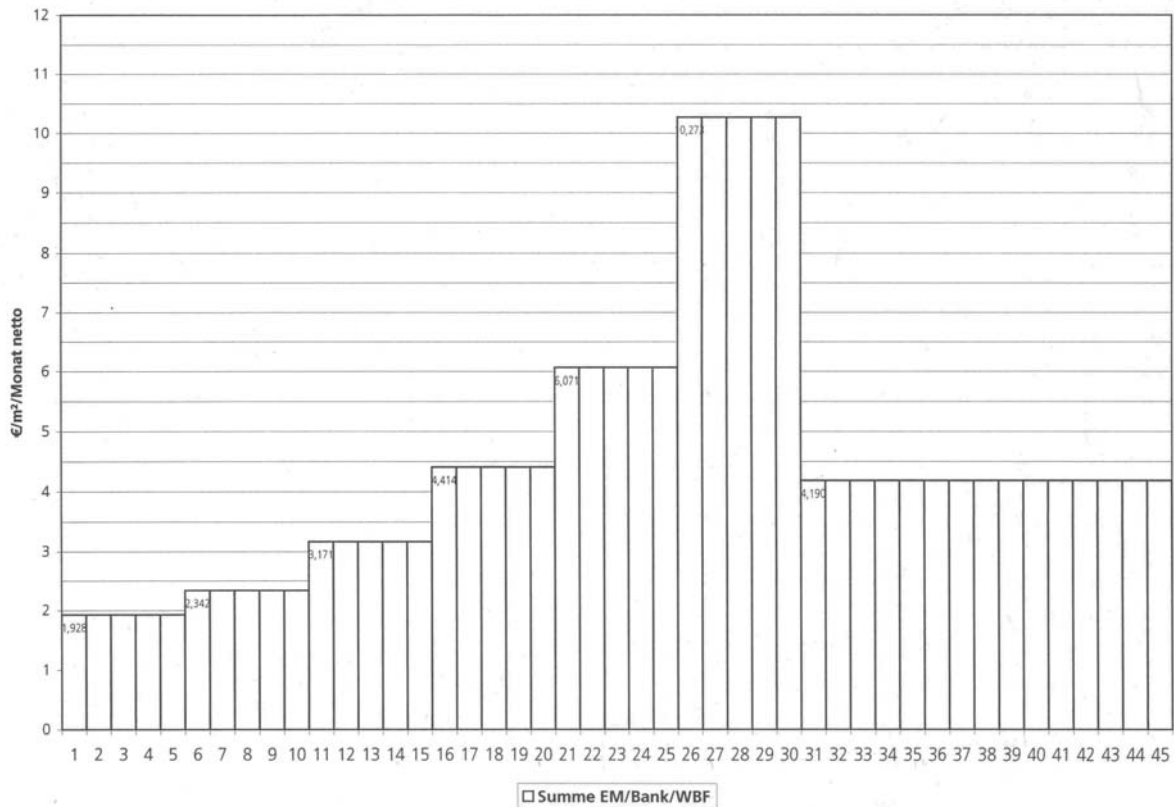


Abb.18: Annuitätenentwicklung Wohnbauförderung 1993

(Quelle: GIWOG (2005): Unveröffentlichte Ausgabe)

Aufgrund dieser Problematik wurde die ‚Wohnbauförderung Neu‘ eingeführt. Im Gegensatz zum bisherigen Modell setzt sie zwar bei einer höheren Miete an, nimmt dann jedoch einen linearen Verlauf. Daraus ergibt sich der Vorteil, dass sich die Mietentwicklung ungefähr mit der Einkommensentwicklung deckt. Um eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik zu erleichtern, wird untenstehende Abbildung herangezogen.

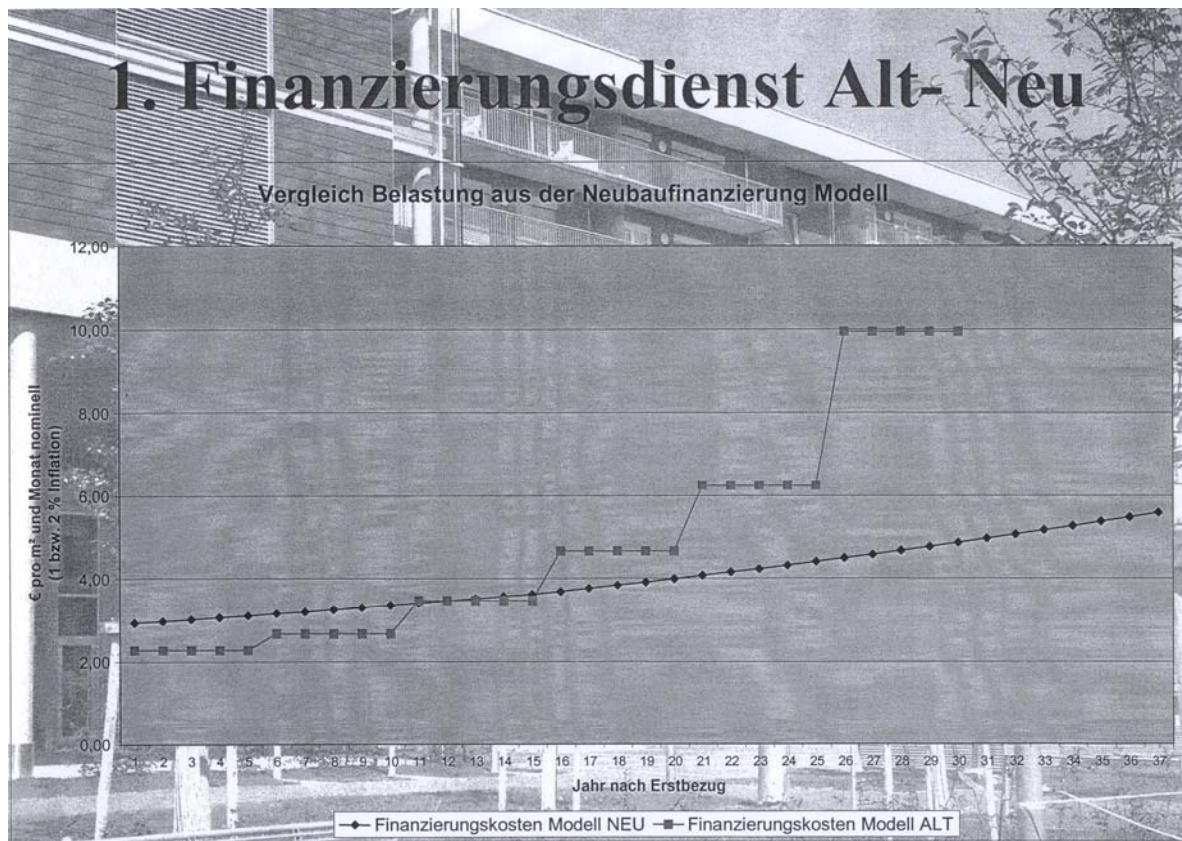


Abb.19: Vergleich Wohnbauförderung Alt - Neu

(Quelle: GIWOG (2005): Unveröffentlichte Ausgabe)

Die Problematik der ‚Wohnbauförderung Alt‘ kommt bereits jetzt zum Tragen, da viele MieterInnen den Versuch unternehmen, aus älteren geförderten Wohnungen in Neubauwohnungen umzuziehen, um den drastischen Mieterhöhungen zu entkommen. Tatsache ist, dass im Jahr 2008 die erste erhebliche Steigerung der Mieten ansteht und bis jetzt keine Lösungsansätze existieren.

Wie aus den Interviews mit den VertreterInnen der GWG Steyr und Neuen Heimat zu entnehmen, ist weiters ein steigender Wohnungsbedarf zu verzeichnen, der mit dem aktuellen Wohnungsangebot nicht gedeckt werden kann. Während vor einigen Jahren eine vermehrte ‚Landflucht‘ erkennbar war, ist derzeit ein Rückzug in die Ballungsräume feststellbar. Diese Entwicklung kann auf die gewünschte Nähe zum Arbeitsplatz zurückgeführt werden und resultiert in vermehrten Leerständen im ländlichen Bereich und einer knappen Wohnsituation in Zentralräumen, die den Wohnbauträgern zu schaffen machen.

Ein weiteres Problem wird darin erkannt, dass die Einkommensentwicklung mit der Entwicklung der Wohnkosten nicht im Einklang steht. „[...] Wohnungen im Neubaubereich

*sind größtenteils für die Leute nicht leistbar.*⁴⁴⁹ Die Bauträger sind sich dessen zwar bewusst, haben jedoch aufgrund der existierenden Auflagen, wie zum Beispiel der Errichtung von Liften, Tiefgaragen, etc., immens höher anfallende Baukosten, die wiederum durch höhere Mieten refinanziert werden müssen.⁴⁵⁰ Diese Standardanhebungen werden von manchen VertreterInnen der Betreuungseinrichtungen besonders negativ bewertet. Ernst Achleitner, Geschäftsführer des Sozialvereins B37, führt beispielsweise an, dass es früher vermehrt Wohnungen mit dem Manko ‚Toilette am Gang‘ gab, was mit günstigeren Mieten einherging.⁴⁵¹ Somit lautet die Forderung mancher Betreuungseinrichtungen: ‚Weniger Standard für weniger Geld‘.

Aus einem Gespräch mit dem Vertreter eines Bauträgers geht jedoch hervor, dass sich Toiletten in der eigenen Wohnung nur in einem sehr geringen Ausmaß auf die Mieten niederschlagen. Im Gegensatz dazu weisen Toiletten am Gang durch die Häufigkeit der Nutzung oftmals Schäden auf, die mit hohen Kosten für den Bauträger einhergehen, die sich wiederum auf die Betriebskosten auswirken. Langfristig betrachtet kann somit kein wesentlicher Kostenvorteil erkannt werden. Lifte und HausmeisterInnen hingegen sind Faktoren, die die höchsten Kosten verzeichnen.

Mehrere befragte VertreterInnen von Betreuungseinrichtungen (Sozialverein B37, Verein Substanz, Schuldner- Hilfe, Verein I.S.I.) nennen als wesentliche Problematik am oberösterreichischen Wohnungsmarkt die erschwerten Zugangsbedingungen für deren Klientel bei gemeinnützigen Wohnbauträgern. Zum Beispiel werden teilweise Wohnungen ohne Vorliegen von Bürgschaften für eventuelle Mietzinsausfälle nicht mehr vermittelt.⁴⁵² Oftmals bleibt nur mehr der private Wohnungsmarkt als Ausweg. So führt Georg Berndorfer, Mitarbeiter des Vereins Substanz, an: *„Manchmal finden Klienten von uns eine Unterkunft bei einem ‚Privatmenschen‘, die dann auch winzigste Zimmer mit Kakerlaken um teures Geld anbieten. [...] Wo die Leute, die eh schon krank sind, dann noch kränker werden. Also das ist*

⁴⁴⁹ Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

⁴⁵⁰ vgl. ebenda

⁴⁵¹ vgl. Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁴⁵² vgl. Interview mit Georg Berndorfer, Sabine Falkner und Karin Moser (MitarbeiterInnen des Verein Substanz) am 12.08.2005

*schon ziemlich krass. Aber oft- ich meine, bevor jemand auf der Strasse steht, ein Zimmer ist es dann trotzdem auch...*⁴⁵³

7.1.2 Leistbarkeit des Wohnens

Die mangelnde Leistbarkeit von adäquatem Wohnraum stellt eines der wesentlichsten Probleme am Wohnungsmarkt dar. Aus diesem Grunde wurde diese Thematik einer näheren Betrachtung unterzogen, wobei die Positionen der gemeinnützigen Wohnbauträger und der Betreuungseinrichtungen gegenübergestellt werden.

Alle befragten VertreterInnen der Betreuungseinrichtungen sind sich darüber einig, dass zu wenig leistbare Wohnungen vorhanden sind. Dies betrifft vor allem Menschen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen. Gründe dafür werden vor allem in den zu hohen Mieten, den steigenden Wohnnebenkosten sowie in den hohen Kautionen und Baukostenbeiträgen gesehen. Die Hälfte der interviewten Personen gaben an, dass ihre KlientInnen erschweren Zugangsbedingungen zu leistbarem Wohnraum ausgesetzt sind.

Auch Bauträger nehmen die steigenden Wohnnebenkosten als Problem wahr, sehen aber teilweise keine Notwendigkeit, Wohnen leistbarer zu machen. So mancher reagierte gar überrascht auf diese Fragestellung: *„Wissen Sie, wenn Sie das einen gemeinnützigen Bauträger fragen, Wohnen leistbarer zu machen, kann ich insofern nur milde lächeln, weil wir aufgrund unserer gesetzlichen Bestimmungen des Wohnungsgemeinnützigkeitgesetzes an die so genannte Kostendeckung gebunden sind [...]. Das heißt alles, was wir unter Finanzierungsleistungen haben, in diesem Fall vom Land, von der Wohnbauförderung vorgeschrieben wird, haben wir eins zu eins an die Mieter weiterzugeben [...] Grundsätzlich sehe ich keine Notwendigkeit, Wohnen leistbarer zu machen, weil ich mir denke, dass Wohnen in Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht besonders teuer ist.“*⁴⁵⁴

Diese Meinung teilt auch ein weiterer Interviewpartner: *„Aufgrund des österreichischen Systems - der Objektförderung in Kombination mit der Subjektförderung und mit gemeinnützigen Bauträgern, die kostendeckende Mieten verlangen, sind wir im internationalen Vergleich noch immer um Lichtjahre besser. [...] Größere Aktivitäten in Richtung ‚leistbarer Machen des Wohnens‘ sehe ich nur im Bereich, die*

⁴⁵³ Interview mit Georg Berndorfer, Sabine Falkner und Karin Moser (MitarbeiterInnen des Verein Substanz) am 12.08.2005

⁴⁵⁴ Interview mit Ing. Siegfried Sattlberger MSc (Leiter des Immobilienservices der LAWOG) am 04.10.2005

*Bewirtschaftungskosten möglichst zu optimieren, weil diese Kosten kritischer erscheinen als die Herstellungskosten.*⁴⁵⁵ Diese Aussagen beinhalten die wesentlichen Argumente, warum aus Sicht mancher VertreterInnen der Wohnbauträger keine Gegenmaßnahmen eingeleitet werden müssen.

Ein Gesprächspartner eines gemeinnützigen Wohnbauträgers verweist jedoch trotz der Forderung nach leistbaren Wohnungen darauf, dass Wohnen auch etwas wert sein muss. Faktoren wie Lebensqualität, Luftqualität, Versorgung mit öffentlichen Mitteln, etc., die nicht unberücksichtigt bleiben sollten, schlagen sich in den Kosten nieder.⁴⁵⁶

Von VertreterInnen der Betreuungseinrichtungen wurden zahlreiche Maßnahmen, die erforderlich wären, um Wohnen leistbarer zu machen, vorgeschlagen, wobei sich kein zentrales Handlungserfordernis herauskristallisiert hat. Das Schlagwort ‚mehr Förderungen‘ von Seiten des Landes ist des Öfteren gefallen. Dabei handelt es sich um den Wunsch sowohl nach mehr individuellen Förderungen als auch mehr Wohnbauförderungen. Auch ein verstärkter sozialer Wohnbau wird verlangt.

Es müsste eine Art Sonderwohnbauprogramm eingeführt werden, dessen Zielsetzung in der Schaffung günstigerer leistbarer Wohnungen liegt. Ein gutes Zusammenspiel mit Gemeinden, die günstige Grundstücke zur Verfügung stellen sollten, der Wohnbauabteilung sowie dem Sozialressort des Landes Oberösterreich wäre hierfür erforderlich.⁴⁵⁷ Weiters wird für handwerkliche Eigenleistungen, die künftige BewohnerInnen in ihrer eigenen Wohnung erbringen, um die Kosten niedriger zu halten, plädiert. Außerdem kann auf teure Ausführungen in den Wohnungen verzichtet werden. Es bedarf zum Beispiel keiner exklusiven Fliesen.⁴⁵⁸ Ein weiterer Vorschlag verlangt nach kleineren Wohneinheiten, worin eine Möglichkeit gesehen wird, Energiekosten zu senken: *„Es muss ganz bestimmt kleine, vernünftige Wohnungen geben, also nicht mit einem überschwänglichen Essraum und was weiß ich noch alles. Das ist eine Luxusgeschichte [...]. Luxusmenschen oder Leute, die sich*

⁴⁵⁵ Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

⁴⁵⁶ vgl. Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁴⁵⁷ vgl. Interview mit Mag. Stefan Hindinger (Leiter der Wohnungslosenhilfe Mosaik Vöcklabruck) am 30.08.2005

⁴⁵⁸ vgl. Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

die hohen Mieten leisten können, gibt es schon, aber es gibt wesentlich mehr Wohnungen, die so luxuriös ausgeführt sind.“^{459*}

In der Entwicklung von Modellen, die es erlauben, Kautionen und Finanzierungsbeiträge parallel zur Miete in Form einer Ratenzahlung zu tilgen, wird für KlientInnen der Sozialeinrichtungen eine höhere Chance auf eine Wohnung gesehen. Maria Oberlik, Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, führt in diesem Zusammenhang folgendes an: „*Was ein weiteres ganz großes Problem ist für Menschen, die am Rande stehen, ist das Kautionswesen, das einerseits bei Privatvermietern ein sehr verbreitetes Modell ist - es gibt kaum Wohnungen, wo man keine Kaution zahlen muss -, aber andererseits auch bei den Gemeindewohnungen, wo Menschen eine Wohnung angeboten bekommen, diese aber dann nicht nehmen können, weil sie die Kaution oder den Baukostenzuschuss nicht bezahlen können. Dafür gäbe es schon Modelle zu entwickeln, denke ich, wie man das zumindest parallel zur Miete abstopfern kann, aber das ist momentan noch nicht gebräuchlich.*“⁴⁶⁰

Brigitta Schmidberger, Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie, geht die Problematik des leistbaren Wohnens von einer anderen Ebene an und stellt sich die Frage, „*was für ein Einkommen müsste man Menschen gewährleisten, damit sie sich einen adäquaten Wohnraum leisten können - das heißt, die Frage nach dem Mindesteinkommen sicherzustellen. [...] Ich weiß aber auch, wo wir derzeit mit den öffentlichen Mitteln stehen und habe wenig Illusion, dass eine Realisierung möglich ist. Dies würde eine völlige Systemumstellung erfordern.*“⁴⁶¹

Jene VertreterInnen von gemeinnützigen Bauträgern, die die Erfordernis nach mehr leistbarem Wohnraum befürworten, sehen in ihrem Handlungsspielraum keine Möglichkeit, dies zu realisieren. Obwohl geförderte Wohnungen nach wie vor für benachteiligte Personengruppen zur Verfügung stehen müssen, ist dies laut Aussage von Pahl aufgrund der hohen geforderten Standards bzw. der Standardanhebungen von Altbauten durch kostenintensive Sanierungen nur selten umzusetzen. Zusammenfassend wird dies als

* Anzumerken ist hierbei jedoch, dass so genannte ‚Luxusmenschen‘ bei gemeinnützigen Wohnbauträgern keine Möglichkeit haben, eine Wohnung anzumieten. Grund dafür ist die Überschreitung der vom Land Oberösterreich auferlegten Einkommensgrenzen für WohnungswerberInnen.

⁴⁵⁹ Interview mit Gabriele Sillipp (Geschäftsführerin des Frauenhauses Steyr) am 17.08.2005

⁴⁶⁰ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁴⁶¹ Interview mit Mag.^a Brigitta Schmidberger (Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz) am 24.08.2005

politische Angelegenheit deklariert, auf die Bauträger keinen Einfluss ausüben können. Achleitner äußert sich ironisch zu den Standardanhebungen: *„Je toller der Wohnraum ist, den wir anbieten können und je mehr Villen am Pöstlingberg zur Verfügung stehen, umso weniger kümmert sich die Gesellschaft XY um das untere Segment.“*⁴⁶²

Von besonderem Interesse ist, welche Personengruppen konkret von der Problematik mangelnder Leistbarkeit des Wohnraums betroffen sind. Befragte VertreterInnen der Betreuungseinrichtungen und der Wohnbauträger differenzieren folgende Personengruppen, die einen erschwerten Zugang zu leistbarem Wohnraum haben. Die Anzahl der Nennungen wird in untenstehender Abbildung veranschaulicht.

⁴⁶² Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

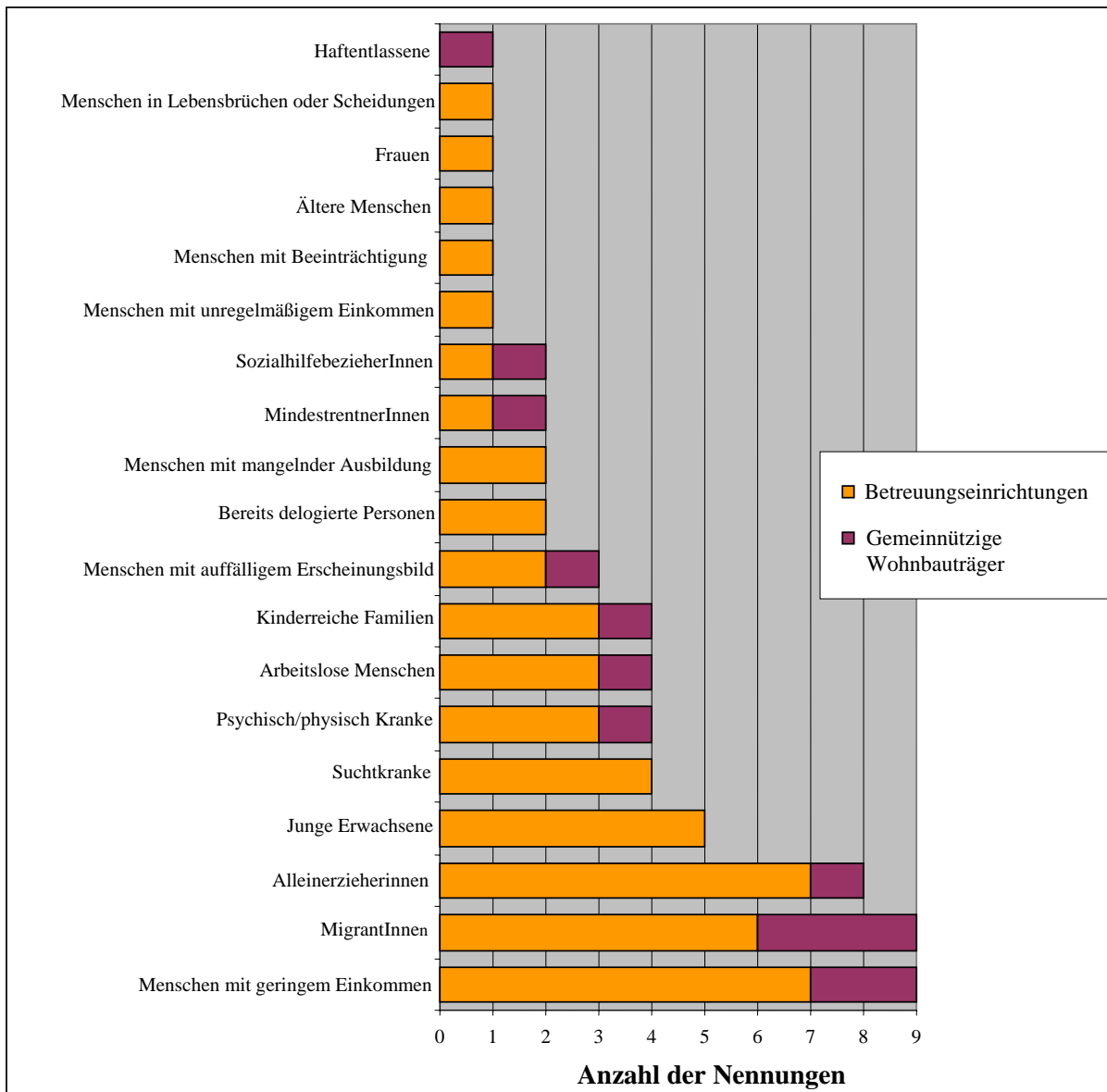


Abb.20: Personengruppen mit erschwertem Zugang zu leistbarem Wohnraum

Der Abbildung ist zu entnehmen, dass Menschen mit geringem Einkommen und MigrantInnen am häufigsten genannt wurden, gefolgt von Alleinerzieherinnen und jungen Erwachsenen. Auch Suchtkranke, psychisch/physisch Kranke, arbeitslose Menschen und kinderreiche Familien haben laut der Anzahl ihrer Nennungen einen schweren Zugang zu einer leistbaren Wohnung. Lediglich eine einmalige Erwähnung fanden Haftentlassene, Menschen in Lebensbrüchen oder Scheidungen, Frauen, Ältere Menschen, Menschen mit Beeinträchtigung sowie Menschen mit unregelmäßigem Einkommen.

Als auffällig stellt sich die Aussage des Vertreters eines Bauträgers, der die Meinung vertritt, dass alle Personengruppen dieselben Zugangsmöglichkeiten zu leistbarem Wohnraum haben,

heraus: „*Nein, nein. Weil schauen Sie, ob sie jetzt behindert sind, Nicht-EU-Bürger, Asylant oder egal was, es ist schwierig genug, irgendeine Wohnung zu erwischen. Ich schaue nicht nach, was sie für einen Pass haben oder ob sie ein hübsches Mädchen sind oder eher nicht.*“^{463*}

Manche Auskunftspersonen begründeten ihre Aussagen, die nicht unerwähnt bleiben sollten und aus diesem Grunde im Anschluss wiedergegeben werden.

Eine Mitarbeiterin eines Wohnbauträgers nennt einkommensschwache Personengruppen, da diese die Wohnungskosten meist unterschätzen und die Unfinanzierbarkeit erst nach ein paar Monaten erkennen. Aufgrund von Mahnungen und den darauf folgenden Rechtsanwalts- bzw. Gerichtskosten kommt es rasch zur Überschuldung der Betroffenen. Um dies zu vermeiden, wird bei der Wohnungsvergabe Bedacht darauf genommen. Denjenigen, bei denen es von vornherein ersichtlich ist, dass auf Dauer eine Wohnungsfinanzierung nicht möglich ist, wird keine Wohnung zugewiesen.⁴⁶⁴

Schmidsberger nennt als einzige Auskunftsperson die Gruppe der Frauen. „*Aus der Obdachlosenforschung ist uns bekannt, dass viele Frauen nicht als wohnungssuchend auffallen, da sie unter irgendwelchen Bedingungen irgendwo unterkommen. Unter welchen Bedingungen ist dann wieder eine andere Frage...*“⁴⁶⁵ Vielleicht dient dies als Erklärung für die einzige Nennung dieser Personengruppe.

Gabriele Sillipp, Geschäftsführerin des Frauenhauses Steyr, betitelt die ‚Ausländerquoten‘ gemeinnütziger Wohnbauträger als ‚eigenartige Geschichte‘: Auch KlientInnen, die die österreichische Staatsbürgerschaft bereits haben, erhalten trotzdem in bestimmten Siedlungen keine Wohnung, weil sie ausländisch aussehen. Nach Einschätzung einer Expertin haben viele Quartiersgeber noch immer Vorurteile bezüglich des Umgangs mit MigrantInnen.

Junge Erwachsene, die vor ihrer Existenzgründung stehen, verfügen oft nicht über ein ausreichendes Einkommen, um die Finanzierung einer Wohnung langfristig sicherstellen zu

* Diese Aussage lässt den Schluss zu, dass alle Personen - unabhängig jeglicher Merkmale - in der aktuellen Wohnungsmarktsituation einen schweren Zugang zu einer leistbaren Wohnung haben. Ob dies der Realität entspricht, ist fraglich.

⁴⁶³ Interview mit Robert Freudenthaler (Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG) am 12.09.2005

⁴⁶⁴ vgl. Interview mit einer Mitarbeiterin der Neuen Heimat am 02.08.2005

⁴⁶⁵ Interview mit Mag.^a Brigitta Schmidsberger (Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz) am 24.08.2005

können. Resultiert daraus eine Verschuldung, kommt dies aufgrund des Sozialhilfebezugs zum Vorschein. Diese Finanzierungsprobleme weisen auch Personen, die in Scheidung leben oder vor Lebensbrüchen stehen, auf.⁴⁶⁶ Weiters wird auf die Schwierigkeit des Einstiegs in die Arbeitswelt hingewiesen. Gelingt dieser nicht, verfügen Jugendliche über kein Einkommen, wodurch sie keine Chance auf eine eigene Wohnung haben. Es wird die Tendenz festgestellt, dass junge Erwachsene immer länger im Familienverband bleiben.⁴⁶⁷

Thomas Wögrath, Leiter der PSNV, bezieht auch Menschen mit mangelndem Bildungsniveau und fehlender Ausbildung in seine Überlegungen mit ein: „[...] Aufgrund niedrigem Bildungsniveau sind sie allem ziemlich ausgeliefert, weil sie nichts durchschauen. Sie durchschauen keinen Mietvertrag, keinen Nebenkostenabrechnungsvertrag, schon gar keine Handyvertragsbedingung noch sonst irgendetwas. [...] Das ist häufig auch bei älteren Menschen der Fall. Und eine der grundmenschlichen Reaktionen ist, wenn man ein Schreiben bekommt, dessen Bedeutung man nicht versteht, dann ignoriert man es. Und da wird es dann problematisch, weil man ein solches Schreiben einfach wegwirft oder liegen lässt, weil man es ja eh nicht versteht.“⁴⁶⁸

Die Problematik der Leistbarkeit wird auch bei Personengruppen, die über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, festgestellt: „[...] Zum Teil trifft es auch Menschen mit regelmäßigem Einkommen, das aber vielleicht nicht ganz den Vorstellungen der Genossenschaften entspricht. Zum Beispiel werden Leute, die regelmäßig Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld beziehen, immer wieder verwiesen, sie sollen wiederkommen, wenn sie Arbeit haben, obwohl sie mit dem Geld zurechtkommen könnten.“⁴⁶⁹

Laut Valentin Schweitzer, Leiter von pro mente Vöcklabruck, hat das Erscheinungsbild einen enormen Einfluss auf den Zugang zu einer Wohnung. Tritt zu einem auffälligen Erscheinungsbild noch ein Mangel an finanziellen Mitteln hinzu, gestaltet sich die Wohnsituation immer prekärer. Auch andere Gesprächspartner sind von der negativen

⁴⁶⁶ vgl. Interview mit Mag.^a Brigitta Schmidberger (Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz) am 24.08.2005

⁴⁶⁷ vgl. Interview mit Lothar Jochade (Geschäftsführer des Vereins I.S.I.) am 23.08.2005

⁴⁶⁸ Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁴⁶⁹ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

Wirkung eines auffälligen Aussehens überzeugt.⁴⁷⁰ Die Aussage des Leiters eines Immobilienservices „[...] *Wir sehen natürlich die Leute bei der Wohnungsvergabe, wenn sie hereinkommen*“⁴⁷¹ lässt diesen Rückschluss ebenfalls zu.

Äußerst gefährdet sind auch Menschen, die bereits - vielleicht sogar mehrere Male von unterschiedlichen Bauträgern - delogiert worden sind. Kein Wohnbauträger wird sich dazu bereit erklären, diesen Menschen eine zweite Chance zu geben.⁴⁷²

7.1.3 Von Wohnungslosigkeit Betroffene

Personengruppen, die laut Einschätzung von VertreterInnen gemeinnütziger Wohnbauträger und Betreuungseinrichtungen der potentiellen Gefahr, wohnungslos zu werden, ausgesetzt sind, werden graphisch illustriert.

⁴⁷⁰ Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁴⁷¹ Interview mit Ing. Siegfried Sattlberger MSc (Leiter des Immobilienservices der LAWOG) am 04.10.2005

⁴⁷² vgl. Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

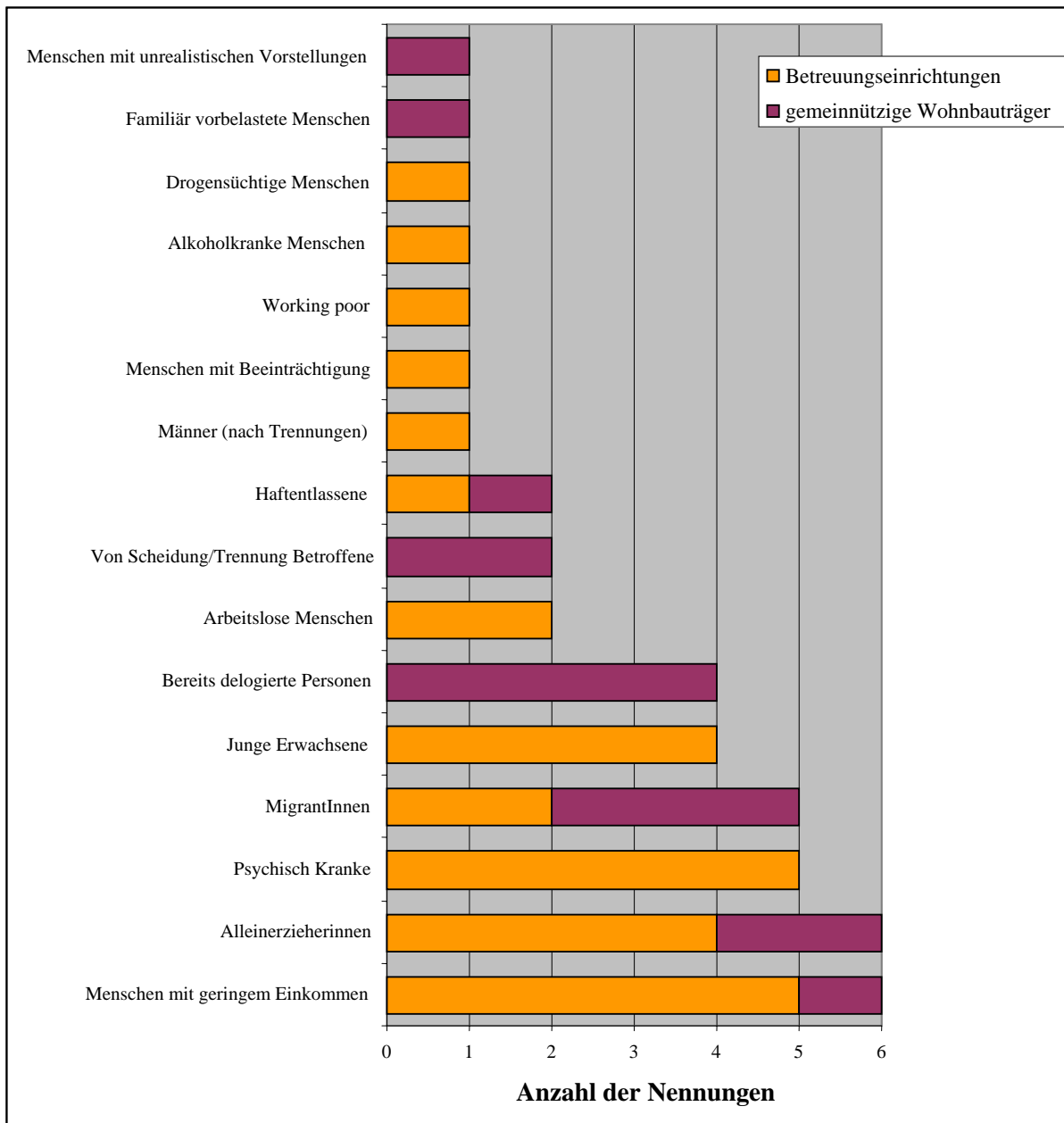


Abb.21: Von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen

Menschen mit geringem Einkommen und Alleinerzieherinnen stellen diejenigen Personengruppen dar, die der Einschätzung nach am meisten von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Auch psychisch Kranke und MigrantInnen gelten als besonders gefährdet.

Erstaunlicherweise wird die Problematik bei den Jugendlichen relativ hoch eingeschätzt. Laut Lothar Jochade, Geschäftsführer des Vereins I.S.I., dürfte es aber eigentlich keine wohnungslosen Jugendlichen geben. Auffangnetz sind in erster Linie die Eltern, bei Ausfall dieser ist das Jugendamt zweite Anlaufstelle. Auch Stefan Hindinger, Leiter der

Wohnungslosenhilfe Mosaik Vöcklabruck, bemerkt, dass wohnungslose Menschen immer jünger werden.

Christian Baumgarten, Mitarbeiter der GWG Steyr, stellt fest, dass der Wohnungsmarkt sehr stark von den gesellschaftlichen Entwicklungen abhängt. Sind Scheidungsraten im Steigen, sinkt zwangsläufig die Zahl freier Wohnungen. Aufgrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten haben es Geschiedene besonders schwer, einen Zugang zu einer Wohnung zu finden. Unter Umständen kann dem Kind oder gar mehreren Kindern das Aufwachsen nicht so ermöglicht werden, wie es in der heutigen Zeit ‚üblich‘ ist. Diese Vorstellung beinhaltet beispielsweise ein Zimmer, das von dem Kind alleine bewohnt werden kann. Günstige Wohnungen werden nicht frei und Wohnungen höheren Standards sind unfinanzierbar. Zu leistende Alimentszahlungen können die Situation von Geschiedenen, die mit ihren Kindern nicht im gemeinsamen Haushalt leben, enorm erschweren.

Des Öfteren kann Wohnungslosigkeit nicht auf eine einzige Ursache beschränkt werden. Sie ist Resultat eines Bündels von Ursachen. Auffälliges Sozialverhalten - das nicht zwingend eine Behinderung oder eine Beeinträchtigung sein muss - in Kombination mit geringem Einkommen können auslösende Faktoren sein. Aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage einerseits und einer Beeinträchtigung andererseits stellt sich die Arbeitssuche als sehr schwierig heraus. Gelingt es, einen Job zu finden, geht dieser aufgrund störenden Verhaltens meist wieder verloren, und die Spirale beginnt, sich nach unten zu drehen.⁴⁷³

Bezüglich der ‚unrealistischen Vorstellungen‘ äußert sich Robert Freudenthaler, Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG, folgendermaßen: *„Da kommt eine allein erziehende Mutter und will mit ihrem Kind eine 75, 80 Quadratmeterwohnung, und wenn ich sie frage, wie viel Geld sie im Monat zur Verfügung hat, bekomme ich als Antwort: Ansagen kann ich eigentlich nichts, von wo denn auch, ‚Vater Staat‘ sorgt für mich.“*⁴⁷⁴ Der Interviewpartner erwähnt weiters, dass die Gruppe der allein erziehenden Mütter am wenigsten Verständnis beim Versuch, ihr die Situation zu erklären, aufbringt, und weist auf die Unmöglichkeit hin, jemals auf ihre Wünsche eingehen zu können.

⁴⁷³ vgl. Interview mit Mag. Stefan Hindinger (Leiter der Wohnungslosenhilfe Mosaik Vöcklabruck) am 30.08.2005

⁴⁷⁴ Interview mit Robert Freudenthaler (Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG) am 12.09.2005

7.1.4 Übergreifende Zusammenarbeit zur sozialen Wohnraumversorgung

Eine Kooperation mit der Zielsetzung der sozialen Wohnraumversorgung wird von sämtlichen GesprächspartnerInnen - sowohl den VertreterInnen der gemeinnützigen Wohnbauträger als auch den VertreterInnen der Betreuungseinrichtungen - als sehr sinnvoll eingestuft. Insbesondere die Vorgehensweise des Vereins Wohnplattform wird als besonders zweckmäßig betrachtet.

Elisabeth Pahl, Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz, begründet die Sinnhaftigkeit der Kooperation mit der Wohnplattform wie folgt: *„Wir haben über die Wohnplattform die Möglichkeit eines ‚Probewohnens‘, das heißt, während ein Mieter der Wohnplattform ein Jahr in einer unserer Wohnungen wohnt, haben wir die Möglichkeit, ihn kennen zu lernen, wie er mit den Nachbarn auskommt, etc. Die Wohnplattform schaut sich an, wie er das mit dem Geld im Griff hat. Nach einem Jahr kann man dann entscheiden, mache ich weiter oder mache ich nicht weiter. Diese Möglichkeit hat die GWG alleine nicht. Wenn die GWG eine Wohnung vermietet, dann ist die Mindestdauer der Befristung drei Jahre, das heißt, wir dürfen nicht kürzer befristen. Drei Jahre ist ein immens langer Zeitraum, wenn ich mir nicht sicher bin, ob das funktionieren kann. [...] Über die Wohnplattform habe ich die Gewähr, dass ich es mir einmal anschauen kann und dass zumindest die Miete bezahlt wird. So probiere ich es gerne.“*⁴⁷⁵

Verstöße gegen die Hausordnung und widerrechtlicher Gebrauch der Wohnung sind grundsätzlich Kündigungsgründe. Besteht bei Vorliegen dieser Gründe jedoch kein Mietrückstand, ist es für den/die VermieterIn aufgrund der heutigen Rechtsprechung nahezu unmöglich, das Mietverhältnis zu beenden. Liegen Beschwerden dieser Art jedoch über eine/n MieterIn der Wohnplattform vor, nimmt man Kontakt mit dem Hauptmieter auf. Dieser nimmt sich umgehend des Problems an, und versucht, eine Lösung zu finden. *„Wenn diese Personengruppen betreut werden, hat das für uns den Vorteil, dass wir nicht demjenigen die Wohnung geben müssen oder sollen- wie auch immer- sondern man hat jemanden zwischengeschaltet und verfügt somit über ein Durchgriffsrecht. [...] Wenn der Mieter seine Miete zahlt und sich dort aber so aufführt, dass er die anderen in ihrer Wohnqualität so stört, dass sie es nicht mehr aushalten, bringen sie ihn nicht hinaus. Wenn man das allerdings über*

⁴⁷⁵ Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

*die Wohnplattform macht, dann schon, weil dieser Verein die Sorge zu tragen hat, dass das Wohnumfeld dort dementsprechend passt.*⁴⁷⁶

Den an der Vernetzung der Wohnplattform beteiligten Betreuungseinrichtungen wird für deren KlientInnen ein Zugang zu Wohnraum ermöglicht, der ansonsten entweder begrenzt ist oder gar nicht besteht. *„Ich denke, die Zusammenarbeit mit den Sozialeinrichtungen, die KundInnen der Wohnplattform sind und dort Wohnungen für ihre KlientInnen beziehen können, ist insofern wichtig, da sonst viele die benötigten Wohnungen nicht anmieten können.“*⁴⁷⁷ *„[...] wir haben die Kontakte zu den Wohnungsgenossenschaften nicht.“*⁴⁷⁸ Auch verfügen Sozialeinrichtungen in der Regel nicht über die finanziellen und personellen Ressourcen, um selbst Wohnungen anzumieten und zu verwalten. Folgende Zitate unterstreichen dies: *„Manche Vereine sind sehr klein, brauchen nur einmal eine Wohnung und dann wieder ein dreiviertel Jahr keine und dann wieder eine. So einen Leerstand kann sich keine Sozialeinrichtung leisten.“*⁴⁷⁹ *„Wir haben konkrete Erfahrungen damit gemacht, indem wir selber Wohnungen angemietet haben [...] und da habe ich dann schon gemerkt, dass es dann doch ein ziemlicher Aufwand ist. Man hat mit vielen Sachen zu tun, in denen man sich nicht so gut auskennt: Wohnrecht, Instandhaltung, etc.“*⁴⁸⁰ Dies hat positiv zur Folge, dass sich die Betreuungseinrichtungen vorwiegend um die Betreuung ihrer KlientInnen kümmern können. Gleiches berichtet auch Sillipp, die feststellt, dass der Verein Wohnplattform ungemein viel Arbeit abnimmt. Auch erkennt sie, dass der Verein Beziehungen zu Wohnbauträgern hat, die das Frauenhaus niemals haben könnte.

Die Trennung von Vermietung und Betreuung wird demnach von den Betreuungseinrichtungen als sinnvoll erachtet, womit diese Hypothese bestätigt wird.

Dennoch sollte nicht unausgesprochen bleiben, dass diese Form der Kooperation auch Probleme in sich birgt. So formuliert Jochade dies wie folgt: *„[...] Wir sind da ein bisschen in der Zwickmühle in der Kooperation mit der Wohnplattform, weil wir als Jugendsozialarbeitseinrichtung Prinzipien wie Parteilichkeit und Freiwilligkeit haben, das*

⁴⁷⁶ Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁴⁷⁷ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁴⁷⁸ Interview mit Georg Berndorfer, Sabine Falkner und Karin Moser (MitarbeiterInnen des Verein Substanz) am 12.08.2005

⁴⁷⁹ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁴⁸⁰ Interview mit Lothar Jochade (Geschäftsführer des Vereins I.S.I.) am 23.08.2005

heißt, wir sind dann in der Situation aufgrund der Vereinbarung mit der Wohnplattform, dass wenn ein Jugendlicher oder ein junger Erwachsener eine Wohnung hat, und er jetzt- was weiß ich- sich dort aufführt, die Nachbarn sich beschweren oder die Miete nicht bezahlt wird, wir grundsätzlich dafür zuständig sind, den aus der Wohnung zu schmeißen. Und das ist natürlich eine blöde Situation, weil wir einerseits hingehen müssen und ihm im extremsten Fall das Schloss austauschen müssen und im zweiten Atemzug ihm aber sagen müssen, du sollst uns vertrauen und deine Probleme erklären.“⁴⁸¹ Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass das Angebot der Wohnplattform relativ hochschwellig angesetzt ist, wodurch es Betreuungseinrichtungen, die grundsätzlich niederschwellig arbeiten, nahezu unmöglich gemacht wird, ihre angedachte Betreuung fortzuführen.

MitarbeiterInnen des Vereins Substanz konstatieren generell eine hohe Sinnhaftigkeit hinter dem Konzept der Wohnplattform. Dies belegt folgende Aussage: „Also ich finde das ein total sinnvolles Konzept [...]. Das trägt sicher dazu bei, dass einfach mehr Leute eine Wohnung bekommen und dann auch halten können.“⁴⁸² Betont wird dabei das ‚Halten- können‘ von Wohnungen, das als sehr entscheidend empfunden wird.

In diesem Kontext fällt der Begriff der ‚Wohnfähigkeit‘ auf, der von Achleitner gebraucht wurde. „Wohnen will auch gelernt sein.“⁴⁸³ Dieses Zitat markiert mit wenigen Worten sehr treffend die Bedingung, die erfüllt sein muss, um ein Leben in einer eigenen Wohnung erst erdenklich zu machen. Diese Meinung vertritt auch Helga Furlinger- Nagel, Sozialarbeiterin des Vereins ARGE für Obdachlose. „[...] Also die Chance (auf eine betreute Übergangswohnung) bekommt bei uns ein jeder, und wenn er/sie es in einer Wohnplattform-Wohnung schafft, dann schafft er/sie es auch in einer GWG- Wohnung oder in einer anderen Genossenschafts- Wohnung. Also das ist Wohnen- lernen.“⁴⁸⁴

Als sehr wesentlich wird weiters die Übernahme der Kautionskosten durch den Verein Wohnplattform erachtet. „Bei uns fangen Frauen wirklich ganz oft bei Null an. Sie sind Sozialhilfeempfängerinnen und haben wirklich kein Geld. Und da ist es dann unmöglich, drei

⁴⁸¹ Interview mit Lothar Jochade (Geschäftsführer des Vereins I.S.I.) am 23.08.2005

⁴⁸² Interview mit Georg Berndorfer, Sabine Falkner und Karin Moser (MitarbeiterInnen des Verein Substanz) am 12.08.2005

⁴⁸³ Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁴⁸⁴ Interview mit Mag.^a Helga Furlinger- Nagel (Mitarbeiterin von WieWo und ReWo) und Mag. Heinrich Zauner (Geschäftsführer des Vereins ARGE für Obdachlose, Vereinsvorsitzender des Vereins Wohnplattform) am 26.08.2005

*Monatsmieten, Kaution und womöglich noch eine Provision für einen Makler zu zahlen, also das ist unmöglich.*⁴⁸⁵

Der Verein Wohnplattform schafft durch die Kooperation mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern somit die nötigen Bedingungen für den Zugang sowie für den Erhalt einer Wohnung. Durch das ‚zur Verfügung stellen‘ einer Wohnung für eine begrenzte Zeit ist es dem Verein möglich, einen Eindruck des/der KlientIn zu bekommen. *„Die Wohnplattform erlebt, wie ein/e KlientIn in der Wohnung zurecht gekommen ist und kann dann guten Gewissens bei den Bauträgern intervenieren und bekannt geben, dass diejenige Person alle Voraussetzungen für eine eigene Wohnung erfüllt, wenn eine Betreuung sicher gestellt ist- für manche wird man auch sicher nicht intervenieren können.*“⁴⁸⁶

Gemäß dieser Aussagen kann die anfangs aufgestellte Hypothese der Sinnhaftigkeit der Kooperation belegt werden.

Bezüglich einer übergreifenden Zusammenarbeit beziehen sich manche VertreterInnen der Betreuungseinrichtungen nicht ausschließlich auf die Vorgehensweise des Vereins Wohnplattform, sondern bringen Vorschläge für weitere Möglichkeiten zur sozialen Wohnraumversorgung ein. Beispielsweise besteht die Idee eines Bauvorhabens, das von gemeinnützigen Wohnbauträgern in Kooperation für sozial benachteiligte Personengruppen errichtet wird. Eine weitere Chance wird in Gemeinwesenarbeit gesehen, im Zuge derer SozialarbeiterInnen eingesetzt werden, um ganze Viertel oder mehrere Anlagen zu betreuen. In diesem Zusammenhang wird die fast gänzliche Abschaffung der Institution ‚Hausmeister‘ als besonders nachteilig befunden.^{487*}

Schmidsberger betrachtet eine diesbezügliche übergreifende Kooperation wiederum auf zwei Ebenen. Bezüglich Individualfällen, in denen ein dringender Wohnraumbedarf besteht, funktioniert die Vernetzung ihrer Einschätzung nach bereits sehr gut. Im Gegensatz dazu

* Diese Entwicklung dient jedoch nachhaltig der Minderung der in der Miete beinhalteten Betriebskosten, stellt also einen Schritt in Richtung leistbares Wohnen dar. Dennoch darf dieser Aspekt nicht ausschließlich im Kontext der Leistbarkeit betrachtet werden, sondern auch das damit einhergehende Manko steigender Anonymität, das von SozialarbeiterInnen als besonders nachteilig empfunden wird, soll nicht unberücksichtigt bleiben.

⁴⁸⁵ Interview mit Gabriele Sillipp (Geschäftsführerin des Frauenhauses Steyr) am 17.08.2005

⁴⁸⁶ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁴⁸⁷ vgl. Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

findet in der Wohnraumplanung noch keine ausreichende Vernetzung zwischen Wohnbauträgern und Sozialeinrichtungen statt. Würde man hierbei nicht ausschließlich stadtplanerische und architektonische Agenden wahrnehmen, sondern ExpertInnen aus dem Sozial- und dem Versorgungsbereich mit einbeziehen, wäre diese Prioritätensetzung besser durchführbar.

7.1.5 Voraussetzungen für eine übergreifende Zusammenarbeit

Die Voraussetzung für eine Kooperation fällt quer durch alle befragten Gruppen sehr unterschiedlich aus. Sie reichen von ‚korrekter Zusammenarbeit‘ über ‚gegenseitiges Vertrauen‘ und einer ‚zuverlässigen Erfüllung der Aufgaben‘ bis hin zu ‚Netzwerk‘ und ‚Systemarbeit‘.

Hier zeichnet sich zwischen den Sozialeinrichtungen und den gemeinnützigen Bauträgern ein geteiltes Bild ab. Es ist zu erkennen, dass Bauträger eher die Sorge teilen, *„dass ordentliche Leute in die Wohnungen kommen“*.⁴⁸⁸ Das Gefahrenpotential, dass Mieten nicht bezahlt werden, fällt aufgrund des Zuständigkeitsbereiches der Wohnplattform weg. Dennoch bleibt das Risiko, dass manche Personen sich nicht an die Hausordnung halten, kein angemessenes Verhalten gegenüber den NachbarInnen aufweisen oder einen erhöhten Lärmpegel verursachen. Das Problem zeichnet sich jedoch erst ab einer gewissen Zeit ab. Unmittelbar davon betroffene NachbarInnen können sich in Zukunft gegen eine/n NachmieterIn von dem Verein Wohnplattform auflehnen, da diese stets mit schlechten Erfahrungen assoziiert werden.⁴⁸⁹ *„Nachhaltigkeit würde auch bedeuten, dass die Leute, die dort einziehen, integrativer Bestandteil des Wohnbereiches oder dieses Wohnviertels [...] werden“*.⁴⁹⁰ Um dies zu erreichen, bedarf es laut Wögrath ausreichender Imagearbeit sowohl bei den Genossenschaften an sich als auch in der Nachbarschaft. Achleitner betont hier mit Nachdruck, dass viel Unterstützung durch das Auflassen der Hausmeister- Arbeit verloren gegangen ist. Wusste dieser früher über eine Person genau Bescheid, wirkte bei manchen Fällen als Problemlöser und meldete dies rechtzeitig bei den Sozialeinrichtungen, so kann ein/e HausverwalterIn heutzutage diese Aufgabe nicht mehr erbringen. *„Man hat jetzt*

⁴⁸⁸ Interview mit Robert Freudenthaler (Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG) am 12.09.2005

⁴⁸⁹ vgl. ebenda

⁴⁹⁰ Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

Hausverwalter, die nicht ein Haus betreuen, sondern ganze Straßenzüge und kaum mehr Kontakt haben und kaum mehr persönliches (miteinander austauschen).⁴⁹¹

Auch die zuverlässige Erfüllung der Aufgaben der einzelnen KooperationspartnerInnen wird als Grundvoraussetzung für eine derartige Kooperation angeführt. Dabei nimmt die Betreuung der MieterInnen durch SozialarbeiterInnen eine bedeutende Rolle ein: *„[...] dass die Leute sich nicht allein überlassen sind und womöglich in irgendwelche Problemverhalten zurückfallen, sondern dass sie durch Unterstützung dorthin geleitet werden, sich zu integrieren - in einen Arbeitsprozess, in einen Einkommensprozess und dann auch natürlich in die Bedienung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber Dienstleistern, wie zum Beispiel auch der Wohnungsgesellschaft, die die Wohnung zur Verfügung stellt.“⁴⁹²*

Eine Gesprächspartnerin verweist auf die Notwendigkeit zusätzlicher Ressourcen. *„Es müssen die Ressourcen da sein, dass die Möglichkeit besteht, wenn es nach zwei, drei Jahren mit den Bewohnern brenzlich wird, dass wir mit jemanden in Verbindung treten können.“⁴⁹³* Kommt es nach Jahren zu Mietausfällen oder Problemen mit NachbarInnen, sehen sich gemeinnützige Bauträger aufgrund mangelnden Handlungsspielraums der Machtlosigkeit ausgesetzt. Somit geht die Forderung von Seiten mancher Bauträger in Richtung ‚Aufbau einer Verbindungsstelle‘, mit der bei Auftreten von Problemen in Verbindung getreten werden kann.

In manchen Interviews wird die Forderung nach einer Expertenvernetzung formuliert. Dazu bedarf es eines Auftrags und eines Ziels. Dieses Ziel muss jedoch getragen werden - in den meisten Fällen ist dies Aufgabe der Politik. Des Öfteren können nützliche Erkenntnisse aus der Praxis nicht wirksam werden, da es an der Aufnahme dieser Ideen scheitert. In diesem Netzwerk sollte eine Diskussion über die Erkenntnisse erfolgen, die Sinnhaftigkeit überprüft werden, ebenso die Finanzierung und etwaige Alternativen.⁴⁹⁴ *„Gerade wenn ich die Wohnraumversorgung anschau, wird das zwar auf vielen Ebenen bearbeitet, aber die Koppelung wäre sicher noch verbesserungswürdig.“⁴⁹⁵* Eine landesweite Koordinationsstelle und Drehscheibe wäre erforderlich, um den Datenaustausch möglichst einfach über Regionen

⁴⁹¹ Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁴⁹² Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

⁴⁹³ Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

⁴⁹⁴ vgl. Interview mit Mag.^a Brigitta Schmidberger (Amt für Soziales, Jugend und Familie) am 24.08.2005

⁴⁹⁵ ebenda

hinweg zu gestalten.⁴⁹⁶ Schweitzer sieht die Netzwerkarbeit nicht ausschließlich auf ExpertInnenebene. *„Das geht (bis) dort hin, dass man regelmäßig Kontakt hält zu dem Trafikanten, der in der Nähe ist [...]“*⁴⁹⁷

Manche Auskunftspersonen verwenden in diesem Kontext auch Schlagwörter wie ‚einseitige Vertragslage‘, ‚prächtiges Einverständnis‘, ‚gegenseitige Offenheit‘, ‚Verlässlichkeit‘ und ‚Vertrauen‘. Sillipp führt an, dass es klar abgesteckter Vertragsmodalitäten bedarf, die die Rolle der einzelnen TeilnehmerInnen eindeutig festlegen. Das Einverständnis kann nur auf einzelne Personen reduziert werden und die Erfüllung liegt lediglich in deren Ermächtnis.

Wenn der Auftrag einer Sozialeinrichtung grundsätzlich niederschwellig angelegt ist, sollte darauf geachtet werden, diese unbedingt beizubehalten. Dies erfordert große Mühen, wobei oftmals beobachtet wird, wie das Niveau nach und nach durch die Kooperation mit der Wohnplattform ansteigt.⁴⁹⁸ So stellt ein Mitarbeiter des Vereins Substanz folgenden Sachverhalt klar: *„Wir sind Mitglied, nur die Bedingungen, die die Wohnplattform an die Wohnfähigkeit stellt, ist für unser Klientel etwas zu hochschwellig. Es hat teilweise funktioniert, aber es hat nicht zur Gänze funktioniert, wir bräuchten noch niederschwelligere Bedingungen.“*⁴⁹⁹

Der freiwillige Zugang zu den Leistungen des Vereins Substanz wird von dessen MitarbeiterInnen besonders hervorgehoben. Durch die Vermittlung von Wohnplattform-Wohnungen erhielt dieser jedoch plötzlich eine andere Funktion: *„[...] Plötzlich waren wir immer die Bösen, weil wir dann halt auch sagen mussten, hast du das gemacht und hast du das gemacht? [...] Also wir waren dann plötzlich die, denen ständig irgendetwas einfallen hat müssen, sei es Miete oder irgendetwas, das hat überhaupt nicht gezogen und das hat überhaupt nicht in unser Konzept gepasst. Wir waren dann schon so weit, dass wir die Leute gar nicht mehr gefragt haben, wie es ihnen geht, sondern ‚habt ihr die Miete schon gezahlt‘? ‚Ist die Wohnung sauber‘? Das ist jetzt etwas übertrieben, aber das hat sich gespießt und das war nicht sehr positiv für unser Vertrauensverhältnis und für unser Beziehungsverhältnis, weil die Leute das von uns einfach nicht gewohnt sind, weil wir einen anderen Auftrag*

⁴⁹⁶ vgl. Interview mit Mag. Stefan Hindinger (Leiter der Wohnungslosenhilfe Mosaik Vöcklabruck) am 30.08.2005

⁴⁹⁷ Interview mit MAS Valentin Schweitzer (Bezirksleiter von pro mente Vöcklabruck) am 29.09.2005

⁴⁹⁸ vgl. Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁴⁹⁹ Interview mit Georg Berndorfer, Sabine Falkner und Karin Moser (MitarbeiterInnen des Verein Substanz) am 12.08.2005

haben.“⁵⁰⁰ Auch wurde vom Betreuungspersonal erkannt, dass deren Klientel den von der Wohnplattform geforderten Level nicht einhalten kann. Häufig gab es Probleme mit Mietzahlungen, die nicht geleistet wurden, da das Geld für Drogen aufgewendet wurde. Aus diesen Gründen wurde die Kooperation mit dem Verein Wohnplattform von Seiten des Vereins Substanz momentan ‚auf Eis gelegt‘.

7.1.6 Zielsetzungen der Zusammenarbeit

Grundsätzlich hat sich ein Hauptziel, das sowohl die Betreuungseinrichtungen als auch die gemeinnützigen Wohnbauträger formulieren, herauskristallisiert: Die Bereitstellung bzw. Beschaffung von Wohnraum für sozial benachteiligte Personengruppen. Von Seiten der befragten Betreuungseinrichtungen darf jedoch ein wesentliches Motiv nicht übersehen werden: die Verwaltungsübernahme durch den Verein Wohnplattform. Es ist zu erkennen, dass es sich bei diesen Motiven und Zielen um bereits ausformulierte Feststellungen handelt, die in dem Kapitel, bei der der Frage nachgegangen wurde, ob die Kooperation als sinnvoll eingestuft wird, bereits abgehandelt wurden. Dennoch sollen diese Aussagen nicht unerwähnt bleiben.

Pahl verfolgt im Rahmen der Kooperation mit dem Verein Wohnplattform die Zielsetzung, *„Leute wieder in die Gesellschaft zu bringen, die außerhalb der Gesellschaft sind.“*⁵⁰¹ In diesem Zusammenhang betont Baumgarten den ‚Eigennutz‘, den gemeinnützige Wohnbauträger aus dieser Art der Zusammenarbeit ziehen. Aufgrund der Gegebenheit, dass bei gemeinnützigen Wohnbauträgern das ‚Soziale‘ stark in den Vordergrund gerückt wird, muss auch schwierigen Personengruppen eine Chance auf eine Wohnung gegeben werden.⁵⁰²

Andere wiederum formulieren ihre Zielsetzung kurz und prägnant: *„Wir erleichtern damit unser soziales Gewissen.“*⁵⁰³ Die Bündelung der Interessen von Menschen, die in der Gesellschaft schlechter gestellt sind, stehen dabei im Vordergrund, wobei ein wesentlicher Aspekt die Einbeziehung dieser so genannten ‚Plattform‘ ist.⁵⁰⁴

⁵⁰⁰ Interview mit Georg Berndorfer, Sabine Falkner und Karin Moser (MitarbeiterInnen des Verein Substanz) am 12.08.2005

⁵⁰¹ Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

⁵⁰² vgl. Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁵⁰³ Interview mit einer Mitarbeiterin der Neuen Heimat am 02.08.2005

⁵⁰⁴ vgl. ebenda

Als einzige gibt die LAWOG an, keine visionären Ziele zu verfolgen. Durch die Verpflichtung gegenüber den Gemeinden verfolgt sie keine offensive Firmenpolitik und tritt nicht selbst an Institutionen - wie den Verein Wohnplattform - heran. Ergibt sich jedoch trotzdem ein Kontakt und wird dieser für passend empfunden, wird eine Kooperation eingegangen. „[...] wir haben keine visionären Zielsetzungen dabei. Wir schauen uns das an, weil - eben wie gesagt - das bei uns eh nicht so sein kann, dass wir da immer aus einem großen Topf schöpfen können und ich sage, okay, dort gebe ich ihnen 30 Wohnungen und dort auch noch 20. Das geht nicht. Das heißt, es sind so punktuelle Anknüpfungspunkte, die wir einfach in diversen Organisationen haben.“⁵⁰⁵

So mancher reagierte auf die Frage der Motive und Ziele im Zuge der Zusammenarbeit mit der Wohnplattform verblüfft. „Wir sind ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen und das muss eigentlich Motiv genug sein.“⁵⁰⁶

Trotz der Aussage des Vertreters der LAWOG kann festgestellt werden, dass gemeinnützige Wohnbauträger aufgrund ihres sozialen Auftrags grundsätzlich eine hohe Bereitschaft aufweisen, Wohnungen an den Verein Wohnplattform zu vermieten. Dies bestätigt die aufgestellte Hypothese.

Wie bereits erwähnt, stellen sich Übergangswohnungen als geeignete Versuchsfelder dar, um zu testen, ob gewisse Personen bereit bzw. fähig sind, in einer eigenen Wohnung zu leben. Sollte sich gegenteiliges herausstellen, so hat dies keine Konsequenzen sowohl für die Betreuungseinrichtungen als auch für ihre KlientInnen. Der Untermietvertrag erlaubt diesen Versuch, da im Falle des Scheiterns keine Delogierungsapparaturen anfallen und auch bei den Genossenschaften findet sich kein negativer Vermerk über die jeweilige Person vor.⁵⁰⁷

Ein wesentliches Motiv ist die Abnahme der Verwaltung der Wohnungen seitens des Vereins Wohnplattform. Furlinger-Nagel formuliert dies folgendermaßen: „Der Vermieter muss die Miete einfordern und der Betreuer muss schauen, dass er die Dinge regelt.“⁵⁰⁸ Auch macht sie darauf aufmerksam, wie viel Fachkenntnis hinter der Wohnungsverwaltung steckt. „Wenn

⁵⁰⁵ Interview mit Ing. Siegfried Sattlberger MSc (Leiter des Immobilienservices der LAWOG) am 04.10.2005

⁵⁰⁶ Interview mit Robert Freudenthaler (Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG) am 12.09.2005

⁵⁰⁷ vgl. Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁵⁰⁸ Interview mit Mag.^a Helga Furlinger-Nagel (Mitarbeiterin von WieWo und ReWo) und Mag. Heinrich Zauner (Geschäftsführer des Vereins ARGE für Obdachlose, Vereinsvorsitzender des Vereins Wohnplattform) am 26.08.2005

*man sich ARGE SIE anschaut, die fünf Wohnungen haben, wenn man da das ganze Know-how bräuchte, da müsste man im Verein selbst wahrscheinlich irgendwen aufbauen, der sich mieterrechtlich auskennt und das dann auch könnte. [...] da bräuchte man wahrscheinlich schon wieder eine Halbtagskraft, dass alles zu verwalten. Und das wäre sicher nicht sinnvoll.*⁵⁰⁹

Viele GesprächspartnerInnen betonen immer wieder mit Nachdruck, dass durch diese Vorgangsweise die Doppelrolle als VermieterIn und BetreuerIn vermieden wird bzw. manche diese hinter sich lassen konnten. *„Wir sollen eine Beziehung zum Klienten aufbauen und dann ist man aber gleichzeitig auch der Wohnungsverwalter und wir sollen sie ja vorbereiten auf eine Genossenschaftswohnung und da ist dann auch eine Genossenschaft da, die warnt, wenn keine Miete reinkommt.“*⁵¹⁰ Somit kann man zusammenfassend wiederum eine große Sinnhaftigkeit der Vorgehensweise des Vereins Wohnplattform feststellen.

7.1.7 Funktionsweise der Kooperation mit der Wohnplattform

Insgesamt zieht sich durch die Gespräche die Tendenz, dass es sich bei der Kooperation um eine relativ unkomplizierte Vorgehensweise handelt. Bezüglich der Kontaktaufnahme können Unterschiede zwischen den gemeinnützigen Wohnbauträgern und den Betreuungseinrichtungen festgestellt werden.

Die Bauträger werden vorwiegend von der Wohnplattform kontaktiert, wenn diese eine Wohnung benötigt. In seltenen Fällen erfolgt eine Kontaktaufnahme durch den Bauträger bei Freiwerden einer für das Klientel der Wohnplattform geeigneten Wohnung. So schildert ein Interviewpartner die Vorgehensweise wie folgt: *„Das erfolgt so, dass die Wohnplattform Bedarf anmeldet in bestimmten Siedlungsgebieten und wir schauen halt, ob wir dort Wohnungen anbieten können und dann wird ein Mietvertrag abgeschlossen. Die Initiative geht also eher von der Wohnplattform aus. Es ist sehr selten, dass wir sagen, wir hätten da jetzt irgendein Projekt, würdet Ihr dort eine Wohnung brauchen.“*⁵¹¹

⁵⁰⁹ Interview mit Mag.^a Helga Furlinger- Nagel (Mitarbeiterin von WieWo und ReWo) und Mag. Heinrich Zauner (Geschäftsführer des Vereins ARGE für Obdachlose, Vereinsvorsitzender des Vereins Wohnplattform) am 26.08.2005

⁵¹⁰ ebenda

⁵¹¹ Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

Bezüglich der Häufigkeit der Kontaktaufnahme äußert sich ein Gesprächspartner folgendermaßen: *„Es ist optimal so, wie es jetzt ist. Es nutzt nichts, wenn mich ein Mitarbeiter der Wohnplattform alle zwei Wochen anruft, weil es ändert nichts an der Tatsache, wann eine Wohnung zurückkommt. Wenn jemand kündigt, kommt eine Wohnung zurück, wenn niemand kündigt, kommt nichts zurück. Ich meine, eine gewisse Ehrlichkeit gehört dazu, das heißt, ich weiß, wenn er mich anruft, dann ruft er nicht zum Spaß an. [...] Und wenn ich anrufe, dann habe ich etwas [...].“*⁵¹²

Eine Mitarbeiterin der Neuen Heimat nimmt mit ihrer Aussage eine gewisse Sonderstellung ein: *„Ja, da machen wir es uns ein bisschen leicht, muss ich ehrlich sagen, weil wir heften uns das Mascherl ‚wir kooperieren‘ um, aber im Endeffekt gehen wir für uns den leichtesten Weg, weil wir geben die Wohnungen so quasi in einem Generalmietvertrag an Institutionen wie die Wohnplattform und die zahlen uns die Miete. Über die Hintergrundinformationen oder ob Probleme in den einzelnen Wohnungen auftauchen, darauf haben wir gar keinen Einfluss und auch gar keinen Einblick.“*^{513*} Dennoch vertritt auch sie die Haltung, dass die Kooperation seitens der Bauträger keinen großen Aufwand verlangt, deren Risiko sich aufgrund der Mietzahlungen, der Konfliktlösung durch die Wohnplattform, etc. sehr gering hält.

Ein anderer Vertreter eines gemeinnützigen Wohnbauträgers führt an, dass er neben dem regelmäßigen Kontakt zur Wohnplattform auch Sozialeinrichtungen, für deren Klientel ansonsten keine Möglichkeit auf eine Wohnung besteht, an die Wohnplattform verweist. Auch Wohnungssuchende werden auf die Wohnplattform aufmerksam gemacht, wenn diesen keine Chance auf eine Wohnung eingeräumt wird.⁵¹⁴

Während bei den Bauträgern eine einheitliche Vorgehensweise erkennbar ist, zeichnet sich bei den Betreuungseinrichtungen ein unterschiedliches Bild ab. Großteils findet ein regelmäßiger Austausch mit der Wohnplattform statt. *„Wir haben regelmäßig Kontakt, wir sind regelmäßig am Telefonieren, also wir sind im ständigen Austausch.“*⁵¹⁵ *„[...] Meine Kolleginnen pflegen persönliche Kontakte, rufen regelmäßig an, schildern die Umstände der*

* Es muss hinzugefügt werden, dass ein Bauträger als Vermieter sehr wohl Einfluss auf bzw. Einblick in Probleme dahingehend, dass ein erhöhter Lärmpegel vorherrscht, Nachbarschaftskonflikte existieren, MieterInnen vom normalen Wohnungsgebrauch stark abweichen, etc., hat.

⁵¹² Interview mit Robert Freudenthaler (Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG) am 12.09.2005

⁵¹³ Interview mit einer Mitarbeiterin der Neuen Heimat am 02.08.2005

⁵¹⁴ vgl. Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁵¹⁵ Interview mit Mag.^a Helga Furlinger-Nagel (Mitarbeiterin von WieWo und ReWo) und Mag. Heinrich Zauner (Geschäftsführer des Vereins ARGE für Obdachlose, Vereinsvorsitzender des Vereins Wohnplattform) am 26.08.2005

*Frauen [...].*⁵¹⁶ Diejenigen, die einen unregelmäßigen Kontakt pflegen, wenden sich nur bei Vorliegen konkreter Anlässe an die Wohnplattform. *„Steht eine Wohnung frei und wir (als Betreuungseinrichtung) benötigen für einen unserer Klienten eine Wohnung, dann sagt man, müssen wir uns treffen, kennen lernen, die Wohnung anschauen, auch dieses Vorgespräch muss stattfinden mit dem Herrn Mayrhofer, der für uns zuständig ist [...].“*⁵¹⁷

Weiters wurde angegeben, dass Betreuungseinrichtungen der Wohnplattform neben der ‚üblichen Kooperation‘ auch unterstützend zur Seite stehen: *„[...] die Wohnplattform hat vor ein paar Jahren mit der Regionalisierung begonnen. Da haben wir mit ihnen kooperiert, weil wir teilweise aufgrund längerer Erfahrung vor Ort auch Kontakte haben - in Ried im Innkreis war das zum Beispiel so - durch die wir ihnen dann Zugänge vermitteln konnten. [...] Wir waren da zentral involviert und sind dann halt auf die Gemeinden mitgegangen [...].“*⁵¹⁸

Das Amt für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz sieht die MitarbeiterInnen des Vereins Wohnplattform als vom Land anerkannte ExpertInnen im Bereich der Wohnungsbeschaffung und Wohnungsversorgung und zieht diese zusätzlich zum Aufzeigen von vorherrschenden Bedarfslagen heran.

Zusammenfassend kann die Funktionsweise der Kooperation der Wohnplattform mit den gemeinnützigen Bauträgern und den Betreuungseinrichtungen als unkompliziert, unbürokratisch und reibungslos eingestuft werden. Die an der Kooperation Beteiligten konstatieren grundsätzlich eine hohe Zufriedenheit.

Die Frage nach Verbesserungsvorschlägen führte wieder zu Unterschieden zwischen Bauträgern und Betreuungseinrichtungen. Bis auf einen können sämtliche VertreterInnen der gemeinnützigen Wohnbauträger keine Verbesserungsvorschläge nennen. Einer begründet dies in der Tatsache: *„[...] weil das bei uns so eine Routinegeschichte (ist). Wahrscheinlich nimmt man sich dann aus dem routinemäßigen Umgang auch zuwenig Zeit dazu, dass man darüber nachdenkt, aber zum Nachdenken fängt man in der Routine immer erst dann an, wenn etwas eckt, und nachdem das nicht so ist, haben wir bis jetzt keine Veranlassung dazu gehabt, darüber intensiv nachzudenken.“*⁵¹⁹

⁵¹⁶ Interview mit Gabriele Sillipp (Geschäftsführerin des Frauenhauses Steyr) am 17.08.2005

⁵¹⁷ Interview mit MAS Valentin Schweitzer (Bezirksleiter von pro mente Vöcklabruck) am 29.09.2005

⁵¹⁸ Interview mit Lothar Jochade (Geschäftsführer des Vereins I.S.I.) am 23.08.2005

⁵¹⁹ Interview mit Ing. MSc Siegfried Sattlberger (Leiter des Immobilienservices der LAWOG) am 04.10.2005

Lediglich Baumgarten bemerkt: „[...] für mich wäre ja die Wohnplattform – und so hat sich das Landesrat Ackerl auch gedacht – ja eher viel weit reichender gewesen. Das hat sich aber anscheinend eher zerschlagen, weil sehr viele Sozialvereine selber Wohnungen anmieten. Und eher wäre es meines Wissens nach zumindest so gewesen, dass die Wohnplattform das Gesamte abdeckt und diese Vereine über die Wohnplattform auch Wohnungen annehmen. Was ja auch noch vernünftig wäre, weil dann hat man das in einer zentralen Hand, aber da ist halt das eigene ‚Supperl kochen‘ anscheinend bei den Vereinen wichtig. [...] Zum Teil nimmt sie die Wohnplattform nicht, weil sie sagen, sie haben die personellen Ressourcen nicht. Ich meine, dass wissen wir eh, dass ein gewisses Maß an Förderungen da ist und mehr nicht. Nur es passieren so viele Doppelgleisigkeiten, die einen Haufen Geld kosten bei den Vereinen generell. Da werden die Leute teilweise von drei verschiedenen Vereinen betreut. Meines Erachtens nach ist das Unsinn. [...] Was jetzt nicht heißen soll, dass die Vereine generell umsonst sind, das will ich überhaupt nicht sagen. Nur ich glaube, dass man die Effizienz steigern kann, wenn man das koordiniert [...].“⁵²⁰

Wenngleich auch alle Befragten der Betreuungseinrichtungen die Einschätzung einer hohen Zufriedenheit als TeilnehmerIn dieser Kooperation teilen, bedürfen die Verbesserungsvorschläge einer differenzierten Betrachtung. Während etwa die Hälfte der GesprächspartnerInnen keine nennen, da die derzeitige Funktionsweise der Kooperation problemlos verläuft, führen die übrigen verschiedenste Vorschläge an, die nachstehend aufgezeigt werden.

„Es gibt manchmal so Wünsche, die dann eh diskutiert werden, wo es schon Ansätze gibt, zum Beispiel, dass es manchmal KlientInnen gibt, für die es eine sehr große Schwierigkeit ist - gerade wenn sie aus dem psychiatrischen Bereich kommen - dass sie sich auf eine Wohnung einlassen, in der sie zwölf Monate sind und nach acht oder neun Monaten muss man eigentlich schon wieder schauen, wie es danach weitergeht. Da wird versucht, dass sie ihre Wohnplattform- Wohnung behalten können und dafür die Wohnplattform wieder eine andere bekommt. Das ist natürlich mit viel organisatorischem Aufwand verbunden, wird aber in Einzelfällen bereits ermöglicht.“⁵²¹

⁵²⁰ Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁵²¹ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

„[...] mehr Optionen für dauerhafte Wohnmöglichkeiten.“⁵²²

„Wo auch manchmal ein Bedarf besteht, sind Wohngruppen, gerade bei Jugendlichen. Also dass man größere Wohnungen bereithält, in denen mehrere Personen wohnen können.“⁵²³

„Wenn die Wohnplattform mehr Wohnungen zur Auswahl hätte, könnte man besser tendieren, also könnte man sich besser überlegen, ob die Frau jetzt in einem anderen Stadtteil besser aufgehoben wäre, wo die Kinder schon in die Schule gehen oder so irgendetwas. Aber es ist natürlich das Problem, dass wir ganz oft das nehmen müssen, was wir bekommen. Aber ich glaube, dass das nicht in der Sphäre der Wohnplattform liegt.“⁵²⁴

„[...] Für uns wäre es interessant, wenn in den Regionen mehr Angebote vorhanden wären.“⁵²⁵

„Grundsätzlich könnten es teilweise mehr Wohnungen sein, aber das ist natürlich nicht das Manko der Wohnplattform, sondern der Gemeinden oder der Wohnbaugenossenschaften, die diese zur Verfügung stellen müssen.“⁵²⁶

„[...] ein großer Punkt sind [...] Asylwerber, die ja nicht bei der Wohnplattform untergebracht werden können, aber bei uns häufig als Obdachlose anfallen. Sie haben ein sehr geringes Einkommen, meistens monatlich € 290 - 110 davon sind für die Wohnung und 180 für den Lebensunterhalt – mit denen sie auskommen müssen. Sie dürfen nicht arbeiten, können sich also nichts dazuverdienen und brauchen einen Wohnplatz. Das ist für SozialarbeiterInnen manchmal gar nicht auszuhalten, die nicht unterbringen zu können. Und der freie Wohnungsmarkt mit dem Kautionswesen und der Ausländerfeindlichkeit stellt da eigentlich nichts zur Verfügung und auch die Wohnplattform nicht, wobei es selbstverständlich ist, dass man da sagt, dann platzt binnen kürzester Zeit unser Angebot. Wir können nicht alle versorgen, die kommen würden.“⁵²⁷

⁵²² Interview mit Lothar Jochade (Geschäftsführer des Vereins I.S.I.) am 23.08.2005

⁵²³ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁵²⁴ Interview mit Gabriele Sillipp (Geschäftsführerin des Frauenhauses Steyr) am 17.08.2005

⁵²⁵ Interview mit Lothar Jochade (Geschäftsführer des Vereins I.S.I.) am 23.08.2005

⁵²⁶ Interview mit Mag. Stefan Hindinger (Leiter der Wohnungslosenhilfe Mosaik Vöcklabruck) am 30.08.2005

⁵²⁷ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

7.1.8 Kriterien der Wohnungsvergabe

Von besonderem Interesse stellen sich die Kriterien der Wohnungen, die dem Verein Wohnplattform zugeteilt werden, heraus. Grundsätzlich wird dabei Rücksicht auf die von der Wohnplattform gewünschten Merkmale wie Größe, Preis und Lage genommen. Prinzipiell besteht vorwiegend ein Bedarf an kleinen und günstigen Wohnungen.

Von Seiten der GWG Linz, die der Wohnplattform die meisten Wohnungen zur Verfügung stellt, wird auf folgendes geachtet: *„Die Wohnungen dürfen nicht nebeneinander liegen, nicht direkt im selben Haus, aber im selben Gebiet sein.“*⁵²⁸

Ähnlich verfährt auch die GIWOG: *„Wichtig ist dabei, dass es nicht zu einer Verdichtung solcher Wohnungen kommt, sondern dass sie irgendwo in der Gruppe untergehen. Sehr gut ist, wenn bereits beim Erstbezug eine Wohnung für die Wohnplattform definiert wird, weil es bildet sich ja ein System der Hausgemeinschaft und da sind dann die Wohnplattform und ihre Mieter integrierter Bestandteil dieser Hausgemeinschaft. Wenn ich in eine bereits bestehende Hausgemeinschaft eine Wohnung reinbringe, dann kommen immer die Probleme, wie wenn irgendein Neuer in ein bestehendes System eindringt und es gewisse Abwehrbewegungen geben mag. Es ist nicht dramatisch, aber es kann dann durchaus sein, dass sich irgendwelche Vorurteile entsprechend manifestieren.“*⁵²⁹

Lediglich ein Gesprächspartner gibt an, dass die Wohnungsvergabe an den Verein Wohnplattform keinen speziellen Bedingungen unterliegt.

7.1.9 Auswahl der KlientInnen

Wie bereits ausgeführt wurde, sind Betreuungseinrichtungen für die Auswahl der KlientInnen, die eine Übergangswohnung der Wohnplattform zur Verfügung gestellt bekommen, zuständig. Dafür bedarf es bestimmter Kriterien, die von den KlientInnen erfüllt werden müssen. Nachstehend werden diese behandelt.

⁵²⁸ Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

⁵²⁹ Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

Immer wieder wird erwähnt, dass ein stabiles Einkommen gewährleistet sein muss, um den Erhalt der Wohnung dauerhaft zu sichern. So führt eine Vertreterin einer Betreuungseinrichtung an: *„In erster Linie müssen sie einmal die Miete bezahlen können, also irgendein Einkommen haben, das halbwegs ausreichend ist. Da gibt es ja auch von den Genossenschaften eine ‚Über-den-Daumen-Rechnung‘, die besagt, dass die Wohnkosten ein Drittel des Einkommens nicht übersteigen sollen.“*⁵³⁰ Dies bezieht sich nicht nur auf die Dauer der Inanspruchnahme einer Übergangswohnung, sondern soll über das eine Jahr hinaus garantiert sein. Dabei handelt es sich nicht nur um das klassische Erwerbseinkommen, sondern auch um Unterhaltszahlungen, Invaliditätsrenten, etc.⁵³¹

Weiters muss ein/e KlientIn ‚Wohnfähigkeit‘ aufweisen, wobei dieser Begriff von sämtlichen GesprächspartnerInnen kritisch hinterfragt angewendet wird. *„Er muss jedenfalls eine Grundwohnfähigkeit haben, also eine gewisse Fähigkeit, sich an Regeln zu halten, gewisse hygienische Voraussetzungen und ein Mindestmaß an intellektuellen Voraussetzungen müssen vorhanden sein, damit es verantwortbar ist.“*⁵³² Im Laufe der Betreuung erfolgt eine Erarbeitung dieser Forderungen, *„[...] dass die Leute diese Dinge, die sie brauchen, um leben zu können, wieder lernen und beginnen“*⁵³³. Dies impliziert auch die Bereitschaft der KlientInnen, an ihrem Entwicklungsprozess aktiv mitzuarbeiten und den notwendigen Willen dafür aufzubringen. Trotz allem muss ein Minimum an hausarbeiterischen Fähigkeiten vorhanden sein.⁵³⁴

Relativ häufig äußern VertreterInnen von Betreuungseinrichtungen das notwendige Vorhandensein allgemeiner Verträglichkeit. Konflikte mit NachbarInnen sollen weitgehendst ausgeschlossen werden, womit ein vorprogrammierter Auszug einhergehen würde. Dies kann jedoch lediglich auf Einschätzung der SozialarbeiterInnen beruhen. Insbesondere Jugendliche sind mit dem Klischee behaftet, kein angemessenes Verhalten aufzuweisen. *„[...] das sind die klassischen Verhalten der Jüngeren - einer bekommt eine Wohnung und fünf wohnen dann darin. Das heißt, wie sehr traut man jemandem dann zu, dass er sich gegenüber seinen Freunden abgrenzt oder ist dann jedes Wochenende durchgehend eine Party? Das ist*

⁵³⁰ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁵³¹ vgl. ebenda

⁵³² Interview mit Mag.^a Brigitta Schmidberger (Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz) am 24.08.2005

⁵³³ Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁵³⁴ vgl. ebenda

*durchaus ein Kriterium, dass man vielleicht bei manchen sagt, lieber nicht, weil man nach einem Monat dann die Kündigung hat, dann hat man erst recht einen Stress.*⁵³⁵ Bei Jugendlichen gilt in der Regel die Voraussetzung der Volljährigkeit. Hat der/die KlientIn das achtzehnte Lebensjahr noch nicht erreicht, ist die Zustimmung der Eltern oder des Jugendamtes - je nachdem, wer Obsorge trägt - erforderlich.⁵³⁶

Ein weiteres Kriterium stellt die Verlässlichkeit dar. Termine und Abmachungen müssen generell eingehalten werden. Weisen KlientInnen diese Verlässlichkeit nicht auf, wird das Risiko eines vorprogrammierten Scheiterns in der Regel nicht eingegangen. Über die finanzielle Verlässlichkeit bekommen SozialarbeiterInnen erst im Zuge der Wohnbetreuung unmittelbaren Eindruck. Es wird insbesondere stets beachtet, ob sämtlichen finanziellen Verpflichtungen nachgegangen wird.⁵³⁷

Speziell bei Frauenhäusern stellt sich die Frage, ob Klientinnen in absehbarer Zeit wieder heimkehren oder ob bei Inanspruchnahme einer Übergangswohnung ein Partner mit einzieht. In beiden Fällen reduziert sich die Chance auf eine Wohnplattform- Wohnung, da eine Unterstützung ganzer Familien die finanziellen Möglichkeiten der Frauenhäuser übersteigt. Anzumerken ist jedoch, dass diese nicht strikt gegen den Aufbau einer neuen Beziehung sind.⁵³⁸

Lediglich eine Gesprächspartnerin gibt an, dass keine Voraussetzungen gegeben sein müssen, um eine Wohnplattform- Wohnung zu erhalten, „[...] denn Frauen, die bei uns sind, sind ja Frauen, die schon genug Gründe haben, dass sie ins Frauenhaus kommen.“⁵³⁹ Es stellt sich heraus, dass sie als einzige die Meinung vertritt, dass Frauen, die über ein sicheres Einkommen verfügen, nicht auf das Angebot der Wohnplattform angewiesen sind. Begründet wird dies in den besseren Aussichten am ‚normalen‘ Wohnungsmarkt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass - bis auf eine Ausnahme - eine sorgfältige Auswahl der KlientInnen vorgenommen wird, denen eine Chance auf eine Übergangswohnung des Vereins Wohnplattform eingeräumt wird. „Wir versuchen, da sehr

⁵³⁵ Interview mit Lothar Jochade (Geschäftsführer des Vereins I.S.I.) am 23.08.2005

⁵³⁶ vgl. ebenda

⁵³⁷ vgl. Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁵³⁸ vgl. Interview mit Gabriele Sillipp (Geschäftsführerin des Frauenhauses Steyr) am 17.08.2005

⁵³⁹ Interview mit einer Mitarbeiterin des Frauenhauses Vöcklabruck am 02.08.2005

sorgsam umzugehen: mit Rücksicht auf den Klienten aber auch auf die Wohnplattform. Es macht ja für alle Beteiligten keinen Sinn, wenn ich mit Gewalt jemanden vermittele, wo ein Scheitern vorprogrammiert ist.“⁵⁴⁰

7.1.10 Betreuungsfrequenz und –inhalte

Die Häufigkeit der Wohnungsbesuche fällt sehr unterschiedlich aus, wobei - bis auf zwei Ausnahmen - mindestens einmal im Monat, wie mit dem Verein Wohnplattform vertraglich vereinbart, Besuche in der Wohnung stattfinden. Sie reichen von täglich bis hin zu einmal im Monat. Zu Beginn der Betreuung ist die Frequenz in der Regel sehr hoch, wobei der Kontakt zu den BetreuerInnen im Laufe der Zeit weniger wird. *„Das hat aber mit vielen Faktoren zu tun. Es können einmal Krisen auftreten und hat auch viel damit zu tun, wie das Hilfesuchverhalten der einzelnen Leute ist. Also es gibt Leute, da kann man sich darauf verlassen, sobald es ein Problem gibt oder sie etwas nicht verstehen, melden sie sich. Und es gibt Leute, die würden das nie tun, die sterben, bevor sie etwas sagen. [...] Es wird immer Zeiten geben [...], wo man mehr Kontakt hat, weil da irrsinnig viel los ist. Dann sind auch wieder Ruhephasen, in denen der Kontakt wieder weniger wird.*“⁵⁴¹

Betreuungsinhalte scheinen stark individuell und personenbezogen. *„Das ist individuell verschieden, also es gibt überhaupt kein Patentrezept, wie man jetzt einen Klienten betreut, weil das muss man sich dann ganzheitlich anschauen, wo jetzt seine Problemfelder sind und die sind bei einem jeden verschieden. Also was immer gleich ist, ist, dass wir das Chaos ordnen müssen, was sie haben.*“⁵⁴² Es kann eine Abstimmung auf das jeweilige Klientel festgestellt werden. Das heißt, dass die Inhalte der Betreuung zwischen den verschiedenen Sozialeinrichtungen abweichen. Beispielsweise zielt pro mente Vöcklabruck auf Symptomreduzierung bzw. Heilung ihrer KlientInnen ab, wohingegen das Frauenhaus Steyr die Erziehungs- und Lebensberatung als einen Schwerpunkt der Betreuung sieht.

⁵⁴⁰ Interview mit Mag.^a Brigitta Schmidsberger (Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz) am 24.08.2005

⁵⁴¹ Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁵⁴² Interview mit Mag.^a Helga Furlinger-Nagel (Mitarbeiterin von WieWo und ReWo) und Mag. Heinrich Zauner (Geschäftsführer des Vereins ARGE für Obdachlose, Vereinsvorsitzender des Vereins Wohnplattform) am 26.08.2005

Trotz dieser differenzierten Schwerpunktsetzung sind Gemeinsamkeiten in der Betreuung erkennbar. Eine Kontrolle der Haushaltsführung ist für viele Befragten unumgänglich. *„Es beinhaltet natürlich auch zu schauen, ist noch Strom da, wie machen die es mit dem Lüften, ist schon überall der Schimmel in den Ecken, wird bei offenen Fenstern geheizt,... Solche ganz einfachen Dinge praktischer Art. [...] Bei manchen KlientInnen ist es zum Beispiel auch sinnvoll, mit ihnen anfangs mal zu kochen. Natürlich ist das eine Zeitfrage, aber es gibt manche Leute, die nie gelernt haben, sich selber zu versorgen.“*⁵⁴³

Die KlientInnen erfahren auch Unterstützung im Umgang mit finanziellen Mitteln. Es wird kontrolliert, ob die Wohnkosten gedeckt sind und falls BetreuerInnen abschätzen können, dass die notwendigen Geldmittel nicht aufgebracht werden können, wird versucht, rechtzeitig Zuschüsse zu organisieren.⁵⁴⁴ Weiters können in der Regel psychosoziale Beratung und Krisenintervention in Anspruch genommen werden.⁵⁴⁵

7.1.11 Probleme in der Wohnversorgung bzw. -betreuung

Die Hypothese, dass im Rahmen der Wohnversorgung bzw. -betreuung Probleme auftreten, wird den Aussagen der Befragten vorangestellt. Ob diese verifiziert oder falsifiziert wird, ergibt folgender Abschnitt.

Die Einschätzung der Problemhäufigkeit fällt quer durch alle befragten VertreterInnen gemeinnütziger Bauträger auffallend gering aus. In nahezu allen Gesprächen werden keine Probleme genannt und die wenigen, die Probleme verzeichnen, bemerken, dass diese nur vereinzelt auftreten und rasch vom Verein Wohnplattform abgestellt werden. Nur die GWG Linz schildert ein häufigeres Auftreten von Schwierigkeiten, das jedoch in der vergleichsweise sehr hohen Anzahl an Wohnplattform- Wohnungen begründet werden kann. Jedoch wird auch gegen diese unverzüglich seitens der Wohnplattform vorgegangen.

Bei Auftreten von Beschwerden über Wohnplattform- MieterInnen muss gemäß den Aussagen der befragten Bauträger stets hinterfragt werden, ob diese tatsächlich in diesem Ausmaß vorliegen oder ob die Nachbarschaft übersensibel reagiert. Es entspricht den

⁵⁴³ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁵⁴⁴ vgl. ebenda

⁵⁴⁵ Interview mit einer Mitarbeiterin des Frauenhauses Vöcklabruck am 02.08.2005

Erfahrungen der Befragten, dass sich Vorurteile der BewohnerInnen bereits bei andersartigem äußerem Erscheinungsbild manifestieren. So schildert Pilarz ein Erlebnis, bei dem MieterInnen der Wohnplattform unverschuldet und lediglich aufgrund ihres Aussehens von der Nachbarschaft beschuldigt wurden, einen erhöhten Lärmpegel zu produzieren, was in einer Überbelegung der Wohnung begründet wurde. Eine anschließende Überprüfung des Vereins Wohnplattform hat ergeben, dass dies nicht der Wahrheit entsprach. Dies blieb von Seiten der GIWOG nicht ohne Konsequenzen, indem sie sofort mit den MieterInnen, die diese unbegründete Beschuldigung ausgesprochen haben, in Verbindung getreten ist. Um derartige Fälle zu vermeiden, wird in der Regel versucht, die jeweilige Vergangenheit der Wohnplattform- KlientInnen vor den anderen HausbewohnerInnen geheim zu halten.

Man darf jedoch nicht ausschließlich davon ausgehen, dass Beschwerden über Wohnplattform- MieterInnen unbegründet sind. Beispielsweise wird ein Fall geschildert, in dem eine Resozialisierung des Betroffenen offensichtlich gescheitert ist und in Form von Bedrängungen und Belästigungen restlicher MitgliederInnen der Hausgemeinschaft ersichtlich wurde. Trifft dies zu, urteilen sämtliche GesprächspartnerInnen sehr positiv über die rasche Konfliktlösung des Vereins Wohnplattform. Hier liegt der große Vorteil für gemeinnützige Bauträger in der Kooperation mit der Wohnplattform. Ist dieser Tatbestand einem/r ‚normalen‘, unbetreuten MieterIn nachzuweisen, sind den Bauträgern, solange keine Mietrückstände vorliegen, die Hände gebunden. *„[...] ich brauche womöglich sechs Monate, bis ich den aus der Wohnung entfernt habe und da kann einiges passieren. Das heißt, es kann zu Misshandlungen von MitbewohnerInnen kommen bis hin zu strafrechtlich relevanten Aktionen. Das ist der gigantische Vorteil: die Wohnplattform ist da sehr schnell in der Reaktion. Wenn es also wirklich hieb- und stichfest ist, dass da was passiert und dass der kein Einsehen hat und seine Situation nicht wirklich ändern oder verbessern will, sondern sich weiter zu Lasten anderer auslebt, dann ist das der große Vorteil von derartigen Kooperationen.“*⁵⁴⁶

Ein Interviewpartner der WSG betont mit Nachdruck, dass es bei einem vermehrten Auftreten von Problemen zu einem Überdenken der Kooperation mit der Wohnplattform kommen würde. Dies würde schließlich einen Ansturm der MieterInnen auf die WSG auslösen: *„Weil die Leute kommen nicht zum Herrn Mayrhofer, sondern die Leute kommen zur WSG und sagen, wen gebt ihr denn mir da hinein, der säuft oder macht das und das. Die Leute sind*

⁵⁴⁶ Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

*böse teilweise. Da muss man dazu sagen, wenn es so läuft wie jetzt, ist es optimal. Man hört nichts und damit ist es ein Zeichen, dass die Leute das nicht mitbekommen.*⁵⁴⁷

Die Frage, ob bezüglich der Problemhäufigkeit ein Unterschied zwischen Wohnplattform-MieterInnen und unbetreuten MieterInnen zu erkennen ist, verneinen sämtliche VertreterInnen von gemeinnützigen Wohnbauträgern. „[...] wenn ich das jetzt hochrechne auf den Durchschnitt ‚Probleme mit Mietern‘ - ‚Probleme mit Mietern von Plattform-Wohnungen‘, dann würde ich da gar keinen großen Unterschied sehen. Das ist auch das, was zu den Qualitäten dieses Projekts gehört, dass durch die Betreuung - obwohl diese Bewohnerschaft von den Voraussetzungen her problemgeneigt wäre, dass man sagen muss, mit denen hat es immer Probleme gegeben oder die haben immer Probleme gemacht. Tatsächlich, also im praktischen Leben, ist überhaupt keine signifikant höhere Problemstellung als bei den restlichen ‚normalen‘ Mietern in den Siedlungen. Problemmieter gibt es zwischen einem Promill und einem Prozent herum und das ist bei der Wohnplattform in keinsten Weise höher, eher würde ich es als geringer betrachten durch die Qualität der Betreuung.“⁵⁴⁸ Um dies zu untermauern, werden noch andere Zitate herangezogen: „Also im Verhältnis sicherlich nicht, nein.“⁵⁴⁹ „Nein, das kann ich nicht bestätigen. Da gibt es keinen Unterschied.“⁵⁵⁰

Quer durch Gespräche mit VertreterInnen von Sozialeinrichtungen zieht sich der Standpunkt, dass es sich bei deren Wohnbetreuung um ein instabiles und krisenanfälliges Klientel handelt. Das heißt, das Auftreten von Problemen kann als Alltag bezeichnet werden. Wiederum hat sich herauskristallisiert, dass die mit der Wohnbetreuung einhergehenden Schwierigkeiten individuell verschieden auftreten. Dies ist abhängig von der Lebensgeschichte der KlientInnen, vom momentanen Freundeskreis, etc.⁵⁵¹

Probleme im Umgang mit Geld können als Standardschwierigkeit bezeichnet werden, das heißt, die regelmäßige und termingerechte Zahlung der Mietkosten gestaltet sich teilweise als äußerst schwierig.

⁵⁴⁷ Interview mit Robert Freudenthaler (Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG) am 12.09.2005

⁵⁴⁸ Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

⁵⁴⁹ Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁵⁵⁰ Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

⁵⁵¹ vgl. Interview mit MAS Valentin Schweitzer (Bezirksleiter von pro mente Vöcklabruck) am 29.09.2005

Nicht zu vernachlässigen ist die Problematik der Vereinsamung, wie aus folgenden Ausführungen von Wögrath zu entnehmen ist: *„Die Leute sind bei uns und in anderen Armutseinrichtungen in einem Wohnheim oder in einem Wohnbereich, wo Sozialkontakte bestehen. Sehr oft zieht dann jemand in einen Wohnblock nach Kleinmünchen, kennt dort aber keinen. Das ist auch natürlich so: Wenn Menschen von uns in eine Wohnung ziehen, dann sind das meistens Leute, die sich schon sehr gut entwickelt haben. Das heißt, in unserem Umfeld da herinnen sind das die Einäugigen unter den Blinden, die vom Sozialen her einen hohen Status haben, weil sie gewisse Dinge erreicht haben. Im Wohnblock in Kleinmünchen sind sie sich ihres Standes wieder sehr klar bewusst: also wenig Einkommen, meistens eine Suchtkarriere, ein paar Vorstrafen, etc. Das ist nicht so leicht, einen Sozialkontakt herzustellen, vor allem wenn das auch in der Nachbarschaft bekannt ist. [...] Zum Teil kompensiert man dann solche Geschichten der Einsamkeit in vielen Telefonaten, wo dann ordentliche Rechnungen zusammenkommen.“*⁵⁵² Die MieterInnen der Wohnplattform können sich laut ihm auch durch einen anderen Rhythmus des Tagesablaufs und anderen Gewohnheiten von ihrer Umgebung abheben, was wiederum einen Ausschluss bedeuten kann.

Das häufige oder regelmäßige Übernachten von Dritten in der Wohnung stellt eine weitere Schwierigkeit dar, die gemäß dem Mietvertrag mit der Wohnplattform nicht geduldet wird. Hier gilt es jedoch zu beachten, dass Menschen, die aus der Wohnungslosigkeit kommen, in der Regel den Kontakt zu anderen akut Wohnungslosen aufrechterhalten und sich ethisch und moralisch verpflichtet fühlen, diese in der Übergangswohnung übernachten zu lassen. Natürlich dürfen in diesem Zusammenhang auch sexuelle Bedürfnisse nicht außer Acht gelassen werden. Für die BetreuerInnen ist es oft schwer zu unterscheiden, ob es sich bei den fremden Anwesenden um Gäste oder bereits um MitbewohnerInnen handelt.⁵⁵³

Bei sehr jungen BewohnerInnen kann es zu Problemen in Bezug auf Lärmentwicklung kommen: *„Die erste eigene Bude wird gefeiert, es gibt viel Lärm und leere Flaschen im Stiegenhaus und überall Zigarettensammel und die Nachbarn können das natürlich meistens nicht gut aushalten.“*⁵⁵⁴

⁵⁵² Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁵⁵³ vgl. ebenda

⁵⁵⁴ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

Ansonsten ist den Aussagen der BetreuerInnen zu entnehmen, dass es Probleme vielerlei Art gibt, die fallweise auftreten können: ‚vermüllte‘ Wohnungen, Nicht-Einhalten von Terminen bzw. Vereinbarungen, Abnabelung der KlientInnen von deren BetreuerInnen, Gewaltprobleme, Anhäufung von Schulden, Rückfälle in Suchtverhalten, Beschädigungen und plötzliches Auftauchen von psychischen Problemen.

Ein Betreuungsabbruch und somit der Verlust der Übergangswohnung der Wohnplattform wird durch Selbsteinschätzung der KlientInnen, keiner Betreuung mehr zu bedürfen, durch plötzliches Verschwinden und durch Haftaufenthalte hervorgerufen. Insgesamt zieht sich durch die Gespräche jedoch die Tendenz, dass Abbrüche nicht der Regel entsprechen und selten auftreten.

7.1.12 Wohnversorgung und -betreuung von MigrantInnen

Hierbei ist von Interesse, ob es im Zuge der Wohnversorgung und -betreuung von MigrantInnen zu Problemen im Sinne eines Kulturkonflikts des Wohnens kommt. In nahezu allen Gesprächen wurde erkannt, dass es sich dabei um ein sehr heikles Thema handelt, was sich zum Teil in sehr vorsichtigen und bedachten Auskünften widerspiegelt. Von Seiten der gemeinnützigen Wohnbauträger wurden eher Erfahrungen bekannt gegeben als von VertreterInnen der Betreuungseinrichtungen.

Wenngleich viele VertreterInnen gemeinnütziger Wohnbauträger die Einschätzung teilen, dass es Konflikte in der Wohnversorgung gibt, bedarf das Thema einer differenzierten Betrachtung. Einerseits ist teilweise eine Angst der österreichischen Bevölkerung vor Unbekanntem zu erkennen, die sich in Form von unbegründeten Vorurteilen und Hetzjagden von ausländischen MitgliederInnen einer Hausgemeinschaft auswirken können, andererseits wird von manchen MigrantInnen kein Wille aufgebracht, sich an die österreichische ‚Wohnkultur‘ anzupassen.⁵⁵⁵

Die Angst der Bevölkerung wurde laut eines Gesprächspartners insbesondere vor sieben, acht Jahren von einer politischen Gruppierung mittels Verteilung entsprechender Flugblätter teilweise geschürt. Ängste, die damals in der Bevölkerung vorherrschten, wurden durch diese Aktionen immens verstärkt. Es kam zu einer Auszählung ausländisch klingender

⁵⁵⁵ vgl. Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

Namensschilder durch MieterInnen, wobei nicht darauf geachtet wurde, wer sich hinter diesen Namen verbirgt. Aus diesen Aktionen resultierten in manchen Stadtbereichen Ausländerquoten, die gemäß der Einschätzung des Interviewten jeder Grundlage entbehren und auch leicht widerlegbar sind.⁵⁵⁶

Auch eine Vertreterin der GWG Linz beschreibt, dass *„das Unbekannte einfach Angst macht und die Mieter sehr oft einfach im Vorhinein skeptischer eingestellt sind als wenn das ein Österreicher ist. Ich habe einen Fall in Urfahr, das ist ein österreichischer Staatsbürger, er hat halt eine andere Hautfarbe und da gibt es bereits Probleme, bevor der überhaupt eingezogen ist [...] Irgendwie hat man einfach die Angst, da kommt etwas anderes, das ist anders und das ist schlecht.“*⁵⁵⁷ Sie bemerkt weiters, dass nicht die GWG an sich ein Problem mit MigrantInnen hat, sondern ausschließlich die MieterInnen, die bei Bekanntgabe des Einzugs ausländischer Menschen ‚Sturm rennen‘.

Um dieser Problematik und einer Ghettoisierung entgegenzuwirken, erfolgt die Wohnungsvergabe bei Bauträgern mittels bestimmter Quotenverfahren. Deren Höhe wird in der Regel nicht publik gemacht. Trotzdem geben zwei Interviewpartnerinnen deren Quoten an: die GWG Linz mit zehn bis 15 Prozent und die Neue Heimat mit 20 Prozent oder teilweise auch höher: *„Wir haben eine gute Durchmischung in unseren Wohnanlagen. Wir schauen uns die Schlüssel sehr wohl an, wir schauen auch ein bisschen, ob jetzt eine kosovo-albanische Familie neben einem Bosnier oder so weiter siedelt, also da geben wir schon Obacht, weil man will einfach Konflikten aus dem Weg gehen. [...] wir wollen eine Ghettoisierung, wie es zum Teil auch schon in Linz vorherrscht, Frankviertel und so weiter, in unseren Anlagen vermeiden.“*⁵⁵⁸

VertreterInnen gemeinnütziger Bauträger haben jedoch auch die Erfahrung gemacht, dass es tatsächlich zu einem gewissen ‚Kulturkonflikt des Wohnens‘ kommen kann. *„Sie sind anders, ob die jetzt einen österreichischen Reisepass haben oder nicht, sind sie ja trotzdem anders, weil kein Mensch – also das ist für mich auch eine Glaubensfrage – wird durch ein Blatt Papier anders. Also wenn ich heute in einem kulturellem Umfeld aufgewachsen bin, dann*

⁵⁵⁶ vgl. Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁵⁵⁷ Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

⁵⁵⁸ Interview mit einer Mitarbeiterin der Neuen Heimat am 02.08.2005

prägt mich das. [...] Und man kann nicht, wenn man wo hinkommt, das wie einen Mantel ablegen, selbst wenn ich einen österreichischen Reisepass habe.“⁵⁵⁹

Laut Aussagen der Befragten beginnt die Problematik bereits bei der Kindererziehung. Während österreichische Kinder zwischen dem achten und zehnten Lebensjahr etwa um acht oder neun Uhr abends zu Bett gehen, so tun dies ausländische Kinder erst bei Eintreten von Müdigkeit, was auch bedeuten kann, dass es zehn, elf, zwölf Uhr nachts werden kann. In diesen Stunden wird dann gespielt wie am Tag, was mit einer Ruhestörung einhergeht, die auch Inhalt der meisten Beschwerden ist.

Unbestritten ist der größere Familienzusammenhalt von MigrantInnen. Aufgrund dessen kommt es jedoch dazu, dass an Wochenenden Treffen von etwa 15 bis 20 Personen in einer Wohnung stattfinden, was wiederum von den restlichen MitgliederInnen der Hausgemeinschaft als Lärmbelästigung empfunden wird und dem jeweiligen Wohnbauträger gemeldet wird. Insbesondere an bestimmten Feiertagen, wie beispielsweise zu ‚Ramadan-Zeiten‘, nehmen die Beschwerden der Nachbarschaft drastisch zu. Auch Hochzeiten werden in einem für ÖsterreicherInnen unbekanntem Ausmaß gefeiert: *„[...] dann stehen da 150 Leute vor dem Haus und da wird die Braut abgeholt...*“⁵⁶⁰

Auch der Überbelag von Wohnungen aufgrund geringerer Einkommen oder größerer Familieneinheiten stellt sich als ein weiteres wesentliches Problem heraus. Zwangsläufig ergeben sich daraus ein höherer Wasserverbrauch und eine intensivere Abnutzung der Wohnung. Für die Nachbarschaft bedeutet dies zum einen erhöhte Betriebskosten und zum anderen eine Beeinträchtigung, die sich durch den andauernden Betrieb in der Wohnung ergibt. Auch die erhöhte Besucherfrequenz trägt zur Verunsicherung der umliegenden Mieterschaft bei. Es treten weiters kriminelle Erscheinungen in Form von Untervermietung geförderter Wohnungen auf, wobei horrenden Mieten eingenommen werden. Derartige Wohnungen kommen Matratzenlagern gleich.⁵⁶¹

Pilarz erwähnt ein Problem, das MitarbeiterInnen von Wohnbauträgern betrifft: *„[...] die Form der Durchsetzung. Menschen kommen aus Ländern, wo die Rechtsordnung vielleicht nicht ganz so funktioniert und wo man nur dann zu Ergebnissen kommt, wenn man*

⁵⁵⁹ Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁵⁶⁰ ebenda

⁵⁶¹ vgl. Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

unglaublich hartnäckig und unglaublich energievoll das fordert, was man haben will; sprich jeden Tag wieder vor der Tür stehen. [...] Und solche Personen setzen ihre Erfahrungswerte auch bei uns um, um irgendwas zu erreichen. Das heißt, die stehen jeden Tag vor der Tür - auch wenn es plausibel ist, dass die Erledigung länger dauert oder gar nicht möglich ist, werden die trotzdem jeden Tag vor der Tür stehen. Das ist sicher eine gewisse Beeinträchtigung und schafft natürlich auch kein besonders positives Klima, weil das auch von den Personen, die die Leute betreuen, dann als Ungerechtigkeit, als Misstrauen bis hin zur Belästigung empfunden wird. Solche Verhaltensweisen, die aus dem Kulturkreis heraus verständlich sind, aber bei uns eigentlich keinen Platz haben.“⁵⁶²

Ein Gesprächspartner stellt fest, dass die auffälligsten Probleme bezüglich des Kulturkonfliktes mit ‚eingebürgerten‘ MigrantInnen zu verzeichnen sind. *„Ich sage jetzt mal so, die ‚richtigen‘ Ausländer, mit denen haben wir eigentlich wenig Probleme. Wo wir Probleme haben, sind die Eingebürgerten. Die ‚richtigen‘ Ausländer, wenn die eine Wohnung bekommen, dann müssen sie zur Grundverkehrsbehörde, müssen dort, weil ja der Mietvertrag auf drei Jahre befristet ist, ansuchen um eine Bewilligung. Weiters zur Bezirkshauptmannschaft, zum Land und so weiter. Die prüfen das dann und dann geben sie eine Bewilligung oder nicht. [...] wenn sie die Bewilligung bekommen, geht das Mietverhältnis automatisch in ein unbefristetes Mietverhältnis über. Die wissen genau, wenn es da (in den ersten drei Jahren) etwas gibt, dann ist die Wohnung weg, dann ist die Arbeit weg und so weiter. [...] Da gibt es nicht viele Probleme, eigentlich fast keine. Wo es Probleme gibt, ist dort, wo die Leute kommen und dir den Pass zeigen, ich habe dieselben Rechte wie du, Pflichten nicht, Rechte schon. Aber das ist bei allen Genossenschaften so. Das ist leider so, dass das immens zunimmt.“⁵⁶³*

Bauträger haben die Erfahrung gemacht, dass bei der Kontaktaufnahme aufgrund eingegangener Beschwerden der Nachbarschaft das Problem der Verständigung ein wesentliches ist. *„Wir arbeiten sehr gut mit dem Integrationsverein für Ausländer ‚Paraplü‘ in Steyr zusammen. Wir schreiben die Briefe zum Teil auch übersetzt, wir gehen hin und nehmen von ‚Paraplü‘ jemanden mit, der der Sprache dort mächtig ist. [...] Wir sind früher alleine dort hingefahren. Wenn man hinfährt, sie verstehen einen nicht. Selbst wenn sie einen verstehen, verstehen sie einen trotzdem nicht, weil sie es nicht wollen. Wenn sie etwas brauchen, verstehen sie schon. Nur wenn man mit einer Beschwerde hinkommt, kommt oft*

⁵⁶² Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

⁵⁶³ Interview mit Robert Freudenthaler (Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG) am 12.09.2005

*„nix verstehen“.*⁵⁶⁴ Gleiches berichtet auch Freudenthaler: *„[...] sie wollen großteils auch nichts verstehen, sie wollen nicht, können es aber, sie verstehen es eh. Weil wenn sie was wollen, dann kommen sie, dann machen sie dir schon klar, was sie wollen. Aber wenn du was brauchst, dann wollen sie nicht und das ist dann ein Problem.“*⁵⁶⁵ Hausordnungen werden mittlerweile in verschiedenste Sprachen übersetzt, wobei jedoch angezweifelt wird, ob dies zu deren Einhaltung beiträgt. Hierbei ist anzumerken, dass sich auch genügend Menschen österreichischer Herkunft nicht immer daran halten, wobei dies von Seiten des Bauträgers manchmal großzügig ‚übersehen‘ wird.⁵⁶⁶

Wenn Beschwerden eintreffen, muss laut mehreren Aussagen vorsichtig damit umgegangen werden: *„[...] weil da passieren teilweise auch Hetzjagden. Also man darf [...] das nicht eins zu eins übernehmen. Man muss da schon sehr äquivalent vorgehen und sagen, naja, schauen wir uns das wirklich selber an, weil da durchaus auch Sachen passieren, wo die Leute nichts dafür können und schuldig gemacht werden, weil sie anders sind. Also da passen wir schon sehr stark auf, dass da keine Hetzjagden veranstaltet werden.“*⁵⁶⁷

Von den zwölf befragten Sozialeinrichtungen gaben sechs Auskunftspersonen bekannt, keine MigrantInnen in Betreuung zu nehmen. Der Verein ARGE für Obdachlose begründet dies mit folgender Aussage: *„Da gibt es andere Vereine, die mit Ausländern und Migranten arbeiten. Aber wir nicht, weil es ist nämlich so, dass die Genossenschaft nur immer einen bestimmten Prozentsatz (an Wohnungen) an Ausländer vergibt und da würde bei uns ‚das Rad nicht laufen‘. Also innerhalb von eineinhalb Jahren wird von uns ein Klient von der Genossenschaft versorgt. Wenn das aber jetzt ein Ausländer ist, dann würde er ja wieder alles blockieren, weil da wissen wir ja nicht, wird er jetzt nach eineinhalb Jahren oder erst nach vier Jahren vermittelt. Das würde dann eine Wohnung blockieren, wo schon wieder zwei oder drei Österreicher ‚durchgehen‘ könnten.“*⁵⁶⁸

Der Leiter von pro mente Vöcklabruck gibt an, kaum Erfahrungen mit MigrantInnen zu haben: *„[...] mit dem haben wir sehr wenig zu tun, höchstens ein bisschen, wenn sie in einem Umfeld sind, also in dem Systemumfeld, oder wenn wer Asyl bewilligt hat, aber dann ist*

⁵⁶⁴ Interview mit Christian Baumgarten (GWG Steyr) am 31.08.2005

⁵⁶⁵ Interview mit Robert Freudenthaler (Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG) am 12.09.2005

⁵⁶⁶ vgl. ebenda

⁵⁶⁷ Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁵⁶⁸ Interview mit Mag.^a Helga Furlinger-Nagel (Mitarbeiterin von WieWo und ReWo) und Mag. Heinrich Zauner (Geschäftsführer des Vereins ARGE für Obdachlose, Vereinsvorsitzender des Vereins Wohnplattform) am 26.08.2005

meistens schon so eine stabile Situation vorhanden, dass die gar nicht bis zu uns kommen. Also vielleicht in unserem Beratungsbereich, aber nicht im Sinne unserer Wohnbetreuung – das braucht es dann nicht.“⁵⁶⁹

Der Verein Substanz sieht keine Zugangsbeschränkungen vor, sondern richtet sich an jegliche KonsumentInnen illegaler Drogen. Dennoch konnten sie bis jetzt keine MigrantInnen in ihrem Klientel verzeichnen. Der Geschäftsführer des Sozialzentrums Mosaik berichtet, dass im Zuge der Wohnbetreuung bis dato keine MigrantInnen versorgt wurden, lediglich in der Delogierungsprävention. *„Der kulturelle Konflikt ist hier eher so, dass sich oft die Männer zum Teil überhaupt nicht ‚scheren‘. Die tun, was ihnen passt: das Geld verspielen, in Gasthäusern trinken und so weiter – das gibt es aber bei Österreichern genauso. Jedoch tun sich ausländische Frauen oft noch viel schwerer als Österreicherinnen, sich aus dieser Beziehung zu lösen.*“⁵⁷⁰

Das Amt für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz kann zwar selbst im Zuge der Wohnbetreuung keine Erfahrungen mit MigrantInnen verzeichnen, weiß jedoch aufgrund des regen Kontaktes mit gemeinnützigen Wohnbauträgern über diese Problematik Bescheid. *„Wir wissen, dass es schon ein Thema ist, das es gerade in Häusern, wo ein erhöhter Anteil von MigrantInnen lebt, aufgrund der unterschiedlichen Lebensvorstellungen, Werthaltungen und Bräuchen zu Reibungen kommen kann... dass in Gemeinschaftsräumen, Stiegen oder Kellern alles beschlagnahmt wird oder eine Lärmentwicklung ist, die möglicherweise in anderen Kulturen normal ist oder zum Leben dazugehört, bei uns aber nicht Kultur ist.*“⁵⁷¹

Die diesbezüglichen Aussagen von Oberlik weisen Ähnlichkeiten mit denen der gemeinnützigen Wohnbauträger auf. Auch sie berichtet einerseits von Ängsten der österreichischen Bevölkerung und andererseits von fehlendem Wissen der MigrantInnen über ein in Österreich ‚angemessenes‘ Wohnverhalten: *„Am schwersten haben es sicherlich schwarze Menschen. Die sind für viele Nachbarn alleine durch ihr Aussehen schon eine Provokation. Und dann haben sie vielleicht auch noch einen Freundeskreis, der ebenfalls schwarz ist, und schon entstehen die tiefsten Ängste. Und natürlich wissen wir auch, dass MigrantInnen oft nicht wissen, was bei uns so der Hausbrauch ist, also was halt bei uns*

⁵⁶⁹ Interview mit MAS Valentin Schweitzer (Bezirksleiter von pro mente Vöcklabruck) am 29.09.2005

⁵⁷⁰ Interview mit Mag. Stefan Hindinger (Leiter der Wohnungslosenhilfe Mosaik Vöcklabruck) am 30.08.2005

⁵⁷¹ Interview mit Mag.^a Brigitta Schmiddsberger (Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz) am 24.08.2005

üblich ist. Was man am Wäscheplatz tut oder wie man mit Essensgerüchen umgeht oder so. [...] Zum Beispiel lieben es Afrikaner, Fleisch lange zu kochen. Da gibt es viele Rezepte, wo Fleisch stundenlang gekocht wird und da freuen sie sich dann richtig darauf und tun auch viel miteinander, machen Musik, und das ist eigentlich eine schöne Stimmung, da es wie ein Fest wirkt. Natürlich entstehen da Gerüche, die dann für andere Menschen oft eher unangenehm sind. Ja, oder wie man bei uns mit Grünanlagen umgeht, wissen sie oft nicht...“⁵⁷²

Sowohl das Frauenhaus Vöcklabruck als auch das Frauenhaus Steyr geben an, dass in der Wohnbetreuung keine besonderen Probleme mit MigrantInnen vorherrschen. Sillipp argumentiert mit folgenden Worten: *„Man darf nicht übersehen, dass dieser klassische Kulturkonflikt - ich nehme jetzt mal an, sie spielen auf die muslimische Kultur an - dass da diese Frauen, die sehr verhaftet sind, ja praktisch nicht unsere Klientinnen sind, praktisch nicht unsere Bewohnerinnen sind. Und wenn eine Frau unsere Bewohnerin ist, dann ist sie ja schon massiv ausgestiegen aus dem System.“*⁵⁷³ Auch der Verein I.S.I. und der Verein für prophylaktische Sozialarbeit berichten, keine spezifischen Probleme mit MigrantInnen zu verzeichnen.

7.1.13 Einschätzung der Reaktionen der Nachbarschaft

Hierbei wurde mittels Einschätzungen von SozialarbeiterInnen der Frage nachgegangen, wie die Nachbarschaft auf den Einzug eines/r MieterIn der Wohnplattform reagiert. Sämtliche befragte Frauenhäuser sowie der Verein für prophylaktische Sozialarbeit gaben an, keine Probleme mit der Nachbarschaft registriert zu haben. Teilweise wird dies in der Anonymität der Wohnplattform- MieterInnen begründet: *„Die (Nachbarn) wissen das ja gar nicht und eigentlich glaube ich, wäre es den Mietern (wenn sie es wüssten) egal.“*⁵⁷⁴

Aus den Aussagen der restlichen befragten Betreuungseinrichtungen ergaben sich zwei Tendenzen: Zum einen werden Probleme, die von den KlientInnen verursacht werden, festgestellt, zum anderen kommt es von Seiten der Nachbarschaft zu unbegründeten Beschuldigungen und Unterstellungen.

⁵⁷² Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁵⁷³ Interview mit Gabriele Sillipp (Geschäftsführerin des Frauenhauses Steyr) am 17.08.2005

⁵⁷⁴ Interview mit einer Mitarbeiterin des Frauenhauses Vöcklabruck am 02.08.2005

Insbesondere Jugendliche stechen diesbezüglich als ‚Problemgruppe‘ hervor. Schmidberger berichtet von einem Fall, bei dem die Nachbarschaft Bedenken über eine/n jugendliche/n MieterIn ausgesprochen hat, die sich als berechtigt herausstellten, jedoch anschließend mittels Konfliktgesprächen bereinigt wurden. Sie begründet das Fehlverhalten mancher Jugendlicher in Versäumnissen der Erziehung: *„Wenn Jugendliche aus einer Familie kommen, wo Regeln keine Rolle gespielt haben, wie soll der Jugendliche das dann von sich aus gleich erkennen? Er braucht dann eh das Lernfeld, dass er einmal aneckt und spürt, was heißt das, wenn ich einmal die Anlage in der Nacht auf volle Power aufdrehe und meine Kumpanen da habe. Auf was muss ich aufpassen. Das alles ist aber durch eine Betreuung gut aufzufangen.“*⁵⁷⁵ Auch ARGE für Obdachlose sieht das Hauptproblem bei jugendlichen MieterInnen in der erhöhten Lärmentwicklung: *„Besonders bei den jungen Männern ist es so, dass Partys gefeiert werden und da muss man dann halt wieder einbremsen.“*⁵⁷⁶ Weiters wird die Verschmutzung der eigenen Wohnung bzw. der Gemeinschaftsflächen genannt.

Bei Aufkommen etwaiger Schwierigkeiten wird zuerst der Verein Wohnplattform kontaktiert. Wenn die jeweilige Problematik nach mehr als einer einmaligen Intervention verlangt, werden BetreuerInnen mit der Konfliktlösung beauftragt, die mittels Gesprächen mit KlientInnen und NachbarInnen erzielt wird.⁵⁷⁷

Die zweite Tendenz zeigt auf, dass Probleme auch aus der Nachbarschaft resultieren können. *„Da gibt es dann Beschwerden, wo sich herausstellt, dass sie den BewohnerInnen zugerechnet werden, obwohl das gar nicht stimmt.“*⁵⁷⁸ Dies kann sich einerseits als unbegründet herausstellen, andererseits aus schlechten Erfahrungen mit vorherigen Wohnplattform- MieterInnen resultieren. *„Das Risiko ist da, dass wenn es einmal schlecht gegangen ist, dass man sagt, ‚wir wollen keinen mehr von denen haben‘.“*⁵⁷⁹ Schweitzer berichtet von einer Klientin, die an einer psychischen Erkrankung milderer Ausmaßes litt und ein sehr unauffälliges, beinahe unscheinbares Verhalten aufwies. Hier bestand das Problem

⁵⁷⁵ Interview mit Mag.^a Brigitta Schmidberger (Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz) am 24.08.2005

⁵⁷⁶ Interview mit Mag.^a Helga Frlinger-Nagel (Mitarbeiterin von WieWo und ReWo) und Mag. Heinrich Zauner (Geschäftsführer des Vereins ARGE für Obdachlose, Vereinsvorsitzender des Vereins Wohnplattform) am 26.08.2005

⁵⁷⁷ vgl. Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁵⁷⁸ ebenda

⁵⁷⁹ Interview mit Mag. Stefan Hindinger (Geschäftsführer des Sozialzentrums Mosaik Vöcklabruck) am 30.08.2005

eher darin, dass diese mehr aus sich herausgehen sollte. Auch diese ‚angenehme‘ Nachbarin konnte den schlechten Ruf der Wohnung nicht aufheben.

Um dies zu vermeiden, wird vom Sozialzentrum Mosaik eine so genannte ‚Konfliktvermeidungsstrategie‘ verfolgt, im Zuge derer es nach dem Auszug eines/r ‚ProblemmieterIn‘ zu einem Wechsel der Wohnplattform- Wohnung kommt. *„Da tut man auch dem neuen Mieter sicher nichts Gutes, wenn die Leute dann mit vollem Vorbehalt auf ihn zugehen.“*^{580*} Weiters wird Bedacht auf das Wohnumfeld genommen: *„Es gibt Erfahrungen, dass es in manchen Wohnungen besser ist, eher ruhige, vielleicht auch schon ein bisschen ältere Bewohner unterzubringen und in manchen ist es kein Problem, wenn es ein bisschen laut ist, weil das Haus insgesamt laut ist.“*⁵⁸¹ Jedoch ist laut Oberlik auch ein Konfliktpotential in Häusern, in denen zahlreiche KlientInnen leben, die keine Vorurteile hegen, zu erkennen.

*„Die geringste Akzeptanz haben unsere Kunden bei den Teilen der Bevölkerung, die knapp davor stehen, unsere Kunden zu werden. Also das ist immer so ein Problem. Am wenigsten akzeptiert wird einer, der von einem Wohnungslosenheim in eine Wohnung zieht, von demjenigen Nachbarn, der selber [...] kaum mehr weiß, wie er es (die Wohnung) bezahlen soll. Da ist die Akzeptanz am geringsten.“*⁵⁸² In diesem Zusammenhang erwähnt Achleitner, dass sich die Wohnplattform- Wohnungen vor allem in Gegenden befinden, wo bereits ein Randgruppendasein existiert und denen ein entsprechender Ruf anhaftet. Hier wird von Seiten des Sozialvereins B37 Kritik laut, da die Wohnplattform ursprünglich das Ziel verfolgte, in ‚normalen‘ Wohnvierteln einen gewissen Prozentsatz an Wohnungen für sozial Schwache zur Verfügung zu stellen, was jedoch laut Einschätzung von Achleitner fehlschlug: *„[...] da ist die Wohnplattform meilenweit von diesem Ansatz weg. Das ist sicher ein Defizit, wo ich mir manchmal denke, naja, warum denn nicht in Urfahr in diesen netten Hitlerbauten oder sonst irgendwo in so einem Block eine Sozialwohnung zu belegen. Das hätten wir uns ja mal vor*

* Aus Gesprächen mit der Wohnplattform geht jedoch hervor, dass ein derartiger Wohnungswechsel zwar bei einem konkreten Fall ins Auge gefasst wurde, dennoch nie stattgefunden hat.

⁵⁸⁰ Interview mit Mag. Stefan Hindinger (Geschäftsführer des Sozialzentrums Mosaik Vöcklabruck) am 30.08.2005

⁵⁸¹ Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

⁵⁸² Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

vielen Jahren vorgenommen [...] Das ist nicht mehr eine aktuelle Forderung, wäre aber eine wichtige Geschichte.“^{583*}

Um Vorurteilen gegenüber MieterInnen der Wohnplattform entgegenzutreten, wird versucht, durch Kontaktaufnahme die vorherrschende Aufregung zu mildern sowie zuständigen Stellen eine andere Sicht darzulegen. Auch wird mit dem weiteren Umfeld der Betreuten gearbeitet.⁵⁸⁴

7.1.14 Ablauf des Untermietverhältnisses

Nach Ablauf des Untermietvertrags mit dem Verein Wohnplattform stellen sich die Fragen, ob einerseits für die KlientInnen die Möglichkeit besteht, bei einem gemeinnützigen Wohnbauträger direkt eine Wohnung anmieten zu können und ob andererseits von Seiten der Betreuungseinrichtungen eine weitere Begleitung gewährleistet wird.

Bis auf einen Bauträger geben sämtliche VertreterInnen an, Wohnungen an ehemalige Wohnplattform- MieterInnen zu vergeben. Die einzige Ausnahme stellt die LAWOG dar, da diese nur vereinzelt über ein Einweisungsrecht verfügt. Großteils entscheidet ausschließlich die Gemeinde über die Nachbelegung. Da Wohnplattform- Wohnungen von der LAWOG in Ried im Innkreis und Vöcklabruck vorzufinden sind, kann der Bauträger diesbezüglich lediglich auf die jeweilige Gemeinde verweisen, wo man sich als wohnungssuchend anmelden kann.⁵⁸⁵

Nachstehende Aussage vertritt im Wesentlichen die Haltung der befragten gemeinnützigen Wohnbauträger gegenüber ehemaligen KlientInnen des Vereins Wohnplattform: *Sie haben die Möglichkeit auf eine Finalwohnung „so wie jeder andere Kunde auch, das heißt, sie müssten sich genauso bewerben, müssten entsprechend geregelte Einkommensverhältnisse nachweisen und dann ist es nach der Reihung, also nach den Vergabekriterien durchaus möglich, dass sie*

* Laut dem Verein Wohnplattform ist dieser Forderung jedoch nachgegangen worden - und dies mit Erfolg. In nahezu sämtlichen Linzer Wohngegenden befinden sich mittlerweile Wohnungen der Wohnplattform: vom Bindermichl über den Froschberg, der Innenstadt bis hin nach Urfahr.

⁵⁸³ Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁵⁸⁴ vgl. Interview mit MAS Valentin Schweitzer (Bezirksleiter von pro mente Vöcklabruck) am 29.09.2005

⁵⁸⁵ vgl. Interview mit Ing. Siegfried Sattlberger MSc (Leiter des Immobilienservices der LAWOG) am 04.10.2005

eine Wohnung kriegen.“⁵⁸⁶ Dies gilt laut Aussagen der befragten Bauträger allerdings nur dann, wenn keine negativen Vorkommnisse im Zuge der Inanspruchnahme der Wohnplattform- Wohnung verzeichnet wurden.

Lediglich die GWG Steyr gibt an, sämtliche Wohnplattform- Wohnungen direkt an deren UntermieterInnen zu überschreiben. *„Wenn wir nichts hören, wenn alles okay ist, wenn auch die von der Wohnplattform sagen, ja passt, dann ziehen sie sich frühestens nach einem Jahr zurück und dann überschreiben wir die Wohnung. Das ist im Normalfall... ich weiß gar nicht, ob es eine (Wohnung) gibt, die wir nicht überschrieben haben. Da müsste ich lügen, ich glaube nicht.“*⁵⁸⁷ Diese Vorgehensweise stellt jedoch eine Ausnahme dar, da gemäß den Statuten der Wohnplattform die Wohnungen dem Verein erhalten bleiben sollen.

Aus den Gesprächen mit VertreterInnen von Betreuungseinrichtungen ergibt sich, dass eine Nachbetreuung grundsätzlich möglich ist, aber unterschiedlich gehandhabt wird. Folgendes Zitat markiert die Grundzüge der Haltung aller befragten Sozialeinrichtungen: *„Das ist auch verschieden, [...] einzelfallbezogen. Wir bemühen uns jedenfalls, dass wir schauen, dass es nach der Wohnplattform weitergeht, also dass zumindest sichergestellt ist, dass Wohnraum da ist und wenn es notwendig ist, dann betreuen wir weiter, um den erreichten Betreuungserfolg, der ja der öffentlichen Hand viel Geld kostet, auch sicherzustellen. Es wäre ja ineffizient zu sagen, jetzt habe ich beispielsweise vier Jahre mit einem Jugendlichen gearbeitet und jetzt ist es soweit, dass es geht und dann lasse ich ihn einfach fallen, sondern man lockert dann die Betreuung etwas auf und schaut, dass man das, was man erreicht hat, absichert. Es fällt uns zwar immer schwerer, da unsere Ressourcen knapper werden und der Bedarf steigt, aber wir versuchen immer, das hinzubringen.“*⁵⁸⁸

Von einigen Befragten wird betont, dass eine Nachbetreuung ausschließlich bei Bedarf vorgenommen wird: *„Wir betreuen nicht auf Biegen und Brechen und aus reinem Jux und Tollerei, sondern da muss es wirklich einen Hintergrund geben, den man auch dem Klienten klar darlegt und sagt: Schau Karli, ich glaube, das haut einfach nicht hin in dieser Form und es wäre doch noch wichtig, dass... Und das kann unterschiedlichste Bereiche - vom Kochen, Zusammenräumen, Wohnung halbwegs sauber halten bis zu dem, dass man einmal im Monat*

⁵⁸⁶ Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

⁵⁸⁷ Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

⁵⁸⁸ Interview mit Mag.^a Brigitta Schmidberger (Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz) am 24.08.2005

*vorbeikommt und sagt: He, wie schauts denn aus? Hast du den Strom bezahlt? Hast du den Zahlschein hingbracht? Ist da noch was hereingekommen? Hast du dir die Post aufgehoben, schauen wir sie uns miteinander an?*⁵⁸⁹

Auch das Frauenhaus Steyr unterstützt ihre Klientinnen als weiterführende Maßnahme in ein selbständiges Leben, allerdings findet die Nachbetreuung in einem geringeren Ausmaß als zu Zeiten des Bewohnens des Frauenhauses oder der Wohnplattform- Wohnung statt, was sich in selteneren Kontakten widerspiegelt. Das Sozialzentrum Mosaik handhabt dies gleichermaßen. Eine Begleitung der ersten Phase, die vorwiegend durch die Übersiedlung der KlientInnen abgedeckt wird, wird vorgenommen, ist jedoch, wie oben beschrieben, weniger intensiv als während der Betreuung.

Pro mente Vöcklabruck hebt das Abschließen des Betreuungsvertrages hervor, der sowohl individuell auf die Bedürfnisse der KlientInnen als auch auf die Möglichkeiten der BetreuerInnen abgestimmt wird. Im Zuge dieses Vertrages ist auch die Option der Nachbetreuung geregelt. Trotzdem wird darauf hingewiesen, dass Übergangslösungen praktiziert werden.

Weiters berichten manche Betreuungseinrichtungen, dass deren Tür auch für ehemalige KlientInnen immer offen steht. *„Menschen, mit denen ich vor fünf, sechs Jahren zusammengearbeitet habe und die halt jetzt irgendwo wohnen, rufen plötzlich wieder an und fragen, ob sie mir einen Brief zeigen dürfen, weil sie nicht wissen, was da drinnen steht.“*⁵⁹⁰
*„Natürlich sagen wir ihnen, bevor der ‚Hut brennt‘, sollen sie wiederkommen, weil die kennen uns schon. Nicht, dass sie wieder in dasselbe Dilemma kommen.“*⁵⁹¹

Ganz anders stellt sich die Situation bei NEUSTART dar, da die Betreuungsdauer vom Gericht vorgeschrieben wird. Dennoch ist es mittels einer freiwilligen Weiterbetreuung möglich, eine Begleitung zumindest bei der Übersiedlung in die Finalwohnung zu gewährleisten oder andere erforderliche Hilfestellungen zu geben.

⁵⁸⁹ Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

⁵⁹⁰ ebenda

⁵⁹¹ Interview mit Mag.^a Helga Furlinger-Nagel (Mitarbeiterin von WieWo und ReWo) und Mag. Heinrich Zauner (Geschäftsführer des Vereins ARGE für Obdachlose, Vereinsvorsitzender des Vereins Wohnplattform) am 26.08.2005

Auch der Verein für prophylaktische Sozialarbeit nimmt eine Sonderstellung ein. Aufgrund der Tatsache, dass Wohnbetreuung im Vergleich zur Schuldnerberatung lediglich einen geringfügigen Teil ihrer Arbeit einnimmt, fällt auch die Nachbetreuung dementsprechend gering aus. Weiters kann eine Unterstützung bei der anschließenden Wohnungssuche von diesem Verein nicht geleistet werden.

Zusammenfassend kann daraus geschlossen werden, dass für KlientInnen des Vereins Wohnplattform bei ‚guter Führung‘ eine Chance auf eine Finalwohnung beim jeweiligen gemeinnützigen Wohnbauträger besteht. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass sich dies aufgrund der aktuellen Wohnungsmarktsituation als kein allzu leichtes Unterfangen herausstellt. Oftmals ist eine Unterstützung des Vereins Wohnplattform bei der Wohnungssuche vonnöten. Aus den Gesprächen mit den Betreuungseinrichtungen zeichnet sich auch nach Ablauf des Untermietvertrages mit dem Verein Wohnplattform das Streben ab, bereits erreichte Erfolge durch weitere Unterstützungsleistungen sicherstellen zu wollen. Ein Ende der Wohnbetreuung bedeutet nicht zwingend ein Ende des Kontaktes zur jeweiligen Sozialeinrichtung - abrupte Kontaktabbrüche werden generell vermieden.

7.2 Auswertung der schriftlichen Befragung

Nachstehende Tabelle gibt einen kurzen Überblick über die gewonnenen Ergebnisse der schriftlichen Befragung aktueller Wohnplattform- KlientInnen. Dargestellt werden lediglich diejenigen Antworten, die die häufigsten Nennungen aufweisen. Mittels farblicher Akzentuierung wird die Betreuung seitens SozialarbeiterInnen vom Angebot der Wohnplattform getrennt.

Gründe der Wohnungslosigkeit	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verschuldung und psychische Erkrankung 2. Haftentlassung und Delogierung 3. Scheidung/Trennung
Sozialarbeiterische Tätigkeit	- wichtig für KlientInnen
Inhalte der Betreuung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wohnungsbesuch mindestens einmal im Monat 2. gute Gesprächsbasis 3. Unterstützung bei der Bewältigung persönlicher Probleme
Betreuungsfrequenz	- einmal im Monat
Verbesserung der Betreuung	- 32% sehen Notwendigkeit:

	<ol style="list-style-type: none"> 1. mehr Gespräche über Sorgen, Gefühle, etc. 2. mehr Unterstützung in finanziellen Belangen 3. mehr Unterstützung im Haushalt
Angebot der Wohnplattform (WPF)	- unentbehrlich für KlientInnen
Veränderung der Lebenssituation seit WPF- Wohnung	- stark verbessert
Einschätzung der Wohnsituation ohne WPF	<ol style="list-style-type: none"> 1. KlientInnen wären obdachlos. 2. KlientInnen wären bei Verwandten/Bekanntem untergekommen. 3. KlientInnen hätten bei einem Bauträger/Privatvermieter eine Wohnung angemietet.
Seit dem Aufenthalt in einer WPF- Wohnung, ...	
fühlen sich KlientInnen als Mensch behandelt.	Trifft voll zu
sind KlientInnen selbstsicherer geworden.	Trifft voll zu
haben KlientInnen Haushaltsführung verbessert.	Trifft nicht zu
hat sich der Gesundheitszustand gebessert.	Trifft nicht zu
hat sich der Umgang mit Geld verbessert.	Trifft teilweise zu
können KlientInnen mit Freizeit mehr anfangen.	Trifft voll zu
können sie mit Problemen besser umgehen.	Trifft voll zu
lernen sie, ‚auf eigenen Beinen zu stehen‘.	Trifft voll zu
fühlen sie sich (wieder) in die Gesellschaft integriert.	Trifft voll zu
hat ihr Leben wieder einen Sinn bekommen.	Trifft voll zu
hat sich ihre Arbeitsplatzsituation verbessert.	Trifft nicht zu
haben sie wieder einen geregelten Tagesablauf.	Trifft voll zu
hat sich der Kontakt zu ihren Familienangehörigen verbessert.	Trifft voll zu / Trifft nicht zu

Verbesserungsvorschläge	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Übergangswohnung der WPF sollte nach Ablauf der Betreuung in Hauptmiete übernommen werden können. 2. Die WPF- Wohnungen sollten komplett ausgestattet bzw. möbliert sein. 3. Die WPF sollte praktische Kurse ermöglichen.
Aussicht auf Wohnung	nein : ja = 20 : 18

Tab.15: Ergebnismatrix II

7.2.1 Demographische Daten der Befragten

Im Rahmen der schriftlichen Befragung werden von 38 aktuellen KlientInnen des Vereins Wohnplattform Fragebögen ausgefüllt. Der Frauenanteil beträgt 31,6 Prozent, der Männeranteil 68,4 Prozent. In Zahlen ausgedrückt stellen diese folgende Werte dar:

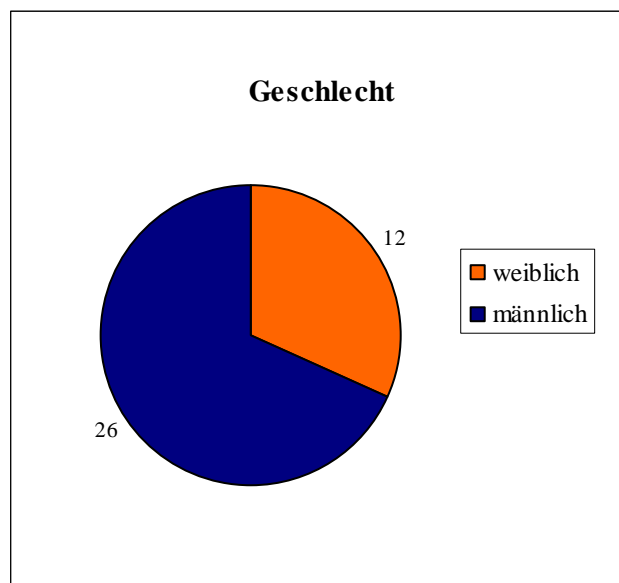


Abb.22: Befragte differenziert nach Geschlecht

Folgende Tabelle gibt Aufschluss über weitere demographische Daten der befragten Personen.

Familienstand			Alter				
			unter 20 Jahre	20- 30 Jahre	31- 40 Jahre	41- 50 Jahre	51- 60 Jahre
ledig	Geschlecht	weiblich	2	0	2	0	
		männlich	0	4	6	6	
	Gesamt		2	4	8	6	
verheiratet	Geschlecht	weiblich		0		1	
		männlich		1		0	
	Gesamt			1		1	
Lebensgemeinschaft	Geschlecht	weiblich	1	0	1		
		männlich	0	1	1		
	Gesamt		1	1	2		
geschieden	Geschlecht	weiblich		1	1	2	1
		männlich		0	0	4	1
	Gesamt			1	1	6	2
verwitwet	Geschlecht	männlich				1	1
	Gesamt					1	1

Tab.16: Befragte differenziert nach Alter, Geschlecht und Familienstand

Die größte Gruppe der Befragten stellt die 41 bis 50jährigen dar, gefolgt von denen, die sich in der Altersgruppe der 31 bis 40jährigen befinden. Bezüglich Familienstand ist zu erkennen, dass mit 20 Nennungen der Großteil der Auskunftspersonen ledig ist, während die zweitgrößte Gruppe (10 Personen) geschieden ist. Trennt man nach Geschlecht, so ist der größte Anteil der Frauen geschieden, bei den Männern handelt es sich mehrheitlich um Alleinstehende. Die meisten befragten Frauen sind zwischen 31 und 40 Jahre alt; Männer zwischen 41 und 50 Jahre.

Eine weitere Differenzierung nach Berufsständen ergibt folgendes Bild:

Berufsstand			Alter				
			unter 20 Jahre	20- 30 Jahre	31- 40 Jahre	41- 50 Jahre	51- 60 Jahre
Beamter/in	Geschlecht	männlich					1
	Gesamt						1
Arbeiter/in	Geschlecht	weiblich		1	4	0	
		männlich		3	2	3	
	Gesamt			4	6	3	
Arbeitslos	Geschlecht	weiblich		0	0	2	0
		männlich		2	3	6	1
	Gesamt			2	3	8	1
Pensionist/in	Geschlecht	weiblich		0	0	1	
		männlich		1	2	1	
	Gesamt			1	2	2	
in Berufsausbildung	Geschlecht	weiblich	2			0	
		männlich	0			1	
	Gesamt		2			1	
Sonstiges*	Geschlecht	weiblich	1				1
	Gesamt		1				1

* Einzelnennungen: Hausfrau, Praktikantin

Tab.17: Befragte differenziert nach Alter, Geschlecht und Berufsstand

Die dominierende Gruppe stellt mit 14 Angaben arbeitslose Menschen dar. Mit lediglich einer Person weniger folgt der Berufsstand der ArbeiterInnen. Bezieht man das Geschlecht in die Betrachtung mit ein, ist erkennbar, dass die Mehrheit der Frauen als ArbeiterInnen tätig ist, während der Großteil der Männer keiner Erwerbsarbeit nachgeht.

Von welcher Sozialeinrichtung die befragten KlientInnen betreut werden, kann folgender Abbildung entnommen werden:

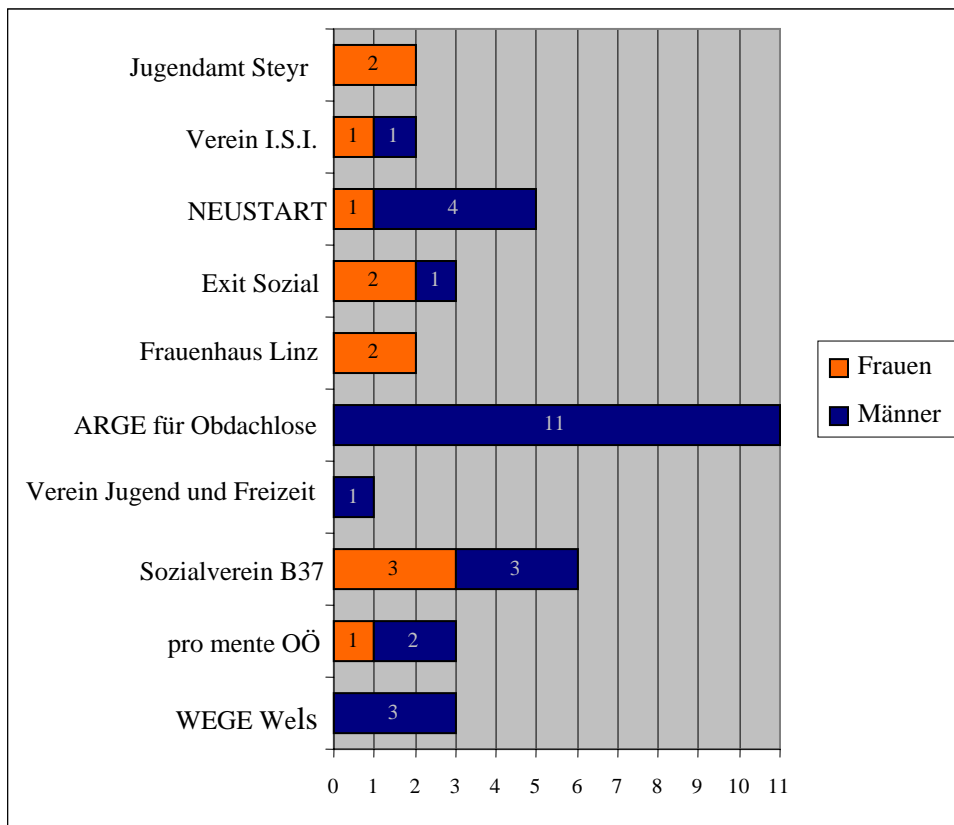
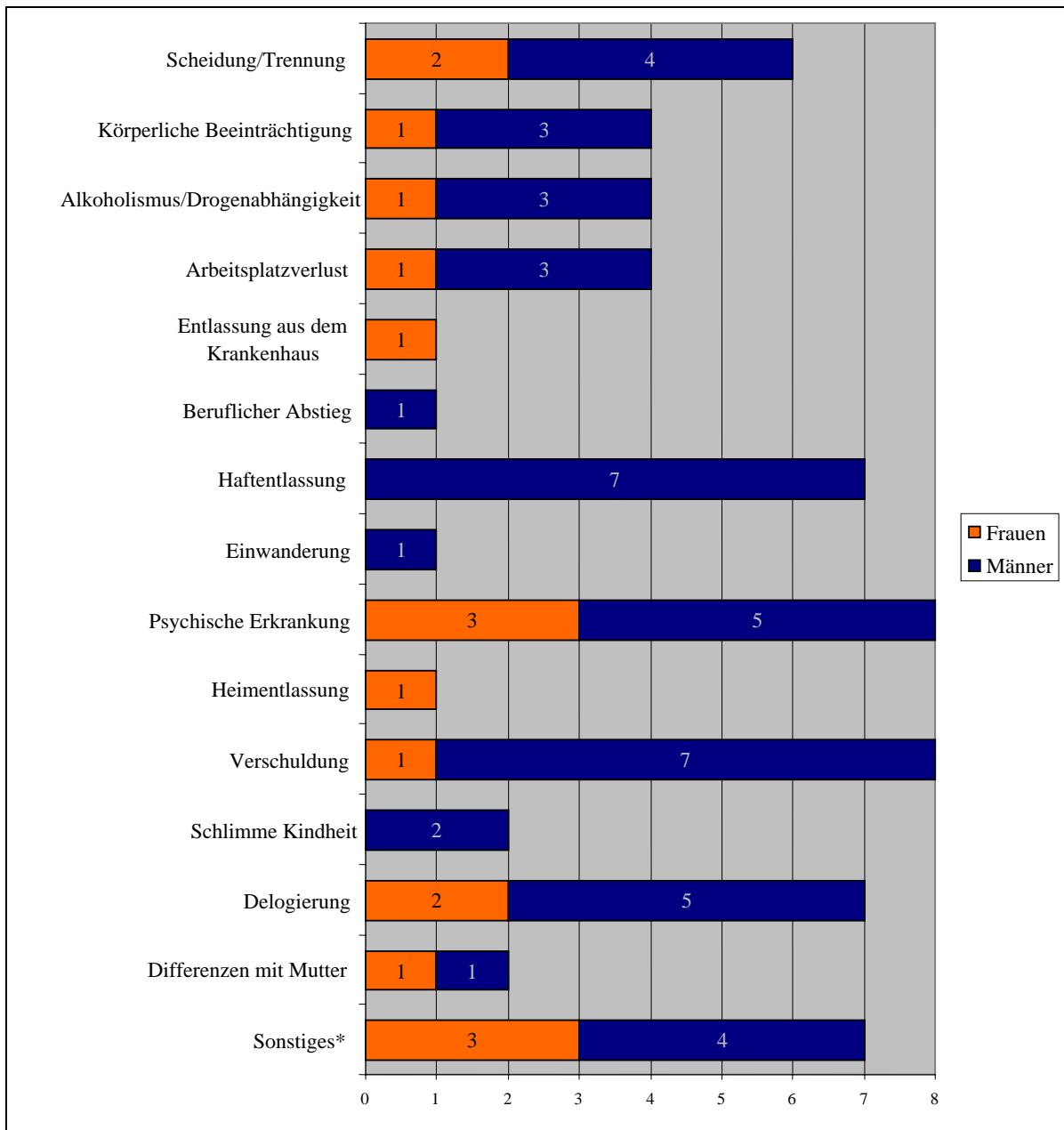


Abb.23: Betreuungseinrichtungen

Die Differenzierung nach Betreuungseinrichtungen ergibt, dass die befragten KlientInnen sich mit der Grundgesamtheit der einzelnen Vereine zum Befragungszeitpunkt annähernd decken.

7.2.2 Gründe der Wohnungslosigkeit

Von Interesse ist die Frage, durch welche Notlagen Menschen auf das Angebot des Vereins Wohnplattform zurückgreifen müssen; also warum die Betroffenen nach eigener Einschätzung wohnungslos wurden. Nachstehende Grafik illustriert die Auslöser, die diese Personengruppe in die prekäre Lebenssituation gebracht haben.



* Einzelnennungen: Tod der Eltern, zu teure Wohnungen, vorige Wohnung war zu groß und zu teuer, Selbständigkeit, Arbeitslosigkeit, psychische Erkrankung des Mannes, Alkoholismus und Gewalt durch den Mann

Abb.24: Gründe der Wohnungslosigkeit
(Mehrfachantworten möglich)

Mit jeweils acht Nennungen werden ‚psychische Erkrankungen‘ und ‚Verschuldung‘ angeführt, die von den Befragten als Hauptanlässe für die eigene Wohnungslosigkeit eingeschätzt werden. ‚Delogierung‘ und ‚Haftentlassung‘ werden mit lediglich einer Angabe weniger am zweithäufigsten genannt. Eine Trennung der Geschlechter ergibt folgendes Bild: Frauen sehen die Ursache hauptsächlich in ‚psychischen Erkrankungen‘, gefolgt von ‚Scheidung/Trennung‘ und ‚Delogierung‘. Männer hingegen begründen die eigene Wohnungslosigkeit vorwiegend mit ‚Haftentlassung‘ und ‚Verschuldung‘, als zweithäufigste

Gründe kristallisieren sich ‚psychische Erkrankungen‘ und ‚Delogierung‘ heraus. Anzumerken ist, dass mit den beiden letztgenannten Ursachen eine Parallele zu den Frauen erkennbar ist.

7.2.3 Sozialarbeiterische Tätigkeit

Der folgende Abschnitt setzt sich mit der Betreuung der KlientInnen auseinander. Es wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung der Arbeit der SozialarbeiterInnen zugeschrieben wird. Hierbei wird die Annahme getroffen, dass der sozialarbeiterischen Betreuung von Seiten der KlientInnen Wichtigkeit zugeschrieben wird. Weiters wird untersucht, was die Betreuung beinhaltet, wie oft ein/e SozialarbeiterIn in der Wohnung eines/r KlientIn erscheint und ob etwaige Verbesserungsvorschläge von Seiten der KlientInnen vorliegen.

7.2.3.1 Einschätzung der Wichtigkeit

Ein kurzer Blick auf nachstehende Abbildung lässt folgende Aussage zu: Die Betreuung scheint von großer Bedeutung. Dieser Auffassung sind sieben Frauen und 23 Männer, was einem Prozentanteil von 79 entspricht. Ein großer Teil der Frauen (5) steht der Betreuung mit gemischten Gefühlen gegenüber, der Männeranteil liegt mit zwei Nennungen weit hinter den Frauen. Lediglich eine männliche Person ist der Meinung, die Betreuung durch den/die SozialarbeiterIn sei nicht von Belang.

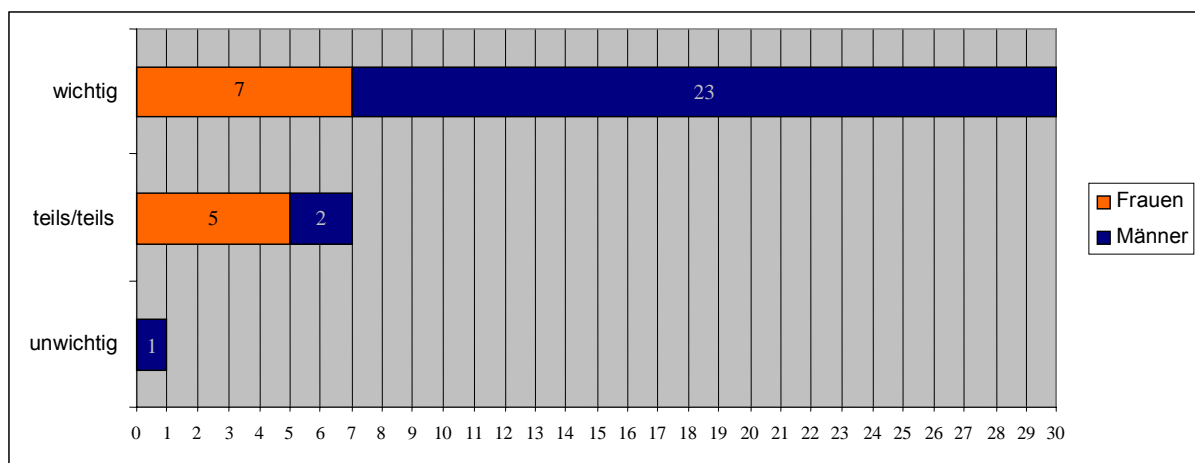


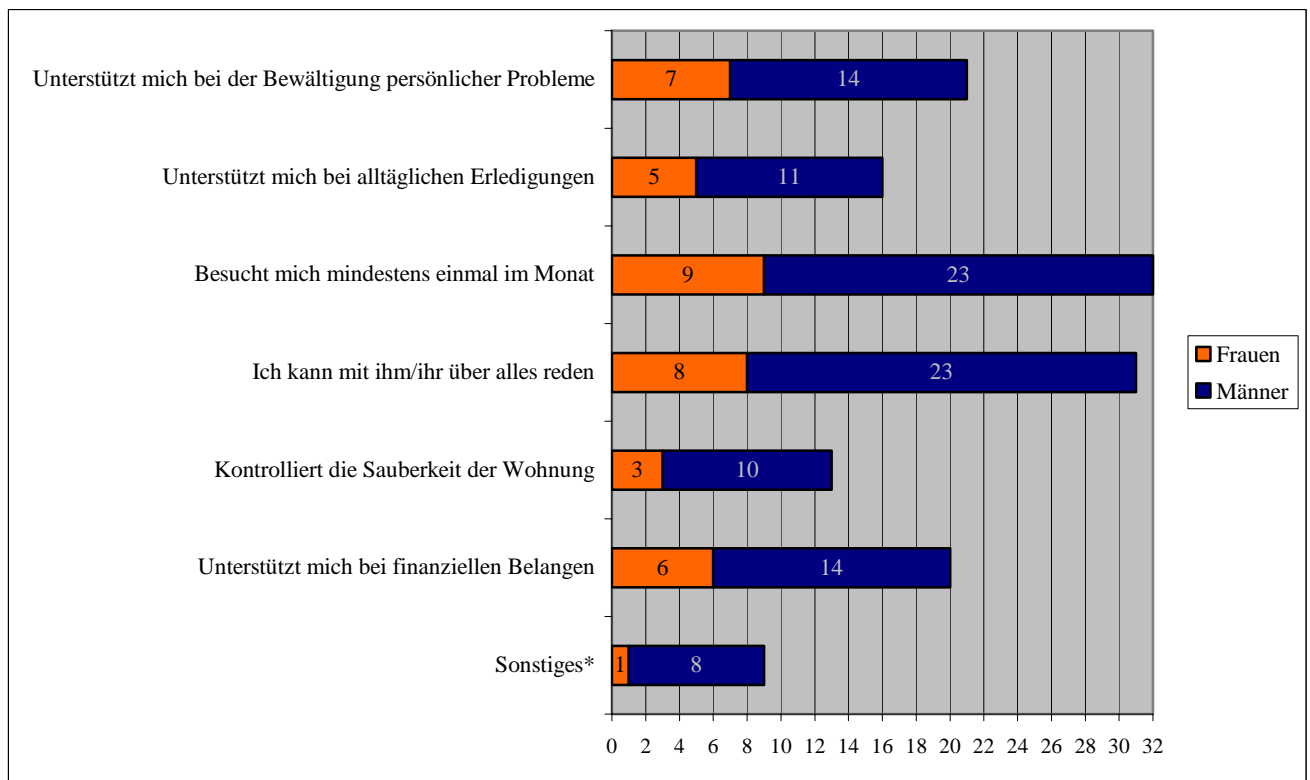
Abb.25: Wichtigkeit der sozialarbeiterischen Betreuung

Hierbei stellt sich jedoch die Frage, ob es Auskunftspersonen gibt, die die Betreuung zwar als unwichtig empfinden, dennoch aufgrund der Angst vor negativen Sanktionen entweder die Antwortkategorien ‚wichtig‘ oder ‚teils/teils‘ gewählt haben. Weiters besteht die Möglichkeit, dass die BetreuerInnen während der Bearbeitung der Fragebögen anwesend waren und dies wiederum Einfluss auf die Antwortfindung hat.

Es wird der Frage nachgegangen, warum manche Auskunftspersonen die Wichtigkeit der Betreuung mit ‚teils/teils‘ oder gar mit ‚unwichtig‘ eingestuft haben. Um dies einer Antwort zuzuführen, wird überprüft, welche Veränderungsvorschläge von diesen Personen als positiv empfunden werden würden. Es stellt sich heraus, dass vier Frauen, die die Wichtigkeit mit ‚teils/teils‘ bewerten, mit ihren SozialarbeiterInnen nicht über alles reden können (Signifikanzwert liegt bei 0,004). Somit könnte darin eine Begründung für eine derartige Bewertung liegen. Dieser Frage wird auch bei dem einzigen Mann, der seine Betreuung als ‚unwichtig‘ einstuft, nachgegangen, und es zeigt sich, dass dieser mehr Unterstützung in finanziellen Belangen von seiner BetreuerIn fordert. Die gleiche Situation stellt sich bei dem Mann heraus, der diese Frage mit ‚teils/teils‘ beantwortet hat (Signifikanzwerte liegen bei 0,003). Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass es sich hierbei lediglich um acht von insgesamt 38 Personen handelt, womit die Tätigkeit der SozialarbeiterInnen von Seiten der KlientInnen grundsätzlich als wichtig eingestuft wird.

7.2.3.2 Inhalte der Betreuung

Die Rolle, die einzelne BetreuerInnen übernehmen, ist sehr unterschiedlich. Nachstehende Abbildung zeigt auf, welche Unterstützungsleistungen den KlientInnen zur Verfügung gestellt werden.



* Anlaufstelle bei jeglichem Infobedarf, Unterstützung bei Behördengängen, Angebot an Aktivitäten, Hilfe in Notsituationen, bei Wohnungssuche sowie bei der Arbeitssuche

Abb.26: Inhalte der Betreuung
(Mehrfachantworten möglich)

Die vertraglich geregelte Betreuungsfrequenz von mindestens einem Wohnungsbesuch pro Monat wird nicht von allen befragten Personen bestätigt. Von insgesamt 38 Auskunftspersonen geben 32 an, ihre/n BetreuerIn mindestens einmal im Monat in der Übergangswohnung zu empfangen. Trotzdem muss angemerkt werden, dass dies diejenige Antwortmöglichkeit darstellt, die am häufigsten von den KlientInnen angegeben wird. Aufgrund der zweithäufigsten Nennung wird angenommen, dass SozialarbeiterInnen zum Großteil als GesprächspartnerInnen agieren, die ein offenes Ohr für jegliche Sorgen ihrer ‚Schützlinge‘ haben. Hier liegt gegenüber der letzten Frage auf den ersten Blick ein Widerspruch vor. Da es sich jedoch nicht um dieselben weiblichen Auskunftspersonen handelt, löst sich dieser auf. Weiters bieten SozialarbeiterInnen Unterstützung bei der Bewältigung persönlicher Probleme. Auch bei finanziellen Belangen stehen sie hilfreich zur Seite. Das Angebot an Aktivitäten, die Hilfe in Notsituationen, die Wohnungssuche sowie die Arbeitssuche werden nur einmal genannt.

Um die Frage nach der Einhaltung der vertraglich festgelegten Betreuungsfrequenz doppelt abzusichern, wird dieser wiederholt nachgegangen. Folgende Abbildung beinhaltet die Ergebnisse:

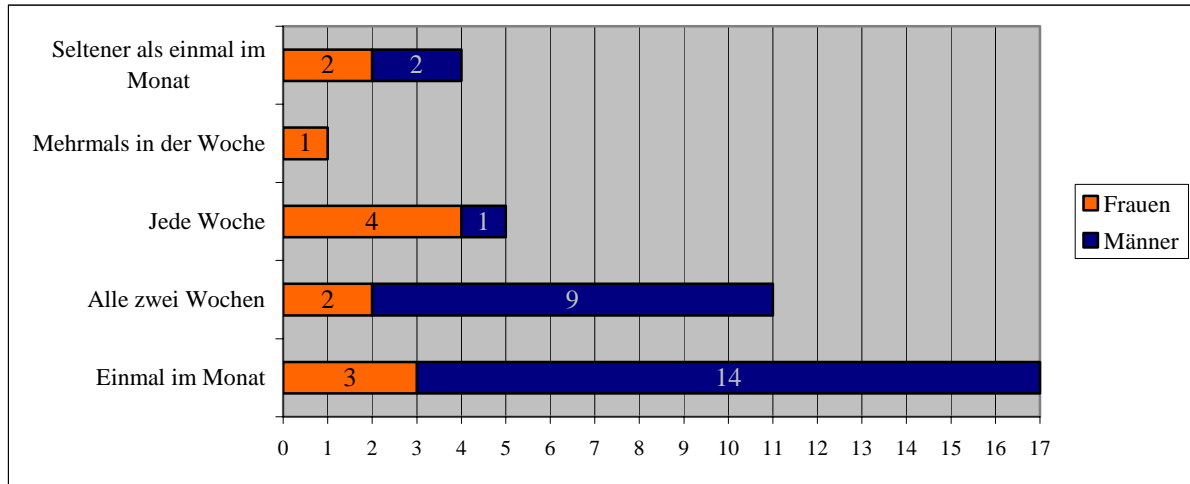


Abb.27: Betreuungsfrequenz

Tatsächlich erfahren zwei weibliche und zwei männliche KlientInnen innerhalb der gesetzten Frist keine Betreuung. Verglichen zur obigen Abbildung fällt jedoch auf, dass diesbezüglich keine Übereinstimmung vorzufinden ist. Während sich aus der obigen Fragestellung ergibt, dass sechs Personen nicht mindestens einmal im Monat von deren BetreuerInnen aufgesucht werden, so sind es hier lediglich vier Auskunftspersonen. Obwohl dieser Unterschied mit zwei Befragten sehr gering ausfällt, werden Annahmen bezüglich dessen Ursache(n) getroffen: Zum einen wäre es möglich, dass es im Zuge der Bearbeitung des Fragebogens zu Verständnisproblemen gekommen ist, zum anderen besteht wiederum die bereits erwähnte Möglichkeit, dass eine etwaige Anwesenheit des/r SozialarbeiterIn zur Befangenheit der befragten Person führte. Es kann weiters die Annahme getroffen werden, dass zwei Auskunftspersonen bei der Bearbeitung der Fragebögen hastig und unsorgfältig vorgegangen sind und die obige Antwortmöglichkeit übersehen haben.

Es muss jedoch positiv bemerkt werden, dass rund 89 Prozent der BetreuerInnen einmal im Monat einen Besuch abhalten. Bei ungefähr einem Drittel beträgt die Betreuungsfrequenz sogar zwei Wochen. Fünf Personen erhalten jede Woche einen Besuch ihres/r BetreuerIn, nur eine Frau wird mehrmals in der Woche betreut.

7.2.3.3 Verbesserungsvorschläge

Hier wird der Frage nachgegangen, ob von Seiten der KlientInnen etwaige Verbesserungen der Betreuung erforderlich wären. Im Großen und Ganzen kann dies mit einem ‚nein‘ beantwortet werden. Lediglich 32 Prozent (12 Personen) sehen darin eine Notwendigkeit, wie folgende Abbildung veranschaulicht:

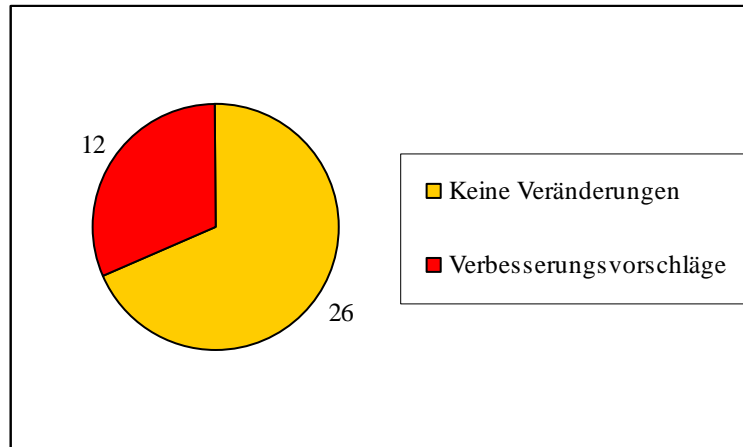
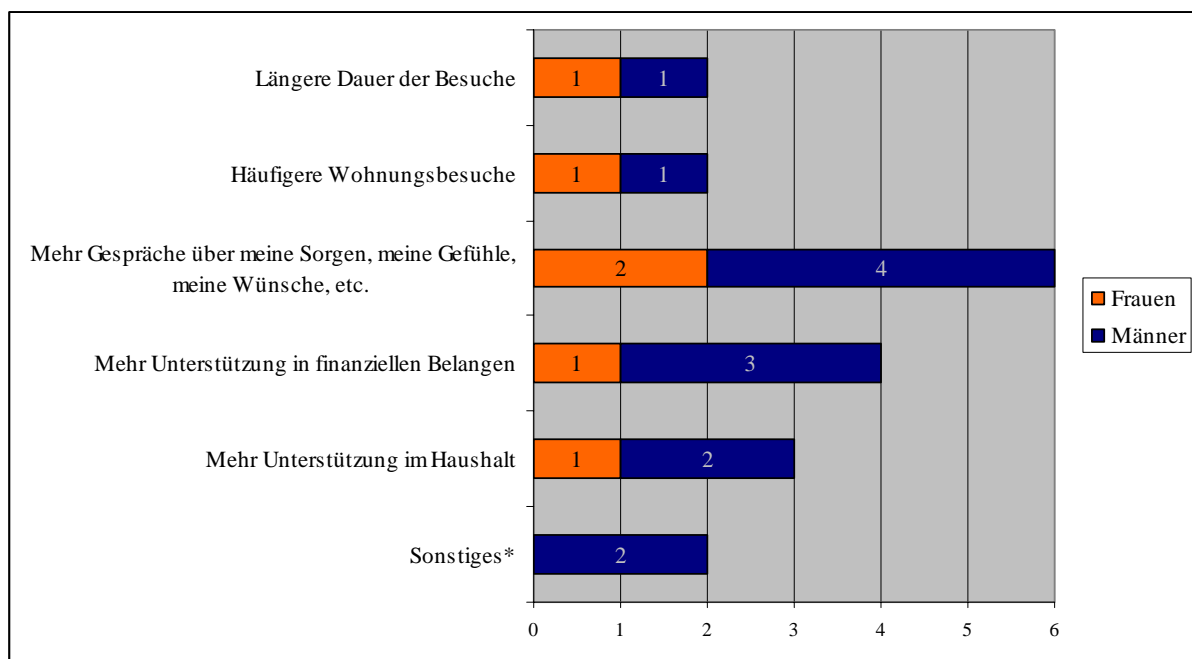


Abb.28: Verbesserungsnotwendigkeit

Von den zwölf Auskunftspersonen werden folgende Veränderungen als Verbesserung der Betreuung empfunden:



* Einzelnennungen: kürzere Dauer der Besuche, weniger Wohnungsbesuche

Abb.29: Verbesserungsvorschläge der Betreuung

(Mehrfachnennungen möglich)

Der überwiegende Anteil sowohl an Männern als auch an Frauen wünscht sich mehr Gespräche über ihre Sorgen, Gefühle, Wünsche, etc. Hier scheint der hauptsächliche Verbesserungsbedarf der Betreuung vorzuliegen. Auch wird mehr Unterstützung in finanziellen Belangen gefordert. Manche wünschen sich eine ‚längere Dauer der Besuche‘ und ‚häufigere Wohnungsbesuche‘. Im Gegensatz dazu befürworten zwei Männer ‚kürzere Besuchszeiten‘ und ‚weniger Besuche‘. Aus einem Gespräch geht hervor, dass ein Befragter sich durch die Wohnungsbesuche wie ein kleines Kind behandelt fühle und dies für ihn eine Form der Beaufsichtigung darstelle. Seiner Meinung nach seien diese regelmäßig vereinbarten Termine lästig und nicht angebracht.

7.2.4 Das Angebot des Vereins Wohnplattform

Der kommende Abschnitt behandelt den Verein Wohnplattform und gibt Aufschluss über das Angebot des Vereins, die Veränderung der Lebenssituation ihrer KlientInnen seit der Inanspruchnahme einer Wohnplattform- Wohnung, die Einschätzung der Lebenssituation, falls es die Wohnplattform nicht gäbe sowie etwaige Verbesserungsvorschläge seitens der KlientInnen.

7.2.4.1 Bewertung des Angebots

Einleitend ist von besonderem Interesse, wie das Angebot des Vereins Wohnplattform von den KlientInnen grundsätzlich eingestuft wird. Es ergibt sich folgendes Bild, das die Hypothese, dass es sich hierbei um ein für die KlientInnen unentbehrliches Angebot handelt, belegt:

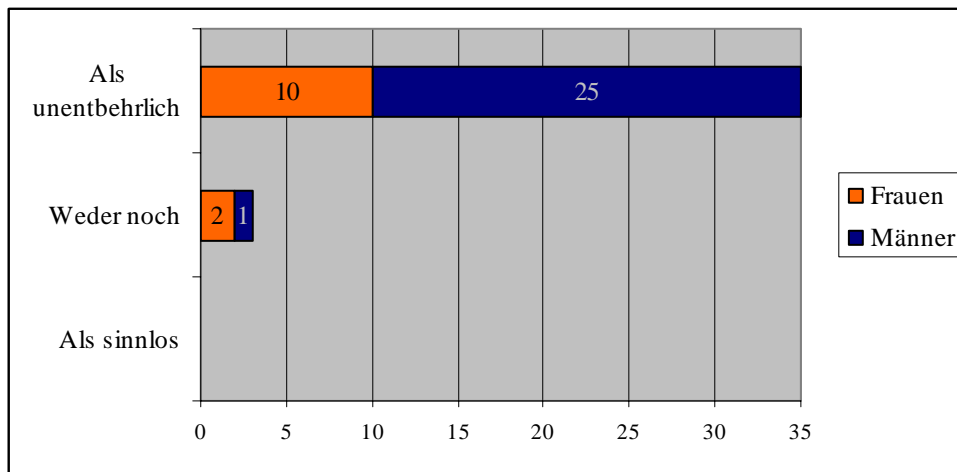


Abb.30: Bewertung des Angebots des Vereins Wohnplattform

Deutlich ist zu erkennen, dass es sich beim Verein Wohnplattform um einen unentbehrlichen Teil des Lebens dieser betroffenen Personengruppen handelt. 92 Prozent vertreten diese Meinung. Niemand stuft das Angebot der Wohnplattform als sinnlos ein. Trotzdem geben zwei Frauen und ein Mann die Antwort ‚Weder noch‘. Um mögliche Gründe hierfür zu eruieren, wird diese Frage mit der Veränderung der Lebenssituation durch den Aufenthalt in einer Wohnung der Wohnplattform in Verbindung gebracht. Mit einer Signifikanz von 0,186 bei den Frauen und 0,497 bei den Männern wird diese Annahme verworfen.

Es stellt sich jedoch heraus, dass diese beiden Frauen es befürworten würden, wenn von Seiten des Vereins Wohnplattform Verbesserungen in Form von praktischen Kursen vorgenommen werden würden (Signifikanzwert liegt bei 0,007). Auch wünschen sie mehr Informationen bezüglich Mülltrennung, die vom Verein Wohnplattform mitgeteilt werden sollen (Signifikanzwert von 0,020).

Ein weiterer möglicher Zusammenhang könnte in dem Item ‚Seit ich in einer Wohnung der Wohnplattform lebe, hat sich mein Gesundheitszustand verbessert‘ gesehen werden. Dies führt bei zwei weiblichen Auskunftspersonen zu einer Signifikanz von 0,027; das heißt, es besteht ein Zusammenhang zwischen der Verbesserung des Gesundheitszustandes und der Bewertung des Angebots der Wohnplattform. Es kann infolgedessen eine dritte Begründung in der nicht eingetroffenen Verbesserung des Gesundheitszustandes mit der Bewertung ‚Weder noch‘ des Angebots des Vereins Wohnplattform gesehen werden. Mit einem Cramer’s V von 0,775 handelt es sich hierbei um einen sehr starken Zusammenhang.

7.2.4.2 Veränderung der Lebenssituation

Wie sich die Lebenssituation der Betroffenen durch den Aufenthalt in einer Wohnung der Wohnplattform verändert hat, illustriert folgende Abbildung:

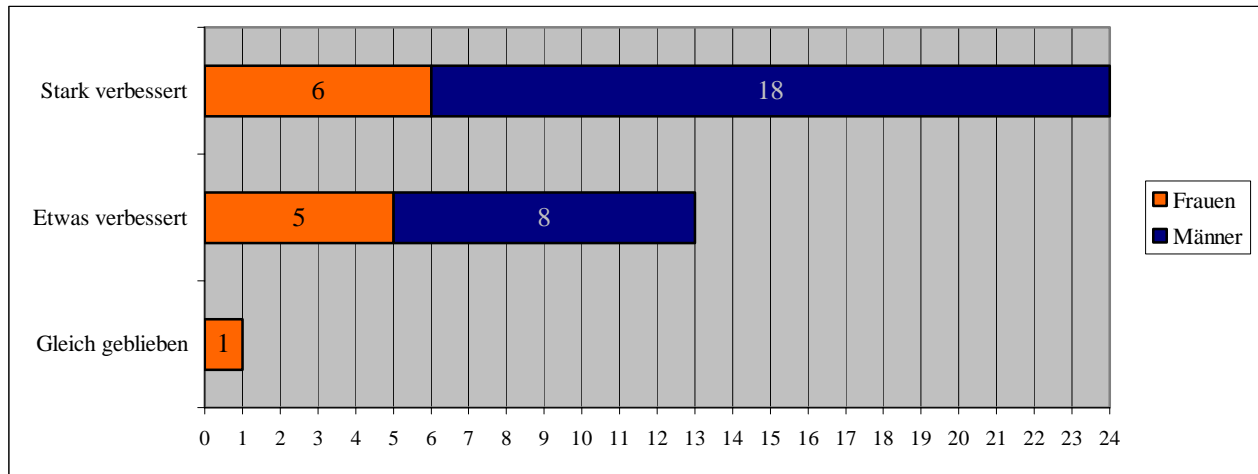
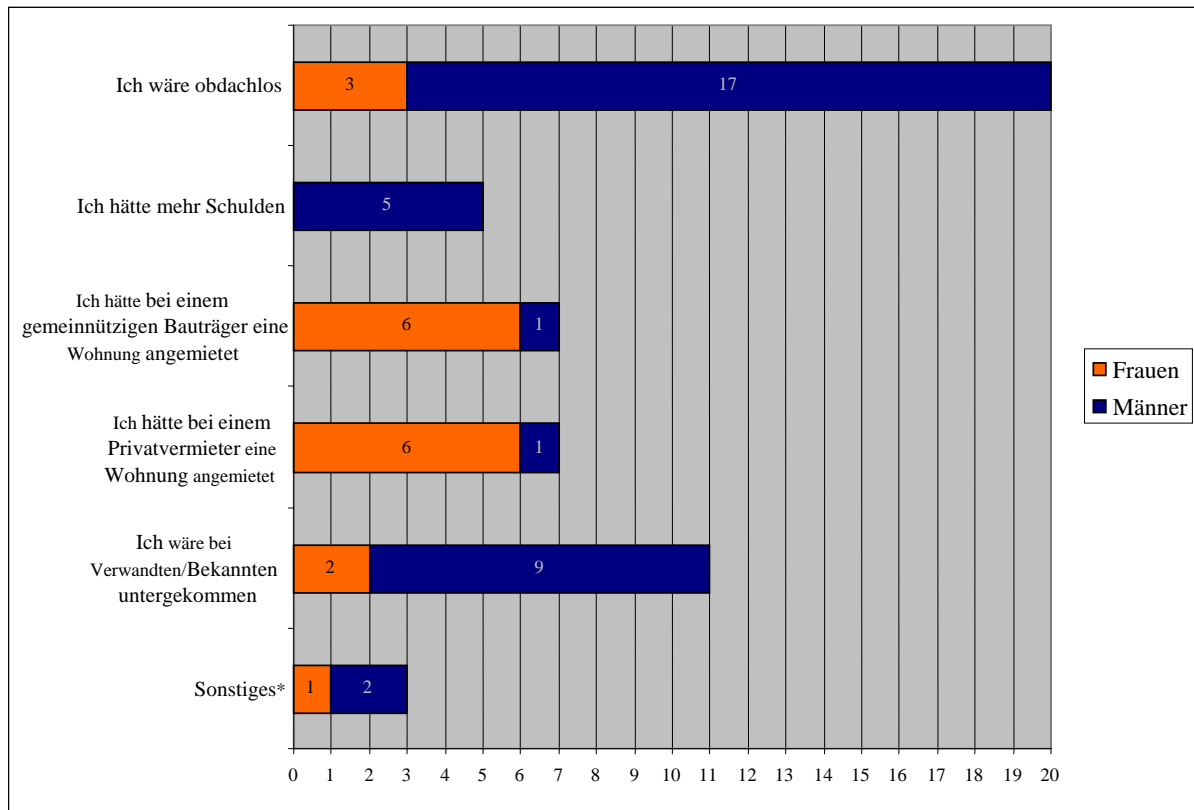


Abb.31: Veränderung der Lebenssituation seit dem Aufenthalt in einer Wohnplattform-Wohnung

Für rund 63 Prozent der Wohnplattform- KlientInnen hat sich die Lebenssituation stark verbessert, was einer Anzahl von 24 Personen entspricht. Eine geringere Besserung ist bei circa 34 Prozent eingetroffen. Lediglich eine Frau ist der Meinung, ihre Situation ist gleich geblieben. Die hohe Prozentzahl derjenigen Auskunftspersonen, die eine starke Verbesserung ihrer Lebenssituation empfinden, lässt eine Verifizierung der anfangs aufgestellten Hypothese zu.

Von besonderem Interesse erscheint die weibliche Person, deren Lebenssituation auch nach Inanspruchnahme einer Wohnplattform- Wohnung gleich geblieben ist. Aus diesem Grund wird diese einer näheren Betrachtung unterzogen und die Annahme getroffen, es bestehe ein Zusammenhang mit der Item- Batterie ‚Seit ich in einer Wohnung der Wohnplattform lebe,...‘. Eine Überprüfung dessen ergibt, dass sich bei dieser Befragten der Umgang mit Geld nicht verbessert hat, die Arbeitsplatzsituation keine Verbesserung erfahren hat, kein geregelter Tagesablauf erreicht wurde und der Kontakt zu Familienangehörigen ebenfalls unverändert geblieben ist. Ein Signifikanztest führt jedoch zu dem Ergebnis, dass zwischen diesen Faktoren kein Zusammenhang besteht (Signifikanzwerte liegen zwischen 0,246 und 0,577 bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,05). Somit wird diese Annahme widerlegt. Einer Begründung kann demnach nicht nachgegangen werden.

Von Seiten der Auskunftspersonen wird weiters eine Einschätzung der Lebens- und Wohnsituation ohne das Angebot des Vereins Wohnplattform abgegeben:



* Einzelnennungen: Betreute WG, Depressionen, krankheitlicher Rückfall

Abb.32: Einschätzung der Lebenssituation ohne dem Verein Wohnplattform

Mehr als die Hälfte der Personen sind der Meinung, dass sie kein Dach über dem Kopf hätten, wenn sich nicht die Möglichkeit geboten hätte, beim Verein Wohnplattform UntermieterIn zu werden. Rund ein Drittel der Frauen hätte bei einem gemeinnützigen Bauträger oder bei einem/r PrivatvermieterIn eine Wohnung angemietet.

Diese hohe Anzahl an Nennungen lässt jedoch die Frage zu, ob diese Einschätzung einer realistischen Chance entspricht und im Falle einer Bejahung dieser wird hinterfragt, warum diese KlientInnen das Angebot des Vereins Wohnplattform in Anspruch genommen haben und somit anderen, die tatsächlich darauf angewiesen sind, diese Chance verwehren. Aufgrund dessen wird überprüft, ob diejenigen Befragten bereits eine Aussicht auf eine Wohnung nach dem Untermietvertrag mit der Wohnplattform haben. Es kommt zu folgenden Ergebnissen: Von den acht Frauen, die angeben, ansonsten eine Wohnung bei einem/r PrivatvermieterIn oder gemeinnützigen Wohnbauträger angemietet hätten, haben lediglich zwei Frauen eine konkrete Aussicht auf eine Wohnung. Die beiden Nennungen der Männer,

sowohl bei einem/r privaten VermieterIn als auch bei einem Bauträger unterzukommen, stammen von derselben männlichen Auskunftsperson. Diese hat bereits eine Wohnung in Aussicht. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass es sich hierbei zumindest bei den Frauen vorwiegend um unrealistische Einschätzungen handelt.

Ausschließlich männliche Klienten glauben, dass ihre Schulden ohne das Angebot der Wohnplattform in die Höhe getrieben werden würden. Setzt man dies mit der Frage nach den Gründen der Wohnungslosigkeit in Bezug, so ist erkennbar, dass lediglich zwei Männer, die angaben, aufgrund einer Verschuldung von Wohnungslosigkeit betroffen gewesen zu sein, noch mehr in die Schuldenfalle geschlittert wären, wenn es die Wohnplattform nicht gäbe.

Im Gegensatz zu der im ersten Abschnitt behandelten Literatur, die vor allem wohnungslosen Frauen zuschreibt, bei Verwandten oder Bekannten unterzukommen, was als versteckte Wohnungslosigkeit aufscheint, ist erkennbar, dass diese Befragung ein anderes Ergebnis liefert. Lediglich zwei Frauen hätten diese Option gewählt, wohingegen der Anteil an Männern mit neun Nennungen den überwiegenden Teil darstellt.

Welche konkreten Veränderungen nun die Maßnahmen des Vereins Wohnplattform bei ihren KlientInnen hervorgerufen haben, behandelt folgender Abschnitt. Eine im Fragebogen vorhandene Item- Batterie beinhaltet einzelne Aussagen, die von den KlientInnen entweder als richtig empfunden werden oder als falsch eingestuft werden. Kann eine Einschätzung nicht eindeutig als richtig oder falsch bewertet werden, so kann auf die Antwortkategorie ‚Trifft teilweise zu‘ ausgewichen werden. Nachstehend werden die Items einzeln angeführt und grafisch dargestellt.

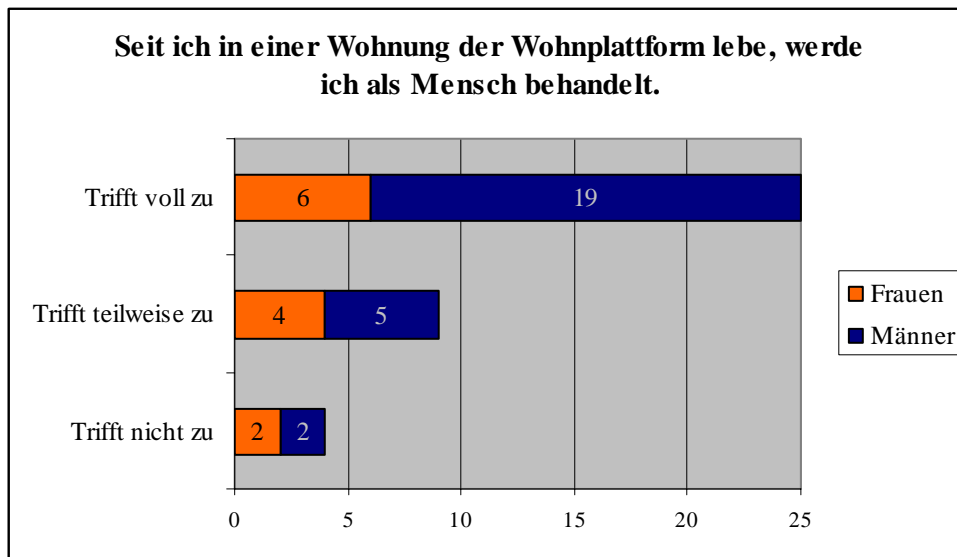


Abb.33: Menschlicher Umgang
(Mehrfachnennungen möglich)

Rund 66 Prozent der Befragten teilen die Einschätzung, dass sie seit dem Einzug in die Wohnplattform- Wohnung einen menschlichen Umgang erfahren. Etwa 24 Prozent können dies nicht eindeutig einordnen, wohingegen zehn Prozent sich nicht als Mensch behandelt fühlen.

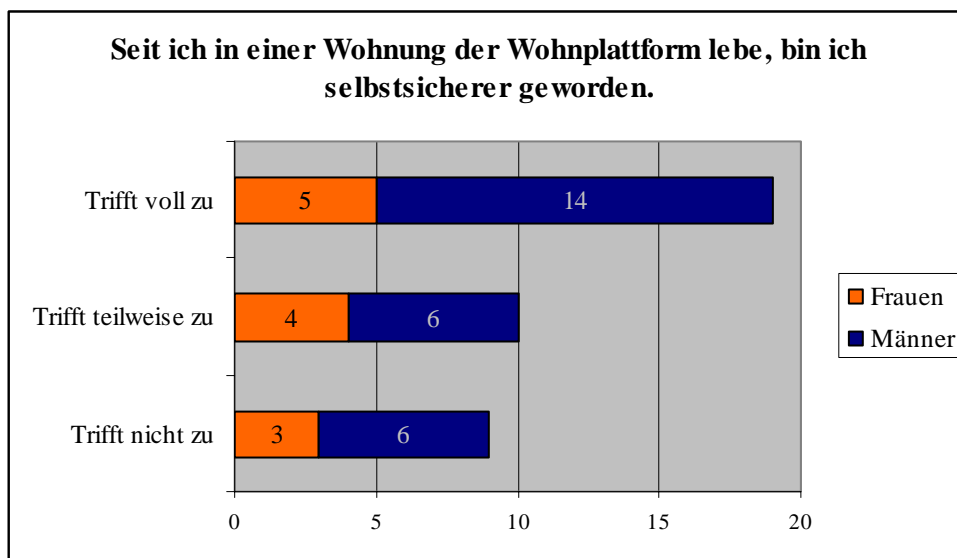


Abb.34: Gewinnung an Selbstsicherheit
(Mehrfachnennungen möglich)

Die Hälfte an Auskunftspersonen vertritt die Meinung, im Zuge des Aufenthalts in einer Wohnplattform- Wohnung mehr an Selbstsicherheit erlangt zu haben. Bis auf eine weibliche Befragte decken sich die Häufigkeiten der restlichen Antwortkategorien. Somit stehen 50

Prozent derer, die diese Auffassung nicht bzw. nicht vollständig teilen, denjenigen 50 Prozent gegenüber, die an Selbstsicherheit gewonnen haben. Diese Ausgeglichenheit lässt den Schluss zu, dass der Erhalt einer Wohnung nicht immer mit einem Gewinn an Selbstsicherheit einhergeht.

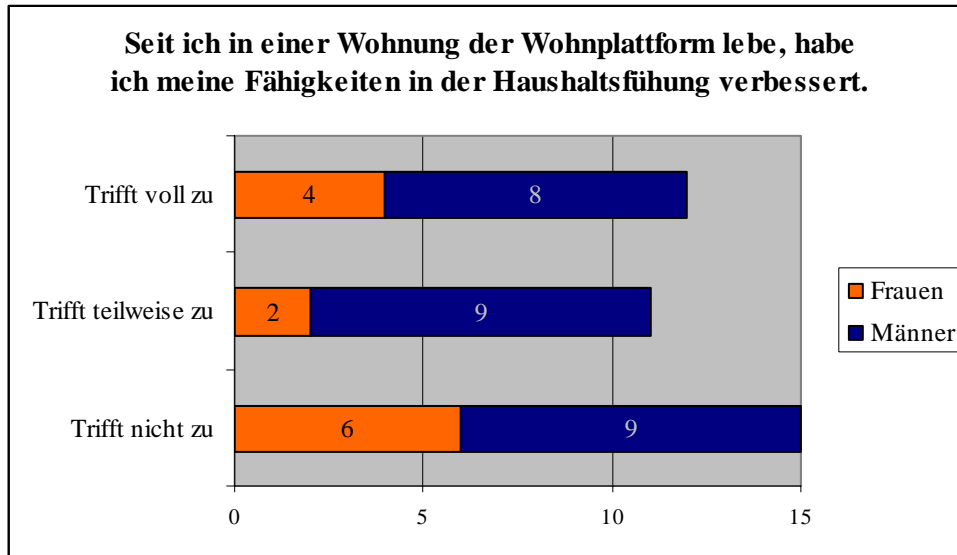


Abb.35: Verbesserung der Haushaltsführung
(Mehrfachnennungen möglich)

Diese Abbildung lässt erkennen, dass die Antwortkategorie ‚Trifft nicht zu‘ mit 39 Prozent am häufigsten gewählt wurde. Dies kann einerseits bedeuten, dass die Haushaltsführung bereits vor Einzug in die Wohnplattform- Wohnung beherrscht wurde, andererseits, dass bei Nichtvorhandensein haushälterischer Fähigkeiten keine Besserung erfahren wurde. Als zutreffend erachten 32 Prozent diese Aussage, als teilweise zutreffend 29 Prozent.

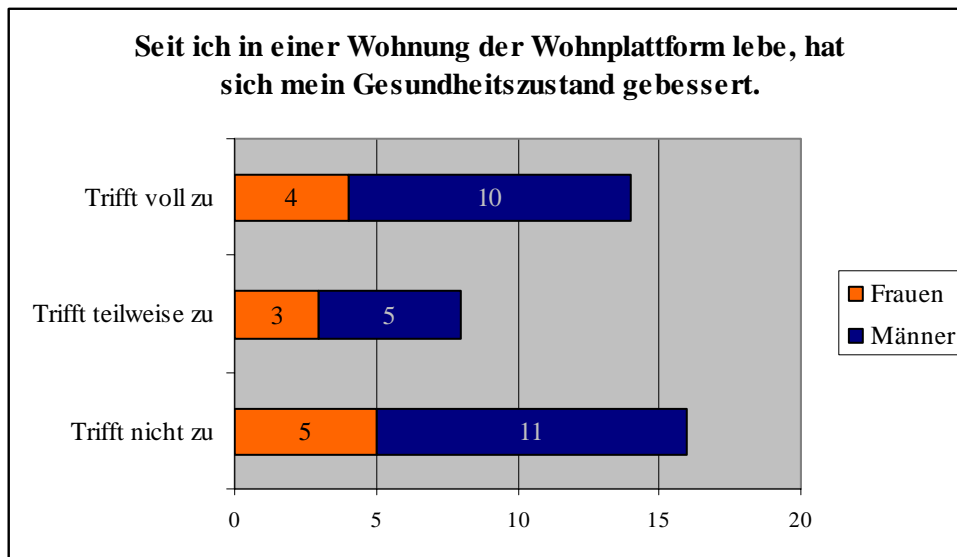


Abb.36: Verbesserung des Gesundheitszustandes
(Mehrfachnennungen möglich)

Weit mehr als ein Drittel der Befragten (42 Prozent) kann keine gesundheitliche Verbesserung feststellen. Gründe darin können zum einen im Krankheitsbild gesehen werden. Menschen, die beispielsweise an chronischen Krankheiten leiden, können trotz einer Wohnung keine vollständige Heilung erfahren. Zum anderen lag nie eine Erkrankung vor. 37 Prozent stellen eine Verbesserung ihres Gesundheitszustandes fest, wohingegen 21 Prozent diese nur teilweise erkennen.

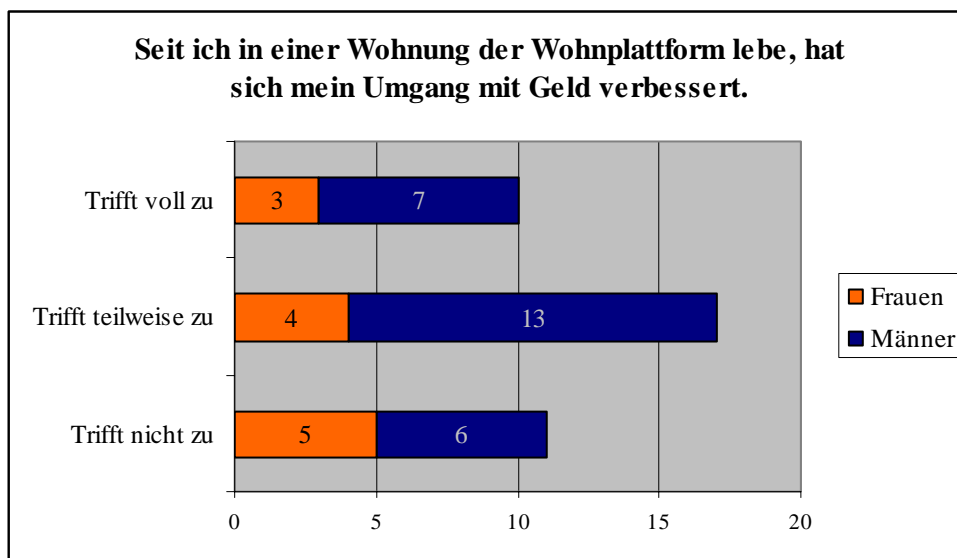


Abb.37: Verbesserung im Umgang mit Geld
(Mehrfachnennungen möglich)

Hier überwiegt mit ungefähr 45 Prozent erstmalig die Antwortmöglichkeit ‚Trifft teilweise zu‘, gefolgt von 29 Prozent, die keine Verbesserung angeben. Lediglich 26 Prozent kreuzen die Kategorie ‚Trifft voll zu‘ an. Aufgrund der Unterstützung in finanziellen Belangen von Seiten der SozialarbeiterInnen würde man dieses Bild nicht erwarten, wodurch diesem näher nachgegangen wird. Drei Frauen, die Unterstützung in finanziellen Belangen erhalten, geben an, keine Verbesserung im Umgang mit Geld festzustellen. Bei den Männern handelt es sich hierbei um zwei Personen. Eine weibliche und sieben männliche Auskunftspersonen, die gleiche Unterstützungsleistungen erhalten, können teilweise eine diesbezügliche Verbesserung erkennen. Jene, die durch die Unterstützung besser mit Geld umgehen können, belaufen sich lediglich auf zwei Frauen und fünf Männer. Demnach besteht kein Zusammenhang zwischen sozialarbeiterischer Betreuung in finanziellen Angelegenheiten und einer Verbesserung des Umgangs der KlientInnen mit ihrem verfügbaren Einkommen.

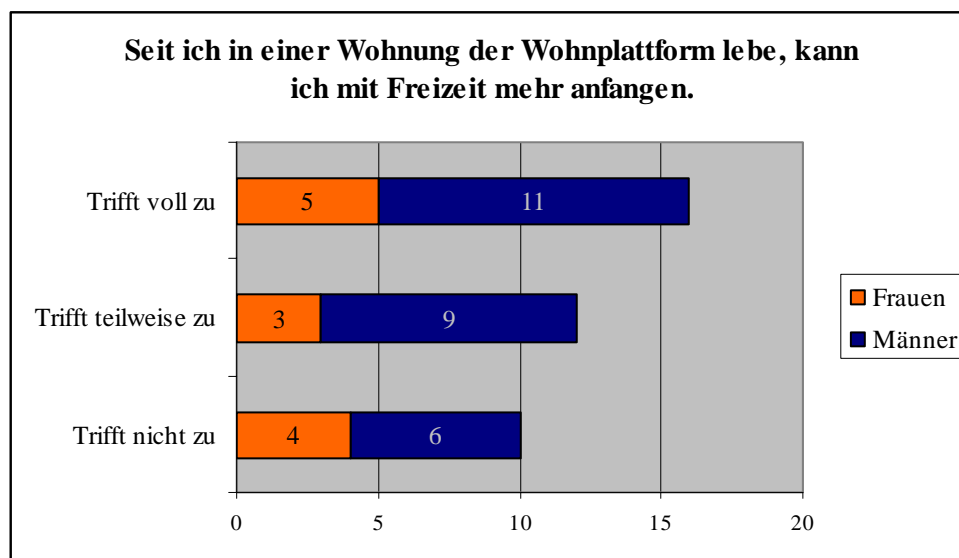


Abb.38: Besserer Umgang mit Freizeit
(Mehrfachnennungen möglich)

Für 42 Prozent der Befragten geht eine Wohnung mit einem besseren Umgang ihrer Freizeit einher. Ein teilweises Zutreffen bestätigen 32 Prozent. 26 Prozent können seit dem Aufenthalt in einer Wohnung der Wohnplattform ihre Freizeit nicht besser gestalten.

Aus Gesprächen mit arbeitslosen KlientInnen geht hervor, dass ein Leben ohne Arbeit nicht mit einem erhöhten Freizeitgenuss einhergehen kann. Gründe dafür liegen in dem Übermaß an Zeit, die entweder durch ‚langweiliges‘ Ausharren in der Wohnung oder durch Aktivitäten, wie beispielsweise Kaffeehausbesuche, die sich wiederum negativ auf das verfügbare, sehr

geringe Einkommen auswirken, überbrückt wird. Auf diese Weise beginnt sich die Spirale wieder nach unten zu drehen.

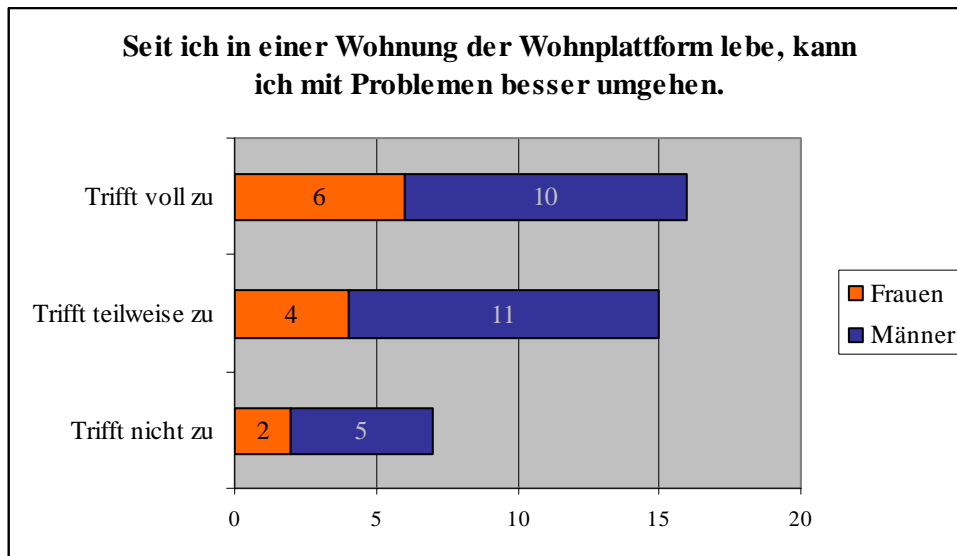


Abb.39: Besserer Umgang mit Problemen
(Mehrfachnennungen möglich)

42 Prozent der Auskunftspersonen geben an, seit dem Aufenthalt in einer Wohnung der Wohnplattform Probleme besser bewältigen zu können, knapp gefolgt von 40 Prozent, die den besseren Umgang teilweise erkennen. Somit kann oben stehender Abbildung grundsätzlich eine positive Entwicklung entnommen werden. Lediglich 18 Prozent können keine Fortschritte in der eigenen Problembewältigung feststellen.

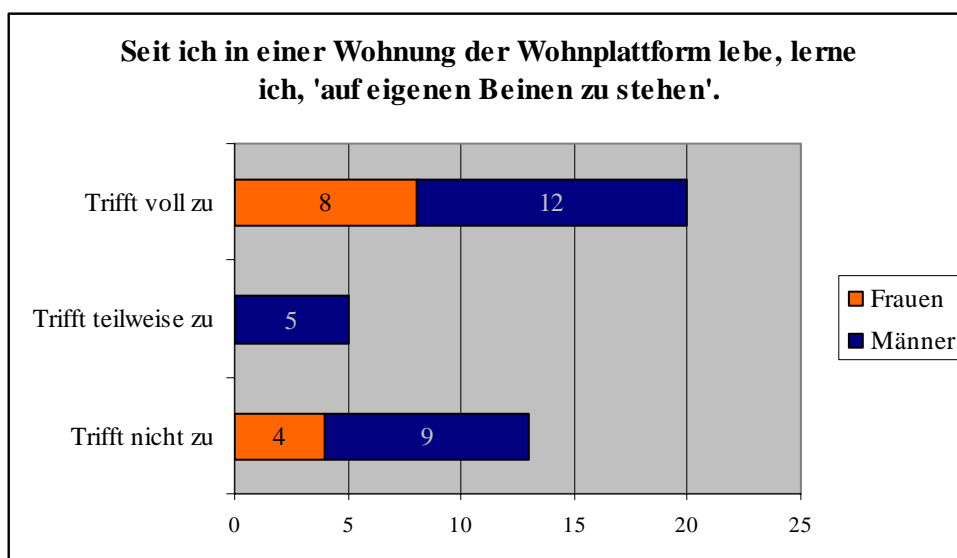


Abb.40: Erlernen von Selbständigkeit
(Mehrfachnennungen möglich)

Mehr als die Hälfte der befragten Personen gibt an, seit dem Leben in der Wohnplattform-Wohnung ‚auf eigenen Beinen zu stehen‘. Die zweithäufigste Nennung stellt die Kategorie ‚Trifft nicht zu‘ dar, was einen Anteil 34 Prozent ausmacht. Für ausschließlich fünf Männer (13 Prozent) trifft diese Aussage teilweise zu.

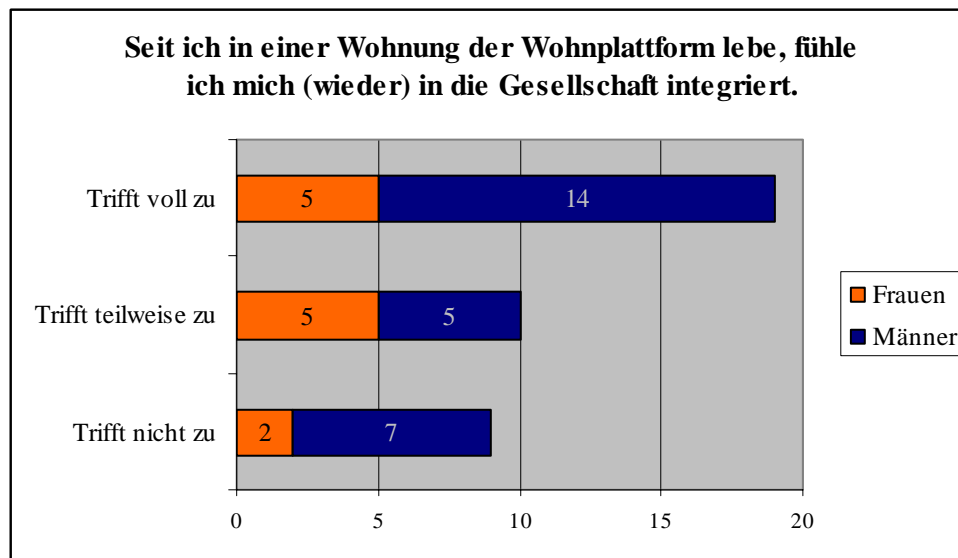


Abb.41: (Re-)Integration in die Gesellschaft
(Mehrfachnennungen möglich)

Genau die Hälfte an Auskunftspersonen fühlt sich durch die Wohnplattform- Wohnung (wieder) in die Gesellschaft integriert. 26 Prozent stellen diese Veränderung teilweise fest, gefolgt von 24 Prozent, die dies als nicht zutreffend erachten. Eine Begründung kann darin gesehen werden, dass trotz prekärer Lebenssituation nie ein Ausschluss aus der Gesellschaft empfunden wurde oder dass man sich für einen bewussten gesellschaftlichen Ausstieg entschieden hat. Weiters besteht die Möglichkeit, dass trotz vorhandenem Willen gemäß dem Empfinden der Befragten keine Chance auf eine (Re-)Integration eingeräumt wird.

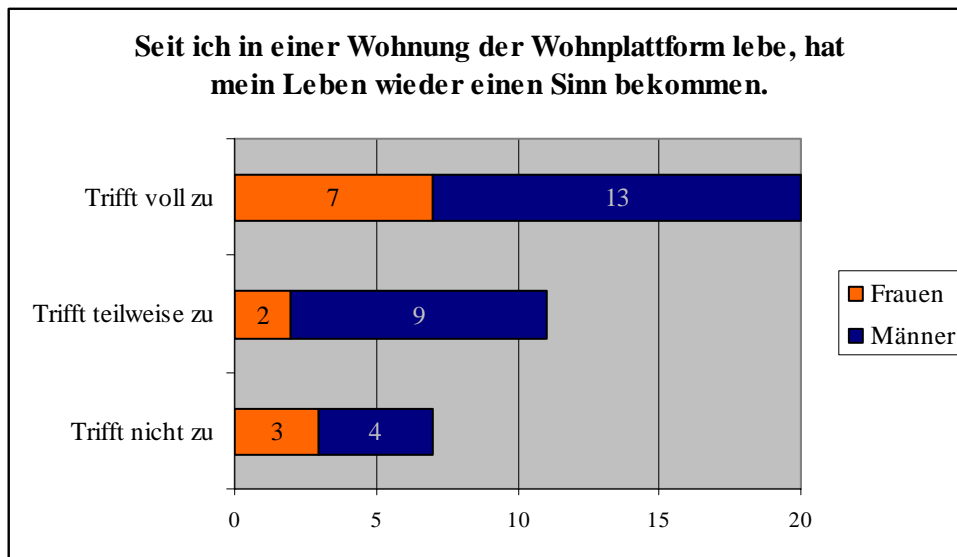


Abb.42: Sinnhaftigkeit des Lebens
(Mehrfachnennungen möglich)

Für insgesamt 53 Prozent der KlientInnen hat ihr Leben seit dem Aufenthalt in einer Wohnplattform- Wohnung wieder einen Sinn bekommen. 29 Prozent stimmen dem teilweise zu, während 18 Prozent diese Einschätzung nicht teilen.

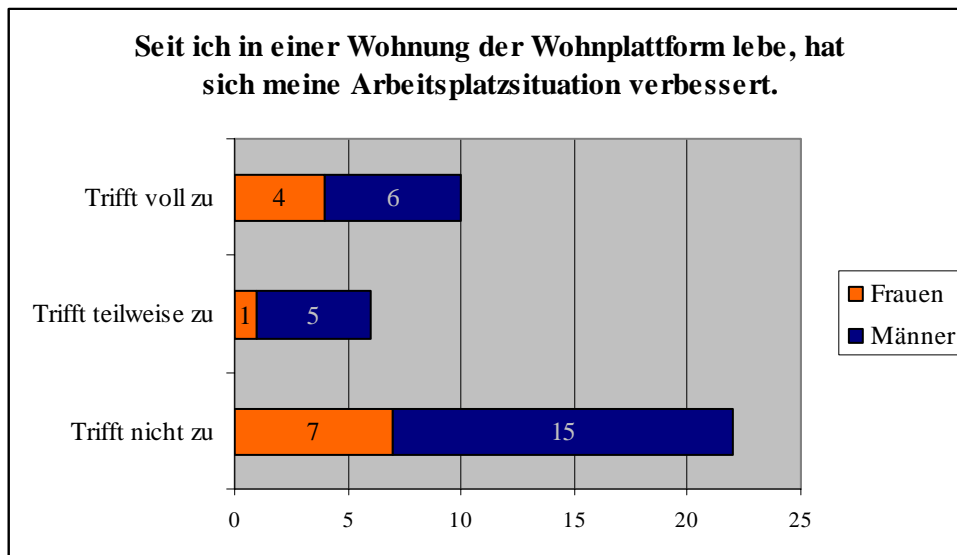


Abb.43: Verbesserung der Arbeitsplatzsituation
(Mehrfachnennungen möglich)

Mit rund 58 Prozent gab die Mehrheit der Auskunftspersonen an, keine arbeitsplatzbezogene Verbesserung bestätigen zu können. Lediglich 26 Prozent können dies bejahen, während 16 Prozent dieser teilweise zustimmen.

Gemäß diesem Ergebnis scheint das Vorhandensein einer eigenen Wohnung keine Besserung der Arbeitsplatzsituation nach sich zu ziehen. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Theorie des Teufelskreises bei gleichzeitigem Auftreten von Arbeits- und Wohnungslosigkeit. Dieser besagt, dass das Fehlen eines festen Wohnsitzes eine/n erschwerte/n Arbeitsplatzsuche bzw. -erhalt zur Folge hat. Obwohl die befragten KlientInnen nun über eine Wohnung verfügen, hat sich laut deren eigener Einschätzung nichts an ihrer Arbeitsplatzsituation verbessert. Aus diesem Grund wurde dieses Item mit der Frage nach der Dauer des Aufenthalts in der Wohnplattform- Wohnung und dem Berufsstand in Verbindung gebracht, um mögliche Erklärungen für dieses Ergebnis zu finden. Signifikanzwerte über der festgelegten Irrtumswahrscheinlichkeit zeigen zwar auf, dass kein statistisch belegbarer Zusammenhang zwischen diesen Komponenten besteht, dennoch schien nachstehende Aufstellung interessant.

Berufsstand			Hat sich meine Arbeitsplatzsituation verbessert			Gesamt
			trifft voll zu	trifft teilweise zu	trifft nicht zu	
Beamter/in	Wie lange wohnen Sie bereits in einer WPF-Wohnung	6 Monate bis zu 1 Jahr			1	1
	Gesamt				1	1
Arbeiter/in	Wie lange wohnen Sie bereits in einer WPF-Wohnung	kürzer als 6 Monate	3	0	2	5
		6 Monate bis zu 1 Jahr	1	3	0	4
		1 Jahr bis 1,5 Jahre	1	0	0	1
		1,5 Jahre bis 2 Jahre	1	0	0	1
		2 bis 3 Jahre	1	0	1	2
Gesamt		7	3	3	13	
Arbeitslos	Wie lange wohnen Sie bereits in einer WPF-Wohnung	kürzer als 6 Monate		1	6	7
		6 Monate bis zu 1 Jahr		0	5	5
		1 Jahr bis 1,5 Jahre		0	1	1
		1,5 Jahre bis 2 Jahre		0	1	1
Gesamt			1	13	14	
Pensionist/in	Wie lange wohnen Sie bereits in einer WPF-Wohnung	kürzer als 6 Monate	0	0	1	1
		6 Monate bis zu 1 Jahr	0	1	2	3
		1 Jahr bis 1,5 Jahre	1	0	0	1
Gesamt		1	1	3	5	
in Berufsausbildung	Wie lange wohnen Sie bereits in einer WPF-Wohnung	kürzer als 6 Monate	0	0	1	1
		6 Monate bis zu 1 Jahr	1	1	0	2
Gesamt		1	1	1	3	
Sonstiges	Wie lange wohnen Sie bereits in einer WPF-Wohnung	6 Monate bis zu 1 Jahr	1		1	2
		Gesamt	1		1	2

Tab.18: Verknüpfung von ‚Verbesserung der Arbeitsplatzsituation‘, ‚Aufenthaltsdauer in WPF- Wohnung‘, ‚Berufsstand‘

Hauptaugenmerk liegt auf den arbeitslosen Menschen, da die Annahme getroffen wird, dass eine Wohnung die Arbeitssuche bzw. den Arbeitsplatzverlust erleichtert. Bei denjenigen sechs Arbeitslosen, die kürzer als sechs Monate in einer Wohnplattform- Wohnung leben und angeben, keine berufliche Verbesserung zu erkennen, könnte der Grund für diese Angabe in dem kurzen Aufenthalt liegen. Dennoch verhält es sich bei KlientInnen, die zwischen sechs Monaten und einem Jahr darin wohnen, beinahe gleich (eine Person weniger). Es finden sich sogar zwei Personen, die sich über ein Jahr in der Wohnplattform- Wohnung aufhalten und dennoch keine Verbesserung der Situation empfinden.

Bei ArbeiterInnen und demjenigen Beamten, die ebenfalls die Kategorie ‚Trifft nicht zu‘ gewählt haben, bleibt lediglich Raum für Spekulationen. Beispielsweise konnte der jeweiligen Arbeit bereits vor dem Aufenthalt in der Wohnplattform- Wohnung nachgegangen werden oder eine erhoffte berufliche Verbesserung im Sinne von Aufstiegschancen trat nicht ein.

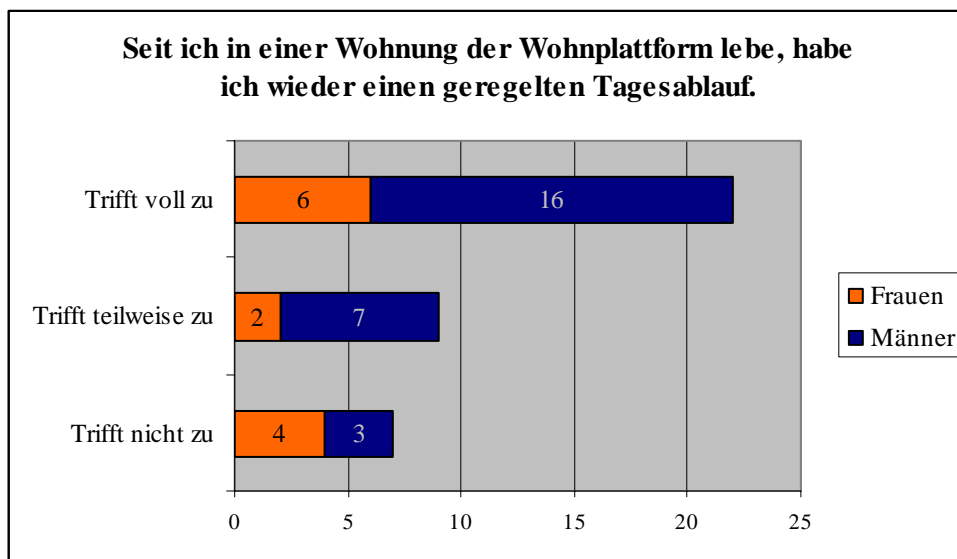


Abb.44: Geregelter Tagesablauf
(Mehrfachnennungen möglich)

Ein Blick auf oben stehende Abbildung lässt folgenden Schluss zu: Durch das Vorhandensein einer eigenen Wohnung gewinnt man wieder einen geregelten Tagesablauf. Für mehr als die Hälfte (58 Prozent) ist dies zutreffend, für 24 Prozent teilweise. 18 Prozent können diese Wiedererlangung nicht bestätigen.

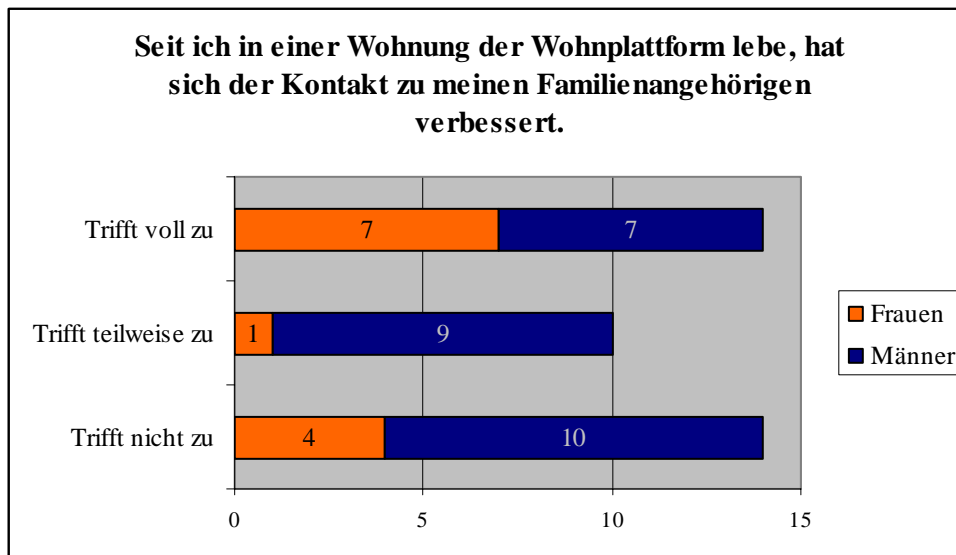


Abb.45: Besserer Kontakt zur Familie
(Mehrfachnennungen möglich)

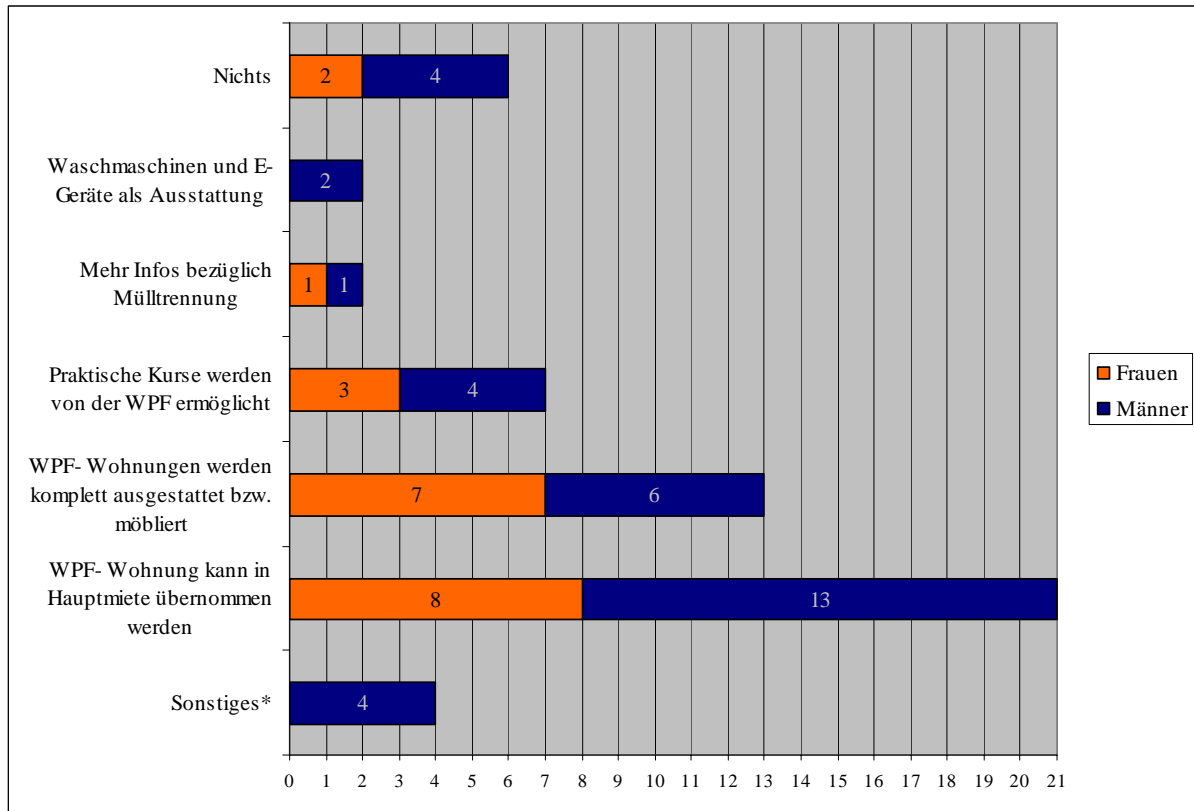
Hier ist mit jeweils 37 Prozent eine Ausgeglichenheit zwischen den Kategorien ‚Trifft voll zu‘ und ‚Trifft nicht zu‘ gegeben. 26 Prozent können teilweise einen besseren Kontakt zur Verwandtschaft feststellen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Aufenthalt in einer Übergangswohnung des Vereins Wohnplattform die Lebenssituation der KlientInnen zum Positiven wandelt: sie fühlen sich wieder als Mensch behandelt, erfahren Selbstsicherheit, können ihre Freizeit besser gestalten, lernen einen besseren Umgang mit Problemen und (wieder) ‚auf eigenen Beinen zu stehen‘, fühlen sich (wieder) als Teil der Gesellschaft, haben für ihr Leben wieder einen Sinn gefunden, einen geregelten Tagesablauf wiedererlangt und den Kontakt zu ihren Familienangehörigen verbessert. Als teilweise zutreffend wird eine Verbesserung des Umgangs mit Geld erkannt.

Eine Verbesserung der Haushaltsführung, des Gesundheitszustandes und der Arbeitsplatzsituation konnte durch die Maßnahmen des Vereins Wohnplattform laut Einschätzung der KlientInnen nicht herbeigeführt werden. Die Verbesserung des Kontaktes zu Familienangehörigen nimmt eine Sonderstellung ein, da sie zu gleichen Teilen als ‚voll zutreffend‘ und als ‚nicht zutreffend‘ bewertet wird.

7.2.4.3 Verbesserungsvorschläge

Ob das Angebot des Vereins Wohnplattform Verbesserungsvorschlägen bedarf, wird nachstehend beleuchtet.



* Einzelnennungen: Brauchbarer Küchenblock, Waschmaschine als Grundausstattung, Internet, Fernsehzugang, mehr Geduld bei der Wohnungssuche.

Abb.46: Verbesserungsvorschläge für den Verein Wohnplattform

Das Hauptmanko wird gemäß der Einschätzung der Befragten in der Tatsache, dass Übergangswohnungen nach ungefähr einem Jahr wieder an den Verein Wohnplattform abgegeben werden müssen, gesehen. Aus manchen persönlichen Gesprächen ging hervor, dass dies eine große psychische Belastung für die KlientInnen darstellt. Insbesondere Auskunftspersonen, die aufgrund knapper monatlicher Einkünfte trotz weit zurückliegender Anmeldung nur eine geringe Aussicht auf die Zuteilung einer Wohnung von Seiten eines gemeinnützigen Bauträgers haben, äußern große Bedenken, sich - trotz der Möglichkeit der Verlängerung des Untermietvertrages mit der Wohnplattform - nach der Zeit in der Übergangswohnung auf der Straße wieder zu finden.

Der zweite Verbesserungsvorschlag bezieht sich auf die Ausstattung bzw. Möblierung der Übergangswohnungen des Vereins Wohnplattform. Sieben weibliche und sechs männliche befragte KlientInnen führen den Wunsch nach komplett eingerichteten Übergangswohnungen an. Im Rahmen von persönlichen Gesprächen gaben die KlientInnen an, dass es aufgrund ihrer prekären Einkommenssituation sehr schwer war, sich anfangs auch nur das Nötigste an Inventar leisten zu können. Ein Befragter gab an, dass er zunächst zwar über die fast leere Wohnung schockiert war, aber mittlerweile besonders stolz auf die Einrichtungsgegenstände ist, die er sich selbst - nach langem Sparen - anschaffen konnte.

Das Angebot von praktischen Kursen seitens des Vereins Wohnplattform wurde am dritthäufigsten von den Befragten gewählt. Während beispielsweise nur wenige an Kochkursen interessiert wären, äußerten sich viele in Bezug auf Weiterbildungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Computerkurse.

Von insgesamt 38 Auskunftspersonen vertreten sechs die Meinung, dass es betreffend des Angebots der Wohnplattform keinerlei Verbesserungen bedarf.

7.2.5 Aussicht auf eine Wohnung

Um vorerst einen Gesamtüberblick zu schaffen, wird aufgezeigt, wie viele KlientInnen nach der Inanspruchnahme einer Übergangswohnung des Vereins Wohnplattform eine Wohnung in Aussicht haben:

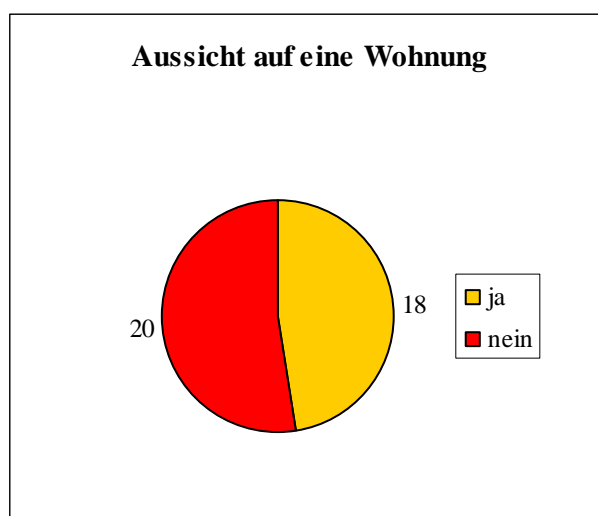


Abb.47: Aussicht auf eine Wohnung

Es ist festzustellen, dass sich diejenigen, die eine konkrete Aussicht auf eine Wohnung haben mit denjenigen, denen sich diese Möglichkeit (noch) nicht geboten hat, ungefähr in Waage halten. Um konkretere Aussagen treffen zu können, wird sowohl das Geschlecht als auch die Dauer des Aufenthaltes in der Übergangswohnung miteinbezogen.

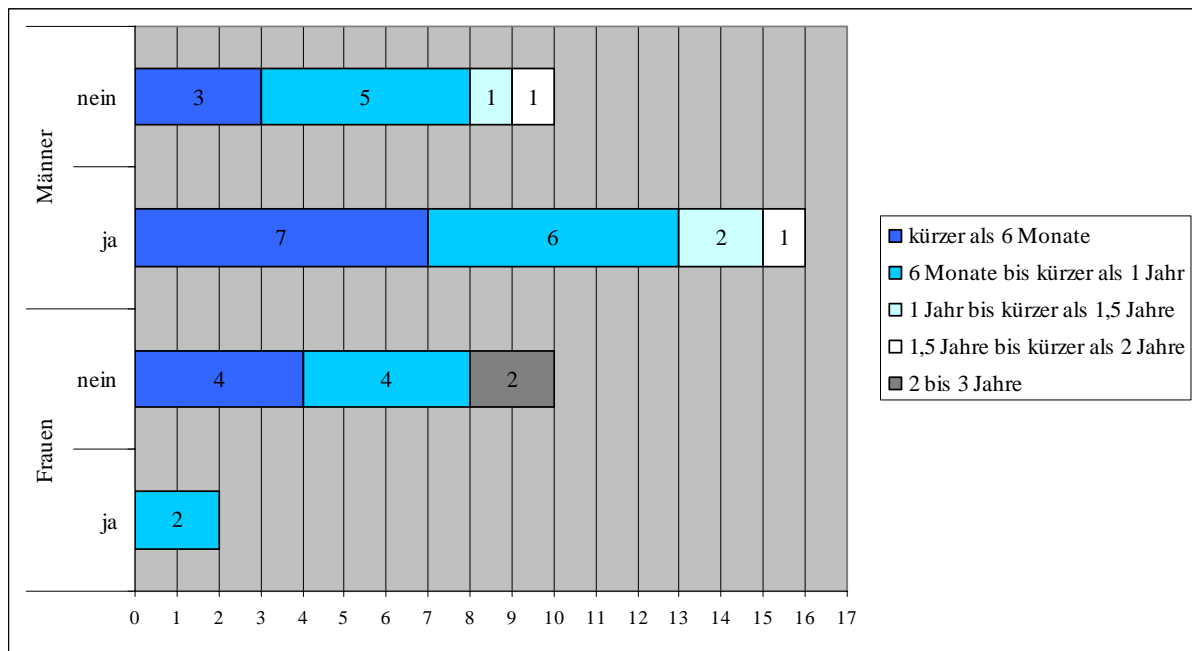


Abb.48: Aussicht auf eine Wohnung differenziert nach Geschlecht und Dauer der Inanspruchnahme einer Wohnplattform- Wohnung

Es wird die Annahme getroffen, dass die Aufenthaltsdauer ausschlaggebend für den Erhalt einer Finalwohnung ist, das heißt, je länger in der Übergangswohnung gelebt wird, desto schlechtere Aussichten auf eine Finalwohnung bestehen. Bei Menschen, die länger als das ursprünglich vorgesehene Jahr in der Wohnplattform- Wohnung verweilen, müsste es sich um besondere ‚soziale Härtefälle‘ handeln, die am Wohnungsmarkt nur schwer ‚Fuß fassen‘ können. Diese Hypothese muss jedoch aufgrund keiner vorliegenden Signifikanz widerlegt werden. Aus oben stehender Abbildung können lediglich die Häufigkeiten entnommen werden: Zwei von zwölf Frauen (17 Prozent) haben eine Finalwohnung in Aussicht, während sich diese Chance für 16 von 26 Männern (62 Prozent) offenbart.

7.3 Auszählung ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen

Wie sich die Wohnsituation ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen gestaltet, wird nachstehend veranschaulicht. Der betrachtete Zeitraum beläuft sich bis dato auf zwölf Jahre.

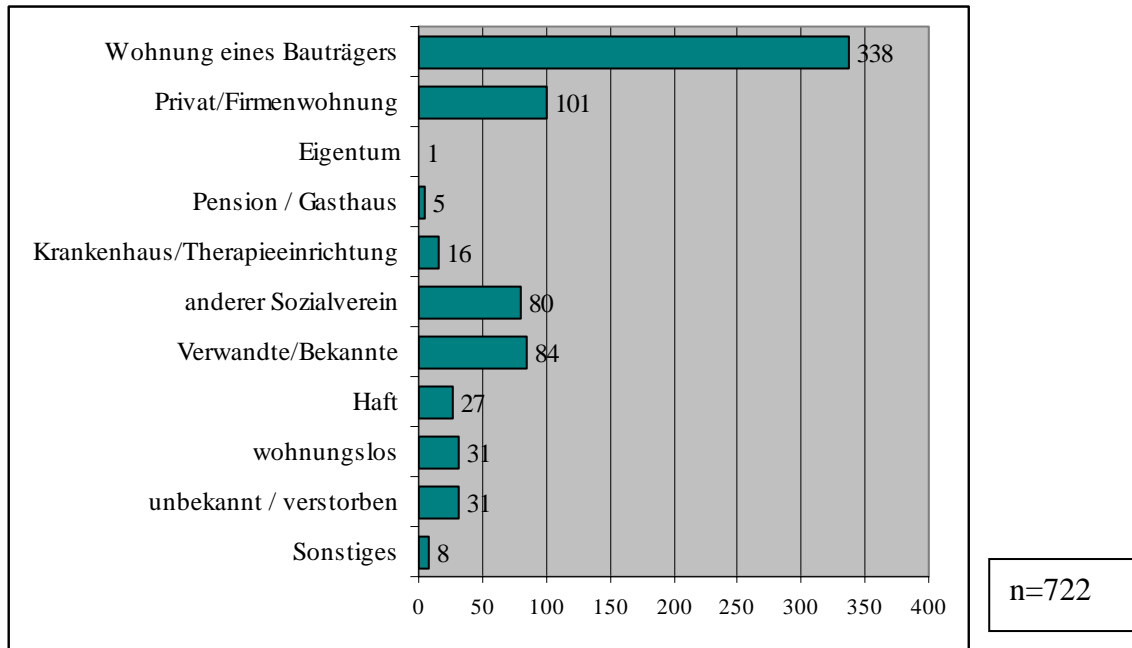


Abb.49: Wohnoptionen nach WPF- Wohnung

Mit 47 Prozent mietet der überwiegende Anteil ehemaliger KlientInnen eine Wohnung bei einem gemeinnützigen Wohnbauträger an, gefolgt von 14 Prozent, die in eine Privat- oder Firmenwohnung ziehen. Am dritthäufigsten (zwölf Prozent) wird der Einzug bei Verwandten oder Bekannten genannt, lediglich 4 Personen (elf Prozent) weniger nehmen die Hilfe eines anderen Sozialvereins in Anspruch.

Während die ersten drei Kategorien (,Wohnung eines Bauträgers', ,Privat/Firmenwohnung', ,Eigentum') als kurzfristiger Erfolg der Maßnahmen des Vereins Wohnplattform gewertet werden, stellen die restlichen Angaben Misserfolge dar. Unter diesem Gesichtspunkt kann das Verhältnis zwischen Erfolg und Misserfolg mit 64 : 36 Prozent dargestellt werden. Die Kategorien ,unbekannt/verstorben' und ,Sonstiges' werden nicht in diese Rechnung miteinbezogen.

Um Aussagen über die Nachhaltigkeit der vom Verein Wohnplattform verfolgten Maßnahmen treffen zu können, erfolgt weiters eine Konzentration auf diejenigen KlientInnen, die seit dem Jahre 1995 eine Wohnung eines Wohnbauträgers zugeteilt bekommen haben. Diese Vorgehensweise wird aufgrund des sichtbar werdenden langfristigen Erfolgs gewählt, da aus obiger Abbildung nicht ersichtlich ist, wie sich die Wohnsituation nach dem Erhalt der Finalwohnung innerhalb einer längeren Zeitspanne gestaltet hat. Hierbei wird wiederum festgelegt, dass die Kategorien ‚Noch MieterIn‘ und ‚Ordnungsgemäße Wohnungsrückgabe‘ als Erfolg gewertet werden und somit die Zielsetzung des sozialpädagogisch begleiteten Übergangswohnens erreicht wird. Bei ehemaligen Wohnplattform- KlientInnen, die im Anschluss von gemeinnützigen Wohnbauträgern eine eigene Wohnung erhalten haben, jedoch aufgrund von unleidlichem Verhalten oder Mietrückständen delogiert worden sind, werden die ergriffenen Maßnahmen als ‚Fehlschläge‘ gewertet.

Es wird die Annahme getroffen, dass es bei den Maßnahmen, die der Verein Wohnplattform verfolgt, um nachhaltige Schritte handelt. Ob diese Hypothese belegt oder widerlegt wird, zeigt folgender Abschnitt.

Um einen Überblick über die Wohnsituation ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen zu schaffen, wird - differenziert nach den einzelnen Wohnbauträgern und dem Geschlecht - nachstehende Tabelle herangezogen.

	Geschlecht	Noch MieterIn	Ordnungsgemäße Wohnungsrückgabe	Delogierung aufgrund von	
				unleidlichem Verhalten	Mietrückständen
LAWOG	w	5	0	0	0
	m	7	0	0	0
GIWOG	w	1	1	0	0
	m	1	2	0	0
WSG	w	0	0	0	0
	m	3	1	0	0
WAG	w	4	5	0	0
	m	11	8	0	1
GWG Linz	w	29	8	1	3
	m	88	24	9	29
Familie	w	0	0	0	0
	m	2	0	0	0

n=234

Tab.19: Wohnsituation ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen differenziert nach Bauträgern und Geschlecht

Mit insgesamt 191 Personen, die nach der Übergangswohnung der Wohnplattform eine GWG- Wohnung bezogen haben, stellt dieser Wohnbauträger in der Zeitspanne zwischen 1995 und August 2005 der größten Anzahl ehemaliger KlientInnen Wohnungen zur Verfügung. Dies begründet sich einerseits in der Kapazität an Wohnungen und andererseits im speziellen sozialen Auftrag der Stadt Linz.

Ungeachtet der einzelnen Bauträger werden in folgender Abbildung die Summen der einzelnen Kategorien gebildet.

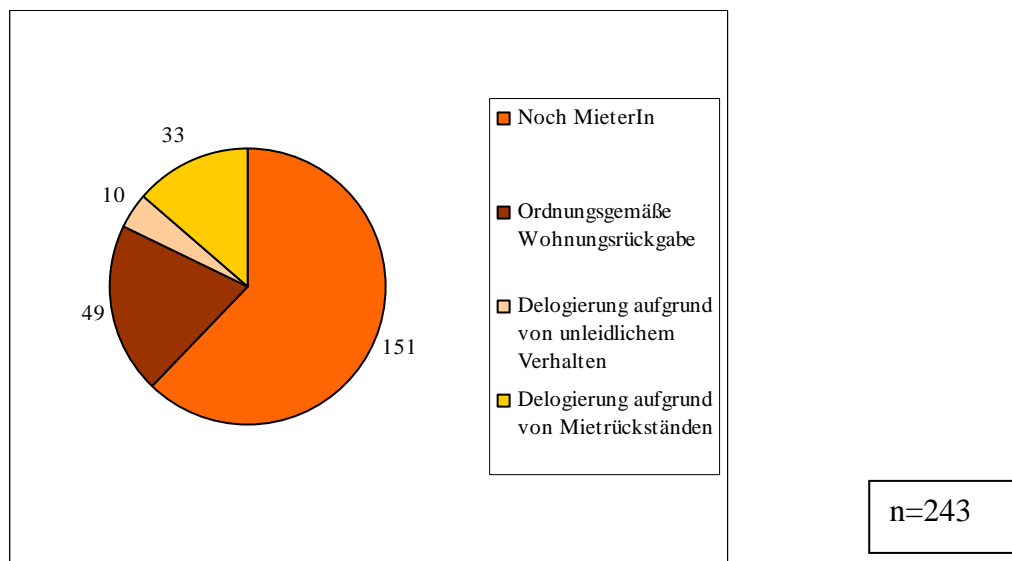


Abb.50: Wohnsituation ehemaliger Wohnplattform- KlientInnen

Es ist zu erkennen, dass die Maßnahmen des Vereins Wohnplattform grundsätzlich als erfolgreich zu werten sind. Das Verhältnis zwischen Erfolg und Misserfolg beträgt 82 zu 18 Prozent. Während 151 Personen nach wie vor MieterInnen der jeweiligen Bauträger sind und 49 deren Wohnungen ordnungsgemäß an die VermieterInnen zurückgegeben haben, sind 10 aufgrund von unleidlichem Verhalten und weitere 33 aufgrund von Mietrückständen delogiert worden.

Von Interesse ist, wie sich die Situation getrennt nach den Geschlechtern gestaltet. Nachstehend werden die Ergebnisse grafisch dargestellt.

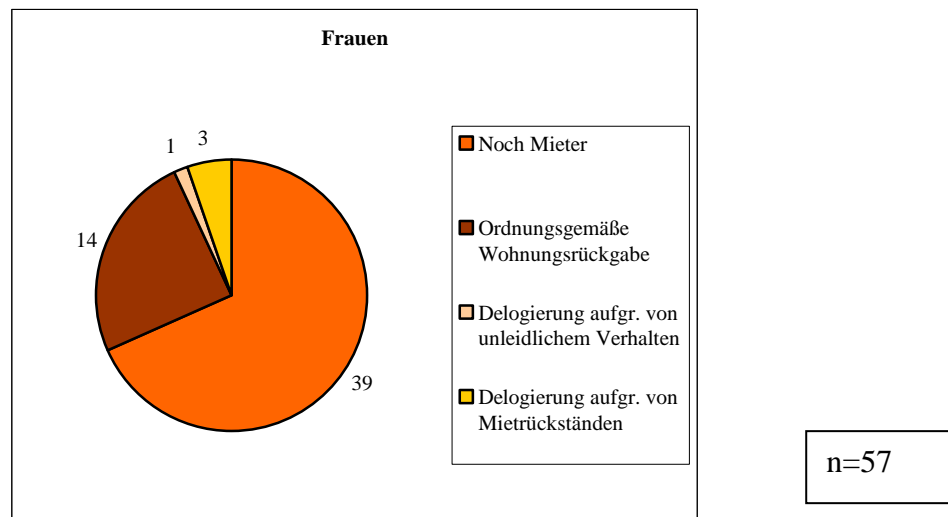


Abb.51: Wohnsituation ehemaliger weiblicher Wohnplattform- Klientinnen

39 Frauen sind nach wie vor Mieterinnen von gemeinnützigen Wohnbauträgern. Von 14 wurde die Wohnung ordnungsgemäß zurückgegeben. Lediglich eine Frau wurde aufgrund von unleidlichem Verhalten und drei aufgrund von Mietrückständen delogiert. Insgesamt kann die Aussage getroffen werden, dass die Wohnsituation zu 93 Prozent als erfolgreich bewertet werden kann und nur zu 7 Prozent Fehlschläge zu verzeichnen sind.

Die Situation der Männer wird im Anschluss dargestellt.

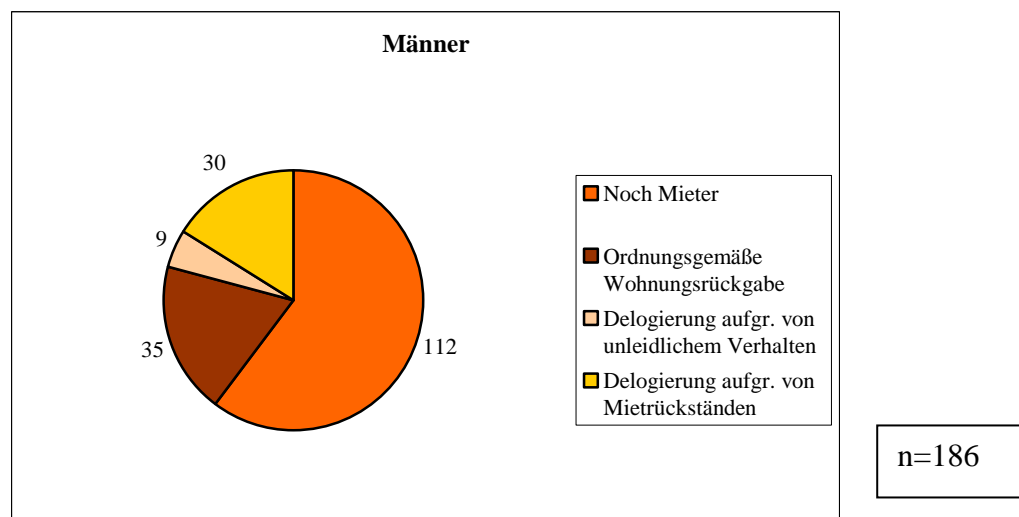


Abb.52: Wohnsituation ehemaliger männlicher Wohnplattform- Klienten

Verhältnismäßig erweist es sich bei den Männern- mit Ausnahme der ‚Delogierung aufgrund von Mietrückständen‘ – annähernd wie bei den Frauen. 30 Männer stellen diese Ausnahme dar, wobei auch neun männliche Personen ihre Wohnung durch unleidliches Verhalten verloren haben. Nach wie vor werden 112 Männer als Mieter gezählt, während 35 ihre Wohnung ordnungsgemäß an die Bauträger zurückgegeben haben. Zusammenfassend kann das Verhältnis zwischen Erfolg und Fehlschlag mit 79: 21 Prozent dargestellt werden.

Insgesamt ist zu erkennen, dass die gesetzten Maßnahmen des Vereins Wohnplattform als nachhaltig zu werten sind. Dies begründet sich im prozentuellen Verhältnis von Erfolg und Misserfolg, das sich auf 82 : 18 Prozent beläuft.

8. ZUSAMMENFÜHRUNG DER ERGEBNISSE

Im Zuge dieses Abschnitts erfolgt aufgrund der Aussagen sämtlicher an der Kooperation Beteiligten eine Zusammenführung der Ergebnisse mit dem Ziel, eine Bewertung der Kooperation sowie des Angebots des Vereins Wohnplattform vorzunehmen.

Einleitend werden die von den Befragten am häufigsten genannten Gründe der Wohnungslosigkeit illustriert. Im Anschluss daran wird eine Betrachtung der sozialarbeiterischen Tätigkeit vorgenommen. Den dritten Schwerpunkt bildet die Tätigkeit des Vereins Wohnplattform, die nach der verfolgten Kooperation und dem Angebot des Vereins differenziert wird.

8.1 Gründe der Wohnungslosigkeit

Bereits bei der Einschätzung der Gründe für Wohnungslosigkeit lassen sich unterschiedliche Ansätze erkennen. In nachstehender Tabelle werden die jeweils drei häufigsten Nennungen angeführt:

	Gemeinnützige Wohnbauträger	Betreuungseinrichtungen	Aktuelle WPF- KlientInnen
1.	Delogierung	Psychische Erkrankungen und geringes Einkommen	Psychische Erkrankungen und Verschuldung
2.	Migration	Alleinerziehung und Existenzgründung Jugendlicher	Delogierung und Haftentlassung
3.	Scheidung/Trennung und Alleinerziehung	Migration und Arbeitslosigkeit	Scheidung/Trennung

Tab.20: Gründe der Wohnungslosigkeit aus drei Perspektiven

Auf den ersten Blick ist ersichtlich, dass die Anlässe der Wohnungslosigkeit aus den verschiedenen Perspektiven der Auskunftspersonen unterschiedlich wahrgenommen werden. Bei näherer Betrachtung ist jedoch erkennbar, dass zwar andere Reihungen vorgenommen werden, aber sich die genannten Gründe zum Teil decken. Mehrfache Nennungen finden sich bei ‚Delogierung‘, ‚Migration‘, ‚Scheidung/Trennung‘, ‚Alleinerziehung‘ und ‚Psychische Erkrankungen‘. Psychische Erkrankungen werden sowohl von VertreterInnen der

Betreuungseinrichtungen als auch von aktuellen Wohnplattform- KlientInnen als eine der Hauptursachen für Wohnungslosigkeit identifiziert.

Um die insgesamt am häufigsten genannten Gründe zu eruieren, wird eine Zusammenführung der drei befragten Gruppen vorgenommen:

1.	Psychische Erkrankungen
2.	Delogierung
3.	Scheidung/Trennung und Verschuldung
4.	Haftentlassung
5.	Alleinerziehung

Tab.21: Gründe der Wohnungslosigkeit

Demnach sind es die psychisch Erkrankten, die besonders leicht in die Wohnungslosigkeit ‚abrutschen‘ können. Bereits delogierte Personen haben aufgrund ihrer Vergangenheit nur geringe Chancen auf die nochmalige Zuteilung einer Wohnung seitens eines Bauträgers. Auch Menschen, die eine Scheidung bzw. Trennung durchlebt haben, werden von Wohnungslosigkeit bedroht. Die gleiche Situation ergibt sich bei verschuldeten Menschen, die ebenfalls am Wohnungsmarkt nur schwer ‚Fuß fassen‘ können. An vierter bzw. fünfter Stelle stehen Haftentlassene und Alleinerzieherinnen.

8.2 Bewertung der sozialarbeiterischen Tätigkeit

Für gemeinnützige Wohnbauträger stellt die Betreuung durch SozialarbeiterInnen eine Voraussetzung für das Funktionieren der Kooperation dar. Diese gewährleistet eine Entwicklung der KlientInnen hin zu einer (Re-)Integration - Erwerbsarbeit, Einkommen, Wohnung. Besonders betont wird die Tatsache, dass KlientInnen in der bereit gestellten Wohnung sich nicht allein überlassen werden.

Die KlientInnen selbst erkennen ebenfalls die Wichtigkeit der Begleitung durch deren SozialarbeiterInnen. Lediglich ein geringer Anteil der Befragten gibt an, dass Verbesserungen der Betreuung erforderlich sind. Diesbezügliche Vorschläge beinhalten den Wunsch nach mehr Gesprächen über deren Sorgen, Gefühle, Wünsche, etc. sowie mehr Unterstützung in finanziellen Belangen und im Haushalt. Vereinzelt wird die Dauer und die Häufigkeit der

Wohnungsbesuche kritisiert: manche fordern kürzere, manche längere Besuchszeiten, manche weniger, manche mehr Besuche.

Der Verein Wohnplattform begründet die Notwendigkeit der Betreuung darin, dass es sich bei dessen Klientel um Menschen handelt, für die eine konstante Betreuung unumgänglich ist. Nicht umsonst stellt man sich die Frage, aus welchen Gründen diese Menschen in die Wohnungslosigkeit ‚abgerutscht‘ sind. Darüber hinaus wird die damit einhergehende Arbeitsteilung als sinnvoll erachtet, da der Verein selbst weder über die erforderlichen finanziellen noch zeitlichen Ressourcen verfügt, die KlientInnen eigens zu betreuen. Weiters ist sich der Verein Wohnplattform dessen bewusst, dass er aufgrund seines hochschwelligem Angebots von den BetreuerInnen viel abverlangt.

8.3 Bewertung der Kooperation

Von Seiten der gemeinnützigen Wohnbauträger wird die Kooperation mit dem Verein Wohnplattform durchgehend als sinnvoll eingestuft. Die Bewertung fällt aufgrund folgender Faktoren derart positiv aus:

- Das Konzept der betreuten Übergangswohnungen ermöglicht eine Art ‚Probewohnen‘. Bauträger wissen um ihre damit einhergehende Möglichkeit, KlientInnen näher kennen zu lernen und bei etwaigem Scheitern aufgrund unleidlichem Verhalten dieses ‚Mietverhältnis‘ auflösen zu können, während regelmäßige Mietzahlungen sichergestellt sind. Diese Optionen führen zu einer hohen Bereitschaft der Bauträger, sozial benachteiligten Menschen Wohnungen zur Verfügung zu stellen und Teil der Kooperation mit der Wohnplattform zu sein. Das Risiko, das bei unbetreuten MieterInnen gegeben ist, trotz unleidlichem Verhalten den Mietvertrag im Falle von regelmäßigen Mietzahlungen nur schwer lösen zu können, besteht somit nicht innerhalb der Kooperation mit der Wohnplattform.
- Besonders betont wird des Weiteren die unbürokratische Vorgehensweise, die innerhalb der Kooperation festzustellen ist und großen Anklang findet.

Auch Betreuungseinrichtungen schreiben der Kooperation mit der Wohnplattform eine hohe Sinnhaftigkeit zu:

- Es wird der nötige Zugang zu gefördertem Wohnraum geschaffen.

- Die Übernahme der Kautionskosten und Baukostenbeiträge durch den Verein Wohnplattform erleichtert KlientInnen den Schritt zu einer eigenen Wohnung enorm.
- Der Verein Wohnplattform übernimmt Tätigkeiten betreffend Mietrecht, Instandhaltung und Verwaltung der Wohnungen, etc., was Sozialeinrichtungen eine Konzentration auf die Betreuung einräumt.
- KlientInnen erhalten im Zuge des Jahres in der Übergangswohnung die Chance, ‚Wohnen (wieder) zu lernen‘. Scheitert dieser Versuch, zieht es keine negativen Konsequenzen sowohl für die Betreuungseinrichtungen als auch für die KlientInnen nach sich.
- Die Vorgehensweise der Wohnplattform wird als unkompliziert und reibungslos eingestuft.

Neben den angeführten Vorteilen, die aus der Kooperation resultieren, wird von manchen Betreuungseinrichtungen auch ein Risiko angeführt. Der Zuständigkeitsbereich von SozialarbeiterInnen beinhaltet unter anderem, bei etwaigem Auftreten schwerwiegender Probleme, wie beispielsweise Belästigung der Nachbarschaft, zerstörerischer Gebrauch der Wohnung, etc. sofort einzuschreiten und im Falle eines Scheiterns den ‚Wohnversuch‘ abzubrechen. Die Schwierigkeit liegt darin, das bereits aufgebaute Vertrauensverhältnis trotz dieses Schritts aufrecht zu erhalten, um die Betreuung fortsetzen zu können und bereits erreichte Erfolge nicht zu zerstören.

Auch der Verein Wohnplattform konstatiert eine hohe Zufriedenheit in der Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern und Betreuungseinrichtungen. Insbesondere die Kooperation mit gemeinnützigen Wohnbauträgern wird als qualitativ hochwertig empfunden. Die Zusammenarbeit mit Gemeinden stellte sich zu Beginn als schwierig heraus, wobei eine stetige Verbesserung zu erkennen ist. Auch Betreuungseinrichtungen leisten aus Sicht des Vereins Wohnplattform zufrieden stellende Arbeit, dennoch muss hin und wieder auf versäumte Pflichten hingewiesen werden.

Zusammenfassend kann die Kooperation als sinnvoll eingestuft werden, da lediglich ein Nachteil ersichtlich wurde, während über eine Vielzahl an Vorteilen berichtet wird. Das Hauptziel, sozial benachteiligten Personengruppen Wohnraum bereit zu stellen, wird von sämtlichen GesprächspartnerInnen als erreicht empfunden. Zusätzlich kann eine hohe Zufriedenheit aller Beteiligten an dieser Form der Kooperation festgestellt werden.

Trotzdem darf nicht unbemerkt bleiben, dass dennoch Verbesserungsvorschläge eingebracht werden, die jedoch lediglich von einem Vertreter eines Bauträgers und der Hälfte der befragten Betreuungseinrichtungen geäußert werden. Diese geringe Zahl deutet wiederum auf eine hohe Zufriedenheit hin. Die Realisierbarkeit der Verbesserungsvorschläge wird im Rahmen der ‚abschließenden Empfehlungen‘ erörtert.

Insgesamt kann die Kooperation als erfolgreich bewertet werden. Dies spiegelt sich unter anderem auch darin wider, dass der Verein über die Jahre hinweg ein weit reichendes Netz an KooperationspartnerInnen aufbauen konnte, was in einem regionsübergreifenden Wohnungsangebot resultiert.

8.4 Bewertung des Angebotes der Wohnplattform

Hier wird insbesondere die Meinung der KlientInnen als maßgeblich eingestuft. Beinahe alle Befragten stufen das Angebot der Wohnplattform als unentbehrlich ein. Durch die Inanspruchnahme einer Übergangswohnung des Vereins erfährt der Großteil eine starke Verbesserung ihrer Lebenssituation. Die KlientInnen sind sich mehrheitlich dessen bewusst, dass sie ohne ein entsprechendes Angebot akut oder versteckt wohnungslos wären. Seit dem Aufenthalt in einer Wohnung der Wohnplattform fühlen sie sich als Mensch behandelt, gewinnen an Selbstsicherheit, hat sich ihr Umgang mit Geld teilweise verbessert, können sie mit ihrer Freizeit mehr anfangen, mit Problemen besser umgehen, lernen sie, ‚auf eigenen Beinen zu stehen‘, fühlen sich (wieder) in die Gesellschaft integriert, haben wieder einen geregelten Tagesablauf und das Leben hat für sie wieder einen Sinn bekommen.

Dennoch besteht aus der Sicht der KlientInnen ein gewisser Bedarf an Verbesserungen. Vorwiegend wird bemängelt, dass Übergangswohnungen der Wohnplattform nach Ablauf der Betreuung nicht in Hauptmiete übernommen werden können. Auch würden sie es begrüßen, komplett ausgestattete bzw. möblierte Wohnungen vorzufinden. Bei manchen besteht weiters der Wunsch nach praktischen Kursen, die im Angebot des Vereins inkludiert sind. Ob eine Verwirklichung dieser Bedürfnisse herbeigeführt werden kann, wird im Kapitel ‚abschließende Empfehlungen‘ abgehandelt.

Gemäß der Einschätzung der KlientInnen kann das Angebot der Wohnplattform - trotz mancher Verbesserungswünsche - als sinnvoll erachtet werden. Um dies zu untermauern, werden des Weiteren Daten gemeinnütziger Wohnbauträger herangezogen, die Aufschluss über die aktuelle Wohnsituation ehemaliger KlientInnen geben. Deren überwiegender Teil befindet sich nach wie vor in der Finalwohnung oder hat diese ordnungsgemäß zurückgegeben. Ein weitaus geringerer Teil wurde entweder aufgrund von unleidlichem Verhalten oder Mietrückständen delogiert. Das Verhältnis von Erfolg und Misserfolg beträgt 82 : 18 Prozent. In Summe sind die gesetzten Maßnahmen des Vereins Wohnplattform somit als nachhaltig zu werten.

9. ABSCHLIESSENDE EMPFEHLUNGEN

Dieser Abschnitt baut auf zwei Schwerpunkten auf: zum einen die von den Auskunftspersonen wahrgenommenen Probleme am oberösterreichischen Wohnungsmarkt und zum anderen formulierte bzw. geforderte Verbesserungsvorschläge für das Angebot des Vereins Wohnplattform. Hierbei handelt es sich um Aussagen sowohl von VertreterInnen gemeinnütziger Wohnbauträger als auch von VertreterInnen der Sozialeinrichtungen. Einer kurzen Beschreibung der Problemstellung folgt der Versuch einer Lösungsfindung.

9.1 Probleme am oberösterreichischen Wohnungsmarkt

Die Tatsache, dass MieterInnen immer höher werdenden Wohnnebenkosten ausgesetzt sind, verlangt nach einer langfristigen Lösung. Eine Möglichkeit kann darin gesehen werden, dass das Magistrat und die Gemeinden die steigenden Energiepreise in Form von Stufenplänen abhandeln. Dabei müssten die stetigen Preiserhöhungen, die der/die KonsumentIn zu tragen hat, auf mehrere Jahre verteilt werden. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, sind auch gemeinnützige Bauträger aufgefordert, sich den Tatsachen zu stellen und nach etwaigen Lösungen zu suchen. Dabei wäre eine Sanierung von Altbauten unter Einbindung von energiesparenden Maßnahmen unter Inanspruchnahme von Fördermitteln ein möglicher Schritt in die richtige Richtung. Im Neubaubereich sollte darauf geachtet werden, dass bereits bei der Errichtung energiesparende Einrichtungen Berücksichtigung finden.

Von VertreterInnen der Betreuungseinrichtungen wurde unter anderem der Bedarf an mehr Förderungen von Seiten des Landes laut, um Wohnen wieder leistbarer zu machen. Inbegriffen sind hierbei mehr individuelle Förderungen als auch mehr Wohnbauförderungen. Ein aktives Herangehen an dieses Problem ist Inhalt der Neuregelung ‚Wohnbauförderung Neu‘, die bereits in Kraft getreten ist. Die damit einhergehende Erhöhung der Wohnbeihilfe stellt zwar eine erhebliche Verbesserung dar, es bedürfte jedoch zusätzlich einer Anhebung der festgelegten Einkommensgrenzen, um zu verhindern, dass weiterhin bedürftige Personengruppen durch das ‚soziale Netz‘ fallen.

‚Sozialer Wohnbau‘ lautet das nächste Schlagwort. Dabei wird von VertreterInnen von Sozialeinrichtungen die Idee einer Art ‚Sonderwohnbauprogramm‘ verfolgt, die zu günstigen

leistbaren Wohnungen führen soll. Unumgänglich ist dabei ein gutes Zusammenspiel von Gemeinden, der Wohnbauabteilung und dem Sozialressort des Landes Oberösterreich. Der Vorschlag eines derartigen Zusammenspiels könnte beispielsweise in einer Art ‚Sonderwohnbauprogramm für Startwohnungen‘ umgesetzt werden. Dieses beinhaltet die Errichtung von Startwohnungen, die auf günstigen Grundstücken, die Gemeinden zur Verfügung stellen, errichtet werden und auch Ausstattungen mit einschließen, die den Anforderungen derartiger Startwohnungen angepasst sind. Dies würde beispielsweise bedeuten, dass keine Tiefgaragen entstehen- wobei angemerkt werden muss, dass diese Zielgruppe meist nicht über das nötige Budget verfügt, ein Auto zu finanzieren- die sich wiederum in teureren Mieten niederschlagen würden. Unumgänglich stellt sich jedoch die Behindertengerechtigkeit heraus. Das heißt, Lifte und barrierefreie Zugänge müssen nach wie vor vorhanden sein. Die Idee der Startwohnung beinhaltet kleine Wohneinheiten mit einer Gemeinschaftsküche pro Geschöß. Auch eine Gemeinschaftswaschküche pro Hauseingang und eventuelle Gemeinschaftsbäder pro Etage- dennoch die Toiletten im Wohnungsverband- könnten verwirklicht werden. Derartige Vorkehrungen würden zu erheblichen Einsparungen der Baukosten führen, was sich wiederum in niedrigeren Mieten widerspiegelt. Vonnöten ist eine umliegende, gute Infrastruktur mit ausreichendem, umschließendem Verkehrsnetz, die es den BewohnerInnen ermöglicht, auch ohne eigenes Verkehrsmittel mobil zu sein. Um jedoch eine Gettoisierung zu vermeiden, sollte stets beachtet werden, dass lediglich Teile einer Siedlung einem derartigen Bauvorhaben unterzogen werden.

Die Forderung nach Eigenleistungen in den eigenen Wohnungen geht mit verschiedensten Problemen einher. Es stellt sich beispielsweise die Frage, wer sich bei Wasserschäden, die aus angrenzenden Wohnungen stammen und aufgrund mangelhafter Verfügnung von Bädern entstehen, verantwortlich erklärt. Somit ist die damit einhergehende Haftungsfrage ein unlösbares, immenses Problem. Des Weiteren kann nicht geklärt werden, wie dies bei einem Mieterwechsel abgegolten werden soll. Noch dazu bringt der/die künftige MieterIn Eigenleistungen ein, die in das Eigentum des Vermieters übergehen.

Darüber hinaus wurde von Sozialeinrichtungen angemerkt, dass durchaus auf teure Ausführungen in den Wohnungen verzichtet werden kann. Angesprochen ist beispielsweise der Verzicht auf exklusive Fliesen im Zuge des Wohnungs- Innenausbau. Diese Forderung ist jedoch unbegründet, da gemeinnützige Wohnbauträger den Einbau teurer Fliesen grundsätzlich nicht vornehmen. Es werden günstige weiße Fliesen und preisgünstige

Parkettböden verwendet. Das stets verfolgte Ziel dabei ist zeitgemäß, aber trotz allem strapazierfähig. Es verfehlt die Sinnhaftigkeit, wenn ausschließlich billigste Produkte eingebaut werden, die aufgrund mangelhafter Qualität nach ein paar Jahren wieder erneuert werden müssen.

Die Forderung nach kleineren Wohneinheiten ist auch mit Nachteilen verbunden. Es wird einerseits darin eine Möglichkeit gesehen, Energiekosten einzusparen, andererseits kann aber auch ein Problem entstehen, wenn eine bis dato allein stehende Person eine/n PartnerIn findet und sich zu einer Familiengründung entschließt. Die Folge ist Umzug wegen Platzmangel. Generell muss festgehalten werden, dass in kleinen Wohnungen die Fluktuation sehr groß ist. Je häufiger ein Mieterwechsel in einer Wohnung passiert, desto mehr wird diese ‚abgewohnt‘. Die vergleichsweise starke Abnutzung fällt bei einem/r langjährigen MieterIn bei weitem nicht so drastisch aus.

Modelle, die es erlauben, Kauttionen und Finanzierungsbeiträge parallel zur Miete in Form von Ratenzahlungen zu tilgen, werden als weitere Vorschläge genannt, um die Chance auf eine Wohnung zu erhöhen. Dies sollte jedoch so gehandhabt werden, dass Kauttionen oder Baukostenbeiträge bei einkommensschwachen Personen vom Land oder den Sozialabteilungen übernommen werden. Hierbei wäre ein Lösungsvorschlag des Stadtrates für Soziales und des Landesrates vonnöten. Es könnte beispielsweise in Erwägung gezogen werden, dass Ausfallhaftungen für Kauttionsleistungen von Seiten des Landes oder der Stadt übernommen werden, wenn nach der Beendigung des Mietverhältnisses der vertragskonforme Wohnungszustand durch den/die MieterIn nicht hergestellt wurde. Dabei muss jedoch kein Geld fließen, lediglich eine Art Sicherstellung gewährleistet sein, um eine Übernahme der ganzen Last seitens des/r VermieterIn zu vermeiden.

Die mangelhafte Vernetzung zwischen Wohnbauträgern und Sozialeinrichtungen stellt des Weiteren ein Manko dar und sollte behoben werden. Wenn ein Bauträger über die Kenntnisse verfügt, welche/r SozialarbeiterIn für welche/n MieterIn zuständig ist, wenn etwaige Mietrückstände auftreten oder Verstöße gegen den Mietvertrag oder die Hausordnung stattfinden, dann hat ein Bauträger einen direkten Ansprechpartner, wodurch viel Ärger und hohe Kosten für den/die MieterIn vermieden werden können. Diese Idee könnte beispielsweise eine Verwirklichung in Form von quartalsmäßigen Treffen, um ein Kennen lernen aller VertreterInnen zu ermöglichen, erfahren. Bei der Errichtung jedoch wird für keine

Kooperation plädiert, da Sozialeinrichtungen aufgrund mangelnder Fachkenntnisse nicht ausreichend in der Lage sind, realisierbare Vorschläge zu liefern. Hierbei stellen die Bauträger die ExpertInnen dar. Die Meinung der sozialarbeiterisch tätigen Vereine könnte jedoch im Zuge von ‚Sonderwohnbauprogrammen‘, wie bei der Errichtung von Startwohnungen, gefragt sein.

VertreterInnen von Sozialeinrichtungen beklagen generell den nicht vorhandenen Zugang ihres Klientels zu gefördertem Wohnraum. Nach Aussagen gemeinnütziger Wohnbauträger stellt hierbei die Mindestbefristung von drei Jahren ein Hindernis dar, auch Menschen in prekären Lebenssituationen eine Chance auf eine Wohnung zu gewähren. Bei Auftreten von Problemen, wie beispielsweise einer Belästigung der Hausgemeinschaft oder einem zerstörerischer Gebrauch der Wohnung, etc. stellen drei Jahre einen immensen, aus Sicht der Bauträger zu langen Zeitraum dar, um sich auf ein derartiges Mietverhältnis einzulassen. Um dieses Risiko zu schmälern, wäre die Einführung einer kürzeren Mindestbefristung von zum Beispiel zwölf Monaten mit Option auf Verlängerung eine mögliche Maßnahme. Bei angemessenem Verhalten und regelmäßigen Mietzahlungen geht dieses Mietverhältnis nach einer festgelegten Zeitspanne in ein unbefristetes Verhältnis über. Trotz allem muss hierbei Rücksicht auf Mieterrechte genommen werden, die durch derartige Aktionen erhebliche Einschränkungen erfahren würden. Demnach stellt dies eine umstrittene Maßnahme dar, deren Umsetzung mit Vorsicht und der Beachtung sämtlicher Aspekte erfolgen sollte.

Für die Problematik der ‚Wohnbauförderung Alt‘ können keine Lösungsvorschläge eruiert werden. Aus Gesprächen mit VertreterInnen gemeinnütziger Wohnbauträger geht hervor, dass sie selbst - als ExpertInnen - keine Handlungsoptionen für drohende zukünftige Entwicklungen bereit haben.

9.2 Verbesserungsvorschläge für das Angebot der Wohnplattform

Die Forderung nach einem flächendeckenden Zuständigkeitsbereich des Vereins Wohnplattform für ganz Oberösterreich wird von einem Vertreter eines gemeinnützigen Wohnbauträgers ausgesprochen. Um dieses einst geplante Vorhaben umsetzen zu können, wäre eine drastische Aufstockung der Ressourcen des Vereins von Seiten des Landes unabdingbar. Zum aktuellen Zeitpunkt zeichnet sich jedoch die Tendenz ab, dass das Land Oberösterreich keine Notwendigkeit darin sieht. Förderlich für dieses Vorhaben wäre es

zusätzlich, wenn oberösterreichische Sozialeinrichtungen den Wunsch kundtun würden, die Verwaltung sämtlicher angemieteter Wohnungen dem Verein Wohnplattform zu übergeben. Hierbei muss jedoch Bedacht darauf genommen werden, dass den Sozialeinrichtungen bei einer derartigen Realisierung ein Teil der Subventionen des Landes Oberösterreich gestrichen werden würde.

Sowohl aus Interviews mit VertreterInnen von Betreuungseinrichtungen als auch aus der schriftlichen Befragung aktueller KlientInnen geht hervor, dass die begrenzte Aufenthaltsdauer in den Übergangswohnungen der Wohnplattform eine erhebliche Schwierigkeit für deren BewohnerInnen darstellt. Eine Übernahme der vom Verein angemieteten Wohnungen in Hauptmiete wird zwar bereits in einzelnen Fällen ermöglicht, jedoch ist eine derartige Erweiterung des Angebots aus folgenden Gründen nicht realisierbar: Dem Verein Wohnplattform mangelt es zum einen an den dafür notwendigen Ressourcen, zum anderen ist es fraglich, ob gemeinnützige Wohnbauträger in der Lage sind, die an die KlientInnen vergebenen Wohnungen erneut dem Verein zur Verfügung zu stellen. Zurzeit befindet sich die Zahl an WPF- Wohnungen, die einem/r KlientIn in Hauptmiete übergeben werden, in einem vernünftigen Rahmen. Eine Entwicklung der Ausnahmen zur Regel wäre - zumindest zum aktuellen Stand - für den Verein nicht tragbar. Für eine Realisierung dieses Verbesserungsvorschlages bedürfte es zudem einer Erweiterung des bisher vom Verein Wohnplattform verfolgten Konzeptes, das bisher vorwiegend auf sozialpädagogisch begleitetem Übergangswohnen aufbaut.

Der Wunsch nach einer größeren Auswahl an Wohnungen bedingt ein langfristiges Vorgehen. Die Anzahl der vom Verein Wohnplattform angemieteten Wohnungen ist bisher jährlich gestiegen, befindet sich mittlerweile aber mit einem Bestand von 103 Wohnungen an der Grenze der vorhandenen Ressourcen. In den Regionen erweist sich die Forderung nach mehr Wohnungen als weitaus schwieriger, da Gemeinden in der Regel das alleinige Vergaberecht besitzen, wodurch die Wohnungsvergabe an die Wohnplattform begrenzt erfolgt.

Auch der Vorschlag einer Bildung von Wohngruppen - insbesondere für Jugendliche - wurde von einer Vertreterin einer Sozialeinrichtung genannt. In der Vergangenheit wurde dies bereits vom Verein Wohnplattform angeboten, jedoch mussten sämtliche Versuche in diese Richtung ein Scheitern verzeichnen. Zwar erwiesen sich die erstmaligen Investitionskosten, zum Beispiel durch die Anschaffung einer Gemeinschaftsküche, als geringer, im Gegensatz

dazu entstanden jedoch erheblich höhere Instandhaltungskosten. Auch die Zusammensetzung der WG- BewohnerInnen erwies sich als besonders problematisch. Bei gleichzeitigem Einzug in eine Wohngruppe ist ein gemeinschaftliches Zusammenleben am ehesten möglich. Stoßt jedoch ein/e neue/r MitbewohnerIn hinzu, ist eine Eingliederung bzw. Aufnahme in die vorhandene Gemeinschaft kritisch und erfahrungsgemäß zum Scheitern verurteilt.

Einer weiteren Aussage von einer Betreuerin ist die Kritik zu entnehmen, dass AsylwerberInnen nicht dem Klientel des Vereins Wohnplattform angehören. Dies begründet sich jedoch bereits im unklaren Status und den damit einhergehenden unklaren uneinschätzbaren Perspektiven. Des Weiteren ist deren Einkommenssituation (€ 290 monatlich) derart prekär, dass selbst die Finanzierung einer Wohnplattform- Wohnung unmöglich ist. Darüber hinaus stehen dem Verein für eine zusätzliche Aufnahme dieser Personengruppe zu wenig Ressourcen bzw. Wohnungen zur Verfügung. Weiters muss bemerkt werden, dass diese Personengruppe von anderen Sozialprojekten, wie zum Beispiel der Flüchtlingsbetreuung der oberösterreichischen Volkshilfe, versorgt wird.

Von den KlientInnen wurde zusätzlich eine komplette Ausstattung bzw. Möblierung der Übergangswohnungen gefordert. Diese wird jedoch bereits aufgrund hygienischer Bedenken - insbesondere bei Textilmobiliar - vermieden bzw. kann die WPF nicht das nötige Kapital dafür aufbringen.

10. STELLUNGNAHME DES VEREINS WOHNPLATTFORM

Um auch dem Verein Wohnplattform die Möglichkeit einzuräumen, den Aussagen sämtlicher VertreterInnen von Bauträgern und Sozialeinrichtungen sowie KlientInnen gegenüberzutreten, folgt im Anschluss eine Stellungnahme des Geschäftsführers des Vereins Wohnplattform, Hubert Mittermayr:

Mit großem Interesse verfolgten wir das Werden dieser Arbeit, ist es doch das erste Mal, dass sich Studentinnen mit Maßnahmen einer kooperativen Wohnversorgung im Bereich des sozialpädagogisch begleiteten Wohnens auseinandersetzen.

Die Vielzahl der dokumentierten Interessenslagen, Stellungnahmen und Meinungen spiegelt wider, wie aufwändig tatsächliche Vernetzung und Kooperation sein kann und tatsächlich ist, um das allen gemeinsame Ziel einer „Verbesserung der nachhaltigen Wohnversorgung für Menschen mit Betreuungsbedarf“ zu erreichen. Umgekehrt lässt sich daraus aber auch ermesen, welcher Aufwand von jeder einzelnen Betreuungseinrichtung für jede einzelne Zielgruppe erst betrieben werden müsste, gäbe es nicht einen Ansprechpartner wie den Verein Wohnplattform, der mit entsprechender fachlicher Qualifikation und Professionalität am Zugang zu leistbarem Wohnraum arbeitet und versucht, die unterschiedlichen Interessenslagen von Betroffenen, Betreuungseinrichtungen und Bauvereinigungen auszugleichen und die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

Zu einer Zeit, als Facility Management in Europa noch ziemlich unbekannt war, initiierte die Wohnplattform bereits mit Unterstützung der politisch Verantwortlichen im Sozial- und Wohnbaubereich eine Form des Zusammenwirkens von Sozialeinrichtungen und Wohnbauträgern zur bestmöglichen Nutzung von Übergangswohnungen, die letztendlich zu einer klassischen win –win –win Situation für alle Beteiligten führt.

Übergangswohnungen entlasten meist teurere Unterbringungseinrichtungen; eigene vier Wände motivieren die Betroffenen, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen; Bauvereinigungen haben einen kompetenten Ansprechpartner bei auftretenden Problemen; nicht übersehen werden darf natürlich die Minimierung des finanziellen Risikos für alle Beteiligten und last but not least ergibt sich daraus eine deutlich raschere und offensichtlich auch nachhaltige Wohnversorgung für „Wohnungsnotfälle“.

Aus diesen Erfahrungen resultiert auch unser unermüdlicher Hinweis darauf, dass diese Tätigkeit mit „gewöhnlicher“ Hausverwaltung nicht vergleichbar ist und erfahrungsgemäß SozialarbeiterInnen, die diese Tätigkeit nebenbei mit erledigen müssen, sehr schnell die Grenzen ihrer Möglichkeiten erkennen müssen.

Natürlich freut es uns, dass bei den in der Arbeit aufgezeigten Problemen und Verbesserungswünschen nicht die grundsätzliche Arbeit in Frage gestellt wird, sondern die Wünsche eher in Richtung Angebotserweiterung bzw. Berücksichtigung neuer Problemlagen gehen.

Aus eigener Sicht kritisch anführen möchte ich dennoch die Tatsache, dass meines Erachtens alle Beteiligten mit dem status quo so weit zufrieden sind, ohne der Entwicklung des sich ständig verschlechternden Zuganges zu leistbaren Wohnungen für einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung genügend Augenmerk zu schenken. In nahezu allen europäischen Staaten wird dies seitens NGO's als vorrangiges Problem mit viel Konfliktpotential konstatiert. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit, ständig steigender Energiekosten und parallel dazu stetig steigender Delogierungszahlen wäre eine intensivere Auseinandersetzung mit der Problematik über den Ruf nach Sonderwohnbauprogrammen hinaus wünschenswert. Leider wurde einer von der Wohnplattform angeregten und mit vielen Bereitschaftserklärungen unterstützten, ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zu diesem Thema seitens der Fachabteilungen des Landes keine Unterstützung zuteil.

Bezüglich der geäußerten Wünsche und Anregungen:

Ein Ziel unserer Arbeit ist nach wie vor, in jeder Bezirksstadt zumindest 2 bis maximal 5 Übergangs- Probewohnungen anbieten zu können. Dadurch könnten Wohnungsnotfälle rascher im eigenen Bezirk wohnversorgt werden bzw. wäre auch die Nähe zur regionalen Betreuungseinrichtung gegeben. Unseres Erachtens würde dies auch zu einer Entlastung der deutlich kostenintensiveren Notschlafeinrichtungen führen.

Die Realisierung eines oö- weiten flächendeckenden Angebotes seitens Wohnplattform entspricht jedoch momentan nicht den Intentionen der Sozialplanung des Landes. Die

derzeitige Planung sieht vor, dass in unterschiedlichen Planungsräumen regionale Träger leistbaren Wohnraum anbieten und verwalten sollen.

Seit Jahren versucht der Verein Wohnplattform, die Voraussetzungen zu verbessern, dass BewohnerInnen der Übergangswohnungen diese in Folge als HauptmieterInnen von der Gemeinde/Bauvereinigung übernehmen können. Dies bedingt jedoch primär die Bereitschaft der Wohnbauträger/Gemeinden, in den Vergaberichtlinien entsprechende Möglichkeiten vorzusehen sowie das Vorhandensein einer entsprechenden Anzahl ebenfalls leistbarer Folgewohnungen für den Verein, da sonst mit jeder Übergabe unser Wohnungsangebot schrumpfen würde. Die Signale zur Intensivierung dieses Angebotes sind jedoch eindeutig positiv. Dies dokumentiert sich auch in der ständig steigenden Zahl von derartigen Wohnungsübernahmen. Der Verein wird jedoch keinesfalls die vor vielen Jahren- zu sehr günstigen Konditionen- angemieteten Wohnungen weitergeben, da diese zum Einstieg für Menschen mit Niedrigsteinkommen unbedingt gebraucht werden und sonst unwiederbringlich verloren wären.

Dem Wunsch nach einer größeren Auswahl an Wohnungen trägt die Wohnplattform insofern Rechnung, dass von der Neubauwohnung mit Tiefgaragenplatz bis zum Zimmer alles angeboten wird. Die Wohnplattform ist jedoch keinesfalls Abnehmer sanierungsbedürftiger Substandardwohnungen. Es ist wahrlich kein Luxus mehr, wenn wir auch für einkommensschwache Personengruppen eine ordnungsgemäße Heizung und zumindest eine Duschkmöglichkeit in der Wohnung fordern und nur solche Wohnungen anmieten.

Wir haben jedoch keine leer stehenden Wohnungen „auf Lager“, da, abgesehen von den nicht finanzierbaren Leerstandskosten, der Zugang zu leistbaren Wohnungen in allen Bereichen immer schwieriger wird. Eine jederzeit verfügbare leer stehende Notwohnung ist nicht zu realisieren, da die Notfälle das Wohnungsangebot deutlich übersteigen und jede Wohnung innerhalb kürzester Zeit wieder (langfristig) belegt ist. Die positiven Erfahrungen der bisherigen Zusammenarbeit zeigen jedoch, dass wir (zumindest in den Ballungsräumen) innerhalb eines absehbaren Zeitraumes nahezu jeden erforderlichen und realistischen Wohnungsbedarf abdecken können. Voraussetzung ist jedoch immer das Vorhandensein entsprechender personeller und finanzieller Ressourcen im Verein, sofern es sich um Angebotserweiterungen handelt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf den geäußerten Wunsch nach komplett möblierten Wohnungen eingehen. Die Wohnplattform hatte früher möblierte Wohnungen. Seit Jahren jedoch zeigt sich, dass viele unserer BewohnerInnen aus vorangegangenen „Wohnepisoden“ über Möbel verfügten (und diese teilweise teuer zwischenlagern mussten) bzw. mit dem zur Verfügung gestellten Mobiliar nicht zufrieden waren. Das Angebot an billigen Möbeln (gebraucht und neu) ist darüber hinaus mehr als ausreichend, so dass die Wohnplattform „nur mehr“ die kostenintensiveren Küchen- und Sanitärbereiche ausstattet. Letztendlich kommt das Vorhandensein einer eigenen Grundausstattung an Möbeln (Bett, Tisch, Kasten...) auch beim Bezug der eigenen Wohnung zu Gute, da damit die ohnehin hohen Einstiegskosten verringert werden.

Es gibt natürlich viele Bereiche, die der Verein Wohnplattform nicht so einfach abdecken kann, wie oftmals gewünscht. Wohngruppen für Jugendliche oder junge Erwachsene bzw. Wohngruppen generell beinhalten viele, auch betreuungsspezifische Erfordernisse, die durch eine herkömmliche (Übergangs-)Wohnung allein nicht gelöst werden können. Entsprechend bedarf es dafür auch geeigneter Betreuungskonzepte und Finanzierungsüberlegungen. Hier kann die Wohnplattform als Kooperationspartnerin mitwirken, derartige Projekte müssen jedoch außerhalb des Tagesgeschäftes geplant und abgewickelt werden.

Gleiches gilt für die Gruppe der AsylwerberInnen, aber noch viel mehr für die anerkannten Flüchtlinge, die aus den Quartieren der Grundversorgung ausziehen müssen, mit geringsten finanziellen Mitteln Wohnungen suchen und sich dabei natürlich auch an Sozialeinrichtungen wenden. Grundsätzlich kann der Verein in begründeten Einzelfällen Hilfestellung und Unterstützung leisten. Zur Abdeckung eines generellen Bedarfes an leistbaren Wohnungen für Menschen mit sozialen und wirtschaftlichen Benachteiligungen bzw. des generellen Fehlens von entsprechenden Wohnungen bedarf es jedoch mehr als einiger Übergangswohnungen.

Womit wir wieder bei der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe unter Beteiligung der politisch Verantwortlichen, der Wohnbauträger, der Gemeinden und NGO`s wären.

11. QUELLENVERZEICHNIS

Verwendete Literatur

Aigner, Helga (1999): Delogierung und Delogierungsprävention. Ein Kostenvergleich anhand der Fachstelle für Wohnungssicherung in Wien. Diplomarbeit

Alemann, Heine von (1984): Der Forschungsprozess. Eine Einführung in die Praxis der empirischen Sozialforschung. 2. durchges. Aufl. Stuttgart: Teubner

Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Textteil. Linz

Amt der OÖ Landesregierung. Sozialabteilung (2001): Oberösterreichischer Sozialbericht. Bd. 1. Datenteil. Linz

Andreß, Hans-Jürgen (1999): Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

ARGE für Obdachlose (2004): Solidarität mit wohnungslosen Menschen. Jahresbericht

Atteslander, Peter (2003): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10. neu bearb. u. erw. Aufl. Berlin: Walter de Gruyter

Backert, Wolfram (2001): Armutrisiko: Überschuldung. In: Barlösius, Eva / Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2001): Die Armut der Gesellschaft. Bd.15. o.A.: Leske + Budrich, Opladen. S.243-261

Baumann, Urs /Perrez, Meinrad (1998): Lehrbuch Klinische Psychologie - Psychotherapie. 2. vollst. überarb. Aufl. Bern u.a.: Verlag Hans Huber

Berendt, Ulrike (1998): Organisationsstrukturen. In: Schader stiftung (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. dialog. S.4-6

Berger, Hartwig (1974): Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit. Eine Kritik an Interview und Einstellungsmessung in der Sozialforschung. 1. Ausg. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag

Bleidick, Ulrich (1978): Pädagogik der Behinderten. Grundzüge einer Theorie der Erziehung behinderter Kinder und Jugendlicher. 3. vollst. neubearb. und erw. Aufl. Berlin-Charlottenburg: Carl Marhold Verlagsbuchhandlung

Bollnow, Otto Friedrich (1990): Mensch und Raum. 6.Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer

Breidenbach, Heinrich (1987): Wer wird obdachlos? In: Kronberger, Helmut et al. (1987): Abgeschoben... Bilder zur Obdachlosigkeit. Salzburg: Verlag Grauwerte im Institut für Alltagskultur. S.7-13

Breitfuß, Günter et al. (2000): Familie und Wohnen. In: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (2000): OÖ. Familienbericht. Linz. S.74-78

Brender, Barbara (1999): Hilflos Wohnungslos. „Erlernte Hilflosigkeit“ in der sozialen Arbeit. Bd. 4. Bielefeld: Verlag Hans Jacobs

Chassé, Karl August (1992): Brauchen wir den Randgruppenbegriff? In: Chassé, Karl August et al. (1992): Randgruppen 2000. Analysen zu Randgruppen und zur Randgruppenarbeit. Bielefeld: Böllert, KT-Verlag. S.91-100

Drygala, Anke (1987): Wohnungsversorgung und Ursachen von Obdachlosigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft. In: Kellner, Reinhard / Wittich, Wolfgang (1987): Wohnen tut not. Obdachlosigkeit in der Diskussion. Analysen – Modelle – Perspektiven. München: AG SPAK PUBLIKATIONEN. S.13-43

Dyk, Saskia (2003): Raumpotentiale am Grünanger. Ansatzpunkte für Gesundheitsförderung. Dissertation

Ebster, Claus / Stalzer, Lieselotte (2003): Wissenschaftliches Arbeiten für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. 2.überarb.Aufl. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG

Eisenriegler, Adalbert (1996): Erinnerungen an die Gründung der Wohnplattform. In: Richard, Bernd/Mittermayr, Hubert (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens. S.16-17

Eitel, Gerhard (1996): Obdachlosigkeit in Österreich. In: Eitel, Gerhard et al. (1996): HABITAT II: Recht auf Wohnen – ein Menschenrecht? Gesprächsrunde im Rahmen der österreichischen Vorbereitungen zur UN-Gipfelkonferenz. Report Series 3/96. Wien: Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit

Eitel, Gerhard / Schoibl, Heinz (1999): Grundlagenerhebung zur Wohnungslosensituation in Österreich. Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Familien und Jugendlichen. Wien

Fassmann, Heinz (2002): Zuwanderung und Segregation. In: Fassmann, Heinz et al. (2002): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich. Klagenfurt: Drava Verlag. S.13-24

Flade, Antje (1993): Wohnen und Wohnbedürfnisse im Blickpunkt. In: Harloff, Hans Joachim (1993): Psychologie des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Psychologie im Dienste von Architektur und Stadtplanung. Göttingen, Stuttgart: Verlag für Angewandte Psychologie. S.45-55

Freisleben-Teutscher, C.F. (2002): Betreubares Wohnen mit Qualität. o.A. In: ÄRZTE WOCHE, 16. Jg., Nr. 3/2002

Friedrichs, Jürgen (1990): Methoden empirischer Sozialforschung. 14. Aufl. Bd. 28. o.A.: Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen

Gillich, Stefan / Nieslony, Frank (2000): Armut und Wohnungslosigkeit. Grundlagen, Zusammenhänge und Erscheinungsformen. Köln: Fortis Verlag

Glatzer, Wolfgang / Hübinger, Werner (1990): Lebenslagen und Armut. In: Döring, Dieter / Hanesch, Walter / Huster, Ernst-Ulrich (1990): Armut im Wohlstand. Frankfurt. S.31-55.
Zit.n.: Stelzer-Orthofer, Christine (1997): Armut und Zeit. Eine sozialwissenschaftliche Analyse zur Sozialhilfe. o.A.: Leske + Budrich, Opladen

Gleichmann, Peter (2000): Wohnen. In: Häußermann, Hartmut (2000): Großstadt. Soziologische Stichworte. 2.Aufl. o.A.: Leske + Budrich, Opladen. S.272-281

Gunz, Josef et al. (1999): Soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich. Perspektiven einer Integrationspolitik. Projektbericht. Linz

Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2000): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. 2. korrigierte Aufl. Weinheim/München: Juventa Verlag

Hahn, Achim (1997): Wohnen als Erfahrung. Reflexionen und empirisch- soziologische Untersuchungen zur Pragmatik des Wohnens. Bd. 5. Münster: LIT Verlag

Hartmann, Heinz (1970): Empirische Sozialforschung. Probleme und Entwicklungen. Bd.2. München: Juventa Verlag

Hintzsche, Burkhard (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. Probleme und offene Fragen aus kommunaler Sicht. In: Schader stiftung (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. dialog. S.7-8

Huemer, Alfred (2003): Praxishandbuch zum OÖ Sozialhilfegesetz. In: OÖ Armutsnetzwerk (2003): Armut als tägliche Herausforderung. Oberösterreichisches Armutsnetzwerk in Zusammenarbeit mit der Sozialabteilung des Landes Oberösterreich. S.7- 52

Iben, Gerd (1971): Randgruppen der Gesellschaft. Untersuchungen über Sozialstatus und Erziehungsverhalten obdachloser Familien. München: Juventa Verlag

Kardorff, Ernst von (1991): Qualitative Sozialforschung – Versuch einer Standortbestimmung. In: Flick, Uwe et al. (1991): Handbuch Qualitative Sozialforschung.

Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie Verlags Union. S.3-8

Kellinghaus, Christoph et al. (2000): Wohnungslos und psychisch krank – Überblick über den Forschungsstand und eigene Ergebnisse zu einer doppelt benachteiligten Randgruppe. In: Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2000): Materialien zur Wohnungslosenhilfe. Facetten der Wohnungslosigkeit – Zur Gesundheit Wohnungsloser. Heft 43. Bielefeld: VSH Verlag Soziale Hilfe. S.32-69

Klocke, Andreas (2001): Armut bei Kindern und Jugendlichen – Belastungssyndrome und Bewältigungsfaktoren. In: Barlösius, Eva / Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2001): Die Armut der Gesellschaft. Bd.15. o.A.: Leske + Budrich, Opladen. S.293-312

Kölblinger, Maria (2000): Die wirtschaftliche Situation der Familien in Oberösterreich. In: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung (2000): OÖ. Familienbericht. Linz. S.62-73

Könen, Ralf (1990): Wohnungsnot und Obdachlosigkeit im Sozialstaat. Bd. 633. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag. S.15

Kromrey, Helmut (1991): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung. 5. überarb. u. erw. Aufl. o.A.: Leske + Budrich, Opladen

Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung. Bd.1 Methodologie. 3. korr. Aufl. Weinheim: Beltz, Psychologie Verlags Union

Lazelsberger, Renate et al. (1985): Wohnkultur und Arbeitsraumgestaltung. 2. unveränd. Aufl. Linz: Rudolf Trauner Verlag. S.26

Lieberknecht, Christian (1998): Die Rolle der Wohnungsunternehmen bei Kooperationen zur Wohnraumbeschaffung. In: Schader stiftung (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. dialog. S.12-13

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (1984): Ursachen von Obdachlosigkeit. Minden: J.C.C. Bruns

Mittermayer, Hubert (2000): Eine Wohnung ist nicht alles – ohne Wohnung ist alles nichts. In: sozial arbeit in Österreich – Zeitschrift für soziale Arbeit, Bildung und Politik. Nr.127/Juni 2000/35.Jg. S.20-21

Paegelow, Claus (2004): Handbuch Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Einführung in das Arbeitsfeld der Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe. Bremen: Eigenverlag

Pfaff, Anita (1995): Was ist das Neue an der neuen Armut? In: Bieback, Karl Jürgen et al. (1995): Neue Armut. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag. S.28-57

Richard, Bernd et al. (1996): Die Wohnplattform. Verein zur Förderung sozialen Wohnens.

Schader-Stiftung (1998): Wohnraumbeschaffung durch Kooperation. dialog

Scheuch, Erwin von (1967): Das Interview in der Sozialforschung. In: König, René (1967): Handbuch der empirischen Sozialforschung. 1.Bd. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag. S.136-196

Schuldnerhilfe (2005): Jahresbericht 2004

Sengschmied, Kristina (1996): Begegnungsraum auf der Straße. Innsbruck / Wien: Tyrolia

Sidler, Nikolaus (1989): Am Rande leben, abweichen, arm sein. Konzepte und Theorien zu sozialen Problemen. Freiburg: Lambertus Verlag

Sozialplattform OÖ (2003): Für viele ein Neubeginn... 200 Sozialeinrichtungen in Selbstdarstellung. 5. neu erhob. u. erw. Aufl. Linz: o.A

Sozialverein B37 (2005): Jahresbericht 2004

Stelzer-Orthofer, Christine (1998): Die vielen Gesichter der Armut. In: Die Grünen Linz (1998): 2. Linzer Armutsbericht. Armut verhindern Reichtum fairteilen. Linz: Fidelis. S.13-15

Süntinger, Walter (1996): Rechtliche Grundlagen und Umsetzung des Menschenrechts auf angemessene Unterkunft. In: Eitel, Gerhard et al. (1996): HABITAT II: Recht auf Wohnen – ein Menschenrecht? Report Series 3/96. Wien: Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit. S.5-8

Vaskovics, Laszlo (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften. Frankfurt / New York: Campus Verlag.

Verzetnitsch, Fritz et al. (2000): Europa 2000+: Auf dem Weg zu einem europäischen Sozialmodell. Wien: Verein Zukunfts- und Kulturwerkstätte

Volf, Patrik (2001): Gegenstrategien in Politik und Gesellschaft. In: Bauböck, Rainer / Volf, Patrik (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. Klagenfurt: Drava- Verlag. S.45-268

Wohnungslosenhilfe Mosaik (2005): Jahresbericht 2004

Zöllner, Wolfgang (1973): Obdachlos durch Wohnungsnot. Ein Beitrag zur Differenzierung der Obdachlosigkeit. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH

Internetquellen

Aidshilfe Oberösterreich (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.aidshilfe-ooe.at/> [dl. 30.06.2005]

Amt für Stadtforschung. Magistrat der Landeshauptstadt Linz (2004): Bevölkerungsprognose für Linz. 2004-2015. Online im Internet: URL:<http://www.linz.at/images/Bevoelkerungsentwicklung.pdf> [dl. 23.08.2005]

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2005a): Medieninformation. Aktuelles vom Arbeitsmarkt. Februar 2005. Online im Internet: URL: <http://www.ams.or.at/ooe/med/monatsinfo/monatsinfo2005-02.pdf> [dl. 03.09.2005]

Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2005b): Der Arbeitsmarkt in Oberösterreich. Februar 2005. Online im Internet: URL: <http://www.ams.or.at/ooe/med/monatsb/monatsb2005-02.pdf> [dl. 03.09.2005]

ARGE für Obdachlose (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.arge-obdachlose.at> [dl. 30.06.2005]

ARGE OÖ Frauenhäuser (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: http://www.frauenhaus.at/framesets/i_arge.html [dl. 30.06.2005]

Armutsbericht Bundesland Oberösterreich 2003. Mut zur Bekämpfung von Armut. Institut für Gesellschaftspolitik an der Johannes Kepler Universität Linz. Online im Internet: URL: <http://www.exitsozial.at/pdf/armut2003.pdf> [dl.27.08.2005]

Armutskonferenz (o.A.): Nationaler Aktionsplan der Österreichischen Armutskonferenz – Wohnungslosigkeit. Online im Internet: URL: <http://www.arge-obdachlose.at/new/arge/whglosigkeit/whglosigkeit.pdf> [dl. 16.08.2005]

Bath, Rainer (1999): Soziale Menschenrechte in theologischer Perspektive. Konkretionsmöglichkeiten am Beispiel des Rechts auf angemessenen Wohnraum in Deutschland angesichts von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit. Dissertation. Online im Internet: URL: <http://www.archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z1999/0407/pdf/dissbath.pdf> [dl. 06.07.2005]

BAWO (2003): Anregungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Online im Internet: URL: http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20040706131335_BAWO_Beitrag_NAP_Armut_und_sociale_Ausgrenzung_2003_1.pdf [dl. 14.07.2005]

Berghuber, Thomas (2004): Ausweg gesucht! Schulden und Privatkonkurs. S.7. Online im Internet: URL: <http://www.bmsg.gv.at/cms/site/attachments/2/9/3/CH0036/CMS1091089868037/privatkonkurs.pdf> [dl. 25.08.2005]

Büro für Frauen (2001a): Frauenbericht Kap.2. Mit wem leben Frauen? Online im Internet: URL: <http://www.chancengleichheit.buerofuerfrauenfragen.at/download/Kap2.pdf> [dl.15.09.2005]

Büro für Frauen (2001b): Frauenbericht Kap.6. Wovon leben Frauen? Online im Internet: URL: http://www.asp.upart.at/hpm_chancen2002/download/Kap6.pdf [dl.15.09.2005]

Bundesministerium für Inneres / Internationale Organisation für Migration (2005): Integrationspraktiken in Österreich. Eine Landkarte über Integrationspraktiken und –philosophien von Bund, Ländern und Sozialpartnern. Online im Internet: URL: http://www.emn.at/modules/typetool/pnincludes/uploads/Integrationsbericht_Juni%202005_web.pdf [dl. 23.08.2005]

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2003): Bericht über die Lage der behinderten Menschen in Österreich. S.9. Online im Internet: URL: <http://www.broschuerenservice.bmsg.gv.at/PubAttachments/Behindertenbericht.pdf> [dl. 22.08.2005]

Bundesverfassung. Art. 64. Online im Internet: URL: <http://www.konvent.gv.at/pls/portal/docs/PAGE/K/ZD/Bundesverfassung.pdf> [dl.14.07.2005]

B-VG. Art.7. Abs.1. Online im Internet: URL: <http://www.ris.bka.gv.at/bundesrecht/> [dl. 16.09.2005]

Caritas (2004): Leben ohne Ausweg? - Armut und Wohnungslosigkeit von Frauen in Oberösterreich. Online im Internet: URL: http://caritas.cyberhaus.at/1690_DEU_HTML.php [dl. 28.08.2005]

Caritas (2004): Sozialpädagogisches Zentrum Steyr/Gleink. Online im Internet: URL: <http://www.spz-gleink.at> [dl. 06.07.2005]

Caritas Kommunikation (o.A.): Die Chance für einen neuen Anfang. Online im Internet: URL: <http://caritas.cyberhouse.at/wege.pdf> [dl. 06.07.2005]

Egle, Franz / Scheller, Christian (o.A.): Was ist Behinderung? Online im Internet: URL: http://www.talentmarketing.de/wahlpflichtfach/reha_web/1_behinderung.htm [dl. 22.08.2005]

EXIT- sozial (2005): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.exitsozial.at> [dl. 30.06.2005]

Hombach, o.A. (2004): Referat ‚Suchtkrank und wohnungslos‘. In: Sächsische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. (2004): Suchtkrank und wohnungslos: Wohnung los – suchtkrank. Dokumentation zur Fachtagung der Sächsischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. am 9. Juni 2004. S.5-17. Online im Internet: URL: <http://www.slsev.de/FT2004.pdf> [dl. 15.07.2005]

Hünemann, Holger (2004): Die Vielseitigkeit des Begriffs „Behinderung“? Online im Internet: URL: <http://www.behinderung.org/definit.htm> [dl. 22.08.2005]

Institut für Höhere Studien IHS HealthEcon (2003): Health System Watch. Gesundheitszustand in der EU. Beilage zur Fachzeitschrift soziale Sicherheit. Online im Internet: URL: http://www.ihs.ac.at/departments/fin/HealthEcon/watch/hsw03_4d.pdf

Jugend & Freizeit (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.vjf.at> [dl. 06.07.2005]

Kargl, Martina / Landau, Michael (2004): Randnotizen. Definitionen von Armut als Ausdruck von Werturteilen. Online im Internet: URL: http://www.sozialwirtschaft.at/TCgi/Images/sozialwirtschaft/20040413203821_Kargl_Landau_Randnotizen_1.pdf [dl. 15.07.2005]

Mackenthun, Birgit / Henke, Klaus-Dirk / Schreyögg, Jonas (2003): Gesundheitswesen als Wachstumsfaktor. Online im Internet: URL: <http://kolloq.destatis.de/2003/mackenthun.pdf> [dl. 14.07.2005]

Meyer, Jürgen (2000): Entwurf der Grundrechtscharta der Europäischen Union. Online im Internet: URL: <http://www.bundestag.de/ftp/pdf/anlage6.pdf> [dl. 13.07.2005]

NEUSTART (2005): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.neustart.at> [dl. 30.06.2005]

NEUSTART Salzburg (2001): Armutsgefährdung nach Haftentlassung – „Die Strafe nach der Strafe“. Online im Internet: URL: http://www.neustart.at/ueber_neustart_salzburg.php [dl. 22.08.2005]

OÖ Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung (2003): Armut kann ihre Gesundheit gefährden. Warnung der Armutskonferenz. Leseheft 2. Online im Internet: URL: <http://www.sozialplattform.at/publikationen/armut-leseheft2003.pdf> [dl. 01.09.2005]

Ohmacht, Stefan / Hirtl, Theresia (2004): Wohnungslos: Begriffe, Erscheinungsformen, Trends und Standards der Wohnungslosenhilfe. In: Ohmacht, Stefan et al. (2004): Wohnungslos in Graz. Sozialwissenschaftliche Dokumentation der Sozialarbeit für wohnungslose Menschen in Graz, Analyse der Betreuungsangebote sowie Strategiekonzept. Studie. Online im Internet: URL: http://www.bawo.at/_TCgi_Images/bawo/20040331165128_Studie_BAWO_Wohnungslos_in_Graz_Maerz_2004.pdf_1.pdf [dl. 12.07.2005]

Proba (2005): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.fab.at/proba> [dl. 30.06.2005]

pro mente (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.pmooe.at> [dl. 30.06.2005]

Schoibl, Heinz (2002): Armut im Wohlstand ist verdeckte Armut. Regionaler Armutsbericht für das Bundesland Salzburg. Online im Internet: URL: <http://salzburger-armutskonferenz.at/ArmutLang.pdf> [dl. 30.08.2005]

Schmidsberger, Brigitta et al. (2002): Amt für Jugend und Familie. Online im Internet: URL: <http://www.linz.at/archiv/jahresbericht02/ajf.pdf> [dl. 06.07.2005]

Schönwiese, Volker (2005): Selbstbestimmt Leben. Behindertenpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Online im Internet: URL: <http://www.bmsg.gv.at/cms/site/detail.htm?channel=CH0364&doc=CMS1080561956090> [dl. 15.09.2005]

Schütz, Brigitte (2004): Überblick über die strukturellen Rahmenbedingungen. Unterstützungen und Einschränkungen. In: Biffl, Gudrun et al. (2004): Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft. Österreichischer Beitrag im Rahmen der europaweiten Pilotstudie. Wien. S.54-61. Online im Internet: URL: <http://www.auslaender.at/download/immigration-oesterreich-studie.pdf> [dl. 21.08.2005]

SOS- Menschenrechte (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.sos.at> [dl. 06.07.2005]

Soziale Initiative (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.soziale-initiative.at> [dl. 30.06.2005]

Sozialverein B37 (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.b37.at> [dl. 05.07.2005]

Sozialzentrum Vöcklabruck (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.sozialzentrum.org/sozialzentrum/index.html> [dl. 05.07.2005]

Stadt Steyr (o.A.): Jugendamt. Online im Internet: URL: <http://www.steyr.at> [dl. 06.07.2005]

Stumpf, Hildegard (2001): Partizipation als pädagogisches Konzept und Strategie innovativer Armutsbekämpfung. Aufgezeigt am Beispiel eines EU-Modellprojektes zur Wohnraumgewinnung für einkommensschwache Personen und Gruppen. Dissertation. Online im Internet: URL: https://heidi.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/volltexte/2004/4567/pdf/Diss_Hildegard_Stumpf_Muenchen.pdf [dl. 07.09.2005]

Stuttman, Nina (2005): Unternehmenspleiten 2005. Mehr Pleiten – Weniger Verluste. Online im Internet: URL: http://www.myksv.at/ksv_edit/KSV/de/03_news/01_pressecorner/ITF_pressemeldungen/ITF1/Documents/050622_Insolvenzstatistik_Halbjahr2005_HR.pdf [25.08.2005]

Trabert, Georg (2004): Medizinische Versorgung von wohnungslosen Menschen – Ein Beispiel für eine patientenorientierte, ganzheitliche und kostensparende Medizin. Online im Internet: URL: <http://www.thieme-connect.com/ejournals/abstract/gesu/doi/10.1055/s-2004-833834> [dl. 15.07.2005]

Verein allein mit dem Kind (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www2.alleinerziehend.at> [dl. 05.07.2005]

Verein für prophylaktische Sozialarbeit (2005): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.schulden.at> [dl. 05.07.2005]

Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft (2003): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.sachwalterschaft.at> [dl. 05.07.2005]

Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.vsg.or.at> [dl. 06.07.2005]

Verein Hilfe für Kinder und Eltern (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.kinderschutz-linz.at> [dl.06.07.2005]

Verein I.S.I. (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://www.streetwork.at> [dl. 06.07.2005]

Verein Substanz (o.A.): Homepage. Online im Internet: URL: <http://members.aon.at/substanz> [dl. 06.07.2005]

Zuschnig, Barbara (2005): Häufiger krank und früher tot. In: Neugebauer, Christian: Glocalist Review. Digitale Wochenzeitschrift für NGO&NPO- Management, Politik, Ökonomie und

Kultur. Ausg. Nr. 68/2005. S.13-15. Online im Internet: URL:
http://www.bawo.at/TCgi/Images/bawo/20050418200538_Glocalist%20Schwerpunkt%20Wohnungslosigkeit_1.pdf [dl. 15.07.2005]

Sonstige Quellen:

Bundesministerium für Justiz: Auskunft per E-Mail am 25.08.2005

Eva Bräuer (Leiterin des Frauenhauses Wels). Antwort per E-Mail am 13.07.2005

GIWOG (2005): Unveröffentlichte Ausgabe

Info- Folder des Vereins Wohnplattform: Sozialpädagogisch begleitetes Wohnen in Oberösterreich

Informationsbroschüre des Vereins Wohnplattform: Hilfe zum Wohnen ist Hilfe zum Bleiben

Interview mit Dr. Bernhard Wolkerstorfer (Mitarbeiter der Gemeinnützigen Industrie-Wohnungsgesellschaft (GIWOG). Aufgabenbereich: Leitung der Abteilung ‚Personal, Recht und Assistenz des Vorstandes‘) am 10.07.2005

Interview mit einer Mitarbeiterin der Neuen Heimat am 02.08.2005

Interview mit einer Mitarbeiterin des Frauenhauses Vöcklabruck am 02.08.2005

Interview mit Ernst Achleitner (Geschäftsführer des Sozialvereins B37) und DSA Thomas Wögrath (Leiter der PSNV) am 03.08.2005

Interview mit Georg Berndorfer, Sabine Falkner und Karin Moser (MitarbeiterInnen des Verein Substanz) am 12.08.2005

Interview mit Mag. Harald Mayrhofer (Mitarbeiter des Vereins Wohnplattform. Tätigkeitsbereich: Koordination Regional) am 12.08.2005

Interview mit DSA Ferdinand Herndler (Geschäftsführer des Vereins für prophylaktische Sozialarbeit) am 17.08.2005

Interview mit Gabriele Sillipp (Geschäftsführerin des Frauenhauses Steyr) am 17.08.2005

Interview mit Lothar Jochade (Geschäftsführer des Vereins I.S.I.) am 23.08.2005

Interview mit Mag.^a Brigitta Schmidsberger (Leiterin des Amtes für Soziales, Jugend und Familie des Magistrats Linz) am 24.08.2005

Interview mit Mag.^a Helga Furlinger-Nagel (Mitarbeiterin von WieWo und ReWo) und Mag. Heinrich Zauner (Geschäftsführer des Vereins ARGE für Obdachlose, Vereinsvorsitzender des Vereins Wohnplattform) am 26.08.2005

Interview mit Mag. Stefan Hindinger (Leiter der Wohnungslosenhilfe Mosaik Vöcklabruck) am 30.08.2005

Interview mit Christian Baumgarten (Mitarbeiter der GWG Steyr) am 31.08.2005

Interview mit Robert Freudenthaler (Abteilungsleiter der Wohnungsvergabe WSG) am 12.09.2005

Interview mit Martin Renoldner (Leiter der Lebenshilfe Linz) am 14.09.2005

Interview mit Mümtaz Karakurt (Geschäftsführer von migrare) am 28.09.2005

Interview mit Elisabeth Pahl (Leiterin des Immobiliencenters der GWG Linz) am 29.09.2005

Interview mit MAS Valentin Schweitzer (Bezirksleiter von pro mente Vöcklabruck) am 29.09.2005

Interview mit Ing. Siegfried Sattlberger MSc (Leiter des Immobilienservices der LAWOG) am 04.10.2005

Interview mit DGKS Nicole Sonnleitner (Mitarbeiterin im SZS- Seniorenzentrum Spallerhof) am 04.10.2005

Interview mit DSA Maria Oberlik (Mitarbeiterin von NEUSTART Linz, Vereinsvorsitzende des Vereins Wohnplattform) am 05.10.2005

Interview mit Dr. Georg Pilarz (Vorstandsvorsitzender der GIWOG) am 10.10.2005

Interview mit Eva Forster (Leiterin der Beratung und Hilfe der Caritas für Menschen in Not) am 18.10.2005

Kolland Franz (2005): Wohnbedürfnisse und Lebensqualität im Alter. Impulsreferat. Fachtagung „Altenpflege anders“ am 14.10.2005. Linz

Verein B37 (2005): Unveröffentlichtes statistisches Material. Erhebung akut wohnungsloser erwachsener Frauen und Männer in Linz.

Wohnplattform-Info-Paket (2005). Unveröffentlichte Ausgabe

ANHANG

Anhang 1: Interviewleitfaden gemeinnützige Wohnbauträger

1. Welche aktuellen Probleme herrschen Ihrer Meinung nach am oberösterreichischen Wohnungsmarkt vor?
2. Sehen Sie eine Notwendigkeit, Wohnen leistbarer zu machen? Wenn ja, welche Maßnahmen müssten diesbezüglich Ihrer Meinung nach ergriffen werden? Gibt es Personengruppen, die Ihrer Einschätzung nach einen besonders erschwerten Zugang zu einer leistbaren Wohnung haben?
3. Nennen Sie uns bitte diejenigen drei Personengruppen, die Ihrer Meinung nach am meisten von Wohnungslosigkeit bedroht sind.
4. Wie sinnvoll erachten Sie eine übergreifende Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Wohnraumversorgung?
5. Welche Voraussetzungen muss eine derartige Kooperation Ihrer Meinung nach unbedingt erfüllen, um nachhaltig zu sein?
6. Sie arbeiten mit dem Verein Wohnplattform zusammen – welche Motive stehen dahinter? Welche Zielsetzungen verfolgen Sie in dieser Kooperation?
7. Wie erfolgt diese Kooperation? Pfl egt die Wohnplattform regelmäßig Kontakt mit Ihnen als Vermieter? Wenn ja, wie oft und in welcher Form?
8. Wie zufrieden sind Sie mit dieser Zusammenarbeit? Haben Sie Verbesserungsvorschläge?
9. Nach welchen Kriterien werden Wohnungen an den Verein Wohnplattform vergeben?
10. Treten im Zuge der Vermietung an KlientInnen der Wohnplattform Probleme (z.B.: Nachbarschaftskonflikte, etc.) auf? Wenn ja, welche? Können Sie in diesem Zusammenhang Unterschiede zwischen den Wohnplattform- MieterInnen und unbetreuten MieterInnen erkennen?
11. Treten im Zuge der Wohnversorgung von MigrantInnen bestimmte Schwierigkeiten auf?
12. Haben die MieterInnen der Wohnplattform nach Ablauf des Mietvertrages eine Möglichkeit, bei Ihnen direkt eine Wohnung anzumieten?

Anhang 2: Interviewleitfaden Betreuungseinrichtungen

1. Welche aktuellen Probleme herrschen Ihrer Meinung nach am oberösterreichischen Wohnungsmarkt vor?
2. Sehen Sie eine Notwendigkeit, Wohnen leistbarer zu machen? Wenn ja, welche Maßnahmen wären Ihrer Meinung nach hierfür erforderlich? Gibt es Personengruppen, die Ihrer Einschätzung nach einen besonders erschwerten Zugang zu einer leistbaren Wohnung haben?
3. Nennen Sie uns bitte diejenigen drei Personengruppen, die Ihrer Meinung nach am meisten von Wohnungslosigkeit bedroht sind.
4. Wie sinnvoll erachten Sie eine übergreifende Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Wohnraumversorgung?
5. Welche Voraussetzungen muss eine derartige Kooperation Ihrer Meinung nach unbedingt erfüllen, um nachhaltig zu sein?
6. Sie arbeiten mit dem Verein Wohnplattform zusammen – welche Motive stehen dahinter? Welche Zielsetzungen verfolgen Sie damit?
7. Wie erfolgt diese Kooperation? Pflegt die Wohnplattform regelmäßig Kontakt mit Ihnen als BetreuerIn/ LeiterIn einer Betreuungseinrichtung? Wenn ja, wie oft und in welcher Form?
8. Wie zufrieden sind Sie mit dieser Zusammenarbeit? Haben Sie Verbesserungsvorschläge?
9. Welche Kriterien muss ein/e KlientIn erfüllen, um von Ihnen an die Wohnplattform vermittelt zu werden?
10. Was beinhaltet die Betreuung eines/r Klienten/in der Wohnplattform konkret? Helfen Sie zum Beispiel auch bei der Wohnungssuche für die Zeit nach der Inanspruchnahme einer Wohnplattform-Wohnung?
11. Treten im Zuge der Wohnbetreuung Schwierigkeiten auf? Wenn ja, welche?
12. Kommt es bei der Wohnbetreuung von MigrantInnen zu besonderen Problemen („Kulturkonflikt“ in der Wohnung“)?
13. Wie reagiert die Nachbarschaft auf den Einzug eines/r Wohnplattform-Mieters/in?
14. Stehen Sie den KlientInnen nach dem Auszug aus einer Wohnung der Wohnplattform bei Bedarf noch hilfreich zur Seite?

Anhang 3: Fragebogen aktuelle Wohnplattform- KlientInnen

1. Wie lange wohnen Sie bereits in einer Wohnplattform- Wohnung?

- kürzer als 6 Monate 1 Jahr bis kürzer als 1,5 Jahre 2 bis 3 Jahre
 6 Monate bis kürzer als 1 Jahr 1,5 Jahre bis kürzer als 2 Jahre

2. In welchem Bezirk ist diese Wohnung?

- Linz Stadt Linz Land Wels Stadt
 Eferding Perg Vöcklabruck
 Steyr

3. Aus welchem/n Grund/Gründen waren Sie von Wohnungslosigkeit betroffen? (Mehrfachnennungen sind möglich)

- Scheidung/Trennung Haftentlassung
 Körperliche Beeinträchtigung(en) Einwanderung
 Alkoholismus/Drogenabhängigkeit Psychische Erkrankung
 Arbeitsplatzverlust Heimentlassung
 Entlassung aus dem Krankenhaus Verschuldung
 beruflicher Abstieg schlimme Kindheit
Sonstiges _____

4. Über welche Betreuungseinrichtung sind sie damals zu dieser Wohnung der Wohnplattform gelangt?

- Aids-Hilfe ARGE Exit Sozial
 Frauenhaus Innviertel Frauenhaus Linz Frauenhaus Steyr
 Frauenhaus Vöcklabruck Frauenhaus Wels Neustart
 Pro Mente OÖ Proba Soziale Initiative
 Sozialverein B37 Sozialzentrum Vöcklabruck Verein Allein mit dem Kind
 WOST Steyr Verein für Sachwalterschaft Verein I.S.I
 Verein Jugend u. Freizeit Verein Hilfe f. Kinder u. Eltern Schuldnerhilfe
 Verein Substanz Verein SOS-Menschenrechte
 Verein für Sozialprävention u. Gemeinwesenarbeit Sonstige: _____

5. Wie wichtig erscheint Ihnen derzeit die Begleitung durch Ihre/n SozialarbeiterIn?

- wichtig
 teils/teils
 unwichtig

6. Was beinhaltet die Betreuung durch Ihren/r SozialarbeiterIn?

- unterstützt mich bei finanziellen Belangen (Überweisungen, etc.)
- kontrolliert die Sauberkeit der Wohnung
- ich kann mit ihm/ihr über alles reden
- besucht mich mindestens einmal im Monat
- unterstützt mich bei alltäglichen Erledigungen
- unterstützt mich bei der Bewältigung persönlicher Probleme
- Sonstiges: _____

7. Wie oft kommt Ihr/e BetreuerIn circa zu Ihnen in die Wohnung?

- einmal im Monat
- alle zwei Wochen
- jede Woche
- mehrmals in der Woche
- seltener als einmal im Monat
- täglich

8. Welche Veränderungen bezüglich der Betreuung würden Sie als positiv empfinden? (Mehrfachnennungen möglich)

- mehr Unterstützung im Haushalt
- mehr Unterstützung in finanziellen Belangen
- mehr Gespräche über meine Sorgen, meine Gefühle, meine Wünsche, etc.
- häufigere Wohnungsbesuche
- weniger Wohnungsbesuche
- längere Dauer der Besuche
- kürzere Dauer der Besuche
- Sonstiges: _____

9. Wie bewerten Sie das Angebot der Wohnplattform?

- als unentbehrlich
- weder noch
- als sinnlos

10. Wie hat sich Ihre Lebenssituation durch den Aufenthalt in einer Wohnung der Wohnplattform verändert?

- stark verbessert
- etwas verbessert
- gleich geblieben
- etwas verschlechtert
- stark verschlechtert

11. Wie würden Sie Ihre Lebens- und Wohnsituation einschätzen, wenn es die Wohnplattform nicht gäbe? (Mehrfachnennungen möglich)

- ich wäre obdachlos
- ich wäre bei Verwandten/Bekanntem untergekommen
- ich hätte bei einem Privatvermieter eine Wohnung angemietet
- ich hätte bei einem gemeinnützigen Bauträger eine Wohnung angemietet
- ich wäre arbeitslos
- ich hätte mehr Schulden
- Sonstiges: _____

12. Bitte kreuzen Sie zutreffendes an. Seit ich in einer Wohnung der Wohnplattform lebe...

	Trifft		
	voll zu	teilweise zu	nicht zu
werde ich als Mensch behandelt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
bin ich bereits selbstsicherer geworden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
habe ich meine Fähigkeiten in der Haushaltsführung verbessert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
hat sich mein Gesundheitszustand gebessert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
hat sich mein Umgang mit Geld verbessert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
kann ich mit Freizeit mehr anfangen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
kann ich mit Problemen besser umgehen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
lerne ich, „auf eigenen Beinen zu stehen“	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
fühle ich mich (wieder) in die Gesellschaft integriert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
hat mein Leben wieder einen Sinn bekommen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
hat sich meine Arbeitsplatzsituation verbessert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
habe ich wieder einen geregelten Tagesablauf	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
hat sich der Kontakt zu meinen Familienangehörigen verbessert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

13. Welche der folgenden Veränderungen würden Sie als Verbesserung des Angebots der Wohnplattform empfinden? (Mehrfachnennungen möglich)

- Die Wohnplattform-Wohnung kann nach Ablauf der Betreuung in Hauptmiete übernommen werden.
- Die Wohnungen der Wohnplattform werden komplett ausgestattet bzw. möbliert.
- Praktische Kurse (Kochkurse, etc) werden von der Wohnplattform ermöglicht.
- Mehr Informationen bezüglich Mülltrennung von Seiten der Wohnplattform
- Sonstiges: _____

14. Haben Sie für die Zeit nach der Inanspruchnahme einer Wohnplattform- Wohnung schon eine Wohnung in Aussicht?

- Ja
- Nein

Nun benötigen wir noch einige Daten zu Ihrer Person:

Geschlecht:

- weiblich
- männlich

Alter:

- unter 20 Jahre
- 20 – 30 Jahre
- 31 – 40 Jahre
- 41 – 50 Jahre
- 51 – 60 Jahre
- über 60 Jahre

Berufsstand:

- Beamter/in
- Arbeiter/in
- Selbständige/r
- Angestellte/r
- Arbeitslos
- Pensionist/in
- Student/in
- Gelegenheitsarbeiter/in
- in Berufsausbildung
- Sonstiges: _____

Familienstand:

- ledig
- Lebensgemeinschaft
- verwitwet
- verheiratet
- geschieden

Vielen Dank für Ihre Mühe!